

Die Neue Gesell- schaft 6

1981
28. Jahrgang

Verlag Neue Gesellschaft
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: NVW Druck & Service! 5300 Bonn 2

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 5,- DM, Jahresabonnement 42,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 8,5 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 11

Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Willy Brandt
Dr. Peter Glotz
Prof. Dr. Reimut Jochimsen
Prof. Dr. Peter Lengsfeld
Friedel Schirmer
Prof. Dr. Carlo Schmid †
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm
Heinz O. Vetter

Redaktion:
Herbert Wehner (Chefredakteur)
Dr. Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich
Dr. Werner Thönnessen
Dr. Hans-Jochen Vogel

Zum Inhalt

Das Hauptthema der derzeitigen Diskussion in der Bundesrepublik (und in den sozialliberalen Bonner Koalitionsparteien), die Sicherheitspolitik, kommt in diesem Heft nicht vor. Aber dabei hat die NG-Redaktion kein schlechtes Gewissen und braucht es wohl auch nicht zu haben: Seit 1975 erschienen in der „Neuen Gesellschaft“ mehr als 150 Artikel zu den Bereichen Sicherheits- und Entspannungspolitik. Wer von den NG-Lesern noch einmal den einen oder anderen Artikel zu diesem Thema nachlesen möchte und wem es zu mühsam erscheint, die einzelnen Jahrgänge durchzublättern, sollte die Dienste der NG-Redaktion an Anspruch nehmen. Gegen einen adressierten und ausreichend frankierten Briefumschlag erhält er umgehend eine entsprechende Liste.

Schwerpunkt von NG 6/81 ist die Wirtschaftspolitik mit zwei besonderen Aspekten, dem der „Staatsverschuldung“ und der „Beschäftigungspolitik“. Aus sozialdemokratischer Sicht rechtfertigt sich die Beschäftigung mit ihnen durch die Aktualität. Auch marktwirtschaftlich orientierte Optimisten mögen nicht mehr daran glauben, daß ohne staatliches Handeln auf allen Ebenen ein spürbarer Rückgang der hohen Arbeitslosenquote in Aussicht sei – Pessimisten begnügen sich bereits damit, die Verhinderung eines weiteren Anstiegs für einen glücklichen Erfolg zu halten. Für die SPD kann naturgemäß (oder sollte man besser sagen: wegen ihres politischen und programmatischen Selbstverständnisses?) das untätige Warten auf Besserung nicht ausreichen. Folgerichtig hat die SPD-Fraktion konkrete Vorschläge unterbreitet, die von einer Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Wolfgang Roth vorher ausgearbeitet worden waren. Die Vorschläge sind in diesem Heft dokumentiert und lohnen sicher auch für ökonomische Laien die Beschäftigung – selbst dann, wenn im Verlauf der politischen Durchsetzung noch das eine oder andere ihrer Elemente verlorengehen sollte.

Ein wissenschaftlich etwas härterer Brocken für den einen oder anderen, der sich nicht tagtäglich mit Wirtschaftspolitik beschäftigt, dürften die beiden Artikel von Will Frank und Arthur Fromm zur sogenannten Staatsverschuldung sein. Die Entscheidung, zwei teilweise auch ihrem Stil nach eher fachspezifische Arbeiten zu diesem Thema in der „Neuen Gesellschaft“ zu veröffentlichen, läßt sich durch die Beobachtung begründen, daß die SPD im Ende des letzten Bundestagswahlkampfes den Oppositionsangeboten im Bereich der „Staatsverschuldung“ meistens recht hilflos gegenüberstand. Dies lag nicht etwa dar-

an, daß die Argumente der konservativen Wirtschaftstheoretiker so gut gewesen wären, sondern an der Tatsache, daß die SPD, personifiziert durch ihre real existierenden Mitglieder, im allgemeinen über wenig wirtschaftspolitisches Wissen verfügt. Darüber hinaus konnten sich CDU/CSU bei ihrer häufig recht böartigen Agitation auf den „gesunden Menschenverstand“ und auf für den jeweiligen privaten „Hausvaterbereich“ durchaus zutreffende Erfahrungsmuster stützen. Nun zählt aber im Bereich der Staatsökonomie bekanntlicherweise der „gesunde Menschenverstand“ wenig, auch ist die Ökonomie privater Haushalte auf den des Staates nicht zu übertragen. Wenn es den beiden genannten Autoren gelungen ist, das Warum dieser Behauptung einsichtig zu beantworten, dann scheint der Redaktion der Zweck ihrer Artikel erfüllt.

Am Beispiel der Oppositionspropaganda im Wahlkampf 1980 läßt sich übrigens ein Mechanismus zeigen, der fast immer zum Nachteil der SPD ausschlägt: CDU/CSU und ihre Verbündeten in den Medien appellieren an Ängste und Besorgnisse bei der Bevölkerung, um sie wahltaktisch auszuschlachten. Dabei ist die Argumentation seit den Zeiten des Altmeisters dieser Methode, Konrad Adenauer („Die Lage war noch nie so ernst!“), zwar nicht raffinierter geworden und auch nicht unbedingt wahrhaftiger, aber hat an Wirksamkeit auch keineswegs eingebüßt.

Ein vernünftiges und wirksames Mittel gegen diese Taktik kann eigentlich nur sein, die Wähler entsprechend „aufzuklären“, d. h. argumentativ mit ihnen zu diskutieren – und zwar nicht nur in Wahlkämpfen, dann ist es im allgemeinen fast zu spät, sondern auch dann, wenn der direkte Bezug zu Wahlen nicht offensichtlich ist. Voraussetzung zur Anwendung dieser Methode wiederum ist eine einigermaßen intakte politische und organisatorische Parteistruktur, die ihrerseits in der Lage ist, auch etwas kompliziertere Argumentationen zu verarbeiten und weiterzugeben und die nicht nur im eigenen Saft schmorend sich mit sich selbst beschäftigt. Es versteht sich fast von selbst, daß wiederum für diesen wünschenswerten Zustand der Partei eine Voraussetzung erforderlich ist, die zumindest zur Zeit überall erfüllt scheint: Die Partei ihrerseits muß auf allen Gliederungsebenen berechtigterweise das Gefühl haben können, an der politischen Willensbildung demokratisch beteiligt zu sein, an den politischen Entscheidungen zu partizipieren. Nur konservative Parteien können sich den Luxus leisten, hierauf zu verzichten.

Seite	Autor	Titel
		Thema: Wirtschaftspolitik
492	AG „Beschäftigungspolitik der SPD-Bundestagesfraktion	Zukunftssicherung und Vollbeschäftigung durch Modernisierung unserer Volkswirtschaft
496	Willi Frank	Die Wirkung staatlicher Kreditaufnahme im Zeitverlauf
501	Arthur Fromm	Staatsverschuldung – ein Marsch in die Währungsreform?
507	Gerd Diekmann	Beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Modernisierungspolitik
512	Helga Timm	Die Benachteiligung der Frauen ist parlaments-offiziell
514	Olaf Sund	100 Jahre Sozialversicherung in Deutschland
519	Rainer Kabel	Wunderschöne neue Medienwelt
515	Peter Klein	Kommunalpolitik braucht neue Orientierungen
527	Klaus Klamm/ Hans-G. Roff	Perspektiven der Gesamtschulreform
534	Ernst Elltz	Die Niederlage hat Ursachen – Wahlen in Berlin
538	Peter Groeben Willi Peiter Günter Schwarz	OR' 85: eine Bilanz nach 5 Jahren – Fragen an die Mitglieder-Kommission „Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985“
540	Otto Heckmann	Probleme der Organisation
541	Hans-Josef Steinberg	Von der Wiederentdeckung des Austromarxismus und einem großen Ärgernis
548	Hans Joachim Seeler	Zwei Jahre Europa-Parlament
550	Ernst Piehl	Ausweitung der Arbeitnehmerrechte in großen Konzernen – Die Auseinandersetzung um eine EG-Richtlinie
		Berichte aus europäischen Ländern
554	Europäische Gemeinschaft	Auch für Nordirland muß das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit gelten
555	Belgien	In der Dauerkrise
556	Dänemark	Wirtschaftspolitisches Programm
557	Frankreich	Die Alternative
559	Griechenland	Die großen Wahlkampfthemen
560	Großbritannien	Der Labour-Wahlsieg war nicht hoch genug
562	Irland	Tod eines Hungerstreikenden
563	Italien	Kurswart der Sozialisten gestiegen
564	Luxemburg	Unbewältigte Vergangenheit
565	Niederlande	Kernenergie – nein danke?
568		Leserbriefe
572		Bücher



AG „Beschäftigungspolitik“: Zukunftssicherung und Vollbeschäftigung durch Modernisierung unserer Volkswirtschaft

In ihrer Sitzung am 3. Februar 1981 hatte die Bundestagsfraktion eine ad hoc-Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis zum 6. April Vorschläge zur Verbesserung der Beschäftigungslage in der Bundesrepublik vorlegen sollte. Grundlage unserer Beratungen war die Regierungserklärung und der 5-Punkte-Beschluß des Parteivorstandes.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte in seiner Regierungserklärung vom November 1980 für alle Sozialdemokraten verpflichtend festgestellt: „An dem Ziel der Vollbeschäftigung muß festgehalten werden“.

Der Vorstand der SPD hat in seinem Fünf-Punkte-Beschluß vom 11. Februar 1981 diesen Satz unterstrichen und erklärt: „Die Sicherheit der Arbeitsplätze und ein hoher Beschäftigungsstand stehen für uns oben an. Konservative Rezepte taugen nichts. Sie haben in anderen Ländern zu verheerenden Konsequenzen für Beschäftigung, Preisentwicklung und den sozialen Frieden geführt.“

Für die Bundesrepublik bleibt richtig: Wir befinden uns noch immer in einer wettbewerbsstarken und erfolgreichen Position. Das wollen wir uns auch nicht kaputt machen lassen, sondern wir wollen die Modernisierung und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stärken. Aber ebenso deutlich sagen wir, daß mit dem technologischen Wandel die Bereitschaft zum sozialen Wandel einhergehen muß.

Eine der wichtigsten Aufgaben für die Vertrauensarbeit der SPD liegt darin, unseren Mitbürgern die schwierigen Bedingungen, unter denen unsere Bundesregierung und wir alle zu handeln haben, zu erklären und den Sinn für das jetzt Mögliche zu wecken.

Zur Lösung unserer Probleme brauchen wir andere Mittel als allgemeine Konjunkturprogramme.

Solchen Programmen stehen schon das Ölpreisbedingte Leistungsbilanzdefizit entgegen sowie die Gefahr, daß dann die weltweite Inflation stärker als bis-

her in die Bundesrepublik hineinschwappt. Es kommt darauf an, Wachstumsfelder auszuwählen, in denen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können. Dazu gehören unter anderen der Wohnungsbau, die Altbausanierung, das Energiesparen und der Kraftwerksbau, insbesondere der Einsatz von alten Kohlekraftwerken. Die Möglichkeiten, die in diesen und anderen Bereichen für die Stärkung unserer Wirtschaftskraft liegen, werden von der soeben eingesetzten Arbeitsgruppe „Beschäftigung“ der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zusammengetragen und bewertet. Bereits im April werden deren Ergebnisse vorliegen.“

Auf diese Erklärungen aufbauend hat die ad hoc-Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion in knapp vierwöchigen Beratungen das Programm „Zukunftssicherung und Vollbeschäftigung durch Modernisierung der Volkswirtschaft“ erarbeitet.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat auf ihrer Sitzung am 7. April 1981 das von der ad hoc-Arbeitsgruppe „Beschäftigungspolitik“ vorgelegte Programm einstimmig zur Kenntnis genommen. In der vom Fraktionsvorstand vorbereiteten Beschlußempfehlung heißt es: „Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion leistet damit ihren Beitrag zu einem Weg, der die Verbesserung der Beschäftigungsgrundlage mit der Modernisierung der Wirtschaft und der Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit verbindet. Die von der Bundesregierung und Frankreich eingeleiteten Bemühungen um eine Gemeinschaftsanleihe erweitern den Handlungsrahmen dafür. Die SPD-Bundestagsfraktion erklärt ihre Absicht, in der Gestaltung der Finanz- und Haushaltspolitik der Sicherung der Arbeit Vorrang zu geben.“

Die Bundestagsfraktion hat dieser Beschlußempfehlung einstimmig entsprochen. *Wolfgang Roth*

Die Ankündigung des Bundeskanzlers, mit Frankreich einen Gemeinschaftskredit durch öffentliche Banken, vor allem für energiesparende Investitionen, aufzunehmen und struktur- sowie konjunkturverbessernde Maßnahmen vorzubereiten, hat deutlich gemacht, daß die Bundesregierung beschäftigungspolitisch wirkende Initiativen ergreifen wird. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion begrüßt dies, läßt sich von folgenden Überlegungen leiten und schlägt ein Sofortprogramm vor:

Die Lage der deutschen Wirtschaft am Beginn der 80er Jahre ist gekennzeichnet durch die dringliche

Notwendigkeit des Aufbaus einer energiesparenden Wirtschafts- und Infrastruktur und der Modernisierung der Volkswirtschaft. Wir müssen befürchten, daß in den 80er Jahren ständig weit mehr als eine Million Mitbürger arbeitslos sein werden. Daher besteht politischer Handlungsbedarf.

Unser Ziel: Weg vom Öl, Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Die Deutsche Bundesbank muß mithelfen, daß die deutsche Wirtschaft das Leistungsbilanzdefizit abbauen kann. Sie darf sich nicht darauf beschränken, es zu finanzieren. Die hohen Zinsen sind derzeit das schwerwiegendste Investitionshemmnis.

Die Kraft unserer Volkswirtschaft muß auf investive und beschäftigungswirksame Aufgaben konzentriert und die wirtschaftspolitischen Anstrengungen müssen durch alle anderen Politikbereiche unterstützt werden. Es sind Schwerpunkte zu setzen und zukunftsgerichtete Entscheidungen zu treffen. Die wirtschaftliche Lage Anfang der 80er Jahre ist nicht Ergebnis eines konjunkturellen Betriebsunfalls, sondern die Folge tiefgreifender weltwirtschaftlicher Veränderungen wegen der Ölverteuerungen und strukturellen Veränderungen.

Die Arbeitsgruppe „Beschäftigungspolitik“ ist der Auffassung, daß auf diesem Hintergrund eine Programmperspektive für die 80er Jahre von der Bundesregierung vorgelegt und konkrete Schritte in einem jeweils fortzuschreibenden Mehrjahresprogramm festgelegt werden müssen.

Nur das Zusammenwirken von Unternehmern, Gewerkschaften und Staat kann die Probleme weltwirtschaftlicher Anpassungsprozesse lösen.

Abwarten bedeutet; Steigende Arbeitslosigkeit und unzureichende Nutzung unserer volkswirtschaftlichen Leistungsmöglichkeiten sowie Gefährdung des sozialen Friedens. Die sozialdemokratische Perspektive heißt: Zukunftssicherung und Vollbeschäftigung durch Modernisierung unserer Volkswirtschaft.

Für das Perspektivprogramm für die 80er Jahre setzt die Arbeitsgruppe zusätzlich folgende Schwerpunkte:

a) Zukunftssichere Energieversorgung

Schwerpunkt: Beschleunigter Ausbau Fernwärme, Förderung energiesparender und ölsubstituierender industrieller Anlagen, Bau von Blockheizkraftwerken, Nutzung des industriellen Abwärmepotentials, Fortsetzung des Energiesparprogramms.
Ziel: Minderung der Energie- und Importabhängigkeit und Entlastung unserer Leistungsbilanz.

b) Modernisierung der Volkswirtschaft

Schwerpunkt: Modernisierung überalterter Produktionsstrukturen, Ausbau bedarfsorientierter elektronischer Kommunikationssysteme, Nutzung des technischen Fortschritts für umweltschonende Produktionsverfahren und humane Arbeitsbedingungen, Entwicklung und Umsetzung energiesparender Systeme, verstärkte Nutzung und Ausbau der Transportkapazitäten der Deutschen Bundesbahn.

Ziel: Nutzung der technischen Entwicklung und ihre sozial verantwortliche Gestaltung.

c) Volle Nutzung des volkswirtschaftlichen Arbeitskräftepotentials

Zeitliche Priorität für beschäftigungspolitisch wirksame Programmbestandteile. Schwerpunkt unserer Arbeitsmarktpolitik: Qualifizierung, Umschulung und Weiterbildung.

Unter konjunkturellen und strukturellen Gesichtspunkten schlägt die Arbeitsgruppe als ersten Schritt ein Sofortprogramm mit folgenden Maßnahmen vor:

I. Investieren und Energiesparen

1. Erhöhung der Investitionskraft kleiner und mittlerer Unternehmen durch auf 3 Jahre befristete *Sonderabschreibungen von beweglichen Gütern des Anlagevermögens* bis zur Investitionssumme von bis zu 6 Millionen DM pro Jahr. Erhöhung der degressiven Abschreibung vom 2 1/2-fachen auf das 3-fache der linearen Abschreibung.

2. Das 1982 auslaufende Programm zur Förderung von Maßnahmen zur *Einsparung von Heizenergie in Wohngebäuden* wird in einem *veränderten Anschlußprogramm* fortgesetzt. Es sind nur solche Maßnahmen zu begünstigen, die mit hohen Risiken behaftet sind, erhebliche Energieeinspareffekte hervorrufen, und bei denen ohne öffentliche Hilfen kein ausreichendes Investitionsvolumen zu erwarten ist. Dazu gehören beispielsweise: Energiesparpakete, Wärmepumpen und andere neue Technologien; einzelne Maßnahmen zur Wärmedämmung oder zur wirksameren Nutzung der Energie, bei denen neben dem Energieeinspareffekt noch hohe Instandsetzungswirkungen erzielt werden, z. B. dem Einbau von Isolierfenstern, sind nicht mehr förderungswürdig.

Die Programmförderung sollte Haushalten zugute kommen, die entsprechende Investitionen nicht aus eigenem Einkommen finanzieren können.

Das Finanzvolumen sollte die bisherige Höhe nicht unterschreiten.

3. Der Auf- und Ausbau von *Fernwärmenetzen* zur optimalen Verbindung von Kraft- und Fernwärme-

erzeugung muß im Hinblick auf ihr Energieeinsparungspotential und die damit verbundenen Beschäftigungswirkungen kurzfristig forciert werden.

Dabei müssen insbesondere auch kleine Fernwärmeinseln, unter Umständen in Verbindung mit industrieller Abwärme, kleineren Kohleheizkraftwerken oder Müllheizkraftwerken dort geplant und gebaut werden, wo kurzfristig Anschlußmöglichkeiten die Grenze der Wirtschaftlichkeit bereits erreichen.

Länder, Gemeinden, Energieversorgungsunternehmen und andere Träger werden aufgefordert, die Planungen dafür zügig voranzutreiben und vergabereife Projekte ohne Verzug in Gang zu setzen. Die Bundesregierung und die Länder werden aufgefordert, ihre Verhandlungen über gemeinsame oder arbeitsteilige Finanzierungshilfen für Fernwärmeinvestitionen baldmöglichst zu einem konstruktiven Abschluß zu bringen. In diesem Rahmen müssen Finanzierungshilfen bereitgestellt werden, die ein jährliches Investitionsvolumen von mindestens 2 Milliarden DM ermöglichen, um die gegenwärtig noch nicht erreichte betriebswirtschaftliche Rentabilitätsschwelle zu überwinden.

- In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung aufgefordert, die geplante deutsch-französische Gemeinschaftsanleihe teilweise zur Mobilisierung der Investitionen im Fernwärmebereich zu nutzen.

- Die Fördertatbestände des § 4a Investitionszulagengesetz sind daraufhin zu überprüfen, ob sie der Fördernotwendigkeit von Fernwärmeinvestitionen, insbesondere auch für kleinräumige Netze, in ausreichendem Maße Rechnung tragen können.

- Die Bundesregierung wird aufgefordert, noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes vorzulegen, der das Ziel einer volkswirtschaftlich optimalen und rationellen Energienutzung verankert und dabei die Fernwärmeversorgung in die Energieversorgungsstruktur einbezieht.

4. Fortführung und Verstärkung von Energiesparmaßnahmen an *öffentlichen Gebäuden* in unmittelbarem Bundesbesitz, wobei die Mittel vorrangig für strukturschwache Gebiete zur Verfügung gestellt werden sollen.

5. Die *Deutsche Bundesbahn* sollte die in diesem Jahr zurückgestellten Investitionen zum Ausbau und zur Verbesserung des Netzes sofort beginnen und die dafür notwendigen Fremdmittel aufnehmen.

6. Von der *Deutschen Bundespost* wird erwartet, daß sie Investitionen für Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen aufstockt (+ ca. 50 Mio. DM)

und geplante Neubaumaßnahmen im Hochbaubereich soweit wie möglich vorzieht (+ ca. 150 Mio. DM).

II. Moderne Technik entwickeln, einführen und humanisieren

1. Im Bereich von Forschung und Entwicklung soll kleinen und mittleren Unternehmen der Zugang zur Mikroelektronik für die eigene Entwicklung neuer Produkte erleichtert werden.

Entsprechende Investitionshilfen sollen die Risikoschwelle für die Entwicklung neuer Produkte mit *Mikroelektronik* herabsetzen. Für die nächsten Jahre werden *Gerätebeschaffungen mit einem Investitionszuschuß von 40 Prozent* gefördert, die zur Entwicklung solcher Produkte bis zur Pilotfertigung notwendig sind (Schaltkreisentwicklung, Software, Simulation und Qualitätssicherung). Solche Geräte sind zum Beispiel Prüfeinrichtungen, Analyse-Simulations- und Meßgeräte.

Zuwendungsempfänger sind kleine und mittlere Unternehmen, Technologieberatungsfirmen und Ingenieurbüros.

2. Viele Engpässe bei der Anwendung der Mikroelektronik, vor allem wenn es um ihre sozial vertretbare Einführung geht, liegen in zu geringer Information. Hier haben branchenbezogene Studien und darauf aufbauend *gezielte Beratungshilfen* oft mehr bewirkt als finanzielle Anreize. Beispielhaft ist hier die Arbeit des VDI-Technologiezentrums in Berlin zu erwähnen. Eine *Ausweitung und Regionalisierung dieses Konzepts insbesondere mit Kammern, Verbänden und Gewerkschaften* ist notwendig.

3. Um für den zukünftigen Bedarf an individueller und geschäftlicher *Kommunikation* die notwendige Infrastruktur zu schaffen, ist der *Ausbau* des derzeit schmalbandigen Telefonnetzes zu einem *breitbandigen integrierten Netz in Glasfaser mit digitalisierter Übertragungstechnik* so rasch wie möglich vorzunehmen. Für die Bundespost, Industrie, Banken, Versicherungen, Handel, Handwerk und Verwaltung liegen große Chancen in diesem Bereich; Kommunikationsdienst für Wirtschaft und Verwaltung, Übertragung von Daten und Texten, Ausbau von Dialog- und Abrufdiensten, Konferenzschaltungen und schnelles Fernkopieren. Damit wird auch ein deutliches Signal für die Endgerätehersteller gegeben. Die Innovationskraft und Exportchancen der deutschen Nachrichtentechnischen Industrie werden gestärkt und die Arbeitsplätze in diesen Bereichen und bei der Bundespost selbst langfristig gesichert.

Die alleinige Netzträgerschaft für ein solches inte-

griertes Netz muß bei der DBP verbleiben. Da über dieses Kabelnetz der Zukunft auch Hörfunk- und Fernsehprogramme in großer Zahl übertragen werden können, sind medienpolitische Bedenken durch 2 Klarstellungen zu berücksichtigen:

Ein reines Verteilnetz parallel zu dem von uns geplanten integrierten Netz ist schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu vertreten. Außerdem ist die öffentlich-rechtliche Struktur der Programmanbieter zu sichern.

4. Mit neuen Technologien muß gleichzeitig das Programm zur *Humanisierung des Arbeitslebens* weiterentwickelt werden. Diese technologischen Prozesse bedürfen der sozialen Steuerung sowohl im Hinblick auf die Arbeitsplätze als auch auf die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsorganisation. Eine Technologiepolitik, die den Zusammenhang mit den *Arbeitsverhältnissen vernachlässigt, führt zu beschäftigungspolitischen und sozialen Konflikten mit Rückwirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung.*

5. Zur Beschleunigung der Markteinführung und um zu verhindern, daß in der „Innovationskette“ Engpässe und Staus entstehen, sind in den *Bereichen Umweltschutz, rationelle Energieverwendung und Kohletechnologie* auch weiterhin *Demonstrationsanlagen* zu fördern (dabei strenge Begrenzung der Förderung auf die Mehrkosten von modellbedingten Risiken der Demonstrationsanlage gegenüber konventionellen Anlagen).

III. Aktive Arbeitsmarktpolitik und berufliche Bildung gezielt fortsetzen und intensivieren

1. Schwerpunkt arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen muß eine breit angelegte *Qualifizierungsoffensive* sein. Ziel: Beseitigung beziehungsweise Vermeidung einer Facharbeiterlücke und Erleichterung der Wiedereingliederung von Arbeitslosen ins Erwerbsleben, Anpassung an technologische Veränderungen und strukturelle Wandlungsprozesse durch Qualifizierung, Umschulung und Weiterbildung. Hierzu sind für 30000 zusätzliche Teilnehmer Mittel bei der Bundesanstalt für Arbeit einzustellen.

2. Außerdem sind Anstrengungen auf den Gebieten der beruflichen Bildung und Ausbildung notwendig. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf die Aufstockung des Programms zur *Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten* um ca. 2500 bis 3000 Plätze, so daß 50000 bis 60000 Teilnehmer pro Jahr davon profitieren können. Ferner werden Leistungen für die Ausstattung mit zukunftsbezogenen *Lerngeräten* und für die *Qualifizierung der Ausbilder/Fortbilder* zur Verfügung gestellt.

3. Der Umfang der *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen* wird befristet verstärkt und auf Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit konzentriert. Um Mitnahmeeffekte auszuschließen, werden Kontrollen verschärft.

4. Das Tempo des technischen und strukturellen Wandels macht *Arbeitszeitverkürzungen* unverzichtbar. Diese Frage stellt sich in erster Linie den Tarifvertragsparteien. Aber auch der Gesetzgeber muß durch ein modernes Arbeitszeitgesetz neue Rahmenbedingungen schaffen.

5. *Illegale Arbeitnehmerüberlassung* und *Schwarzarbeit* soll durch die Verschärfung gesetzlicher Bestimmungen bekämpft werden.

IV. Aktionsprogramm Wohnungsbau

1. Sozialer Wohnungsbau

Sonderprogramm von je 30000 Wohneinheiten für 2 Jahre; davon jeweils 20000 Wohnungen im ersten Förderungsweg und 10000 Wohnungen im zweiten Förderungsweg in Ballungsgebieten und zugunsten benachteiligter Gruppen und Familien mit Kindern. Kosten und Finanzierung (für ein Jahresprogramm)

a. 20000 Wohnungen im 1. Förderungsweg: *Darlehen* an die Bauherren 2,8 Mrd. DM; dafür ist über 20 Jahre ein Kapitaldienst im Jahresdurchschnitt von 0,325 Mrd. DM notwendig; 1. Jahresrate für den Kapitaldienst 1983.

Aufwendungshilfen

445 Mio. DM verteilt über 15 Jahre. Haushaltsbelastung im Jahresdurchschnitt rd. 0,03 Mrd. DM; 1. Jahresrate 1983.

b. 10000 Wohnungen im 2. Förderungsweg *Aufwendungsdarlehen* an die Bauherren 430 Mio. DM; Laufzeit 12 Jahre; Dafür ist über 25 Jahre ein Kapitaldienst im Jahresdurchschnitt von rd. 0,05 Mrd. DM, beginnend 1984, notwendig.

2. Bergarbeiterwohnungsbau

Zusätzliche Förderung von rd. 1000 Wohneinheiten pro Jahr für die nächsten 3 Jahre.

Finanzierung: Aufstockung des Treuhandvermögens für den Bergarbeiterwohnungsbau um 0,1 Mrd. DM pro Jahr (insgesamt 0,3 Mrd. DM).

3. Bausparzwischenfinanzierung

Zur Überwindung des Zinsattentismus bei bauwilligen Bausparern wird einmalig für rd. 40000 Wohneinheiten die Zwischenfinanzierung von angesparten Bausparverträgen mit 2500 DM pro Fall und Jahr über längstens 3 Jahre verbilligt.

Gesamtkosten: für die 3 Jahre rd. 0,3 Mrd. DM

4. *Aufstellungsverhältnis* zwischen Bund und Ländern im sozialen Wohnungsbau und bei der Zwischenfi-

nanzierung 50 : 50 Bergarbeiterwohnungsbau 100 Prozent Bund.

V. Koordinierte Aktionen für Problemstandorte

In Gebieten mit Branchen, die unter besonderem Anpassungsdruck stehen, müssen gezielte Maßnahmen vorbereitet werden, wenn Auswirkungen von erheblichem Gewicht auf dem regionalen Arbeitsmarkt abzusehen sind. Kommunen und Länder haben hierbei die besondere Aufgabe, die Infrastruktur gezielt zu verbessern. Bund und Ländern fällt die Aufgabe zu, in solchen Regionen durch Investitionsanreize die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in wachstumsträchtigen Branchen vorrangig zu fördern, die Modernisierung der betroffenen Branchen zu erleichtern, um die verbleibenden Arbeitsplätze zu sichern. Der Bundesanstalt für Arbeit und den Unternehmen obliegt es, Qualifizierung und Umschulung der Erwerbstätigen – möglichst im Unternehmen – zu ermöglichen. Die Aufstellung und Finanzierung von Sozialplänen bleibt grundsätzlich Aufgabe der Unternehmen; im Montanbereich sind Sonderregelungen aufgrund des Montanunionsvertrags möglich und zu befürworten.

Arbeit sichern: Priorität in der Finanzpolitik
Beschäftigungspolitik und Finanzentwicklung sind untrennbar miteinander verbunden. Wachsende Arbeitslosigkeit untergräbt die öffentliche und soziale Leistungsfähigkeit. Die Ausgabenstruktur der

öffentlichen Haushalte heute auf die Beschäftigungsziele zu konzentrieren, bedeutet gleichzeitig, die Haushalte und die soziale Sicherung in der Zukunft zu stabilisieren.

Daraus erwachsen folgende Notwendigkeiten:

- Weitere gesetzgeberische Maßnahmen zum Abbau ungezielter Subventionen und Konzentration öffentlicher Mittel auf wirtschafts- und beschäftigungspolitische Zukunftsaufgaben,
- Erhöhung der Eigenbeteiligung der Unternehmen bei staatlich geförderten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben,
- weitere Umschichtung zugunsten investiver Wirkungen des Bundeshaushaltes,
- sozial ausgewogene Einsparungen im Bereich der Personalkosten der öffentlichen Haushalte,
- Beseitigung von Leistungsmissbrauch und ungerechtfertigter Inanspruchnahme von öffentlich-rechtlichen Begünstigungen, auch von Sozialleistungen, durch Wirtschaft und/oder Private ohne Gefährdung des sozialen Netzes.

Die Sozialdemokraten haben hierzu konkrete Vorschläge erarbeitet und in den Abstimmungsprozess mit ihrem Koalitionspartner eingebracht.

Der Gemeinschaftskredit mit Frankreich soll einen Kreditspielraum von DM 5 Milliarden in der Bundesrepublik schaffen. Die notwendigen Zuschüsse zur Zinsverbilligung müssen in den Haushalt übernommen werden.

Will Frank: Die Wirkung staatlicher Kreditaufnahme im Zeitverlauf

Dr. Will Frank, Jahrgang 1941, ist Mitarbeiter im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Er veröffentlichte verschiedene Artikel in juristischen Fachzeitschriften.

Öffentliche Diskussion

Der gesamte Schuldenstand von Bund, Ländern und Gemeinden wird trotz erheblicher Anstrengungen im Rahmen einer sparsamen Haushaltsführung 1981 die 500 Mrd. DM-Grenze überschreiten. Das seit der weltwirtschaftlichen Rezession von 1974/75 stärker genutzte Instrument der staatlichen Kredit-

aufnahme ist zu einem Politikum geworden. Als besonders kritisch wird die Frage nach der zukünftigen Belastungswirkung der jetzt aufgenommenen Kredite empfunden. Leben wir heute, soweit der Staat Ausgaben nicht durch laufende Steuereinnahmen, sondern durch Kredite finanziert, auf Kosten der Zukunft und damit auf Kosten der nächsten Generation? Diese These haben nicht nur Sprecher der Opposition, sondern auch z. B. die katholischen Bischöfe in ihrem Hirtenbrief zur Bundestagswahl 1980 vertreten. Demgegenüber hat Bundesfinanzminister Matthöfer z. B. in einer vom Spiegel (Nr. 39/1980) veröffentlichten Antwort eine solche Belastungswirkung bestritten. Im folgenden sollen die mit der Staatsverschuldung möglicherweise verbundenen zeitlichen Belastungsverschiebungen näher untersucht werden.

Kosten und Nutzen staatlicher Kreditaufnahmen

Eine naheliegende Überlegung besteht darin, der zukünftigen Belastung des Gemeinwesens durch die Verzinsung und Tilgung der staatlichen Kredite einerseits den fortdauernden Nutzen der mit den Krediten finanzierten Investitionen andererseits gegenüberzustellen. Beispiel: Ein Krankenhaus oder eine Straße, die der Staat heute baut, können auch noch in 20 oder 30 Jahren genutzt werden. Da die nächste Generation diese Investitionen erbt und an deren Nutzen teilhat, erscheint es folglich gerechtfertigt, sie auch an deren Kosten zu beteiligen. Der aus der Kreditfinanzierung resultierenden finanziellen Belastung steht also ein fortdauernder Nutzen gegenüber.

Gleichzeitig wird durch die Kreditfinanzierung erreicht, daß der gegenwärtigen Generation, der ja nur ein Teil der gesamten Nutzungsdauer der Investitionen zugute kommt, nicht die vollen Kosten für deren Finanzierung aufgebürdet werden. Die Kreditaufnahme des Staates für Investitionen stellt danach wegen der Nutzenseite nicht nur keine einseitige Belastung der nächsten Generation dar, sie liegt vielmehr auch im Interesse der gerechten Kostenzurechnung zwischen den Generationen (sog. Inter-generation-equity-Prinzip).

Voraussetzung ist, daß der Staat die Kredite nicht für seine laufenden Ausgaben, den sog. Staatsverbrauch, sondern für Investitionen verwendet. Das Grundgesetz schreibt in Art. 115 Abs. 1 ausdrücklich vor, daß Kreditaufnahme nur bis zur Höhe der veranschlagten Ausgaben für Investitionen in den Haushalt eingesetzt werden dürfen; nur ausnahmsweise läßt es zur Abwehr von Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts eine die Investitionsausgaben übersteigende Kreditaufnahme zu. Diese Vorschrift läßt sich daher als rechtliche Schranke verstehen, die generell verhütet, daß durch die Kreditaufnahme des Staates per Saldo eine vermögensmäßige Belastung der nächsten Generation entsteht. Der Bund hat sich hieran gehalten. Im letzten Jahrzehnt von 1970 bis 1980 wurden z. B. vom Bund für fast 270 Mrd. DM Investitionen im Verkehrs-, Forschungs- und anderen Infrastrukturbereichen durchgeführt. Die in diesem Zeitraum neu aufgenommenen Kredite des Bundes in Höhe von rund 170 Mrd. DM liegen erheblich unter dieser Summe.

Bei dieser Betrachtung, die auf den in die Zukunft reichenden Nutzengewinn durch staatliche Investitionen abstellt, liegt es nahe, eine Parallele zur privaten Investitionstätigkeit zu ziehen. Hier wie dort erscheint es gerechtfertigt, den mit einer Investition

verbundenen finanziellen Aufwand über die gesamte Zeitspanne hin aufzuteilen, in der die Investition Erträge bzw. Nutzen bringt (sog. pay-as-you-use-Prinzip).

Durch den Vergleich mit der Investitionstätigkeit Privater werden aber auch die Grenzen dieser Überlegungen sichtbar. Die Nützlichkeit öffentlicher Investitionen bestimmt sich nach anderen Maßstäben als bei privaten Investitionen, bei denen eine in Geld meßbare Rendite oder ein sonstiger geldwerter Vorteil den Ausschlag geben. Staatliche Investitionen sind insbesondere das Ergebnis politischer Aufgabenstellungen, in denen aktuelle Bedürfnisse und Interessen der Gesamtheit zum Ausdruck kommen. Sie schlagen sich im allgemeinen nicht unmittelbar in „Renditen“ oder zusätzlichen Staatseinnahmen nieder (wie das z. B. bei der Erhebung von Autobahngebühren der Fall wäre).

Tatsächliche oder vermeintliche Belastung durch Schulden

Die Kosten-Nutzen-Erwägungen im Zusammenhang mit der staatlichen Verschuldung unterstellen im allgemeinen eine zukünftige Belastung des Gemeinwesens durch die Rückzahlungs- und Verzinsungspflichten, die allerdings durch andere Vorteile wieder als aufgehoben betrachtet werden. Es stellt sich jedoch die Frage, ob überhaupt die staatliche Verschuldung als solche eine künftige reale Belastung des Gemeinwesens bewirken kann.

Im Einzelfall ist es zwar richtig, daß dem „Mehr“, das sich ein Darlehensnehmer in der Gegenwart durch die Aufnahme eines Kredites verschafft, ein „Weniger“ in der Zukunft entspricht, da er den Kredit zurück- und außerdem noch Zinsen an den Gläubiger zahlen muß. Bereits Ricardo, einer der Klassiker der Nationalökonomie, deckte jedoch auf, daß sich dieser Zusammenhang nicht ohne weiteres auf die gesamtwirtschaftliche Wirkung der Kreditaufnahme des Staates übertragen läßt. Kern dieser Überlegungen ist eine vermögensmäßige Identität des Staates als Kreditnehmer mit seinen Bürgern als Kreditgeber, wenn man diese in ihrer Gesamtheit betrachtet. Geht man von dieser makroökonomischen Betrachtung aus, so läuft die Kreditaufnahme des Staates bei seinen Bürgern faktisch auf ein In sich geschäft hinaus. Gläubiger und Schuldner fallen zusammen. Die durch die Kreditaufnahme des Staates gegenüber seinen Bürgern begründete Verschuldung löst sich im Ergebnis als eine bloße „Schuldenillusion“ auf. Zu einer in die Zukunft wirkenden realen Belastung des Gemeinwesens kann es danach folglich durch die

interne Verschuldung des Staates nicht kommen. Dies soll an einem vereinfachten Beispiel dargestellt werden:

Angenommen der Staat G erhebt von seinen Bürgern Steuern in Höhe von 100 im Jahr; außerdem nimmt er bei seinen Bürgern – direkt oder vermittelt durch das Banksystem – einen Kredit in Höhe von 10 auf, der nach X Jahren zurückgezahlt werden muß. Zum Zeitpunkt der Fälligkeit hat der Staat – abgesehen von dem Weg einer entsprechenden Neuverschuldung in Höhe der fälligen Altschulden (Schuldenrevolving) –, wenn er das Darlehen tilgen will, zwei Möglichkeiten. Er kann entweder die Steuern um 10 erhöhen oder er muß seine sonstigen Ausgaben um 10 kürzen, um sich auf diese Weise die benötigten Mittel zur Schuldentilgung zu beschaffen. In beiden Fällen werden die Bürger – so scheint es auf den ersten Blick – durch die Rückzahlungs- und Zinspflichten des Staates belastet, denn entweder müssen sie jetzt mehr Steuern bezahlen oder sie erhalten weniger Leistungen des Staates.

Man muß aber bei der Frage der Belastung durch die Verschuldung eine weitere Komponente in die Betrachtung mit einbeziehen. Durch die Rückzahlung der Kredite fließen wieder Mittel in gleicher Höhe in den privaten Sektor zurück: In dem Beispielsfall zahlen die Bürger zwar zusätzlich zu den normalen Steuern in Höhe von 100 einen Aufschlag von 10, d. h. insgesamt werden sie mit Steuern in Höhe von 110 belastet. Davon werden jedoch 10 durch die Schuldentilgung zurückerstattet, so daß die Gesamtbelastung des Gemeinwesens durch den Staat in der betreffenden Periode nach wie vor 100 beträgt. Steuererhöhung und Rückzahlung der Kredite laufen gesamtwirtschaftlich gesehen für die Bürger auf einen in sich geschlossenen Transfervorgang hinaus. Ähnlich verhält es sich, wenn der Staat die Steuern nicht erhöht, sondern seine Ausgaben kürzt.

Ergebnis der Überlegungen ist, daß aus der internen Verschuldung des Staates insgesamt keine zukünftige reale vermögensmäßige Belastung des Gemeinwesens resultiert. Die Mittel, die aus dem privaten Sektor – von den Bürgern als Steuerzahler – in einer künftigen Periode zur Schuldentilgung durch den Staat entnommen werden, fließen zugleich auch wieder in den privaten Sektor an die Bürger in ihrer Eigenschaft als Sparer zurück. Diese Überlegungen gelten in gleicher Weise für Zinszahlungen.

Mögliche Verteilungswirkungen

Die hier dargestellten Überlegungen gehen von der Modellvorstellung einer gleichmäßigen Einkom-

mens- und Vermögensverteilung aus. Wenig geklärt sind bisher die Auswirkungen der Kreditfinanzierung staatlicher Ausgaben bei unterschiedlicher Einkommens- und Vermögensverteilung. Teilweise wird es für möglich gehalten, daß die staatliche Verschuldung im Endeffekt für die unteren Einkommenschichten von Nachteil sein könnte.

Die unteren Einkommensgruppen könnten, wenn der Staat die Schulden tilgen und verzinsen muß und dafür höhere Steuern braucht oder bisherige Ausgaben einschränkt, ungleich belastet werden, indem sie möglicherweise wegen ihrer niedrigeren Sparvermögensbildung nur geringere Rückflüsse erhalten, die die Belastung mit mehr Abgaben oder geringeren öffentlichen Leistungen nicht wieder aufwiegen. Zu vermuten ist jedoch, daß solche negativen Verteilungswirkungen in ihrem Ausmaß nicht überschätzt werden dürfen. Zum einen hat die durchschnittliche Beteiligung auch der unteren Einkommensschichten an der Spartätigkeit erheblich zugenommen. Die Sparquote, die im Gesamtdurchschnitt bei 14 bis 15 Prozent liegt, beträgt bei den statistisch erfaßten unteren Einkommensgruppen inzwischen immerhin 9 bis 10 Prozent der verfügbaren Einkommen. Hinzu kommt, daß, soweit die oberen Einkommensschichten aufgrund einer stärkeren Spartätigkeit von den Rückflüssen in größerem Maße profitieren, den höheren Zahlungen auch eine höhere Steuerbelastung durch die progressive Ausgestaltung des Steuertarifs gegenübersteht, während umgekehrt die Bezieher niedriger Einkommen auch nur mit geringeren Abgaben belastet werden. Darüber hinaus müßte die Verteilungswirkung der (kreditfinanzierten) Ausgaben ermittelt werden, die möglicherweise gerade den unteren Einkommensgruppen in Form von öffentlichen Leistungen schergewichtig zufließen.

Kreditaufnahme im Ausland

Zu unterscheiden ist allerdings, ob sich der Staat im Inland oder im Ausland verschuldet. Bei einer Verschuldung im Ausland müssen für Zinsen und Tilgung der Kredite bei deren Fälligkeit Teile des Volkseinkommens an das Ausland ohne entsprechende Rückflüsse abgegeben werden. In diesem Fall werden also – anders als bei der Kreditaufnahme im Inland – reale Schulden für das Gemeinwesen begründet, die später abgetragen werden müssen. Allein bei der Auslandsverschuldung des Staates kommt man daher berechtigterweise zu den eingangs dargestellten Kosten-Nutzen-Erwägungen in zeitlicher Hinsicht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Auslandsverschuldung im Vergleich zur gesamten

Kreditaufnahme des Staates und dem damit finanzierten Investitionsvolumen relativ gering ist. Für die öffentliche Hand liegt sie zur Zeit bei etwa 40 Mrd. DM und damit noch weit unter 10 Prozent ihrer Gesamtverschuldung. Diese Belastung wird durch das die öffentlichen Investitionen bildende Vermögen um ein Vielfaches aufgewogen. Selbst bei vollständiger Deckung des Kreditbedarfs im Ausland würde aber das betreffende Land gesamtwirtschaftlich immer noch einen „Gewinn“ erzielen, solange die nominale Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts und damit die Zunahme des unter Einbeziehung der Kredite erzielten Volkseinkommens höher ist als der für die Kredite zu zahlende Zinssatz, wie dies im Durchschnitt der vergangenen Jahre für die Bundesrepublik der Fall war.

Verdrängung privater Investitionen?

Auch in der wirtschafts- beziehungsweise finanzwissenschaftlichen Literatur – eingeschlossen neuere Fachpublikationen des wirtschaftsnahen „Instituts der Wirtschaft“ und des Instituts „Finanzen und Steuern“ – werden mögliche Probleme, die durch die staatliche Verschuldung im Zeitverlauf entstehen können, nicht in einer Belastung der nächsten Generation durch die Zahlungspflichten des Staates gesehen. In der Fachdiskussion geht es vielmehr in erster Linie darum, ob die Kreditaufnahme des Staates über bestimmte Mechanismen die Investitionstätigkeit negativ beeinflusst oder, wie es der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1980/81, Textziffer 295) ausdrückt, es kommt darauf an, wie die Kreditaufnahme und die damit finanzierten Staatsausgaben auf das Produktionspotential der Volkswirtschaft wirken.

Im Vordergrund der Diskussion steht dabei die Frage, ob die staatliche Kreditaufnahme Verdrängungseffekte („Crowding-Out“) auslöst, das heißt ob sie zu einer teilweisen Verdrängung der privaten Kreditnachfrage und damit privater Investitionen führen kann.

Die Crowding-Out-These wird in erster Linie mit einem Zinszusammenhang zwischen dem gegebenen Kapitalangebot und der Kreditnachfrage begründet. Wenn zusätzlich zu der privaten Kreditnachfrage der Staat Kredite beansprucht, kann – so wird unterstellt – die insgesamt höhere Kreditnachfrage zu einem höheren Zinsniveau führen. Dann könnten möglicherweise solche privaten Investitionen, die bei einem niedrigeren Zinsniveau noch rentabel wären, unterbleiben. (Daneben beschäftigt sich die Crow-

ding-Out-Theorie mit den Nachfragewirkungen auf das Güterangebot, die hier nicht weiter behandelt werden können.)

Zunächst ist festzustellen, daß eine zinserhöhende Wirkung prinzipiell nur durch die jeweilige Neuverschuldung des Staates und nicht durch den bestehenden Bestand an Schulden (Altschulden) – so hoch dieser auch sein mag – verursacht werden kann. Nur die jeweils hinzukommenden Neuschulden stellen eine zusätzliche Kreditaufnahme dar. Bei der üblichen Ablösung der bereits bestehenden Schulden durch eine entsprechende Neuverschuldung (Schuldenrevolving) kann dagegen keine zusätzliche zinswirksame Nachfrage entstehen, da dem Kapitalmarkt jeweils in Höhe dieser Nachfrage auch Kapital durch die Rückzahlung der fälligen Schulden wieder zugeführt wird. Der Staat hat hier sogar wegen des großen Volumens der bewegten Kapitalmengen die Möglichkeit, durch sein Schuldenmanagement zinsglättend auf den Kapitalmarkt einzuwirken.

Festzustellen ist weiter, daß – auch was die Neuverschuldung anbetrifft – ein zinserhöhender Einfluß der staatlichen Kreditnachfrage bisher jedenfalls empirisch nicht nachzuweisen ist. 1974 bis 1978, in Jahren mit hoher staatlicher Kreditaufnahme, gingen die Zinsen am Kapitalmarkt von $10\frac{1}{2}$ auf $5\frac{1}{2}$ Prozent zurück. Bestimmender Faktor für das derzeitige Zinsniveau der Bundesrepublik ist ebenfalls nicht die interne Kreditnachfrage des Staates, zumal dieser einen großen Teil der Neuverschuldung durch ausländische Kredite finanziert, sondern das internationale Zinsgefüge und die nationale Geldpolitik, die ebenfalls außenwirtschaftlichen Zwängen unterliegt. Schließlich wird die private Investitionstätigkeit auch nicht allein durch die Zinshöhe beeinflusst. So kann zum Beispiel eine kreditfinanzierte höhere Güternachfrage des Staates im Wege einer besseren Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten oder eine durch die Kreditfinanzierung mögliche geringere Steuerbelastung zum Beispiel über eine Verbesserung der Gewinnsituation der Unternehmen – selbst bei einem höheren Zinsniveau – wiederum zusätzliche private Investitionen auslösen.

Es verwundert daher nicht, daß die Frage möglicher Crowding-Out-Effekte durch die staatliche Kreditaufnahme in der Wissenschaft sehr umstritten ist. Folgt man der sogenannten „Quellentheorie“, die den Kapitalmarkt als einen erschöpfenden Fonds ansieht („die Quelle ist erschöpflich“), so steht das in einer Volkswirtschaft gebildete Sparvolumen gesamtwirtschaftlich jeweils nur einmal zur Verfügung. Durch die staatliche Inanspruchnahme des Kapital-

marktes wird der aus der Sparkapitalbildung für private Investitionen verbleibende Anteil entsprechend verkleinert. Ob dadurch jedoch private Investitionen verdrängt werden, hängt dann weiter davon ab, ob überhaupt eine entsprechend hohe Investitionsneigung im Privatbereich besteht. Die Höhe des durch die private Investitionstätigkeit jeweils beanspruchten Sparvolumens schwankt nämlich im Konjunkturverlauf. Die nach diesen Überlegungen theoretisch nicht auszuschließende Beeinträchtigung der privaten Investitionstätigkeit erscheint demnach unwahrscheinlich und vermeidbar, wenn der Staat entsprechend der konjunkturellen Situation auf die jeweils vorhandene Kapitalnachfrage des privaten Sektors Rücksicht nimmt, wie dies in der Bundesrepublik durch Abstimmung der staatlichen Kreditaufnahme mit der Bundesbank geschieht.

Folgt man dagegen der sogenannten „Fontänen-theorie“, so kann die Kreditaufnahme des Staates schon deshalb nicht zu quantitativen Problemen auf den Kapitalmärkten mit Zins- und Crowding-Out-Effekten bei den privaten Investitionen führen, weil der Staat die aufgenommenen Kredite sofort wieder für Ausgaben verwendet. Die Privaten erhalten danach über die Staatsausgaben die Mittel zurück, die sie zuvor an den Staat ausgeliehen haben („die Fontäne fällt in das Becken zurück“). Wenn auch diese Theorie die Zusammenhänge wahrscheinlich allzusehr vereinfacht, so spricht nach einer neueren gründlichen Untersuchung doch vieles dafür, daß sie im Ergebnis jedenfalls zutrifft (vgl. Dieckheuer, Der Crowding-Out-Effekt – Zum gegenwärtigen Stand von Theorie und Empirie, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, DIW, H. 2, 1980). Insgesamt kann man nach heute vorherrschender Auffassung in der Wissenschaft – auch wegen der nationalen und internationalen Flexibilität der Geld- und Kapitalmärkte – davon ausgehen, daß die Zins- und Verdrängungseffekte der staatlichen Kreditaufnahme, wenn sie überhaupt gegeben sein sollten, jedenfalls nicht die Bedeutung haben, die ihnen häufig beige-messen wird.

Selbst wenn man jedoch unterstellt, daß durch die staatliche Kreditaufnahme, in einem gewissen Ausmaß, private Investitionen verdrängt werden sollten, so würde dies noch keine „Belastung“ der nächsten Generation bedeuten. Nur die Zusammensetzung der von der jetzigen Generation aufgebauten volkswirtschaftlichen „Erbmasse“, die an die nächste Generation weitergegeben wird, würde sich ändern. Es ist auch nicht gesagt, daß der volkswirtschaftliche Ertrag der staatlichen Investitionen nicht ebenso

hoch oder vielleicht sogar höher sein kann, als der Ertrag möglicherweise verdrängter privater Investitionen. Dann gäbe es auf keinen Fall eine Belastung künftiger Generationen. Aber selbst wenn die zugunsten staatlicher Investitionen unterlassenen privaten Investitionen gesamtwirtschaftlich einen höheren Ertrag brächten, läge darin keine „Belastung“, sondern nur ein „Weniger“ für die nächste Generation (ähnlich wie es bereits ein künftiges „Weniger“ gibt, wenn das heutige Wachstum aus konjunkturellen Gründen niedriger ausfällt, so daß das künftige Wohlstandsniveau verringert wird).

Fiskalischer Handlungsspielraum

Ein anderer Effekt der Staatsverschuldung, durch den die nächste Generation belastet werden könnte, ist eine Verringerung des Spielraums der künftigen Generation, ihrerseits den Staat später mit Aufgaben zu betrauen, die Geld kosten. Richtig ist, daß der vom Staat abzuwickelnde Schuldendienst den Staatshaushalt in späteren Jahren belastet. Bei gegebener Obergrenze der Steuerquote bleibt für die anderen Aufgaben entsprechend weniger übrig. Auch in diesem Zusammenhang dürfen aber die oben dargelegten Transferüberlegungen nicht vergessen werden.

Der Teil der Steuereinnahmen, den der Staat für den Schuldendienst braucht, fließt – wie oben gezeigt wurde – in den privaten Sektor zurück. Die „Belastung“ der nächsten Generation liegt also im Ergebnis nur darin, daß sie von ihren Steuern einen größeren Teil wieder zurückerhält, daß also die private Verfügungsmasse wächst, während die verbleibende Verfügungsmasse des Staates für öffentliche Aufgaben entsprechend geringer wird.

Eine solche Reduzierung der staatlichen Mittel zur Bedarfsdeckung kann somit den zukünftigen Handlungsspielraum des Staates einengen. Diese mögliche Einschränkung des zukünftigen fiskalischen Handlungsspielraums kann allerdings in einer wachsenden Wirtschaft durch die dann erzielten Steuermehreinnahmen des Staates wieder wettgemacht werden. Modellrechnungen zeigen, daß der finanzielle Handlungsspielraum des Staates nicht ab-, sondern sogar zunimmt, solange die nominale Wachstumsrate des Sozialprodukts den Zinssatz für die Kredite übersteigt, so wie dies bisher im Durchschnitt der Jahre in der Bundesrepublik der Fall gewesen ist (vgl. Lerch, Der zukünftige fiskalische Handlungsspielraum bei anhaltender Staatsverschuldung, in: WSI-Mitteilungen, 1981, S. 22 ff.).

Geldwert

Einzugehen ist schließlich auf die Befürchtung ei-

ner Geldentwertung auf Grund der Staatsverschuldung. Dazu könnte es nur bei einer inflationären Finanzierung der Staatsschuld durch Ausweitung der Geldmenge kommen. Soweit das vom Staat für Kredite aufgenommene Kapital aus der Spartätigkeit kommt, steht ihm ein entsprechend hohes, von den Sparern nicht beanspruchtes Güterangebot gegenüber. Eine Ausweitung des Geldumlaufs aus Gründen der Staatsverschuldung ohne eine entsprechende Erhöhung des Güterangebots hat es in der Bundesrepublik nicht gegeben; dies betont auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der die Behauptung einer Geldentwertung durch die Staatsverschuldung dementsprechend in seinem letzten Jahresgutachten als „unsinnig“ bezeichnet. Auch die führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute sind der Auffassung, daß ein Staatsdefizit nicht schlechthin inflationär wirkt, sondern nur, wenn es die um Stabilität bemühte Geldpolitik der Bundesbank durchkreuzt. Dies ist aber in der Bundesrepublik nicht der Fall.

Schlusfolgerungen

Die Folgewirkungen der Staatsverschuldung für die

nächste Generation sind weniger dramatisch als vielfach behauptet wird. Hinsichtlich der zukünftigen Auswirkungen handelt es sich mehr um Scheinprobleme als um echte Belastungen. Eine „Verschuldensbürde“ zu Lasten der nächsten Generation, durch die sich die jetzige Generation – wie es die katholischen Bischöfe unterstellt haben – an dieser moralisch „schuldig“ gemacht haben könnte, gibt es nicht.

Im Kern reduziert sich die Verschuldensproblematik auf eine nach den gegebenen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen der jeweiligen Periode richtig zu bemessende und möglichst produktiv zu verwendende Kreditaufnahme; dabei muß der Staat einerseits Rücksicht auf die private Investitionsmöglichkeit und deren Bedeutung für die Anpassung einer Volkswirtschaft an sich ändernde Angebots- und Nachfragebedingungen nehmen und andererseits als Fiskus die mit der Kreditaufnahme verbundene künftige Belastung seiner Haushalte durch den Schuldendienst im Auge behalten. Auch dieses letzte Problem verliert in dem Maße an Gewicht, in dem bei einer wachsenden Wirtschaft die Einnahmen des Staates steigen.

Arthur Fromm: Staatsverschuldung – ein Marsch in die Währungsreform?

Arthur Fromm, Jahrgang 1950, ist Dipl.-Volkswirt. Sein Tätigkeitsfeld erstreckt sich über die Empirische Wirtschaftsforschung. Veröffentlichungen: zahlreiche Artikel in Tages- und Fachzeitschriften.

Als die größten ökonomischen Probleme der 80er Jahre werden im allgemeinen die Energiefrage, die Rententhematik und die Staatsverschuldung angesehen. Besonders vielversprechend erscheint es der Union, immer wieder auf die Gefahren hinzuweisen, die vom Schuldenberg ausgingen, den die öffentlichen Hände in den letzten 10 Jahren aufgetürmt hätten. Die Problematik hat aber auch für andere Gesellschaftsgruppen inzwischen eine Intensität und Dringlichkeit erreicht, die Hirtenbriefe und Gebete herausfordert. Sogar viele Politiker der FDP und selbst Teile der SPD halten die gegenwärtige Höhe der Staatsverschuldung für eine tickende Zeitbombe

und sehen sich gezwungen, die öffentlichen Haushalte schon in den nächsten Monaten in Ordnung zu bringen.

Man gibt sich also vielerorts traditionsbewußt, indem man die von den Vätern überlieferten Ängste vor Staatsschulden gezielt oder unbewußt pflegt, anstatt nüchtern zu untersuchen, ob und inwieweit eine verstärkte Kreditaufnahme durch den Staat eine geeignete Technik ist, unsere Wirtschaft wieder an Vollbeschäftigung und angemessenes Wachstum heranzuführen. Wie also haben sich in der Bundesrepublik Deutschland die Staatsschulden tatsächlich entwickelt und wie sind sie zu beurteilen? Warum mußte der Staat verstärkt Kredite aufnehmen, und wie haben sie gewirkt? Welche unerwünschten Nebenwirkungen gingen möglicherweise von ihnen aus? Was hat in Zukunft zu geschehen?

Entwicklung und Beurteilung der Staatsverschuldung

Die Staatsverschuldung hat absolut, relativ und an Tempo zugenommen

Spricht man von Staatsverschuldung, so meint man meistens den Bestand der Bruttokredite des

Staates zu einem bestimmten Zeitpunkt, ohne seine Forderungen von dieser Größe abzuziehen. Geht man von einem solchen Begriffsinhalt aus, dann betrug die Verschuldung aller öffentlichen Haushalte im Dezember 1969 erst 117,9 Mrd. DM, während sich der entsprechende Schuldenstand Ende 1979 bereits auf 413,9 Mrd. DM belief. Auch das Tempo der Neuverschuldung hat sich dem Trend nach erhöht. In den letzten 10 Jahren wuchs das Bruttosozialprodukt nominal um durchschnittlich 7,5%, die Staatsverschuldung dagegen nahm um 13,4% zu. Dadurch stieg 1979 das Verhältnis der Staatsschulden zum Bruttosozialprodukt – die sog. Schuldenquote also – von 17,4% auf 29,7% und das Verhältnis von Staatsschulden zu den gesamten Staatseinnahmen auf ca. 1:1. Die Verschuldung von Bund und Ländern wuchs dabei um jeweils gut 16%, während die Gemeinden ihren Schuldenzuwachs auf 9,5% beschränkten. Vor allem das Tempo der Verschuldung des Bundes steht im Mittelpunkt der Kritik, insbesondere natürlich der von F. J. Strauß. Er übersieht heute ganz gerne, daß er als Finanzminister 1967 die Nettokreditaufnahme des Bundes um 637% (!) erhöhte, wodurch der Schuldenstand des Bundes um über 22% zunahm.

Die Unternehmen waren 1979 4mal so hoch verschuldet wie der Staat

Unternehmen machen laufend Schulden, doch daran hat man sich gewöhnt. Es beunruhigt auch niemanden, daß die Schulden des Unternehmenssektors seit 1950 Jahr für Jahr gestiegen sind und 1979 1,5 Billionen DM erreichten. Damit aber lag die Bruttoverschuldung der Unternehmen fast 4mal so hoch wie die aller öffentlichen Haushalte zusammen. Betrachtet man gar die Nettoverschuldung – das sind die Verpflichtungen abzüglich der Forderungen – dann beanspruchte der Staat nicht einmal ein Sechstel des Nettokreditvolumens, das die Unternehmen für ihre Zwecke verwendeten. Dem Nettokreditbestand des Staates in Höhe von ca. 150 Mfd. DM stand nämlich eine Nettoverschuldung der Unternehmen von knapp 1 Billion DM gegenüber.

Bisher ist mir jedoch noch niemand begegnet, der die Unternehmen gefragt hätte: „Wann zahlt ihr denn endlich eure Schulden zurück?“ Niemand empfindet es auch als gegenwärtige oder künftige Belastung der Bürger in ihrer Eigenschaft als Verbraucher, daß die von den Unternehmen an ihre Gläubiger gezahlten Zinsen als Preisbestandteil an die Verbraucher weitergegeben werden. Es ist tatsächlich

nichts aufregendes dabei, denn diese Zinsen fließen ihnen zum großen Teil als Habenzinsen auf ihre Ersparnisse wieder zu. Ob und inwieweit es für ein Unternehmen sinnvoll ist, Kredite aufzunehmen, hängt damit eigenverantwortlich von seinen Zielen ab. Seine beiden wichtigsten Ziele sind im allgemeinen ein angemessener Gewinn und eine ausreichende Liquidität.

Das Wirtschaften des Staates muß gemäß seiner besonderen Zielsetzung beurteilt werden

Ein Unternehmen wird nun von Fall zu Fall entscheiden, ob in seiner Lage Schulden eine geeignete Technik sind, seinem Unternehmenszweck näher zu kommen. Ähnlich muß auch der Staat vorgehen. Den Staat kann man allerdings insofern nicht mit einem Unternehmen auf eine Ebene stellen, als er andere Aufgaben zu erfüllen hat. Zu den ursprünglichen Aufgaben des staatlichen Wirtschaftens gehört die Bereitstellung von öffentlichen Gütern – wie z. B. Schulbildung und Verkehrswege –, die soziale Sicherung und nicht zuletzt die Konjunktursteuerung. Da wir es aber in einer Volkswirtschaft fast nie mit einem Gleichgewichtszustand zu tun haben, muß der Staat immer wieder Konjunkturschwankungen, d. h. den Schwankungen in der wirtschaftlichen Aktivität des privaten Sektors, entgegenwirken.

Wie unterschiedlich dabei das jeweils richtige Handeln sein kann, das sich für den privaten Sektor einerseits und den Staat andererseits ergibt, wird vielleicht folgendes Beispiel verdeutlichen: Für den einzelnen Unternehmer und den einzelnen privaten Haushalt war es in der Depression und Deflation der Jahre 1930–1932 sinnvoll, möglichst viel zu sparen. Für den Staat dagegen wäre es allererste Pflicht gewesen, in seinem Haushalt für Defizite zu sorgen, um so die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu beleben. Da sich aber damals sämtliche Reichsregierungen verhalten haben wie sich jeder einzelne „treusorgende solide Hausvater“ von seiner Warte aus hätte verhalten sollen, beschleunigten die staatlichen Haushalte noch den Absturz in die Depression.

Die staatliche Kreditaufnahme kann demzufolge nur im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Lage beurteilt werden. Zu den wichtigsten Maßstäben zur Kennzeichnung der Situation einer Volkswirtschaft zählen Arbeitslosenquote, Wachstumsrate und Inflationsrate. Ebenso wie man den Kredit eines Unternehmens nur im Hinblick auf seine unternehmerischen Ziele einschätzen kann, ist eine Analyse der Kreditaufnahme des Staates nur

hinsichtlich seiner staatlichen Aufgaben möglich. Es ist daher völlig unzureichend, ökonomische Größen ohne Verbindung zu anderen ökonomischen Daten zu betrachten und etwa von „Schuldenbergen“ zu sprechen. Ebenso wenig sinnvoll ist es, diese Zahlen ins Verhältnis zu irgendwelchen außerökonomischen Zahlen zu setzen.

Ein Meister darin, solche Zahlen zwar ausgesprochen publikumswirksam, aber ebenso unsinnig zu verknüpfen, ist Paul C. Martin. So rechnet er uns in seinen Beiträgen in „Bild am Sonntag“ und „Welt am Sonntag“ immer wieder vor, daß sich der Staat pro Minute um 100 000 DM, pro Tag um 150 Mill. DM und pro Jahr um 55 Mrd. DM neu verschuldet. Ich empfehle ihm, seine künftigen Beiträge mit weiteren „bild“-haften Erläuterungen anzureichern: Pro Kopf beträgt die Schuldenlast gegenwärtig rd. 7400 DM, pro Kopfhaar nur noch 50 Pfennige, pro Quadratmeter allerdings wieder bereits 1,50 DM. Ebenso könnte er bei anderer Gelegenheit aus der Anzahl der Parkplätze, die den Mitarbeitern einer Aktiengesellschaft zur Verfügung stehen, auf ihre Rentabilität schließen.

Ursachen und Effizienz der Staatsverschuldung

Die Staatsverschuldung der letzten Jahre ist absolut notwendig gewesen

Eine kräftige Zunahme der Staatsverschuldung brachte das Rezessionsjahr 1975, als das reale Brutto-sozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland zum ersten Mal zurückging. Diese Rückbildung der gesamtwirtschaftlichen Leistung brachte Steuerausfälle mit sich, während der Staat seine Ausgaben fast wie vorgesehen anhub. Die Folge davon waren entsprechende, teilweise unfreiwillige, in jedem Fall aber sehr sinnvolle Finanzierungsdefizite, die allein den Bund zu einer Nettokreditaufnahme von 30 Mrd. DM veranlaßten. 1974 hatte der entsprechende Nettokreditbedarf erst bei 9,5 Mrd. DM gelegen.

Dieses „deficit spending“ ist ungemein wichtig gewesen, denn es wäre bei konjunkturneutralen oder gar nachfrage-neutralen öffentlichen Haushalten mit Sicherheit zu einer Arbeitslosigkeit gekommen, die die 2-Millionen-Grenze überschritten hätte. Zur Beurteilung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist es notwendig, von solchen hypothetischen Entwicklungen auszugehen. Dies ist ein Kernsatz der Effizienzmessung wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Es bestreitet heute auch nahezu niemand, daß diese Kreditaufnahme zum damaligen Zeitpunkt richtig und wirksam gewesen ist.

Im gleichen Atemzug wird aber oft hinzugefügt, spätestens nach 1976, nach dem angeblichen Aufschwung also, hätte ein Abbau der Staatsdefizite erfolgen müssen. Einer solchen Argumentation kann ich nicht folgen. Denn selbst im Jahr 1978 zählte unsere Statistik noch 993 000 Arbeitslose, obwohl bis dahin schon zahlreiche ausländische Arbeitnehmer nach Hause geschickt worden waren. Die staatliche Kreditnachfrage ist also im Gegenteil eher zu gering ausgefallen, um einen Aufschwung von wünschenswerten Ausmaßen herbeizuführen.

Private Investitionen wurden nicht verdrängt

Die gesamtwirtschaftliche Wirksamkeit der Staatsverschuldung hängt allerdings u. a. auch davon ab, ob und inwieweit mögliche private Kreditnachfrage durch die Kreditaufnahme des Staates zurückgedrängt wird. Dadurch nämlich könnte die Wirksamkeit der Staatsdefizite verringert und im Extremfall sogar aufgehoben werden. Im wirtschaftlichen Abschwung ist das jedoch im allgemeinen nicht zu befürchten und war auch in der Bundesrepublik nicht zu beobachten. Der Staat trifft nämlich, wenn er sich in einer derartigen Konjunkturlage bei den Banken verschulden will, in der Regel auf genügend anlage-suchende Finanzmittel. In der Rezession sind deshalb merkliche Zinssteigerungen und Verdrängungseffekte als Folge des Konkurrierens von Staat und privaten Investoren um Finanzmittel wenig wahrscheinlich. Die direkt durch Staatsausgaben oder indirekt durch Steuersenkungen belebte Nachfrage hat im Gegenteil zusätzliche private Investitionen erst wieder sinnvoll gemacht. Der Realzins ist von 1975 bis 1979 permanent gesunken und die volkswirtschaftliche Investitionsquote hat 1980 wieder den Stand der zweiten Hälfte der 60er Jahre erreicht. Die Staatsverschuldung ist also nicht nur für sich genommen, sondern auch vom Gesamteffekt her äußerst wirksam gewesen.

Antikritische Sicherung

Trotz steigender Staatsverschuldung sind die binnenländischen Preissteigerungsraten zurückgegangen

Die wichtigste Nebenbedingung, die der Staat bei einer verstärkten Neuverschuldung beachten muß, ist die relative Stabilität des Preisniveaus. Das Tempo der Neuverschuldung in den letzten fünf Jahren könnte nun eine Gefährdung des Geldwertes vermuten lassen. Doch es ist genau das Gegenteil eingetreten. Die Inflationsrate für die Lebenshaltung ohne

Mineralölprodukte erreichte in den Jahren 1973 und 1974 mit 6,4% den höchsten Stand der 70er Jahre. Von da an ist dieser Näherungswert für die hausgemachte Inflation ständig gesunken und lag in den Jahren 1978 und 1979 bei ca. 3%. Steigende Staatsverschuldung und Stabilitätspolitik schließen sich somit keineswegs von vornherein aus. Wie bereits erwähnt, kommt es vielmehr auf die gesamtwirtschaftliche Situation an, in der der Staat zusätzliche Kredite aufnimmt.

Das Gebot der Preisniveaustabilität ist die einzige ökonomische Grenze der Staatsverschuldung beim Kampf um die Wiedergewinnung von Vollbeschäftigung und angemessenem Wirtschaftswachstum. Ist diese Bedingung hinreichend erfüllt, dann ist dies zugleich als Zeichen dafür zu deuten, daß private Nachfrage nicht verdrängt wird. Unter solchen Voraussetzungen wird auch die Bundesbank, falls nötig, einer verantwortungsbewußt handelnden Regierung direkt oder indirekt die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, die sie benötigt, um ihren Aufgaben nachkommen zu können. Ansonsten gilt der Staat als begehrter Kreditnehmer, der seinen Verpflichtungen jedem einzelnen Gläubiger gegenüber pünktlich nachkommt.

Durch die Staatsverschuldung werden die Bürger weder jetzt noch in Zukunft belastet

Einen wichtigen Einblick in den Charakter der Staatsverschuldung eröffnet die Frage, bei wem denn der Staat verschuldet ist, d. h. wo-er Kredite aufgenommen hat. Über 70% seiner Gläubiger sind deutsche Kreditinstitute. Etwa weitere 20% entfallen auf Versicherungsunternehmen. Nimmt der Staat also bei einer deutschen Bank – ein Teil der Kreditinstitute gehört ohnehin ihm selbst – Kredite auf, dann entstehen im gleichen Zuge Forderungen. Dem Staat als Schuldner stehen damit inländische Banken als Gläubiger gegenüber. Die Banken wiederum sind ganz überwiegend bei den privaten Haushalten verschuldet, die als Sparer ihr Geld in verschiedenen Formen bei den Kreditinstituten anlegen. Die Zinsen, die der Staat für seine Kredite aufbringen muß, belasten den Bürger daher ebensowenig wie die Zinsen der Unternehmen. Denn aufgrund von Sparbüchern, Bausparverträgen, Lebensversicherungen usw. fließen dem Bürger als Sparer die Zinsen wieder zu. Sofern sich der Staat z. B. über Bundesschatzbriefe bei den privaten Haushalten direkt verschuldet, ist dieses scheinbare Problem der Belastung sogar von vornherein ausgeschlossen. Die heutige Staatsver-

schuldung sorgt damit ebenso wie die Unternehmensverschuldung gleichzeitig für heutige und künftige Kapitaleinkommen bei den privaten Haushalten.

Die Volkswirtschaft als Ganzes und damit die Bürger der Bundesrepublik werden also durch die Kreditaufnahme des Staates im Inland weder heute noch in Zukunft belastet. Das Geld, das dem Bürger aus der einen Tasche genommen wird, wird ihm in die andere Tasche zurückgegeben. Das Nettogeldvermögen, das sich aus Kreditbeziehungen innerhalb einer Volkswirtschaft ergibt, ist logischerweise immer gleich Null. Einfacher gesagt: Jedem Schuldner steht ein Gläubiger gegenüber und da der Staat wir alle sind, sind somit alle bei allen verschuldet und zugleich alle Gläubiger von allen.

Darüber hinaus wird der positive Effekt außer acht gelassen, der durch die Investitionen, die mit Hilfe von Staatskrediten getätigt werden, ausgeht und ausgehen wird. Ich denke z. B. an die Bildungsinvestitionen, die erst Kapazitäten schaffen, aus denen kommende Generationen den Nutzen ziehen werden. Es ist schon eigenartig, wie oft darauf hingewiesen wird, daß wir als rohstoffarmes Land auf technisches und organisatorisches Wissen angewiesen sind, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Selten aber werden Bildungsaufgaben folgerichtig als Zukunftsinvestitionen anerkannt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist Gläubigerland

Unser Staat ist also, ebenso wie die Unternehmen, ganz überwiegend bei inländischen Banken verschuldet, nicht etwa als Staat gegenüber anderen Staaten. Im Außenverhältnis dagegen, als Volkswirtschaft, ist die Bundesrepublik ein sehr großes Gläubigerland, ein viel größeres, als sie es in den 60er Jahren jemals gewesen war. So erreichten Ende 1979 die Nettoforderungen der deutschen Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland 104 Mrd. DM. Allein die Nettowährungsreserven beliefen sich dabei auf 89 Mrd. DM. Aufgrund dieses Vermögens kann die Bundesrepublik nun die Ölrechnung viel leichter bezahlen als die meisten anderen westlichen Industrieländer. Gelassener als andere Länder können wir auf überstürzte Maßnahmen verzichten, wie beispielsweise auf Beschränkungen des Reiseverkehrs.

Die finanzpolitische Konjunktursteuerung entlastet gegenwärtig die Steuerzahler

Bei einem wachsenden Bruttosozialprodukt – bei dieser Betrachtung ist die nominale Größe entschei-

dend - steigen die Einkommen und auch die Ersparnisse. Eine entsprechende Zunahme des Kreditvolumens, das durch Unternehmen und Staat in Anspruch genommen wird, ist im Normalfall zwingend, wenn es zu keinem Nachfrageausfall kommen soll. Wachsendes Bruttosozialprodukt und steigendes Kreditvolumen gehören daher immer zusammen. Wenn die Unternehmen das zunehmende Kreditangebot überdurchschnittlich nachfragen, muß sich der Staat entsprechend zurückziehen. Führt umgekehrt der private Bereich die zusätzlichen Ersparnisse nicht wieder in den Wirtschaftskreislauf zurück, ist es Aufgabe des Staates, seine Kreditnachfrage überproportional auszuweiten.

Über die Kredite muß der Staat also praktisch immer wieder eine Ausgleichsfunktion übernehmen, wenn er Konjunktursteuerung betreiben will. Je nachdem, ob der Staat nun zu Finanzierungsüberschüssen oder zu Finanzierungsdefiziten gehalten ist, ergibt sich daher eine Belastung oder eine Entlastung des Steuerzahlers. Im Falle von Finanzierungsüberschüssen nämlich wird vom Steuerzahler mehr gefordert als er vom Staat in Form von öffentlichen Gütern zurückerhält. Sind hingegen Finanzierungsdefizite notwendig, dann wird die Nettokreditaufnahme in der Regel über den Zinszahlungen des Staates liegen. Es wird sich dadurch ein zusätzlicher Haushaltsspielraum ergeben. Der Steuerzahler wird dann netto einen Gewinn verzeichnen. Es kommt also auf die jeweilige konjunkturelle Situation an, ob der Steuerzahler nun belastet oder entlastet wird. Seine Ausgaben übrigens sollte der Staat unabhängig von seiner Finanzierung gestalten können.

Da die Zinsbelastung seit Beginn der Rezession im Jahr 1974 unter der Nettokreditaufnahme geblieben ist, sind dem Steuerzahler seither jeweils mehr Mittel zugeflossen als er aufzubringen hatte. 1979 beispielsweise ergab sich ein zusätzlicher Haushaltsspielraum von 13,8 Mrd. DM. Die Kreditaufnahme des Staates hat den Bürger somit nicht einmal in seiner Eigenschaft als Steuerzahler belastet, sondern ihn sogar entlastet.

Auch in Zukunft braucht der Steuerzahler nicht belastet zu werden

Selbst wenn man in einer langfristigen Perspektive davon ausgeht, daß das nominale Bruttosozialprodukt von 1982 an durchschnittlich nur um 6% (z. B. 3% real bei einer Inflationsrate von 3%) zunimmt, genügt ein ebenso hoher Zuwachs der Nettokreditaufnahme des Bundes, um über das Jahr 2000 hin-

aus einen zusätzlichen Haushaltsspielraum zu sichern. Eine Verdrängung der privaten Kreditnachfrage ist nicht zu befürchten, weil der Haushaltsspielraum immer geringer wird. Dadurch werden dem Kreditmarkt durch den Staat netto immer weniger Mittel entzogen.

Auch wenn die gesamtwirtschaftliche Nettokreditaufnahme die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts (z. B. 7%) übersteigen müßte, etwa weil die Sparquote ständig steigt und die Unternehmen nicht alle zusätzlichen Ersparnisse für Kreditzwecke nachfragen, ergäben sich keine Probleme. Angenommen, das heutige Niveau der staatlichen Nettokreditaufnahme würde jährlich um 10% angehoben und damit im gleichen Ausmaß ausgedehnt wie die Verschuldung der Unternehmen; dann würde selbst bei einem Zinssatz von 8% der Haushaltsspielraum bis zum Jahr 2000 auf ca. 24 Mrd. DM erweitert werden, der Haushalt somit expansiv wirken, der Steuerzahler aber weiterhin von einer Beteiligung an den Zinsausgaben des Bundes verschont bleiben (vgl. Tabelle). Je nach den Erfordernissen würde auch eine noch höhere Steigerungsrate der Nettokreditaufnahme keine Schwierigkeiten bereiten.

Ausblick

Es besteht gegenwärtig kein Anlaß, die Staatsdefizite abzubauen - Im Gegenteil

Eine „Konsolidierung“ der Haushalte ist ökonomisch nur dann sinnvoll und notwendig, wenn die Konjunktur gedämpft werden soll. Diejenigen, die jedoch heute solche Forderungen aufstellen, gleichen Ertrinkenden, die statt nach einem Rettungsschwimmer nach einem Vertreter von Feuerversicherungen rufen. Für 1981 ist bekanntlich mit einem Rückgang des Bruttosozialprodukts um ca. 1% zu rechnen. Wir werden damit in diesem Jahr wie schon 1975 nicht nur eine Wohlstandsminderung, sondern einen kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit von einem hohen Sockel aus hinnehmen müssen. Die im Haushaltsplan des Bundes für das Jahr 1981 vorgesehene Begrenzung der Nettokreditaufnahme auf 27 Mrd. DM bedarf daher unbedingt einer Überprüfung. Die Beschränkung des Ausgabenzuwachses des Bundes auf 4,3% wäre nur dann zu vertreten, wenn die Einnahmen des Staates aus Steuern und Beiträgen ausreichend gesenkt würden.

Zwar wurden vor allem zum 1.1.1981 die Steuern gesenkt, doch bedeutet dies großenteils nur einen Verzicht auf weitere überproportionale Lohnsteuerzuwächse. Stellt man dieser nur geringfügigen tat-

Schuldenstand, Nettokreditaufnahme und Zinsen des Bundes
 – eine hypothetische Entwicklung –

Jahr	Bruttosozialprodukt in Mrd. DM	Nettokreditaufnahme des Bundes in Mrd. DM	Zinsen des Bundes in Mrd. DM	Haushaltsspielraum des Bundes in Mrd. DM 1)	Schuldenbestand des Bundes in Mrd. DM	Schuldenbestand der Unternehmen in Mrd. DM
1979	1.404,2	25,8	11,8	13,8	202,6	ca. 1.500
1980	1.502,5	24,2	14,2	10,0	228,8	ca. 1.590
1981	1.582,8	27,4	18,9	10,5	254,2	ca. 1.689
1982	1.572,0	30,1	22,7	7,4	284,3	ca. 1.797,9
1983	1.789,0	33,2	25,4	7,8	317,5	ca. 1.917,7
1984	1.914,2	36,5	28,3	8,2	354,0	ca. 2.049,5
–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–
1990	2.872,8	64,8	53,1	11,5	663,4	ca. 3.167,7
–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–
2000	5.851,2	167,8	143,7	23,9	1.786,2	ca. 7.260,1

Die Zahlen für die Jahre 1979 bis 1981 wurden den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank und dem Finanzbericht 1981 der Bundesregierung entnommen. Der Schuldenstand der Unternehmen wurde für die Jahre 1980 und 1981 geschätzt. Für die Jahre 1982 bis 2000 wurde eine Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von 7% unterstellt. Für die Nettokreditaufnahme des Bundes und der Unternehmen wurde ein jährlicher Zuwachs von 10% angenommen.

1) Der Haushaltsspielraum des Bundes ergibt sich aus der Differenz der Einnahmen des Bundes und den Zinsen, die der Bund für seine Kredite zahlen muß.

sächlichen Steuererleichterung die Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung ebenfalls zum 1. 1. 1981 sowie die inflationsträchtige Anhebung der Mineralöl- und Brantweinsteuer zum 1. 4. 1981 entgegen, so wird das reale verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer 1981 eher unter als über dem des Jahres 1980 liegen. Davon betroffen sind übrigens vor allem die einkommensschwachen Arbeitnehmer, die ja sowohl eine geringe Sparquote aufweisen als auch mit vollem Einkommen zur Sozialversicherung herangezogen werden. Es besteht also durchaus die Gefahr, daß der Bundeshaushalt 1981 in seiner gegenwärtigen Fassung dem bereits eingetretenen Abschwung zusätzliche Nahrung gibt. Konjunkturge-

recht ist er auf keinen Fall.

Es ist schon erstaunlich, daß viele über jede zusätzliche Nachfrage aus dem Ausland in Verzückerung geraten, aber vom Staat ausgehende Impulse als Teufelswerk abtun. Zu sehr verknüpft man mit dem Wort Schulden immer noch – zumindest unbewußt – Vorstellungen von Schuld, Sünde, Sühne und Buße. Insoweit erweist sich die Staatsverschuldung als ein psychisches Problem, das in Form von Vorurteilen seinen festen Platz im politischen Alltag gefunden hat. Damit allerdings kann man in einem Land, das in diesem Jahrhundert bereits zwei Währungsreformen hinter sich hat, auch gezielt glänzende Geschäfte machen.

Für die ersten 25 Jahrgänge der „Neuen Gesellschaft“ (1954–1978) gibt es jetzt ein zentrales

Stichwort- und Personenregister.

Das 168 Seiten starke Verzeichnis umfaßt 2400 Namen (von Abendroth bis Zwerenz) und 2875 Stichworte (von Abrüstung bis Zypern), – nicht nur für den wissenschaftlich Arbeitenden, sondern für jeden, der die Diskussion des Demokratischen Sozialismus in den letzten Jahrzehnten zurückverfolgen will, ein nützliches Hilfsmittel. Gegen einen Unkostenbeitrag von DM 3,– in Briefmarken kann das Register bezogen werden bei der Redaktion „Die Neue Gesellschaft“, Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2.

Gerhard Diekmann: Beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Modernisierungs- politik

Der Diplom-Ökonom Gerhard Diekmann, Jahrgang 1946, ist Parlamentarischer Referent für Wirtschaftspolitik der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag. (s. a. NG 8/80) Der Autor legt Wert auf die Feststellung, daß es sich bei diesem Artikel nicht um eine Stellungnahme der SPD-Landtagsfraktion handelt.

Die unsichere Beschäftigungslage ist zu einer außerordentlichen politischen Herausforderung geworden. Mit einer sich abschwächenden Konjunktur werden die Arbeitsmarktprobleme weiter zunehmen und die strukturellen Wachstumshemmnisse noch deutlicher hervortreten lassen. Das neue PROGNOSE-Gutachten „Technischer Fortschritt – Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ geht für 1985 von 1,65 Mio. und 1990 von 1,2 Mio. Arbeitslosen aus. Die stille Reserve (nicht registrierte Erwerbslose) ist nicht eingerechnet und wird mit ca. 1 Mio. veranschlagt. Die quantitativ zusätzlich ins Erwerbsleben eintretenden Erwerbstätigen werden von 1977–1985 etwa 900 000 Menschen betragen (bedingt durch die Altersstruktur der Bevölkerung und durch die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen).

Eine auf Vollbeschäftigung ausgerichtete Wirtschaftspolitik hat sich mindestens mit folgenden Wachstums- und Beschäftigungshemmnissen auseinanderzusetzen:

- Seit 1974 ein absoluter Bevölkerungsrückgang von 0,3–0,4% jährlich (mit stagnierenden Jahren); dies bedeutet ausfallende Nachfrage;
- halbierte Geburtenquote 1964/1977 mit der Folge einer sich verändernden Alters- und Nachfragestruktur;
- sich ausweitende Sättigungserscheinungen bei langlebigen Gebrauchsgütern (u. a. Kühlschränke, Staubsauger, Fernseher) besonders bei ausgereiften Technologien (gekennzeichnet als Nachfragezyklus);
- die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland (Schwellenländer, z. B. Brasilien) bei technologisch weitgehend standardisierten Produkten (Textil, Schwarz-Weiß-Fernseher, Kameras), da wesentliche Standortvorteile der Bundesrepublik nicht mehr wirksam sind (gekennzeichnet als Produktzyklus);

- die Verknappung und Verteuerung von Primärenergieträgern (Öl, Gas, Kohle);
- die Verknappung und Verteuerung von Rohstoffen;
- die Begrenzung der Umweltbelastung;
- über den Wachstumsraten liegende Arbeitsproduktivitätsraten.

Das Marktgeschehen ist in seiner gegenwartsbezogenen Orientierung nur bedingt in der Lage, den genannten Wachstums- und Beschäftigungshemmnissen problemlösend zu begegnen. Die politische Herausforderung einer Vollbeschäftigungspolitik stellt sich deshalb neu, z. B. wenn man Wirtschaftspolitik im strengeren Sinne als Notwendigkeit des gesamtwirtschaftlich rationalen Einsatzes und Umgangs von und mit knappen Ressourcen versteht.

Politisch werden derzeit für die Lösung der Beschäftigungsprobleme unterschiedliche Lösungsstrategien diskutiert. Von konservativen Politikern wird die Forderung nach weniger Staat, Staatsaktivität und mehr Freiheit für die freien Kräfte am Markt erhoben, im Sinne einer „Privatisierung der staatlichen Vollbeschäftigungspolitik“. Die staatliche Wirtschaftspolitik wird unter den Primat der einzelwirtschaftlichen Rationalität gestellt. Man geht vom effizienteren, einzelwirtschaftlichen Entscheidungsprozeß aus, der aber dem kurz- und mittelfristigen Gewinninteresse unterliegt. Eine solche Strategie geht dabei eher zu Lasten von Löhnen, d. h. der Familieneinkommen (Verantwortung der Tarifpartner), und zu Lasten der Nachfrage; sie führt zu einer verstärkten Rationalisierung u. a. durch neue Technologien. Durch solche Vorstellungen wird die Wettbewerbsfähigkeit nur konserviert, statt sie mit gezielten, staatlichen Hilfen u. a. technologisch auszubauen. Gerade neue Verfahrenstechnologien (Mikroelektronik) setzen in Zukunft erheblich Arbeitskräfte frei. Diese Entwicklung zeigt sich auch bei der „Elektronisierung“ von Produkten auf der Herstellersseite.

Für politisch denkende Bürger, für die Wirtschaftspolitik zunehmend in einer sich solidarisch verstehenden Gesellschaft konzipiert wird, gelten andere, grundlegendere Werte. Zukunftssichere Arbeitsplätze werden durch eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und qualitatives Wachstum geschaffen. Wettbewerbsfähigkeit und qualitatives Wachstum 'produziert' der Markt nicht allein. Der pionierhafte, innovative Unternehmer Schumpeterschen Typs ist nicht notwendigerweise der Regeltyp, den eine sich verstärkende internationale Arbeitsteilung und ein rascher technologischer Wandel wie von selbst hervorbringt. Die sich entfaltende internationale Arbeitsteil-

lung und der sich beschleunigende technologische Wandel stellen, insbesondere für mittelständische Betriebe, eine nicht immer zu bewältigende Herausforderung dar. Dies zeigt insbesondere die derzeitige Entwicklung der Konkurse, die nach Bundesländern und Branchen recht unterschiedliche Ergebnisse ausweist.

In einer am Grundwert der Solidarität orientierten Strategie für eine vollbeschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik stellen sich folgende Elemente als Herausforderung:

- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen; als angebotsorientierte Strategie.
- Intensivierung des qualitativen Wachstums durch Beseitigung von Engpässen (Rohstoffe, Umwelt), angepaßte Technologien für Entwicklungsländer und den Ausbau von humanen Dienstleistungen; als nachfrageorientierte staatliche Strategie (z. B. 16 Mrd. DM für Zukunftsinvestitionen, ZIP)
- Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung.

Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftspolitik

Die Exportquoten der Bundesrepublik und Englands von 23% (Warenausfuhr in % der Wirtschaftsleistung) liegen vor denen Italiens mit 22%, Frankreichs mit 17%, Japans mit 10% und der USA mit 7% (für die Jahre 1979 bzw. 1978). Die Exportquote der Bundesrepublik ist ausbaufähig bzw. gefährdet durch die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaft; so läßt sich z. B. der Binnenmarkt durch eine hohe Wettbewerbsfähigkeit der Produkte besser schützen als durch protektionistische Maßnahmen.

Für die erreichte Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik spricht der hohe Anteil an technologischen Spitzenprodukten am Gesamtexport. Hier führt Japan mit 24%, die Bundesrepublik Deutschland mit 20%, die USA mit 16% (ist seit 1963 vom 1. auf den 3. Platz zurückgefallen). Die anderen westlichen Industrieländer liegen dahinter zurück. In einem rohstoffarmen Land wie der Bundesrepublik ist die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft wesentlich bestimmt durch den hohen Ausbildungsstand der arbeitenden Menschen, durch das u. a. technologische und anwendungsorientierte Niveau der Forschung, durch eine gezielte Forschungs- und Entwicklungsförderung, den Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur sowie einer international wettbewerbsfähigen Produkt- und Produktionsstruktur. Hohe Löhne sind nur durch technologisch hochwertige Produkte möglich. Zu dieser verbesserten Wett-

bewerbsfähigkeit tragen die Leistungen des Staates zur Grundlagen- und angewandten Forschung, zur Förderung von Wissenschaft und Ausbildung, zur Verbesserung beruflichen Weiterbildung, aber auch die Förderung von betrieblichen und technologischen Beratungsstellen insbesondere für das Handwerk und mittelständische Unternehmen ganz entscheidend bei. Notwendig ist eine Verjüngung des Kapitalstocks (Produktionsanlagen). Diese Verjüngung dient kurzfristig der Beschäftigung und mittelfristig der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.

Klein- und mittelständische Betriebe reagieren derzeit am Markt vor allem gegenwartsbezogen auf die Veränderungen in der Weltwirtschaft und bei der Einführung und Durchsetzung von neueren Technologien und beziehen dabei sich mittelfristig abzeichnende Marktentwicklungen und -chancen zu wenig in ihre Planungen mit ein (z. B. Uhrenindustrie). Die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaft hängt jedoch immer stärker von der marktgerechten und schnelleren Umsetzung von technologischen Neuerungen ab. Daher ist eine technologische Zukunftsvorsorge im Sinne einer begleitenden und auszubauenden Unternehmens- und Technologieberatung notwendig.

Eine wettbewerbsfähige Produktpalette wird sich sowohl auf das Herausfinden von sogenannten Marktnischen als auch auf die Weiterentwicklung der vorhandenen Produktstruktur beziehen. Zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsfähigkeit von Klein- und Mittelbetrieben hat die Bundesregierung für Forschungs- und Entwicklungsförderung 1972 95,8 Mio. DM, 1975 207,1 Mio. DM und 1980 820,8 Mio. DM ausgegeben. Diese gezielten Finanzaufwendungen müssen weiter ausgebaut werden, weil das vorherrschende industrielle Mengenwachstum in einer fortgeschrittenen Industrienation zunehmend vom Qualitätswachstum als u. a. Problemlösungswachstum abgelöst wird.

Wirtschaftliches Wachstum durch neue Wachstumsfelder

Eine arbeitsplatzschaffende Strategie liegt im Ausbau des qualitativen Wachstums (Engpaßbeseitigung), in der Erzeugung von angepaßten Problemlösungen (Technologien) und dem Ausbau des Dienstleistungssektors, insbesondere der humanen Dienstleistungen. Neue Wachstumsmöglichkeiten und Beschäftigungschancen können aus einer Strategie zur Beseitigung von zunehmenden Engpässen (Rohstoffe, Primärenergieträger, Umwelt) entwickelt werden.

Das „individuell Kaufbare“ (langfristige Ge-

brauchsgüter des tägl. Bedarfs) nimmt aufgrund von sich abzeichnenden Sättigungsgrenzen und abnehmender Bevölkerung ab.

Das von „allen Kaufbare“ (kollektive Güter – Fernwärme, Umwelt, ÖPNV) muß aufgrund zunehmender Knappheit (Rohstoffe, Umwelt, Öl) und zur Verbesserung der Lebensqualität über die öffentliche Nachfrage stärker gefördert und finanziert werden. Qualitatives Wachstum muß sich als vorbeugendes, ressourcenschonendes Arbeitsplatzwachstum verstehen. Die Förderung des qualitativen Wachstums, insbesondere als rohstoff-, energie-, umwelt- und naturschonendes, recyclingförderndes Arbeitsplatzwachstum ist als eine aktive, zukunftsorientierte Beschäftigungspolitik zu verstehen.

Aus der zunehmenden Rohstoffverknappung und dem Ziel der Begrenzung der Umweltbelastung ergibt sich die Notwendigkeit von Rahmenvorgaben für entsprechendes individuelles und staatliches Handeln. Dieses Handeln wird außerdem durch eine sich verstärkende internationale Konkurrenz herausgefordert. Auch das Defizit in der Leistungsbilanz (u. a. Ölimporte) verweist auf die notwendige Umstrukturierung der Volkswirtschaft (als realgüterwirtschaftliche Anpassung), dies insbesondere solange die Preise schneller steigen als die Einsparungsraten (z. B. Öl). Elemente eines qualitativen Wachstums sind:

- die verstärkte Erforschung und Anwendung von neuen Technologien zur Rohstoff- und Energieeinsparung, alternative Energiegewinnung und der rationalen Energieverwendung;
- die Erforschung und der verstärkte Einsatz von umweltschützenden Technologien;
- die verstärkte Erforschung und Nutzung von Recyclingtechnologien;
- die verstärkte Entwicklung von räumlich angepaßten Technologien (landwirtschaftlich, Entwicklungsländer);
- die verstärkte Altbausanierung mit energieeinsparenden und lärmvermindernden Techniken;
- die verstärkte Entwicklung von Wassergewinnungs- und -rückgewinnungsanlagen.

Eine solche Strategie ist aufgrund der Finanzierung von öffentlichen Initialzündungen volkswirtschaftlich sinnvoller und humaner, als alternativ Arbeitslose zu bezahlen, mit allen sekundären, gesellschaftlichen Folgekosten. Aufgrund der unterschiedlichen Kosten- und Nutzenentstehung (Steuereinnahmen und -ausgaben) bei Bund, Ländern und Gemeinden sind abgestimmt finanzierte Bund/Länder-Gemeinde-Programme daher am wirkungsvollsten.

Beschäftigungswirksame Programme müssen sowohl Elemente von investiven Nachfrageprogrammen, u. a. zur Erleichterung der Markteinführungsphase neuer Technologien, als auch abgestimmte, spezifische Angebotsförderungsmaßnahmen enthalten. Die Beschäftigungswirkungen eines qualitativen Wachstums sind auch über einen größeren Arbeitsinsatz im Verhältnis zum Kapitaleinsatz über Klein- und mittlere Technologien gegeben.

Angepaßte Technologien für Entwicklungsländer und Technologietransfer

Zur Durchsetzung eines Grundbedürfnisse-Konzepts und zur Bekämpfung der internationalen Arbeitslosigkeit mit den einhergehenden Rohstoff-, Energie- und Umweltproblemen ist von den Industrieländern im verstärkten Maße sowohl die Entwicklung und der Export von angepaßten Technologien, als auch ein 'angepaßter' Technologietransfer zu leisten. Die Bekämpfung des Hungers, gezielte Hilfen zur Erhaltung und Entwicklung der Lebensgrundlagen der Menschen in der Dritten Welt und die angepaßte Entwicklung der Regionen sind als eine Chance für eine arbeitsplatzschaffende Strategie auch in den Entwicklungsländern zu begreifen.

Damit würde gleichzeitig ein Beitrag dazu geleistet, die notwendige internationale Arbeitsteilung konstruktiv zu gestalten. Hierbei sind die Möglichkeiten von mittelständischen Unternehmen zu nutzen, zu fördern und verstärkt Kooperation mit bestehenden bzw. aufzubauenden Betrieben in den Entwicklungsländern zu intensivieren. Solche Maßnahmen sind eine wirksame Voraussetzung für einen notwendigen Technologietransfer. Unterstützende staatliche Hilfen in der Beratung und mit finanziellen Maßnahmen (Demonstrationsanlagen in Exportländern) würden auch hier neue Aufgabenfelder für mittelständische Betriebe erschließen helfen.

Dienstleistungssektor und humane Dienstleistungen

Die Bundesrepublik Deutschland stellt im internationalen Vergleich einen hohen Anteil ihres Sozialproduktes im industriellen Bereich her. Die Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Produktion wird immer stärker abhängig von Vorleistungen im Dienstleistungssektor, auch in den Unternehmen. Z. B. gehören die Aus- und Weiterbildung hierher. Diese Dienstleistungen sind als Vorleistungen für die Produktion keineswegs „unproduktiv“.

Allein eine Schätzung des realistischen Bedarfs bei öffentlichen Trägern kommt für die Zeit bis 1985/1990 auf 850 000 und für eine sofortige Reali-

sierung auf 300 000 zusätzliche Arbeitsplätze. Diese Arbeitsplätze könnten besonders in der sozialen Vorbeugung (Jugendkriminalität, -alkoholismus, Drogen) und in der sozialen ambulanten Betreuung (u. a. älterer Menschen) geschaffen werden.

In der gegenwärtigen Diskussion wird dabei zu wenig berücksichtigt, daß für eine Übergangsperiode sowohl nachsorgende als auch vorsorgende Dienstleistungen bezahlt werden müssen, bis die vorsorgenden Dienstleistungen (Einsparungs-)Wirkungen zeigen. Dieser Bedarf darf nicht nur als Kostengröße ins öffentliche Bewußtsein treten. Eine sich stärker solidarisch verhaltende Gesellschaft wird gerade diesen Bedarf als Für- und Vorsorge nicht zurückstellen wollen. Die Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen, die sich in der vorbeugenden Sozialpolitik findet, würde sich auch in der zusätzlichen Beschäftigung wiederfinden.

Verstärkte Humankapitalinvestitionen statt Realkapitalinvestitionen – veränderte (regionale) Notwendigkeiten in der Wirtschaftsförderung

Die Möglichkeiten einer Politik von Neuansiedlungen von Betrieben werden aufgrund eines geringeren „Ansiedlungskuchens“ durch das verringerte Mengenwachstum u. a. bei langfristigen Gebrauchsgütern geringer. Dieses Ergebnis spiegelt sich auch in der Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wider. Die Zahl der geförderten neuen Arbeitsplätze hat von 1973 mit 143 429 bis 1978 auf 44 748 abgenommen. Die Zahl der gesicherten Arbeitsplätze schwankt.

Die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland begründet ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem hohen Ausbildungsstand der Arbeitnehmer („Humankapital“), der intensiven Forschungs- und Entwicklungsarbeit und deren Anwendung in den Produkten und Anlagen. Der Standortvorteil ergibt sich ganz wesentlich aus der Entwicklung und dem hohen Ausbildungsstand des „Humankapitals“.

In regionalen wirtschaftlichen Strukturanalysen treten immer deutlicher „funktionale“ Defizite in der Wirtschaftsstruktur und der infrastrukturellen Versorgung zutage. Die Anwendung, Einführung und die Übernahme von neuen Technologien vollzieht sich in den strukturschwachen Gebieten mit einer zeitlichen Verzögerung. Zum anderen werden aufgrund der einseitigen Kapitalinvestitionsförderung kapitalintensive verlängerte Werkbänke (Zweigbetriebe) in den strukturschwachen Bereichen gefördert.

Funktionale Defizite für Unternehmen in den strukturschwachen Gebieten bestehen insbesondere

in der „Informationsferne“ und der mangelnden „Informationsdichte“ bei der Vermittlung und Verarbeitung von neuen technologischen Informationen, ihrer betrieblichen Realisierung, der Durchsetzung am Markt und der Wahrnehmung von staatlichen Förderprogrammen. Diese Defizite treffen vor allem Klein- und mittelständische Betriebe, deren Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit wesentlich von ihrer Fähigkeit, sich am Markt erfolgreich zu orientieren, abhängt. Dazu gehört der Zugang zu und die Realisierung von technologischen Informationen und die gezielte Wahrnehmung von „Marktnischen“.

Die wieder ansteigende Zahl der Konkurse könnte dabei ein wichtiger Hinweis auf eine mangelnde wirtschaftspolitische Bestandspflege sein. Gerade bei rückläufigen Neuansiedlungen muß die Bestandspflege von Klein- und Mittelbetrieben wesentlich stärker in den Vordergrund treten und die Bedürfnisse dieser Betriebe in die Wirtschaftsförderung einbeziehen. Es gilt, in Zukunft in der Wirtschaftsförderung immer stärker aus der Substanz der vorhandenen Betriebe neue Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Die bisherige Kapitalinvestitionsförderung wirkt überwiegend nur liquiditätserhöhend, statt die Leistungsfähigkeit der Betriebe durch z. B. Beratungszuschüsse in der Marktorientierung sowie beim Zugang zu den notwendigen technologischen Informationen zu erhöhen. Kapitalinvestitionen wirken in doppelter Weise *strukturnegativ*. Leistungsfähige Unternehmen werden noch leistungsfähiger – für sie haben diese Zuschüsse reine Mitnahmeeffekte. Andere, weniger leistungsfähige Unternehmen werden gestärkt; offen bleibt, ob nicht mit dem gleichen Geld wirkungsvoller gefördert werden könnte. Andere Unternehmen kommen kaum in den Genuß dieser Förderprogramme und fallen weiter zurück. Auch in der regionalen Wirtschaftsstruktur muß gegenwärtig eine *strukturnegative* Wirkung einiger Förderprogramme festgestellt werden. Dies weisen Untersuchungen über die regionalen Wirkungen, z. B. des Erstinnovationsprogramms des Bundes nach. Strukturschwache Gebiete haben aufgrund ihrer funktionalen Defizite einen vergleichbar geringeren Anteil an den staatlichen Förderprogrammen.

Dieses Ergebnis ist vor allem aus beschäftigungspolitischen Gründen nicht tragbar. Die Beschäftigungsprobleme ergeben sich aus der wirtschaftlichen Schwäche dieser Gebiete; die Geburtenentwicklung verläuft in den Phasen ausgeprägter und damit sind mehr Nachfrager nach Ausbildung und Beschäfti-

gung zu verzeichnen. Zum anderen würde eine, der Bevölkerungsentwicklung angepaßte, unterausgelastete Infrastruktur teurer, ebenso die Neuansiedlung, als eine rechtzeitige, effektive Bestandspflege. Eine solche veränderte Förderung hätte insbesondere folgende Elemente, die noch präziser diskutiert werden müßten, zu beachten:

- Anstelle von Realkapitalinvestitionen neben Infrastrukturinvestitionen verstärkte Humankapitalinvestitionen in Form von:
- Ausbau der Unternehmens-, Technologie-, Energie- und Kooperationsberatung als externe Beratung insbesondere in den strukturschwachen Gebieten zum Ausgleich der funktionalen Defizite zur effizienten Leistungssteigerung der ansässigen Unternehmen.
- Durch eine regionale Staffelung der bisherigen Personalzulage in den Bereichen F. und E. (Forschung und Entwicklung) ist die mangelnde Standortattraktivität in den strukturschwachen Gebieten auszugleichen, um damit die evtl. vorhandenen Mitnahmeeffekte in den strukturstärkeren Gebieten zu begrenzen. Mit diesem Programm können die unternehmensinternen Funktionen gestärkt werden. Dieses Instrument wird durch die Stärkung von gezielten Funktionen wirksamer sein, als eine in erster Linie liquiditätserhöhende Förderung.
- Bei Subventionen und Investitionszuschüssen, z. B. bei Innovationsvorhaben, ist die Orientierung am Umsatz aufzugeben und die Zumessung positiv an die Lohn- und Gehaltssumme der Betriebe bzw. deren Steigerung zu orientieren. Dieses hätte für strukturschwache Gebiete den Vorteil, anstelle der Förderung von kapitalintensiven „verlängerten Werkbänken“ die Förderung von mehr und höherwertigerer Beschäftigung anzureizen. Diese Elemente könnten auch in die Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ eingehen bzw. durch landeseigene Programme realisiert werden.

Humankapitalinvestitionen sind arbeitsplatzorientiert und dienen durch ihre Anreizfunktion der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit gezielter und damit mittelfristig einer zukunftsorientierten Arbeitsplatzsicherung. Insbesondere Betriebsräte sollten auf eine rechtzeitige Ausbildung von Schulabgängern und Arbeitnehmern zu Facharbeitern achten. Ebenso notwendig ist bei der Einführung und Anwendung von neuen Technologien eine rechtzeitige berufliche Weiterbildung von Arbeitnehmern und Facharbeitern und Betriebsleitern.

Den gegenwärtigen und zukünftigen Beschäftigungsproblemen ist durch gezieltere, abgestimmte (angebots-/nachfrageorientiert) und mittelfristig wirksame staatliche Förderungen und Nachfrageprogramme zu begegnen. Eine zu einseitige Betrachtung der Staatsquote klammert die Frage nach notwendigen staatlichen Hilfen aus und steht einer Strategie zur Lösung der Beschäftigungs-, Rohstoff- und Umweltprobleme als zukunftsorientierte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik entgegen.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage zwingt zu neuen Überlegungen und zur Weiterentwicklung von dezentralen wirtschaftspolitischen Instrumenten. Dazu gehört ein strukturpolitisch und auf die Einführung von neuen Technologien orientiertes Nachfrageprogramm zur Belebung der Wirtschaft zur politisch gewollten Verminderung der Arbeitslosigkeit.



SOCIALIST AFFAIRS

Willy Brandt, Michael Manley, François Mitterrand, Mário Soares, Bruno Kreisky, Shimon Peres, Clodomiro Almeyda....

a few of the recent contributors to 'Socialist Affairs', the journal of the Socialist International, of the world's socialist and social democratic parties

Indispensable reading for anyone interested in international political developments. Make sure of your copy by subscribing TODAY.

Annual subscription (six issues a year):
 £10.00, US\$20.00 or Sw.Fr. 37.50 (surface)
 £14.00, US\$28.00 or Sw.Fr. 62.50 (airmail)

I would like to subscribe to Socialist Affairs
 Enclosed cheque for £/US\$/Sw.Fr. _____
 Cheques to Socialist International,
 88a St. John's Wood High Street (B), London NW8 7SJ

Name: _____

Address: _____



Helga Timm: Die Benachteiligung der Frauen ist parlaments-offiziell

Dr. Helga Timm, Jahrgang 1920, ist Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion. Sie war von 1973 bis 1976 Vorsitzende, von 1977 bis 1980 stellvertretende Vorsitzende der Enquête-Kommission „Frau und Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages. Diese Kommission stellte in siebenjähriger Arbeit zusammen, wo es an der Verwirklichung des Grundgesetzes (Artikel 3, Absatz 2: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“) noch fehlt und machte Vorschläge zur Überwindung der Benachteiligung.

„... so sind 72% der Frauen der Ansicht, sie seien im Beruf und im gesellschaftlichen Leben gegenüber den Männern benachteiligt.“ ... dieser Bericht bietet eine Chance zu einem Pakt für die Gleichberechtigung...“ ... Mädchen werden immer noch durch Schulbücher und Curricula auf ihre herkömmlichen Rollen festgelegt.“ ... aber gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist noch lange nicht verwirklicht.“ ... wir schlagen deshalb ein Modellvorhaben ‚Männer in Mädchenberufen‘ vor.“ ... die Möglichkeit, arbeitslos zu werden, ist für Frauen erheblich größer als für Männer.“ ... Frauen müssen gleiche Rechte eingeräumt werden.“ ... noch immer werden Frauen in der Werbung diskriminiert.“ „Ich meine, unseren Beratungen hat der Emanzipationsbegriff zugrunde gelegen, daß es darauf ankommt, eine gesellschaftliche Rollenfixierung von Männern und Frauen überhaupt zu überwinden.“

Wenn sie diese Zitate lesen, könnten unbefangene Leserinnen und Leser meinen, es seien Auszüge aus der Debatte des Parlamentarischen Rates im Jahre 1949, die dazu geführt hat, daß Artikel 3, Absatz 2 auf Antrag der Sozialdemokratin Elisabeth Selbert (eine neben den „Vätern“ immer verschwiegene „Mutter“ des Grundgesetzes) in die Verfassung aufgenommen wurde: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“

Tatsächlich sind es aber Zitate aus der Debatte des Deutschen Bundestages über den Schlußbericht der

von ihm eingesetzten Enquête-Kommission „Frau und Gesellschaft“ am 19. März 1981 – zweiunddreißig Jahre später.

32 Jahre, nachdem im Grundgesetz der Auftrag formuliert wurde, daß alle Bürger und Bürgerinnen der Bundesrepublik Deutschland gleichberechtigt sein sollen, diskutierte der 9. Deutsche Bundestag den Schlußbericht einer vor 7 Jahren eingesetzten Kommission, die herausfinden sollte, ob die Volksvertreterinnen und Volksvertreter etwas dazu beitragen könnten, das Grundgesetz nun endlich zu verwirklichen.

Das ist schon eine merkwürdige Situation in einer Gesellschaft, die sich auf eine Verfassung geeinigt hat; die ihre Parteien beauftragt, politisches Handeln an dieser Verfassung zu orientieren und in der dennoch Tag für Tag gegen diese Verfassung verstoßen wird.

Da stellt sich die Frage, ob das Instrument Enquête-Kommission geeignet war, eine Änderung zu bewirken. Wir dürfen wohl davon ausgehen, daß die Arbeit in der Kommission und sowohl der im Jahre 1976 vorgelegte Zwischenbericht als auch das Protokoll der Öffentlichen Anhörung im September 1979 und nun der Schlußbericht auf jeden Fall die Problematik bewußter gemacht haben, und daß ohne diese Arbeit sich ganz sicher in den nächsten Monaten nicht 6 Ausschüsse des Deutschen Bundestages mit ihr zu beschäftigen hätten. Es werden dies – sozusagen entlang der im Schlußbericht aneinandergereihten Themen – sein: Der Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit federführend; die Ausschüsse für Arbeit und Sozialordnung, Recht, Finanzen, Inneres, Bildung und Wissenschaft mitberatend.

Es ist kritisch anzumerken, daß der Auftrag für die Enquête-Kommission sicher zu weit gefaßt war. Heute, nach siebenjähriger Beratung, meine ich, daß es fruchtbarer gewesen wäre, nicht alles auf einmal bewältigen zu wollen, sondern lieber nacheinander Kommissionen mit enger abgesteckten Zielen zu beauftragen. Dennoch bin ich sicher, daß die öffentliche Diskussion um den Bericht bewußtseinsbildend, Bewußtsein-verstärkend und Bewußtsein-verändernd wirken wird.

Ein kurzer historischer Rückblick auf die Diskussion der „Frauenfrage“ – die für mich immer eine allgemeingesellschaftliche Frage war und bleiben wird – nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt in groben Umrissen drei Etappen.

Zunächst waren wir, die politisch arbeitenden Frauen, fasziniert von dem „drei-Phasen-Modell“ des Teams Alva Myrdal/Viola Klein: Frauen lernen ei-

nen Beruf, üben ihn ein Weilchen aus / Frauen heiraten und betreuen ihre Kinder / Frauen gehen, wenn die Kinder groß sind, wieder in den Beruf. Das wollten wir ihnen ermöglichen.

Dann drängten immer mehr junge Mütter darauf, im Beruf bleiben zu wollen, der Arbeitsmarkt brauchte sie – also versuchten wir, die „Doppelrolle“ zu erleichtern, den Frauen zu helfen, Beruf, Haushalt und Mutterpflicht unter einen Hut zu bringen.

Jetzt erst erwacht ganz langsam Verständnis für die dritte Möglichkeit: Männer und Frauen lernen einen Beruf, üben ihn aus, Väter und Mütter kümmern sich um die Kinder und teilen ihr Leben so ein, daß beide für beide Lebensaufgaben Zeit haben, für den Beruf und für die Familie.

Die Bereitschaft, diese Art von Vereinbarkeit als die beste Voraussetzung für Gleichberechtigung zu erkennen, ist allerdings noch nicht allzu weit verbreitet. Das Glück, sich um die Kinder in der Familie kümmern zu können, das Väter den Müttern nicht müde werden zu empfehlen, haben die wenigsten auch schon als ihr eigenes erkannt.

Aber unsere Arbeit in der Enquête-Kommission hat deutlich gemacht, daß wir Gleichberechtigung, wie sie die Verfassung fordert, nur dann verwirklichen können, wenn der Rollenzwang für Männer und Frauen in unserer Gesellschaft aufgehoben sein wird. Nur dann, wenn die Vereinbarkeit von Arbeitswelt und Familie von Männern und Frauen angenommen wird, lassen sich die Aufgaben in Beruf, Öffentlichkeit und Familie so verteilen, daß grundsätzlich weder Frauen noch Männer benachteiligt und weder Männer noch Frauen bevorzugt werden und die Kinder zu ihrem Recht kommen.

Über diese Erkenntnis herrschte in der Kommission theoretisch Übereinstimmung. Über die Wege zur Erreichbarkeit dieses Zieles gab es allerdings noch sehr unterschiedliche Auffassungen.

Der Kommission lagen zwei aufschlußreiche Untersuchungen vor, durch die bestätigt wird, daß Frauen heute einen eigenständigen Anspruch auf Berufstätigkeit und damit auf die Notwendigkeit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie anmelden, der weniger mit der Frage des Geldverdienens, aber viel mit ihrem Lebensgefühl zu tun hat.

So ermittelte das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen, daß Frauen interessiert sind

- an der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen,
- an einer partnerschaftlichen Aufteilung der Familienaufgaben auf Mann und Frau,
- an einer Wahlmöglichkeit zwischen Familientätigkeit und Berufstätigkeit.

Es erklärten insgesamt 73 % der damals befragten Frauen, daß sie lieber erwerbstätig seien. Und selbst von Frauen, die auf der untersten Stufe beruflicher Möglichkeiten stehen, erklärten 64 %, daß sie trotz vieler Belastungen berufstätig sein wollten.

Bei diesem Wunsch steht entgegen immer wieder vorgetragene Behauptungen die finanzielle Situation nicht im Vordergrund, denn auf die Frage, „würde Ihnen – abgesehen von finanziellen Erwägungen – etwas fehlen, wenn Sie nicht mehr berufstätig wären?“ antworteten 69 % mit „Ja“.

Eine Infas-Studie über „Die Rolle des Mannes und ihr Einfluß auf die Wahlmöglichkeit der Frau“ kommt zu ähnlichen Ergebnissen und zeigt vor allem die Entwicklung im letzten Jahrzehnt: 1968 meinten 66 % der verheirateten Arbeiterinnen, daß sich eine Frau der Familie widmen solle, 27 % billigten ihr Berufs- und andere Interessen zu. 1975 bereits bejahten 75 % der gleichen Gruppe die Rolle der Frau in Öffentlichkeit und Beruf.

Da sich die Kommission auf diese Untersuchungsergebnisse stützen konnte, empfiehlt sie, „die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Männer und Frauen sowohl für die Aufgaben in der Familie als auch auf das Berufsleben vorbereitet werden, so daß beide bei ihrer Lebensplanung darauf bedacht sein können, Berufstätigkeit und Elternrolle zu vereinbaren“. Dazu gehört ganz selbstverständlich, Kindern und Jugendlichen beiderlei Geschlechts die Aufgaben in der Familie, im Beruf und in der Öffentlichkeit als gleichwertig und sich gegenseitig nicht ausschließend darzustellen. Dazu gehört, ihnen frühzeitig die Grundkenntnisse sowohl für die Familienführung als auch für das Berufsleben und öffentliche Aufgaben zu vermitteln.

Es geht nicht, ohne daß die Medien und die Ausbildungsmaterialien auf die einseitige Darstellung rollenabhängiger Lebensbilder verzichten.

Schließlich war in diesem Zusammenhang ein Teil der Kommissionsmitglieder der Meinung, daß wir längerfristig über Arbeitszeitverkürzung unsere Arbeitszeit so gestalten müssen, daß sich Berufs- und Familienaufgaben für Männer und Frauen vereinbaren lassen und daß beiden auch Zeit bleibt für ihren Anteil am öffentlichen Leben, ohne daß Freizeit keinen Raum mehr hat.

Andere Kommissionsmitglieder hielten dagegen Arbeitszeitverkürzungen aus wirtschaftlichen Gründen für nicht möglich und stellten die Forderung nach mehr Teilzeitarbeit.

Die Kommission hat auch die der Gleichberechtigung im Wege stehenden Mängel und Hemmnisse

auf den verschiedensten Gebieten analysiert und aufgezeigt. Sie hat Empfehlungen ausgesprochen, zum Beispiel

- wie die Situation von Mädchen und Frauen in Beruf und Arbeitswelt verbessert werden könnte,
- nach welchen Gesichtspunkten die Arbeitsschutzbestimmungen überprüft werden müßten,
- wie Bildungsangebote von Mädchen und Frauen besser genutzt werden könnten.

Der Bericht gibt Aufschluß darüber, wie noch immer durch die Darstellung von Männern und Frauen in den Medien sowohl einseitig fixierte Rollen Darstellungen zementiert werden als auch, daß nach wie vor die Persönlichkeit der Frauen in herabsetzender Weise mißbraucht wird.

Die Enquête-Kommission hat es zwar im Hinblick auf das von der Sachverständigenkommission für die Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung nicht als ihre Aufgabe angesehen, eine weitere Untersuchung des Problembereiches „Soziale Sicherung der Frau“ vorzunehmen. Jedoch hat sie eine Reihe grundsätzlicher Erwägungen aufgezeichnet, die bei der geplanten Neuregelung Beachtung finden sollten. So sollen im Rentenrecht einheitliche Tabellenwerte für Männer und Frauen festgesetzt werden. Es muß sichergestellt werden, daß Mann und Frau gleichberechtigt an dem Ergebnis ihrer Lebensleistung teilhaben; daß Witwen, die wegen Kindererziehung oder Haushaltsführung nicht erwerbstätig waren oder Lücken in ihrem Erwerbs- und damit Versicherungsleben aufweisen, eigene Sicherungsansprüche erhalten. Dieser Forderung würde die Teilhaberechte Rechnung tragen.

Die Enquête-Kommission unterstützt den Vorschlag, Personen, die Pflegebedürftige versorgen und deshalb keine Erwerbstätigkeit ausüben, in die

Pflichtversicherung einzubeziehen, da auf diese Weise Beeinträchtigungen des Aufbaus einer eigenen sozialen Sicherung, die besonders Frauen oft in Kauf genommen haben, ausgeglichen werden können.

Vor allen Dingen wird aber die Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung gefordert, um die Nachteile zu vermeiden, die bisher durch die Erziehung von Kindern für die Altersversorgung nicht oder nur beschränkt erwerbstätigen Müttern und Vätern entstanden sind. Die Kommission setzt sich dafür ein, daß diese Anrechnung nicht erst nach Inkrafttreten der Neuregelung erfolgt, sondern daß auch ältere Mütter und Väter angemessen berücksichtigt werden.

Der Bericht der Kommission umfaßt ein sehr weites Spektrum von Problemen der Benachteiligung und Diskriminierung der Frauen in unserer Gesellschaft. Dennoch wurde ein wichtiger Punkt nicht behandelt, auf den Bundeskanzler Helmut Schmidt in seinem Debattenbeitrag hingewiesen hat, und den ich hier zum Schluß noch erwähnen möchte. Es ist die Situation der ausländischen Frauen in Deutschland, sowohl der Frauen und Töchter von Arbeitnehmern, als auch der Arbeitnehmerinnen selbst.

Die Tatsache, daß der Bundeskanzler die Integration dieser Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger gefordert hat, wird in den nun folgenden Ausschußberatungen sicher ebenfalls eine Rolle spielen. Denn ihm ist in der Einschätzung zuzustimmen, daß diese Integration nicht möglich sein wird, wenn es uns nicht gelingt, ihnen die gleichen Chancen einzuräumen, die wir unseren Jungen und Mädchen geben wollen und müssen: „Und den Mädchen gegenüber ist das noch notwendiger, als den Jungen gegenüber.“



Häuser sind schnell gebaut, doch was ist mit der Gemeinschaft?

Unternehmen bauen Häuser. Aber nur die Menschen mit ihrem Wunsch nach Kommunikation, Verständigungs- und Hilfsbereitschaft und der Freude an Geselligkeit können aus einem Wohnhaus eine Wohn-Gemeinschaft entwickeln. Darüber haben wir Studien durchgeführt und eine Menge gelernt.

Wir können zum Beispiel helfen, daß sich nachbarschaftliche Kontakte bilden, indem man Treffpunkte schafft, wo man miteinander plaudert; wir können für phantasievolle Spielanlagen, Jugend-Clubs und Sportplätze sorgen oder einfach nur Bänke und Stühle aufstellen, damit man in der Sonne sitzen und Blumen um sich haben kann.

Heute haben wir mehr Erfahrung bei der Planung für solche Gemeinschaften. Wir wissen, daß gerade bei einer verdichteten Bebauung und bei großen Wohngemeinschaften mit Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten Konflikte nie ganz ausbleiben.

Nur wenn man über Probleme spricht, kann man sie ausräumen. Deshalb besteht schon lange in jeder größeren Wohnanlage ein Mieter-Beirat.

Eine Einrichtung, die bewiesen hat, daß man sich gegenseitig besser versteht, wenn man sich besser kennt.

NEUE 
HELMAT

Olaf Sund: 100 Jahre Sozialversicherung in Deutschland

Olaf Sund, Jahrgang 1931, ist Senator für Arbeit und Soziales in Berlin. Veröffentlichungen u. a.: ein Beitrag in der Festschrift für Prof. Dr. Ernst Schellenberg „Die Entwicklung des Rechtsanspruchs in der sozialpolitischen Nachkriegsgeschichte“; „Integrierte Sozialpolitik statt Formulierung der Politik einer Neuen Sozialen Frage“ in „Sozialpolitik im Wandel“ (s. a. NG 11/79 [zusammen mit Herbert Wehner] und 6/80)

Am 17. November dieses Jahres sind es genau 100 Jahre her, daß der damalige Reichskanzler Bismarck in Berlin im Deutschen Reichstag die berühmt gewordene Kaiserliche Botschaft verlas, die als Grundstein der Sozialversicherung in Deutschland gilt. Darin heißt es u. a.: „Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Ueberzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen.“

In den daran anschließenden Ausführungen zeichnet sich bereits die traditionelle Gliederung der deutschen Sozialversicherung ab. Es ist die Rede von der „Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle“ (Unfallversicherung), von der „Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens“ (Krankenversicherung), und schließlich sollen „auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge [haben], als ihnen bisher hat zu Theil werden können“ (Rentenversicherung).

Die Gesetzgebungsprozesse können an dieser Stelle nicht in all ihren einzelnen Schritten nachvollzogen werden. Nach diesem Auftakt wurde zwei Jahre später – 1883 – die gesetzliche Krankenversicherung

ins Leben gerufen; 1884 folgte die gesetzliche Unfallversicherung und 1889 die gesetzliche Alters- und Invalidenversicherung.

Dieses Gesetzeswerk markiert, nachdem es 1911 – vor nunmehr 70 Jahren – in der Reichsversicherungsordnung (RVO) zusammengefaßt und 1927 um die Arbeitslosenversicherung ergänzt wurde, noch heute die Grundstruktur unserer Sozialversicherung.

Dieser kurze Brückenschlag in die Gegenwart will nicht unkritisch Kontinuität herstellen und will auch die Leistungsfähigkeit der Grundprinzipien, nach denen die Sozialversicherung errichtet wurde, nicht mit der Elle des Sozialpolitikers von 1981 messen.

Was „brachte“, so ist zu fragen, die Sozialgesetzgebung der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts für den Arbeiter und seine Familie – zu einer Zeit, als die „Soziale Frage“ einen ihrer Kulminationspunkte erreichte? Soweit sich historisch-empirische Forschung dieses Themas angenommen hat, kann festgestellt werden, daß die typische Arbeiterfamilie die Geburtsstunde der deutschen Sozialversicherung nicht gerade als eine Art Befreiung erlebt hat. Die gesetzlichen Maßnahmen blieben in ihrer Wirkung auf die konkrete Lebenslage des Industriearbeiters und seiner Angehörigen vorerst äußerst begrenzt. Der materielle Mangel erwies sich weiterhin als existenzbedrohend. In der Krankenversicherung, deren Beiträge auch noch zu zwei Dritteln dem Arbeiter aufgebürdet wurden, waren Frau und Kinder nicht mitversichert. Erst 1930 wurde die Familienhilfe Regelleistung der Krankenversicherung. Die Säuglingssterblichkeit war um die Jahrhundertwende selbst im damaligen Vergleich erschreckend hoch: Starben in wohlhabenden Stadtteilen 5% der Säuglinge, so waren es in proletarischen Vierteln bis zu 40% (in Stettin starb in den Jahren vor der Jahrhundertwende durchschnittlich nahezu jeder zweite Säugling).

Das Krankengeld betrug 50% eines Grundlohns, der für sich schon kaum ausreichte, eine Familie zu ernähren. Nach 13 Wochen wurde es von der Invalidenrente abgelöst, deren Leistungen noch erheblich darunter lagen. Für eine solche Familie war dann der Weg zur Armenfürsorge vorgezeichnet.

Die Invaliditäts- und Altersversicherung war und blieb über lange Zeit hinweg der unzulänglichste Zweig der Sozialversicherung. Die Altersgrenze lag bei 70 Jahren. Vor dem Hintergrund der damaligen Lebenserwartung verwundert es nicht, daß 1913 nur gut 100 000 Menschen Altersrente bekamen. Demgegenüber gab es 1,1 Mio. Invalidenrentner. Die Altersrenten, die an die Höhe der Invalidenrenten nicht heranreichten, rangierten zwischen 110 und

230 Mark, 1911 betrug die Durchschnittsrente 166 Mark pro Jahr! 1930 lag die Durchschnittsrente in der Arbeiterrentenversicherung bei 446 Mark jährlich. Sie fiel im 3. Reich bald auf 360 Mark jährlich ab. Bei solchen Sätzen blieb für die große Mehrheit der Sozialrentner die staatliche Fürsorge existentielle Notwendigkeit. Entscheidende Änderungen in der Situation des Altersruhegeldempfängers ergaben sich erst mehrere Jahre nach der Einführung der dynamischen Rente im Jahre 1957. Vergleichsweise besser gestellt war da der Unfallgeschädigte: er bekam bei voller Erwerbsunfähigkeit immerhin zwei Drittel seines letzten Arbeitslohns.

Diese Zahlen, die sich nahezu beliebig und ein-drucksvoll ergänzen lassen, muten eher als Teile eines Horrorbildes denn als stolze Bilanz der Anfangsjahre und -jahrzehnte deutscher Sozialversicherung an. Und das nicht nur aus heutiger Sicht. Die „Begünstigten“ sind denn auch nicht aus Dankbarkeit zu begeistersten Bismarck-Anhängern geworden.

Im Gegenteil: Die Wähler haben die Absichten Bismarcks und seiner Anhänger gründlich durchkreuzt und die Sozialdemokratie schließlich zur stärksten Partei gemacht. Gleichwohl kann hier nicht ohne weiteres beurteilt werden, ob und in welchem Umfang die damals vorhandenen Ressourcen ein fühlbares Mehr an sozialen Leistungen hätten ermöglichen können. Vielfache Erfahrungen, beispielhaft zuletzt die sozial- und finanzpolitische Diskussion bei der Einführung des Mutterschaftsurlaubs, können aber belegen, daß eine neue Leistungsart im Zeitpunkt ihrer Einführung kaum je alle Erwartungen erfüllt.

Die erste Stufe einer neuen Sozialpolitik wird sich sowohl aus zeitgenössischer Sicht als auch erst recht in der Rückschau relativ bescheiden ausnehmen. Worauf es ankommt, ist der erste Schritt auf dem dann vorgezeichneten Weg.

Wie sehr um die noch heute gültigen Konstruktionsprinzipien gerungen wurde, mag daraus erhellen, daß sich Bismarck mit seinen stärker versorgungsstaatlich orientierten Vorstellungen nicht durchzusetzen vermochte. Seinem „Staatssozialismus“, wie es die damaligen Liberalen apostrophierten, setzte die Mehrheit des Reichstages das Versicherungsprinzip entgegen. Statt eines von ihm favorisierten höheren Staatszuschusses mußte er sich mit einem höheren Arbeitnehmerbeitrag abfinden. Dem entsprachen u. a. die Aufgabe des Konzeptes einer Reichsanstalt für Sozialversicherung – statt dessen wurde das Reichsversicherungsamt als Aufsichtsbehörde ins Leben gerufen – und eine Zwei-Drittel-

Mehrheit der Arbeitervertreter in den Selbstverwaltungsgremien der Ortskrankenkassen.

Trotz der dürftigen Höhe der materiellen Leistungen lag eine bedeutende und zukunftsweisende Zäsur darin, daß dem Versicherten ein Rechtsanspruch eingeräumt wurde. Dies schuf nicht nur rechtlich eine neue Qualität im Vergleich zum Empfänger der Armenfürsorge oder von Almosen.

Aus jener Zeit datieren auch die unterschiedlichen Systeme und Regelungen für Arbeiter und Angestellte. Dieser Anachronismus dauert an. Er ist ein Paradebeispiel für den organisationssoziologisch Interessierten. Der Sozialpolitiker ist gehalten, das darin sichtbar werdende Beharrungsvermögen von Institutionen, des Eigeninteresses von Organisationen, in seinem Koordinatensystem angemessen zu berücksichtigen. Hier liegt für ihn eine der am meisten schmerzenden Einsichten.

Institutionelle Verfestigung hat im Verein mit materiellen Rechtsansprüchen aber auch ihr Gutes. Darin liegt ein nicht zu unterschätzendes Sicherheitsmoment für die Lebensplanung des einzelnen Staatsbürgers. Der darauf gründenden Erwartungshaltung kann sich kein verantwortlicher Politiker entziehen. Er muß es sich versagen, in tabula-rasa-Kategorien zu denken. Er muß teilweise in Kauf nehmen, daß ihn dieser Strukturkonservatismus bei wichtigen Reformvorhaben einschließlich einer Neuverteilung von Mitteln oft mehr als nötig behindert.

Im Gebäude unserer Sozialversicherung wie in unserem System sozialer Sicherung insgesamt hat sich im Lauf der Zeit in erheblichem Umfang auch wertkonservatives Verhalten gebildet. Das darin zum Ausdruck kommende Vertrauen trägt ganz entscheidend zur Legitimität unseres politischen und ökonomischen Systems bei. Andere bezeichnen dies als „Massenloyalität“. Dergleichen für das 1871 unter preußischer Führung geeinte kaiserliche Deutschland zu schaffen, war, darüber sind sich die Historiker einig, ein Hauptmotiv der Bismarckschen Sozialpolitik.

Bismarck selbst hat das am 18. Mai 1889 im Reichstag in seltener Offenheit und Klarheit ausgedrückt: „Wenn wir 700 000 kleine Rentner, die vom Reiche ihre Renten beziehen, haben, gerade in diesen Klassen, die sonst nicht viel zu verlieren haben und bei einer Veränderung irrtümlich glauben, daß sie viel gewinnen können, so halte ich das für einen außerordentlichen Vorteil; wenn sie auch nur 115 bis 200 Mark zu verlieren haben, so erhält sie doch das Metall in ihrer Schwimmkraft; es mag noch so gering sein, es hält sie aufrecht. Sie werden das nicht leugnen, und ich glaube, daß, wenn Sie uns diese

Wohltat von mehr als einer halben Million kleinen Rentnern im Reiche schaffen können, Sie sowohl die Regierung – da ist es nicht nöthig –, aber auch den gemeinen Mann das Reich als eine wohlthätige Institution anzusehen lehren werden.“

Nahezu zwanzig Jahre vorher hatte sich Bismarck schon einmal, obzwar allgemeiner, in ähnlichem Sinne geäußert. Unbeschadet einer umfassenden Würdigung ist der Ausgangspunkt hier wie auch in der eingangs zitierten Kaiserlichen Botschaft die Bedrohung des Staates durch die Sozialdemokratie und nicht die Bedürfnisse der Menschen in Elend und Not. Wie das Sozialistengesetz von 1878 der Kaiserlichen Botschaft und der Sozialgesetzgebung voranging, beginnen die Äußerungen zur Sozialgesetzgebung stets mit dem Hinweis auf sozialdemokratische Ausschreitungen. Eine autonome Begründung von Sozialpolitik findet sich nicht.

Es dominierte klar die Staatsräson des Obrigkeitsstaates. In der Nutzbarmachung der unterstellten „Rentnergesinnung“ wird zudem deutlich ein menschenverachtender Zug erkennbar. Die „Untertanen“ gelten Bismarck als käuflich. Auch in der teilweise wohl nicht unrealistischen Beschreibung der Beziehungen des Rentners und Invaliden zu seinen Angehörigen stehen Hilfemotiv und Materialismus nebeneinander. Bei der 1. Lesung des Gesetzentwurfs zur Unfallversicherung führte Bismarck am 2. April 1881 im Reichstag aus: „... und es liegt in diesem Gesetze auch die Tendenz, das Gefühl menschlicher Würde, welches auch der ärmste Deutsche meinem Willen nach behalten soll, wach zu erhalten, daß er nicht rechtlos als reiner Almosenempfänger dasteht, sondern daß er ein Pekulium Eigenthum, Vermögen, O.S. an sich trägt, über das niemand außer ihm verfügen kann ... und das ihm manche Thür leichter öffnet und ihm in dem Hause, in dem er Aufnahme gefunden hat, eine bessere Behandlung sichert, wenn er den Zuschuß, den er mit hineinbringt, aus dem Hause auch wieder entfernen kann. ... Welche Waffe hat ein schwacher Krüppel dagegen, wenn er in die Ecke gestoßen und hungrig ernährt wird? Er hat gar keine. Hat er eben auch nur 100 oder 200 Mark für sich, so besinnt sich das Haus schon sehr, bevor es ihn drückt. Wir haben es bei den Kriegsinvaliden sehen können, wenn nur sechs oder fünf Thaler monatlich gegeben werden, das ist für einen Armenhaushalt auf dem Lande schon etwas Baares, wo die kleinrechnende Frau sich sehr besinnt, daß sie den Kostgänger, der Geld einbringt, nicht verdrießlich macht und los wird.“

Über die Motive und Ziele der Bismarckschen So-

zialpolitik ist viel geschrieben worden. Das läßt sich hier nicht in aller Tiefe ausloten. Wenn Bismarck selbst seine Bestrebungen als „praktisches Christentum, aber sans phrase“ kennzeichnete, dann mag dafür die zitierte Redepassage stehen. Für Rothfels ist bezeugt, „daß die soziale Fürsorgetätigkeit des Staates, die Bismarck in bestimmten Richtungen so entscheidend vorwärts trieb, aus dem Gewissen, ja aus dem Gefühl ‚menschlicher Würde‘ kam, ...; – daß sie ein christlich-patriarchalisches Motiv im Sinne des lutherischen Obrigkeitsbegriffes enthielt, ist unverkennbar, auch wenn es nicht das der ‚Liebe‘ war“. Gleichwohl ist sich gerade die neuere Forschung weitgehend darin einig, daß Bismarck keine „Sozialpolitik aus eigenem Recht“ betrieben habe. Der Akzent lag vielmehr eindeutig auf „Staatspolitik“.

Während die Strukturen überdauert und alle Aussicht haben, auch in das nächste Jahrtausend hinein systembestimmend zu bleiben, sind die mit der Sozialversicherung verknüpften innenpolitischen Absichten um so schneller gescheitert. Zweifellos war Bismarck der Schicht, der er zugehörte, in der Ist-Analyse der sozialen Situation seiner Zeit um einiges voraus. Er war aber in seine Klasse so fest eingebunden und gerade nach der vollbrachten Reichseinigung auch zu sehr außenpolitisch bestimmt, um Soziale Frage und Arbeiterbewegung in ihrer ganzen Tragweite zu erfassen. Sein therapeutisches Instrumentarium mußte sich infolgedessen als falsch erweisen.

Bismarcks Scheitern mag noch immer für heutige und zukünftige Politiker, vor allem Sozialpolitiker, eine Lehre sein. Der Bürger schlägt zwar, zumal in der Not, die staatliche Geldleistung nicht aus. Gleichwohl achtet er sehr darauf, von wem sie und unter welchen Umständen sie kommt. Unsere Genossen haben schon damals dafür treffende Worte gefunden. Sie wollen soziale Leistungen „nicht von reaktionären Händen, sondern vom demokratischen Volksstaat haben“ (so der SPD-Abgeordnete Karl Grillenberger am 14. 12. 1882 im Deutschen Reichstag). Der Realpolitiker Bismarck war nicht realistisch genug, um nicht fundamentale menschliche Gefühle zu verletzen. Gewerkschaften und Sozialdemokratie wollten Demokratie, wollten ein Arbeitsrecht, um sich dann aus einer solchen Position soziale Errungenschaften selbst zu erkämpfen. Die Arbeiter legten mehr Wert auf Arbeitsschutz, der in das Arbeitsverhältnis einwirkte, als auf eine quantitativ unzureichende Sozialversicherung. Gegenüber den Arbeitschutzanträgen von SPD, Zentrum und selbst Konservativen sprach Bismarck nur vom „Tod der eier-

legenden Henne“. Er lehnte eine Beaufsichtigung der Fabriken oder eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit ab; die Fabrikbesitzer sollten „Herren in ihrem eigenen Hause“ bleiben.

Die Sozialpolitik blieb aber kein Mittel zur Festigung des Status quo, kein Instrument zur Verteidigung der gegebenen Machtverteilung in Staat und Gesellschaft. Sie wurde als ein Mittel zur Veränderung nicht nur der aktuellen Lage der Arbeiterschaft begriffen, sondern als Mittel zur langfristigen gesellschaftlichen Veränderung, als Instrument zur sozialen Reform. Daraus ergibt sich eine qualitative und quantitative Veränderung. Es bedeutet, daß sich sozialpolitische Ziele und Forderungen mit Vorstellungen vom demokratischen Staat verbinden. Es bedeutet auch, daß sich die organisierte Arbeiterschaft und weitere Gruppen der Bevölkerung mit den Institutionen und mit den von ihnen selber formulierten Inhalten der Sozialpolitik identifizieren.

Die Veränderung vollzieht sich nicht ohne Spannungen und Widersprüche. Das gilt für Inhalte, aber auch für Formen, also für die Institutionen. Dabei erweisen sich die Formen als außerordentlich stark und beständig. Auch Veränderungen in der Struktur der Selbstverwaltung wirken eher institutionsstabilisierend als institutionsverändernd.

Der Ausbau der Leistungen nach Umfang und Höhe hat mit den veränderten Zielen größere Freiheit und ein größeres Maß an Gerechtigkeit für den einzelnen gebracht. Das beinhaltet auch Besitzstände für die Beteiligten, die in Verbindung mit dem notwendigen Vertrauensschutz verhindert haben, daß es zu einer wirklichen Strukturreform des Systems sozialer Sicherung gekommen ist. Es gab Verbesserungen, auch Anpassungen, Abstimmungen und Rationalisierung. Ein Gefühl sozialer Geborgenheit und emotional erlebte Solidarität gehen aber von dem so veränderten Gebäude der Sozialen Sicherung immer noch nur begrenzt aus.

Wie können mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung, mehr unmittelbare Beteiligung zu einer Neubesinnung fruchtbar gemacht werden, ja zu einer dem sozialen Wandel angemessenen Sozialreform führen? Da eine solche Reform nur auf der Grundlage eines breiten Vertrauens aller Beteiligten erfolgen kann, sollten die sicherlich zahlreichen Möglichkeiten des Nachsinnens über die Bedeutung der kaiserlichen Botschaft für die Entwicklung der deutschen Sozialversicherung genutzt werden, um über Grundlagen, Notwendigkeiten, Ziele und Bedingungen einer sozialer und partizipativer Demokratie entsprechenden neuen Sozialpolitik nachzudenken.



MEDIEN

Rainer Kabel: Wunderschöne neue Medienwelt

Prof. Dr. Rainer Kabel, Jahrgang 1936, ist Hochschul-lehrer für Politikwissenschaft an der Technischen Uni-versität Berlin und Hauptabteilungsleiter im Sender Freies Berlin. Veröffentlichungen: Bücher zur Friedens-forschung und Entwicklungspolitik; Zeitschriftenartikel zu medienpolitischen und kommunikationsphilosophi-schen Fragen (s. a. NG 4/71, 3/72, 5/73, 2/74, 1/75, 11/76).

Vor 50 Jahren hat Aldous Huxley in seinem Roman „Schöne neue Welt“ eine damals noch ganz und gar unrealistische Medienszene geschildert: das totale sinnliche Erlebnis durch den „100%igen Super-Stereo-Ton-Farben- und Fühlfilm mit synchronisierter Duftbegleitung“. Er meinte schon 1949, 17 Jahre nach dem ersten Erscheinen seines Buches, das in 600 Jahren spielt, die beschriebene Utopie sei nahe, eine negative Utopie, eine Warnung und Mahnung: „In Verbindung mit der Freiheit des Tagträumens unter dem Einfluß von Rauschmitteln, Kino und Rundfunk wird die sexuelle Freiheit dazu beitragen, ... Untertanen mit der Sklaverei, die ihr Los ist, zu versöhnen.“

Die Massenmedien, insgesamt gesehen, massenhaft verbreitet, tragen schon heute (wie auch Sexläden, Versandhandel und Pornos) eher zur gesellschaftlichen Befriedung bei als zur intensiven Information und Entwicklung politischer Kultur. Heute schon bestimmen Unterhaltungsangebote (von der Show über den Sport bis zur Film- und Fernseh-dramatik, von Boulevardblättern mit vordergründigen Sensationen bis zur Hörfunkschlagersuppe) den tag-täglichen Medienkonsum in allen Ländern der Welt; in den massenmedial weit fortgeschrittenen USA haben die Fernsehfluchttüren aus dem mehr oder minder tristen Alltag so großen Zulauf, daß das Fernsehen in allen Programmen – ausgenommen bleibt der kümmerlich ausgestattete werbefreie öffentliche Kanal – annähernd dasselbe bringen muß: Filme, Ratespiele, Sport, Sensationen, immer im Wettbewerb um die Werbekunden. Eine ohnmächtige Gegenbewegung in den USA steht

unter dem Motto des ehemaligen Werbespezialisten Jerry Mander: „Schafft das Fernsehen ab!“ (Rowohlt 1979); im Englischen: „Four Arguments for the Elimination of Television“ – vier Argumente für die Abschaffung des Fernsehens.

So verwegen der Titel klingt, die Argumente sind bedenkenswert: „Wir alle sind in eine solche Verengung und Verarmung, in eine derartige Kanalisierung der Erfahrung gezwungen worden, daß uns ein so gefährliches Instrument wie das Fernsehen nützlich, interessant, vernünftig und aller Ehren Wert erscheint, während es die Menschen immer weiter in einen physischen und psychischen Zustand hineintreibt, der den Nährboden für die Errichtung autokratischer Herrschaft abgibt.“ Die weiteren Argumente Manders: Das Fernsehen paßt die Menschen an die Kommerzwelt an. Das Fernsehen mauert das Bewußtsein ein, verstümmelt es; das Fernsehen bietet nur den fernsehgerechten Ausschnitt aus der wirklichen Welt und vermittelt ein falsches Weltbild. Mander geht davon aus, daß ein durchschnittlicher Fernsehzuschauer in den USA jede freie Sekunde bei angeschaltetem Gerät verbringt; daß Kinder weit mehr über die Welt aus dem Fernsehapparat erfahren als durch eigene Erlebnisse. Das ist übrigens eine Erscheinung, die Marie Winn zu ihrem Bestseller „Die Droge im Wohnzimmer“ (Rowohlt 1979) anregte. Marie Winn beschreibt ausführlich die Folgen unmäßigen Fernsehkonsums im Kindesalter: Das Fernsehen wird zum Maßstab für wahr und unwahr, für richtig und falsch, für schön und häßlich. Die meisten Probleme handeln von Erfindern, zugeschnitten auf die vermeintlichen Erwartungen der Zuschauer. Sie wirken wie beruhigende und zuweilen künstlich erregende Drogen und vermitteln kaum Wirklichkeit. Huxleys schöne neue Welt ist nahe. Oder haben die Mahner und Warner unrecht?

Wir haben uns ja auch daran gewöhnt, nicht die Betreiber von Supermärkten für Völlerei und Fettsucht verantwortlich zu machen, sondern die Verbraucher. Wir sprechen vom „mündigen Staatsbürger“, der selbst entscheiden muß, was er konsumieren will. Manche Leute verlangen allerdings nach mehr Aufklärung über die schädlichen Folgen unmäßigen Konsums. Wir unterstützen (um unser schlechtes Gewissen zu beruhigen) die Verbraucherberatung, fordern bessere Vorbereitung der Kinder in den Schulen auf die Angebote der Konsumwelt. Politiker fordern, um nicht entscheiden zu müssen, wissenschaftliche Untersuchungen über die „Akzeptanz“ neuer Medienangebote und rufen nach „Medienpädagogik“. Als ob wir nicht genügend Beispiele hätten

aus den USA, aus grenznahen Gebieten mit vielen Fernsehangeboten, aus Großbritannien mit einem öffentlichen und einem privatkommerziellen Rundfunksystem: gerade Kinder und Leute mit geringem Einkommen und geringer formaler Bildung fahren voll ab auf die schöne neue Medienwelt, bevorzugen den schönen Schein, die künstliche Aufregung, die Ablenkung vom tristen Alltag. Jerry Manders Feststellung für die USA scheint auch für uns zu gelten: Unsere Verengung und Verarmung, die Kanalisierung unserer Erfahrung haben das Fernsehen so unwiderstehlich attraktiv werden lassen. Der Publizist Friedrich Wilhelm Hymmen spricht vom „verletzlichen Bürger“, im Widerspruch zur Annahme des „mündigen Staatsbürgers“. Mündigkeit ist ein juristischer Begriff und hängt ausschließlich vom Lebensalter ab, nicht von Erfahrung und Kritikfähigkeit. Ist unsere Lebensumwelt dazu angetan, Erfahrungen zu ermöglichen, Kritikfähigkeit zu wecken, Alternativen zum tagtäglichen Fernsehkonsum zu bieten? Welche Bedeutung haben für die meisten Menschen die öffentlichen Betätigungsfelder „Politik“ und „Kultur“? Sie beteiligen sich nicht am politischen Geschehen, zahlen für Theater und Oper, für höhere Bildung weniger Mitmenschen, tragen mit ihrer Arbeit dazu bei, daß kulturelle Höchstleistungen möglich werden. Ihnen bleiben Boulevardzeitung und Fernsehen, zynisch für ihren begrenzten Erlebnishorizont zurechtgemachte Schlagere und Shows, Sensationsberichte ohne Realitätsgehalt, Starwelt und Klatsch und ihr eigener Alltag, der nur ganz selten vorkommt in den Massenmedien.

Der mündige Staatsbürger muß selbst entscheiden, was er sehen und hören will. Und wenn er entscheidet, dann darf seine Entscheidung nicht kritisiert werden; denn er ist frei in seinem privaten Bereich, soweit er nicht gegen die Gesetze verstößt. Nur formal frei, das lehrt uns die Überlegung, tatsächlich aber gefangen in seinem Bewußtsein, das er nicht von sich aus hat, sondern das geprägt ist von seiner Umwelt, seinem Lebensweg, seinen Erfahrungen.

Technische Möglichkeiten

Die technischen Möglichkeiten im Medienbereich übertreffen die negative Utopie Aldous Huxleys bei weitem. Eine völlige Umwälzung aller Kommunikationsvorgänge und damit des menschlichen Miteinanders wäre denkbar. Die Menschen, durch Breitbandkabel (*Glasfasertechnik* mit fast unbegrenzten Informationskapazitäten) mit allen für sie wichtigen Einrichtungen und anderen Menschen verbunden, brauchen kaum noch ihre Wohnungen zu verlassen.

Alle lebenswichtigen Kommunikationsverbindungen sind über den Kabelanschluß und Heimterminals (zu Datenein- und Ausgabeeinrichtungen weiterentwickelte Fernsehgeräte) herstellbar: Der tägliche Schulbesuch wird überflüssig, weil programmierter Fernunterricht mit Bildschirmlehrer jederzeit anwählbar wird. Bibliotheken liefern Bücher und Zeitschriften, alle möglichen Informationen über Bildschirm und Drucker ins Haus. Ämter geben Fernauskunft und nehmen Anträge per Kabelkommunikation entgegen. Bestellungen aus Bildschirmpublikationen werden alltäglich, wie sie heute schon beim *Bildschirmtext* in den Versuchsgebieten Berlin (West) und Düsseldorf-Neuss für wenige tausend Versuchsteilnehmer möglich sind. Bankverkehr, Auskünfte zum Hobby, Veranstaltungshinweise, Fahrpläne werden über das Heimterminal abgewickelt und abgerufen. Gegen Langeweile helfen Bildschirmspiele. Die Film- und Fernseharchive liefern jeden gewünschten Film, die Tonarchive jede gewünschte Tonaufnahme ins Haus – gegen Berechnung, versteht sich. Dutzende von Fernseh- und Hörfunkprogrammen aus aller Welt, einfach auszuwählen nach einfachen Suchbegriffen, die in die Tastatur gegeben werden oder ins Mikrofon gesprochen werden, kommen ins Wohnzimmer. Man spricht das Suchwort, vielleicht „Beethoven-Sinfonien“ aus, schon sucht ein Mikroprozessor unter den hundert Hörfunkangeboten den Beethoven heraus oder etwas Ähnliches oder weist auf die Archive hin. Wer meint, das alles sei Huxley oder gar Orwell, beschaffe sich die Planungsunterlagen für das *Kabelkommunikationsprojekt Berlin*. In diesem Projekt steht die Erprobung von Diensten aller Art im Mittelpunkt.

Technisch möglich ist schon bald die Individualisierung des Bildschirmgenusses: der *flache Bildschirm*, der wie ein Bild an der Wand hängt, wird es möglich machen, in einem Raum mehrere Fernsehprogramme – je nach individuellem Geschmack der Zusammenwohnenden – zu empfangen; der Ton kommt aus Kopfhörern; das gibt es ja heute schon, um Nichtfernseher nicht zu stören. Vorher wird noch der *Stereo-Ton* eingeführt, mit dem das ZDF schon 1981 anfangen will: für viele Menschen zweifellos Motivation zur Neubeschaffung eines stereotlichtigen Fernsehgeräts. *Videorekorder*, die die Menschen unabhängig machen vom Empfang zeitlich festgelegter Programme, dürfte es inzwischen über eine Million in der Bundesrepublik geben; in wenigen Jahren kommt die *Bildplatte*, die noch unabhängiger machen wird; Bildplatten werden nicht viel teurer sein als Schallplatten, Abspielgeräte nicht viel teurer

als hochwertige Plattenspieler. *Satellitenprogramme* aus aller Welt dürften erst in fünf Jahren beginnen, eine Rolle zu spielen, und zwar zunächst nur dort, wo große *Kabelnetze* liegen. Der ungestörte Empfang von Satellitenprogrammen aus aller Welt ist nur mit großen Parabolantennen, genau ausgerichtet, möglich, so daß die Kabelkommunikation Voraussetzung für die Verbreitung des Satellitenfernsehens sein muß. In einigen Jahren wird das *superscharfe Fernsehbild* kommen, mit doppelt so vielen Bildzeilen wie heute. Es wird einen neuen Verkaufsschub bringen. Die *Digitallisierung* der Toninformationen wird bessere Qualität von Hörfunksendungen ermöglichen; neue Produktionsanlagen, neue Empfänger werden benötigt. Dasselbe gilt für die Schallplatten, für Tonbänder und Abspielgeräte. Die *kleine, tragbare Videokamera* mit eingebautem Speicher wird die Super-8-Kamera ablösen; die Produktionen können übers Fernsehgerät betrachtet werden. *Bildschirmtext* über Telefon und Fernsehapparat wird abgelöst durch *Kabeltext* über das Kabelnetz, das in fünf bis zehn Jahren in breitbandiger Glasfasertechnik ausgelegt werden dürfte. *Videotext*, ein Informationsdienst der Rundfunkanstalten, mit besonders ausgerüsteten Fernsehgeräten zu empfangen, ist – mit Kabeltext verglichen – ein Klacks; denn es können immer nur wenige Bildtafeln abgerufen werden, während bei *Bildschirmtext* und *Kabeltext* ein richtiger Dialog mit einem fernen Rechner und Speicher möglich ist.

Technisch möglich ist – das kann wohl das Ergebnis dieser Aufzählung sein – ein Riesengeschäft mit elektronischen Geräten und mit Kabeln und Programmen. Die technischen Möglichkeiten bringen auch einen Riesenbedarf an „Software“ hervor, an Dienstleistungs- und Rechnerprogrammen genauso wie an Fernseh- und Hörfunkprogrammen. Heute schon ist der Filmmarkt wie leergefegt, weil private Interessenten und auch die Rundfunkanstalten aufkaufen, was an alten und neuen Filmen angeboten wird.

Technisch möglich ist übrigens auch die lückenlose Auskundschaftung menschlicher Interessen und Bedürfnisse; denn die Nutzung der Medienangebote kann gemessen und erfaßt werden und liefert ein scharfes Profil der angeschlossenen Persönlichkeiten. Nicht auf die bestimmte Person hin, da ist der Datenschutz davor, sondern auf kleine und kleinste Gruppen hin, anonym, trotzdem nicht ohne Auswirkung für den einzelnen Teilnehmer. Die Angebote können sich noch besser als heute schon auf seinen Geschmack einstellen, auf seine Vorlieben und auch seine geheimen Wünsche. Hier liegt wohl ein wich-

tiges Motiv für die Privatwirtschaft, sich um die Programmgestaltung der Kabelkommunikationsnetze zu kümmern: raffiniertere Werbung wird auf Zielpersonen hin möglich, nicht mehr auf mehr oder minder diffus zu charakterisierende Großgruppen möglicher Käufer. Attraktive Programmangebote sichern den Geräteabsatz.

Das ganz große Geschäft

In unserer Gesellschaftsverfassung sind Produktionsausweitung (mit positiven Arbeitsplatzeffekten) und Geschäftemachen (mit Gewinnen) nichts Böses. Bedenklich wird allerdings die rücksichtslose Erschließung eines neuen Marktes, wenn auf die seelische oder körperliche Gefährdung der potentiellen Käufer keine Rücksicht genommen wird. Rauschgiftverkauf ist verboten; Alkohol- und Zigarettenkonsum ist bedenklich, wird aber politisch geduldet, wohl auch wegen der Teilhabe des Staates am Geschäft über die Steuer. Eine Ausbeutung der verletzlichen, durch Kommunikationsdefizite im wirklichen Leben ausgehungerten und durch den schönen Medienschein vorbereiteten menschlichen Seelen durch den Verkauf von elektronischen Drogen sollte verhindert werden. Verhindert nicht durch Verbote oder gar Zensur, sondern durch politische und gesellschaftliche Kontrolle der Massenmedien (wie bisher, aber effizienter) und durch gesellschaftliche Vorkehrungen zur Verbesserung der Arbeits- und Freizeitumwelt.

Das Geschäft verspricht Gewinne von Milliarden in wenigen Jahren. Allein die heute schon in der Bundesrepublik laufenden Fernsehgeräte repräsentieren einen Wiederbeschaffungswert von 40 bis 50 Milliarden Deutsche Mark. Die Vollverkabelung der Bundesrepublik mit Glasfaserkabel dürfte an die 100 Milliarden Deutsche Mark kosten. Die *Kabelpilotprojekte* in ihrer ursprünglichen Ausstattung in Berlin (West), Mannheim-Ludwigshafen, München und Dortmund dürften – ohne Programmkosten – für einen Versuchszeitraum von fünf Jahren um die 2 Milliarden Deutsche Mark kosten. Allein für München wurden für einen Bezirk mit 46 000 Haushalten Gesamtkosten für nur vier Jahre zwischen 159 und 292 Millionen Deutsche Mark errechnet. Endgeräte sind nicht berücksichtigt; vorgesehen ist nur ein schmalbandiger Rückkanal (Eingriffs- und Meldeleitung vom Empfänger zur Zentrale); die Verkabelungskosten soll die Post (die Allgemeinheit) tragen. Ein technisch aufwendigeres Berliner Projekt mit breitbandigem Rückkanal (für vollwertigen Dialog zwischen Teilnehmern und Zentrale) wäre wesentlich teurer. Nimmt man die Vollverkabelung der

Bundesrepublik Deutschland an, so ist neben den Verkabelungskosten der Aufwand für die Endgeräte zu bedenken: 24 Millionen neue Fernsehgeräte, technisch weiterentwickelt, mit viel mehr Programmwahltasten, mit Tastatur für Rückmeldungen beispielsweise, machen einen Wert von wenigstens 150 Milliarden Deutsche Mark aus. Manche Experten meinen, diese Kosten könnten niemals aufgebracht werden. Das ist falsch. Denn gerade auf dem Gebiet der Unterhaltungselektronik ist Bedarf herzustellen, über nichtbefriedigte seelische Bedürfnisse der Käufer. Aber gerade auf diesem Gebiet ist ordnungspolitische Steuerung möglich und auch nötig. Wenn die im einzelnen recht widersprüchlichen Beschlüsse der Ministerpräsidenten von Mitte November 1980 über die Veranstaltung der schon vor fünf Jahren von einer Sachverständigenkommission geforderten Kabelpilotprojekte tatsächlich der Vorbereitung verantwortlicher politischer Entscheidungen über unsere Medienzukunft dienen sollen, dann sind sie zu begrüßen. So wird Zeit gewonnen für öffentliche Diskussionen, Zeit vor dem großen Geschäft, Zeit vor der Privatisierung kommerzieller Ausbeutung menschlicher Seelen; Zeit, Mehrheitsverhältnisse in den Landesparlamenten zu verändern.

Öffentliche Diskussion

Im Herbst 1979 hatte jeder 5. Bundesbürger noch nichts vom Videorekorder gehört, jeder 4. nichts vom Kabelfernsehen; jeder 5. konnte sich nichts unter Satellitenfernsehen vorstellen, jeder 2. wußte noch nichts über Videotext. Das Wort „Breitbandkommunikation“, also die Bezeichnung für die mögliche totale technische Kommunikation, kannten 3 von 4 Bundesbürgern über 14 Jahren nicht. Bemerkenswert ist zweierlei: Frauen sind wesentlich schlechter informiert als Männer; junge Leute wissen wesentlich besser Bescheid als die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Das größte Interesse hatten die Leute mit höherem Schulabschluß und mit besserem Einkommen.

1980 wurde auch eine Studie bekannt, die vom Bundeskanzleramt in Auftrag gegeben wurde. Es geht um die Einstellung der Bevölkerung zu den neuen Medien. Nehmen wir das Kabelfernsehen heraus. Spontan, gleich nach der Frage, antworteten 27 Prozent der Befragten positiv zum Kabelfernsehen; 18 Prozent befürworteten das Kabelfernsehen mit Vorbehalt. 33 Prozent waren eindeutig dagegen und 22 Prozent unentschieden. Nach eingehender Erläuterung der technischen Möglichkeiten des Kabelfernsehens wuchs die Zahl der Ablehnenden auf 56 Pro-

zent; von den zuvor Unentschiedenen blieben nur 4 Prozent übrig.

Die wichtigsten Gründe für die Ablehnung der neuen Technik sind:

- ▷ Furcht vor Manipulation durch das Fernsehen;
- ▷ Beeinträchtigung zwischenmenschlicher Beziehungen;
- ▷ Verführung zur geistigen und körperlichen Untätigkeit;
- ▷ Nachteile und Gefahren besonders für Kinder und Jugendliche.

Albrecht Müller, Planungschef im Bundeskanzleramt, kommt nach Auswertung der Studie zu einem Schluß, der wohl der Diskussion bedarf. Er schreibt in der Zeitschrift „Media Perspektiven“ (3/1980): „Meines Erachtens erlauben die Ergebnisse eine Prognose: Wenn die (obendrein aus demokratischen Gründen notwendige) öffentliche Debatte um die neuen Medien stattfindet, dann wird am Ende mit großer Wahrscheinlichkeit eine Mehrheit gegen die neuen Medien sein.“ Meiner Meinung nach gilt diese Prognose nur, wenn als Anwendungsmöglichkeiten der neuen Techniken ausschließlich die

Erweiterung der Unterhaltungs- und Ablenkungsangebote geschildert werden, nicht aber auch die Chancen der neuen Techniken beschrieben werden. Voraussetzung für die Erweiterung der Kommunikationsmöglichkeiten ist allerdings Veränderung der Lebensumwelt, von Arbeitsalltag und Freizeit und damit die Stabilisierung und Aktivierung der Bürger. Die Verbesserung der kommunikativen Infrastruktur, einfacher gesagt: der Ausbau der Informationsbahnen zwischen Menschen und Institutionen, das Angebot eines breiten Spektrums von Diensten, Filmen, Spielen, Bildungschancen, wenn technisch möglich, muß doch wohl realisiert werden. Blinde Maschinenstürmerei hilft nicht weiter. Die moderne Kommunikationstechnik eröffnet tatsächlich auch Chancen. Die Kontrollmöglichkeiten, die gesellschaftlichen Abwehrmaßnahmen gegenüber einem Trommelfeuer von Informationen und Zerstreuungen, müssen allerdings weiterentwickelt werden, auf der Grundlage der bewährten öffentlich-rechtlichen Rundfunkaufsicht. Medienpolitik muß – auch und gerade in der öffentlichen Diskussion – zu einem Teilbereich der Gesellschaftspolitik werden, neben



Einer der bedeutendsten Abschnitte deutscher Geschichte – in völlig neuer Sicht

Dr. Wolfgang Plat erschließt Deutschlands Geschichte nach der Französischen Revolution, während der napoleonischen Kriege bis zum Vormärz: Die Träume von bürgerlicher Demokratie und der Gedanke der Republik verwehen mit dem Sieg von Waterloo.

Dr. Wolfgang Plat hat seine Recherchen für dieses Buch in ganz Europa durchgeführt. Selten wurden neue Erkenntnisse aus der Geschichte so objektiv und so spannend in ein Buch von solcher Bedeutung umgesetzt.

Wolfgang Plat
Deutsche Träume oder Der Schrecken der Freiheit
Aufbruch ins 19. Jahrhundert
400 Seiten, 66 Abbildungen, davon
4 in Farbe, geb. 36 DM

ECON

Postfach 9229
4000 Düsseldorf 1

In jeder Buchhandlung!

Kulturpolitik, Sportförderung, Humanisierung des Arbeitslebens, Städteplanung und der Schaffung von Erholungsmöglichkeiten.

Konsequenzen

Bei den vier geplanten Kabelpilotprojekten – in Berlin (West), München, Ludwigshafen und Dortmund – darf nicht mit einem einseitigen, isolierten Medienangebot aufgewartet werden. Die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Aktivitäten, das Angebot neuer Geselligkeitsmöglichkeiten, die Chancen zur zwischenmenschlichen Begegnung müssen zugleich mit dem Kabelexperimentierprogramm angepackt werden. Die vorerst in Aussicht genommenen 140 Millionen Mark für alle vier Versuche zusammen, finanziert aus einem Rundfunkgebührenaufschlag von 20 Pfennigen ab 1983, sind wenigstens zehnmal zu wenig; wer zahlt die teuren neuen Fernsehgeräte? Wer soll die Programme bezahlen? Die werbetreibende Industrie? Mit welcher Absicht? Andere Programmanbieter dürften kaum das Geld haben, eigene Sendungen zuzuliefern. Wenn ganz harte Versuchsbedingungen gewählt werden, mit einem ganzen Paket höchst attraktiver Sendungen zu jeder Zeit, dürfte das Ergebnis der Tests von vornherein feststehen. Wir kennen ja das Mediennutzungsverhalten aus Gebieten mit vielen grenznahen Sendern und aus den USA: besonders stark fixiert auf leichteste Programme sind immer die Kinder und die weniger schulisch Gebildeten.

Eine moralische Frage wäre zu stellen: Ist das, was in einem solchen Versuch geschieht, nicht Vivisektion? Versuch am lebenden Menschen mit gravierendem Eingriff in seine seelische Unversehrtheit? Die vernünftigste Konsequenz aus der gegenwärtigen Mediendebatte ist angesichts dieser und anderer Schwierigkeiten wohl: abwarten, Zeit gewinnen, diskutieren. Letztlich ist eine fortschrittliche, humane Medienpolitik abhängig von politischen Mehrheiten, die es auszubauen und herzustellen gilt. In der Prioritätenliste gesellschaftlicher Modernisierung steht die Kabelkommunikation sicherlich nicht an erster Stelle. Sie ist eine mittel- und langfristige Aufgabe. Landeskommunikationsgesetze, ähnlich einem Grundkonsens verpflichtet wie Presse- und Rundfunkgesetze, könnten auch kleinere Versuche und die Erarbeitung von Plänen für ein engmaschiges Kommunikationsnetz in der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) ermöglichen. Leitgedanke sollte die Kommunikationsgerechtigkeit sein, die Informations- und Meinungsäußerungsfreiheit aller Bürgerinnen und Bürger im ganzen Lande. Parallel

mit dem Ausbau der Kabelnetze dürften die Rundfunksender nicht verringert werden, besonders im Hinblick auf die Mitbürgerinnen und Mitbürger in der DDR, die sicherlich nicht sobald an westdeutsche Kabelnetze angeschlossen werden.

Bei aller nötigen Kritik an den massenmedialen Angeboten, die eher zu Tagträumen verführen als zur Gestaltung menschenwürdiger Lebensverhältnisse, sollten die Chancen nicht vertan werden, die speziell das Fernsehen hat. Es dringt in jedes Wohnzimmer, ist attraktiv und glaubwürdig. Aufklärung über unsere Medienzukunft, über die Vorbereitung oder Verhinderung der schönen neuen Welt mit ihren strengen Klassenprivilegien, Außenlenkung und Ersatzerlebnissen durch „Super-Stereo-Ton-Farben- und Fühlfilme“, wie sie Aldous Huxley vor 50 Jahren voraussah, Informationen über Gefahren und Chancen der neuen Techniken, und Aufruf zum Engagement für eine Veränderung der Lebensumwelt sollten im Fernsehen öfter kommen. Die nötige Denkpause zu nutzen, bedeutet informieren und diskutieren.



KOMMUNAL POLITIK

Peter Klein: Kommunalpolitik braucht neue Orientierungen

Peter Klein, Jahrgang 1939, ist Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK). Verschiedene Veröffentlichungen in der „Demokratischen Gemeinde“ und in der „Neuen Gesellschaft“ (s. NG 10/75 und 5/77).

In den letzten Wochen und Monaten hat sich die öffentliche Diskussion stärker als zuvor mit kommunalpolitischen Fragen beschäftigt. Insbesondere in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands findet ein Prozeß der Erinnerung an die geschichtlichen Erfolge der SPD in den Städten statt. Dies ist nicht zuletzt auf das Wirken oder besser auf das Entstehen der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik zurückzuführen. Ein neues Selbstvertrauen ist bei den Kommunalpolitikern der SPD zu beobachten. Ihre Vereinzelung scheint allmählich überwunden zu werden. Möglich erscheint auch, daß neue Gedanken diskussionsfähig werden, und vielleicht ist es sogar zu vermeiden, daß die Kommunalpolitiker nur ihre berechtigten Interessen artikulieren, also sozusagen als Lobby agieren. Vielleicht können sie auch für ihren eigenen Politikbereich lebend wirken.

Dabei spielt eine nicht unwichtige Rolle, daß bei den Bürgern die kommunalen Einrichtungen im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen oder staatlichen Institutionen höchste Anerkennung genießen, wie Untersuchungen gezeigt haben. Auch über die Mitgliedschaft der SPD ist seit langem bekannt, daß die Kommunalpolitik bei der breiten Zahl der Mitglieder in der politischen Bewertung an erster Stelle rangiert. Dieses Vertrauenskapital wird von der Politik insgesamt noch zu wenig gesehen und vor allem zu wenig genutzt.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik wird in den 80er Jahren, gewollt oder ungewollt, also durch uns bestimmt oder zwangsläufig Um- oder Neudefinitionen erleben oder erleiden. Es wird für die Politik besser sein, daß die für sie Verantwortlichen dar-

über nachdenken, was sich verändert und was getan werden muß. Viele sagen, der politische Spielraum wird kleiner, weil sich der ökonomische Spielraum zunehmend verengt. Dies ist falsch. Wenn Politik die Kunst des Möglichen ist, dann muß man heute hinzufügen, daß unter schwierigeren ökonomischen Bedingungen Politik noch mehr die Kunst des Notwendigen wird. Man erinnere sich in diesem Zusammenhang an die ersten Jahre unserer Republik. Mehr Nachdenken, mehr Einfallsreichtum, mehr Rationalität sind gefordert; also ein eher größerer Spielraum für Politik tut sich auf. Das ist allerdings nur dann richtig, wenn sich die Politik dieser Aufgabe stellt und nicht wie die berühmten drei Affen Augen, Ohren und Mund schließt. Bei allem Krisengerede darf nicht vergessen werden, daß die letzten 30 Jahre im ganzen gesehen ökonomische Prosperität unter Bedingungen gebracht haben, die für Europa keinen geschichtlichen Vergleich haben. Auf der Grundlage der enormen Akkumulation privaten wie öffentlichen Kapitals in den letzten Jahrzehnten ist ein Wohlstand entstanden, der sich wegen seines hohen Ausgangsniveaus nicht wesentlich verschlechtern wird, selbst wenn die Zuwächse von Jahr zu Jahr geringer werden oder sogar manchmal ins Negative gehen sollten.

Wenn die Zuwächse geringer werden, also weniger Erwirtschaftetes zur Neuverteilung zur Verfügung steht, werden die Auseinandersetzungen um das, was zu verteilen ist, allerdings schärfer werden. Die Geschichte hat allemal gezeigt, daß in solchen Auseinandersetzungen diejenigen zuallererst auf der Strecke bleiben, die über eine geringe oder keine ökonomische oder gesellschaftspolitische Macht verfügen. Für diese wird sich sozialdemokratische Politik also noch mehr als in der Vergangenheit einsetzen müssen, auch wenn die SPD als Volkspartei auch andere Gruppen umfaßt, die nicht zu den Einkommenschwächeren zählen. Sich allen Wählergruppen in der Bundesrepublik anpassen zu wollen, kann und darf keine Politik – insbesondere in relativ schlechteren Zeiten – für die SPD sein. Sie muß für die, die am ehesten Schaden erleiden könnten, eintreten und die, denen es immer besser gehen wird, davon zu überzeugen suchen, daß das Eintreten für Benachteiligte nicht nur notwendig, sondern sogar sinnvoll ist. Nur auf der Grundlage des auf diese Weise zu sichernden sozialen Friedens werden wir die innere Stabilität unserer Gesellschaft behalten. Die innere Stabilität unserer Gesellschaft zählt mehr als der jährliche Zuwachs an Einkommen für die, die mit ihrem Einkommen auskommen können.

Dies muß man festhalten, um einerseits die Schwierigkeit, vor der Politik in den nächsten Jahren stehen wird, zu kennzeichnen und um andererseits dazu beizutragen, daß in Anbetracht verminderten Wachstums und dessen Konsequenzen nun nicht eine allgemeine Hysterie entsteht. Wir können auf der Grundlage unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fundaments im Grunde dann beruhigt weiterarbeiten, wenn sich Politik und Wirtschaft darauf konzentrieren, rationaler und rationeller mit dem Vorhandenen oder seinen Zuwächsen umzugehen.

Rahmenbedingungen sollen und müssen vom Gesamtstaat, vor allem also vom Bund gesetzt werden. Die Feinsteuerung wird aber vernünftig nur von denen durchgeführt werden können, die vor Ort beurteilen und entscheiden können, was notwendig ist. Die Kommunalpolitik, die kommunale Selbstverwaltung ist das vorhandene und noch viel zu wenig genutzte, man kann fast sagen, das ideale Instrument für die gesamtstaatliche Politik im Sinne dieser Feinsteuerung. Dabei muß man sich klarmachen, daß unter restriktiven Bedingungen die Verantwortung der Mandatsträger und Wahlbeamten in den Städten, Gemeinden und Kreisen noch größer werden wird. Das bedeutet aber auch, daß die Auseinandersetzungen zwischen den Verantwortlichen, die ja auch wichtigen politischen Interessen verpflichtet oder verhaftet sind, schärfer werden. Nicht deswegen, weil man das wollte, sondern deswegen, weil es objektiv eine Folge von gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen ist. In Zukunft wird Kommunalpolitik, die sich lange Jahrzehnte und noch heute weit verbreitet mehr oder weniger als Verwaltungsarbeit versteht, zu einem Feld werden, in dem noch mehr politische, also an Interessen orientierte Entscheidungen zu treffen sein werden, wobei verteilungspolitische Gesichtspunkte eine zunehmende Rolle spielen werden. Hier wird die SPD aufpassen müssen.

Das, was Bedürfnisse der Bürger sind, wird nicht mehr so ohne weiteres unkritisch aneinander gereiht und erfüllt werden können, sondern es wird mindestens für gewisse Zeitspannen politisch zu entscheidende Prioritäten geben müssen.

Konkret dargestellt wird es folgende Konfliktfelder geben:

- Die politischen Verteilungsauseinandersetzungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und ihren jeweiligen parteipolitischen Exponenten werden schärfer werden.
- Diese Konflikte werden sich in den verschiedensten Ebenen und Zusammenhängen staatlichen

Handelns zunehmend darstellen und verschärfen. Innerhalb dieses Gerangels werden unabhängig von der politischen Parteilugehörigkeit die politischen Ebenen, Bund, Länder und Gemeinden im Kampf um Kompetenzen härter aufeinander treffen. Dabei ist nicht vorauszusehen, wer siegreich sein wird.

- Auch innerhalb der kommunalen Ebene selbst wird die Intensität der Auseinandersetzungen insofern zunehmen, als jeder versuchen wird, möglichst viel von dem kleiner werdenden Kuchen zu bekommen mit dem Ergebnis, daß Bedürfnisse begründet werden, koste es, was es wolle.

Dieser Prozeß, den man als „natürlich“ bezeichnen könnte, wird nur begrenzt beeinflussbar sein, denn vernünftige Argumente sind nicht unbedingt dazu geeignet, Interessen von Gruppen, Einzelpersonen und Verbänden zurückzuweisen. Aber gerade deswegen muß von uns Sozialdemokraten der Versuch gemacht werden, uns selbst und andere von einer besseren Politik zu überzeugen. Eine bessere Politik muß sich mindestens an den folgenden Kriterien orientieren:

- Es müssen die öffentlichen Instrumente eingesetzt werden, die am erfolgversprechendsten sind – die kommunale Selbstverwaltung zählt ganz besonders dazu.
- Bedürfnisse sind um so präziser zu formulieren und zu beschreiben, je weniger von ihnen in relativ kurzen Zeitspannen erfüllbar sind – auch das ist für weite Gebiete am besten in Städten und Gemeinden zu leisten.
- Bedürfnisse und Interessen müssen von den politisch Verantwortlichen mehr denn je in bezug auf ihren Absender hin überprüft werden – eine in den Städten am besten zu lösende Aufgabe.

Praktisch angewendet heißt das: Die kommunale Selbstverwaltung als zielgenaues Instrument staatlichen Handelns muß intensiver genutzt werden als bisher und innerhalb der Kommunalpolitik selbst muß genauer geprüft werden, welche Entscheidung wem nützt.

Voraussetzung für politisches Handeln in diesem Sinne ist die Bestandsaufnahme dessen, was bisher geleistet worden ist. Es muß möglich werden festzustellen, in welchen politischen Bereichen Bedarfsäuftragungen stattgefunden haben und welche politischen Bereiche noch Defizite oder neue Defizite aufweisen. Im Schul- und Bildungsbereich, in vielen Teilen der Infrastruktur sind Investitionen in den letzten Jahrzehnten in riesigem Umfang geleistet worden. Natürlich sind Ersatzinvestitionen auch weiterhin notwen-



Klaus Klemm/Hans-G. Rolff: Perspektiven der Gesamtschulreform

Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung des Bildungswesens

Prof. Dr. Hans-G. Rolff ist Leiter des Instituts für Schulentwicklungsforschung an der Universität Dortmund, der ehemaligen „Arbeitsstelle für Schulentwicklungsforschung“ (AFS).

Prof. Dr. Klaus Klemm lehrt Pädagogik an der Universität Essen und ist Wissenschaftliches Mitglied des Instituts für Schulentwicklungsforschung.

Wer zu Beginn der 80er Jahre das Sekundarschulwesen der Bundesrepublik überblickt, wird feststellen, daß vieles von dem, was Sozialdemokraten in den 60er Jahren in den Schulen haben erreichen wollen, heute nahezu so wenig wie damals realisiert ist. Wer ungeachtet der zweifellos beeindruckenden Zahlenkolonnen, die die Bildungsexpansion der letzten 20 Jahre belegen, nach Ungleichheit fragt, der erhält ernüchternde Antworten.

Ungleichheit der Bildungschancen dauert an

Die soziale Auslese, deren Abbau ein zentrales Motiv des Reformaufbruchs war, ist nahezu unverändert geblieben: 1972 besuchten 6,3% aller 13- und 14-jährigen Arbeiterkinder ein Gymnasium, 1978 waren es gerade 9,4%. Die Vergleichszahlen bei den Beamtenkindern lauten 45,7% und 48,7%. Die Beteiligungsquoten bei den Akademikerkindern liegen noch einmal deutlich höher. Dieser krasse Ausschluß von Arbeiterkindern aus dem Gymnasium wird gern *statistisch bemäntelt* – und zwar überlicherweise so, daß nicht der Anteil der Kinder aus Arbeiterfamilien, die zum Gymnasium wechseln, mitgeteilt wird, sondern daß man an dessen Stelle den Anteil der Arbeiterkinder unter den Gymnasiasten nennt. Und natürlich ergibt letzteres mit 18% einen deutlich höheren Wert, da es insgesamt weitaus mehr Arbeiterkinder als z. B. Beamtenkinder gibt. Auch dieser Anteilswert von Arbeiterkindern unter den Gymna-

dig. Es wird aber ganz sicherlich, zwar unterschiedlich von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf, von Landkreis zu Landkreis, Bedarfssättigungen und Bedarfsbefriedigungen geben, die anerkannt werden müssen und zwar von allen Beteiligten. Man muß den Mut haben, in den zukünftigen, nicht einfacher werdenden politischen Diskussionen vor Ort festzustellen, was in der Vergangenheit relativ gut gemacht worden ist und was deswegen nicht erneut Investitionsschübe von Millionen oder Milliarden verlangt.

Unter diesen Voraussetzungen ist es sehr wohl möglich, daß Städte, Gemeinden und Kreise bei gleicher Finanzausstattung mehr politische Verantwortung im Inneren übernehmen als in der Vergangenheit. Genauso wenig wie Bund- und Länderhaushalte schon immer und von vornherein rationalen Prüfungen standhalten, genauso wenig ist dies bei kommunalen Haushalten der Fall. Es kann nicht angehen, daß Kommunalpolitiker die Bundes- und Landespolitiker anklagen, mit falschen Mitteln zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort politischen Einfluß zu nehmen, wenn sie nicht vormachen, daß sie bereit sind, Konsequenzen zu ziehen, die sich aus den gesamtökologischen Entwicklungen für sie selber ergeben, also vernünftiger, das heißt, sparsamer und zugleich effektiver mit dem, was vorhanden ist, umzugehen. Erst dann kann der Vorwurf zu Recht erhoben werden, daß öffentliche Mittel nicht effizient genug auf die richtigen sozialen Gruppen zielend eingesetzt werden. Wenn sich der Bund zum Teil oder sogar zum größeren Teil aus der Mischfinanzierung herausziehen will, weil er außenpolitische und militärpolitische Verpflichtungen großen Umfangs übernehmen muß, ist das nicht von vornherein falsch, sondern wird als politisch notwendig anerkannt werden müssen. Die Kommunen können bei Anlegung realistischer Maßstäbe viele innenpolitische Bereiche abdecken und natürlich auch die Länder. Es wird sowieso notwendig sein, in der Zukunft mehr die Kompetenzen von Ländern und Kommunen und ihr Spannungsverhältnis zu untersuchen. Es hieße nämlich, den Teufel mit Belzebub auszutreiben, wenn anstelle der ökonomischen und politischen Macht des Bundes die überragende politische Macht der Länder noch mehr als bisher treten würde mit dem Ergebnis, daß die Kommunen am goldenen (oder zukünftig kupfernen) Zügel geführt noch mehr zu Handlangern degradiert würden. Auch hier wird das Prinzip gelten müssen, daß die kommunale Selbstverwaltung das relativ weniger Vorhandene besser an den Mann und an die Frau bringen kann als die anderen staatlichen Ebenen.

stasten hat sich übrigens in den letzten Jahren kaum verändert; er pendelte zwischen 15 und 18%.

Selbstverständlich kann man mit beiden Werten arbeiten und argumentieren: mit dem sozialen Beteiligungswert wie mit dem schulformbezogenen Anteilswert. Wer allerdings die Bildungschancen von Arbeiterkindern präzise angeben will, muß sich auf den sozialen Beteiligungswert, also auf die 9,4% beziehen; Bezugspunkt können dann nur alle Arbeiterkinder im gleichem Alter sein und nicht alle Gymnasialisten. Es ist bezeichnend, daß in der politischen Auseinandersetzung zumeist mit der anderen Bezugsgröße, d. h. mit dem Anteilswert von 18% gearbeitet wird. So bezog sich sogar das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, dem beide Zahlen vorlagen, in einer Presseerklärung vom 4. 8. 1980 nur auf den höheren Wert. Die Presse berichtete auch prompt und fehlerhaft: „Arbeiteranteil am Gymnasium auf 18% gestiegen.“ Konservative Bildungspolitiker treiben es noch toller: Sie bilden gelegentlich aus beiden Werten eine Zeitreihe und verkünden dreist, die Arbeiteranteile hätten sich in den letzten Jahren vervielfacht.

Ungleichheit der Bildungschancen verursacht auch nach wie vor die gymnasialinterne Auslese: Zwar stieg in den Gymnasien Nordrhein-Westfalens die Erfolgsquote von 1969 mit 47,5% auf fast 60% im Jahre 1979, doch darf dabei nicht übersehen werden, daß immer noch etwa 4 von 10 Schülern das Gymnasium vorzeitig verlassen. Hinzu kommt, daß ein steigender Anteil von Jugendlichen ein nach wie vor zentrales Bildungsziel des Gymnasiums, die Studierfähigkeit, zwar erreicht, dann aber nicht entsprechend nutzt. Der gestiegene Anteil der „Studienverzichter“ unter den Abiturienten läßt befürchten, daß das, was im Gymnasium an Selektivität abgebaut wurde, beim Übergang zur Hochschule wieder „zurückgewonnen“ wird.

Zur nach wie vor bestehenden sozialen Auslese durch das Gymnasium gesellt sich Ungleichheit in Gestalt der fortwirkenden Stadt-Land-Unterschiede: Eine von uns durchgeführte Auswertung des Mikrozensus 1978 weist aus, daß in Kleinstädten (unter 20 000 Einwohner) 16,8% der 13- und 14jährigen – in Großstädten (500 000 Einwohner) aber 26,1% zum Gymnasium gehen.

Neu hinzugekommen zu diesen schon klassischen Gruppen schulisch Benachteiligter, den Arbeiterkindern und der Landbevölkerung, sind die Kinder ausländischer Arbeiter: Nur 4,1% der Kinder aus den sechs wichtigsten Herkunftsländern der Gastarbeiter besuchen ein Gymnasium. Wenn man bedenkt, wie

mühselig und langwierig sich der Anstieg der Gymnasialquote bei Arbeiterkindern vollzieht, dann wird man bei Gastarbeiterkindern auf Verbesserungen in absehbarer Zeit kaum hoffen können.

Der Nachweis sozialer, regionaler und ethnischer Ungleichheiten wäre einseitig, wenn nicht zugleich gefragt würde, ob in Alternative zu den eingefahrenen Bildungswegen unseres Schulsystems mehr Gleichheit erreicht würde. In der Tat ist die Zahl der Studenten, die auf anderen als dem „Königsweg“ des Gymnasiums bei den Hochschulen anlangen, inzwischen beachtlich: „Nur“ 83,3% der Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen und sogar nur 67,8% der Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen und an Fachhochschulen zusammengenommen haben ihre Eintrittskarte für die Hochschule im Gymnasium erworben.

Zweiter Bildungsweg, Begabtonderprüfung, Gesamtschulen, Fachoberschulen und weitere Möglichkeiten führten zu einer Entmonopolisierung des Gymnasiums. Allerdings hat dies nicht gereicht, die Bildungschancen von Arbeiterkindern beim Weg zur Hochschule nachhaltig zu verbessern: Von den etwa 900 000 Jugendlichen des Jahrganges der 19- bis 20jährigen waren 1979 fast 400 000 Arbeiterkinder; von diesen nahmen an Fachhochschulen und Universitäten lediglich 27 000 ein Studium auf – also weniger als 7%.

Für uns folgt aus diesem Kurzbericht über den Stand der Gleichheit im bundesdeutschen Bildungssystem: Für Sozialdemokraten gibt es angesichts dieser Lage überhaupt keinen Grund, sich zufrieden zurückzulehnen, Ziele für erreicht zu halten, in ihren Bemühungen um Schulreform nachzulassen. Von der Notwendigkeit einer konsequenten, d. h. auch strukturellen Schulreform dürfen also interpretierte „Erfolgsdaten“ noch die fraglos wichtige Wiederaufnahme der Anstrengungen für innere Schulreform ablenken.

Ein dem Bildungssystem immanenter Sachzwang zu grundlegender Reform besteht nicht. Dies können wir gerade heute an einem eindrucksvollen Beispiel studieren: Die Bestandsgefährdung von Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen in ländlichen Regionen als Folge des Geburtenrückgangs kann ein Anlaß sein, immer kleiner werdende Schulen zur Kooperation oder Integration zu veranlassen, um so Bestand und Leistungsfähigkeit von Schulen zu sichern. Eine derartige Verbindung von aktueller Problembearbeitung mit Zielvorstellungen der Schulreform ist aber keineswegs zwingend: in diesen Monaten machen uns CDU-regierte Länder vor, daß diese

Problem auch durch die Zulassung einzügiger Gymnasien, also durch einen schlichten Verwaltungsakt im Sinne konservierender Schulpolitik, lösbar ist. Wir sollten nicht auf einen imaginären Sachzwang setzen und davon ausgehen, daß Schulreform ein „Selbstläufer“ sei – ernst gemeinte innere Schulreform übrigens genauso wenig wie äußere, wie am deutlichsten der Streit um die Hessischen Rahmenrichtlinien gezeigt hat.

Umgekehrt sehen wir aber auch keinen Sachzwang für eine konservative Schulpolitik. Wenn überhaupt, dann sollten wir nur solche Zwänge akzeptieren, die auf unabwiesbare Bedürfnisse der Bevölkerung zurückzuführen sind. Bedürfnislagen dieser Art bilden die Rahmenbedingungen, auf die sich eine an den Menschen orientierte Bildungspolitik orientieren muß.

Aktuelle Bedürfnisse

Wir sehen gegenwärtig drei solcher Bedürfnislagen: eine, die vorwiegend zum Bereich der Elternhäuser gehört; eine weitere, die mit der Situation auf dem Arbeitsmarkt zusammenhängt; und schließlich eine, die von der Bevölkerungsbewegung verursacht ist.

1. Elternhäuser

Wenn man den Familienstatistiken und den darauf aufbauenden Prognosen folgt, dann werden die Familien, aus denen die Schüler kommen, immer kleiner, immer belasteter und immer „unvollständiger“. Die Zahl der Personen, die in einem großen Haushalt lebt, nimmt seit Beginn des 19. Jahrhunderts kontinuierlich ab; sie hat sich allein von 1950 bis 1979 von durchschnittlich 3 auf jetzt 2,5 Personen verringert. Der Geburtenrückgang der letzten 10 Jahre wird diese Tendenz noch verstärken. Gleichzeitig ist die Zahl der Einpersonenhaushalte deutlich angestiegen; fast jeder dritte Haushalt (30,3 %) gehört inzwischen zu dieser Kategorie. Für die Schule bedeutet dies, daß in den Klassenzimmern immer mehr Kinder ohne Geschwister sitzen.

Genauso bedeutsam scheint uns, daß die Eltern dieser Kinder beruflich immer stärker beansprucht werden: Von den verheirateten Frauen übt heute jede zweite einen Beruf aus, was gegenüber 1950 eine glatte Verdoppelung bedeutet. Darunter befinden sich viele Frauen mit Kindern: Von allen erwerbstätigen Frauen hatte 1979 jede dritte (36,2 %) ein Kind unter 18 Jahren. Verstärkt wird dieser Tatbestand der Belastung von Familien dadurch, daß die Zahl unvollständiger Familien infolge von Trennung und Scheidung wohl weiter zunehmen wird. Da uns

hierzu keine bundesrepublikanischen Zahlen vorliegen, ziehen wir Prognosen aus den USA heran: Dort sagen die Statistiken voraus, daß 45 % aller Kinder des Jahrgangs 1976 irgendwann in ihrer Schulzeit als Kinder eines alleinerziehenden Elternteils leben werden.

Diese Daten, die Aufschluß über die Bedürfnislage der Elternhäuser geben, weisen auf immense und bisher unbekannte pädagogische Anforderungen an die Schule hin. Wir gehören nicht zu den Gegnern einer Verwissenschaftlichung des Curriculum in der Sekundarschule. Aber es scheint uns evident zu sein, daß eine allein auf kognitive Fertigkeiten reduzierte wissenschaftspropädeutische Grundbildung dieser neuen Bedürfnislage nicht gerecht werden kann. Deshalb müssen soziales Lernen und unkonventionelle Formen nicht-verschulter Nachmittagsangebote entschieden ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang ist wohl auch bemerkenswert, daß eine von uns im April 1979 in Mühlheim durchgeführte Befragung ergeben hat, daß sich 80 % der Gesamtschulbefürworter diese Schulform als Ganztagschule wünschen.

2. Arbeitsmarkt

Wenn wir uns jetzt mit dem Arbeitsmarkt einem weiteren Bereich zuwenden, von dem wichtige Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Schulen gesetzt werden, so wollen wir die hierzu vielfach verbreiteten Daten und Kommentare nicht wiederholen. Wir heben hier lediglich drei Aspekte hervor, die für unsere Fragestellung bedeutsam sind: Zum ersten wird angesichts der Schwierigkeit bei der Suche nach Ausbildung und Arbeit zumindest mittelfristig die Tendenz zur Verlängerung der Schulzeit anhalten, z. T. getragen durch die offizielle Schulpolitik, z. T. getragen durch individuelle Wahlentscheidung in den Elternhäusern. Schule gewinnt damit noch mehr als bisher die Funktion der Aufbewahrung; je weniger es ihr dabei gelingt, ihre Inhalte zu ändern, umso mehr wird sie ausschließlich Bewahranstalt sein. Wir kennen keine Schulreform, die so konsequente und erfolgreiche Anstrengungen für die Veränderung von Inhalten gemacht hat wie die Gesamtschule, in der Schüler nicht einfach aufbewahrt, sondern durch die Einbeziehung der Arbeitswelt in das Curriculum auch besser auf die Arbeitswelt vorbereitet werden.

Mit der Tendenz zur Verlängerung geht eine zweite Tendenz einher, die Tendenz zur generellen Anhebung des Abschlusniveaus: Was immer über den Wert auch und gerade des Hauptschulabschlusses gesagt werden wird, die Vergabepaxis bei der

Verteilung von Ausbildungsplätzen – dies hat eine aktuelle Untersuchung aus dem Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung gerade belegt – treibt immer mehr Jugendliche in höher qualifizierende Bildungswege. So und nur so können Jugendliche ihre Chancen wahren, auf den Verdrängungswettbewerb zu reagieren.

Der dritte Aspekt hängt unmittelbar mit dem zweiten zusammen. Er betrifft die zunehmende Bedeutung des Berechtigungssystems. Nicht nur der Eintritt in einen Beruf erfordert im Vergleich zu früher höhere Schulabschlüsse, auch der Fortgang der beruflichen Karriere setzt eine höhere Qualifikation voraus als früher. Noch vor wenigen Jahren konnten sich etliche kaufmännische Lehrlinge zum Abteilungsleiter hocharbeiten; derartige Karrieren sind heute weitgehend durch von vornherein höher „einsteigende“ Akademiker verbaut.

Diese wenigen Verweise auf Bedürfnislagen, die aus der Situation des Arbeitsmarktes herrühren, zeigen: Wer sich nicht von vornherein aus dem beruflichen Karrieresystem ausklinken will, der muß einen möglichst hohen Bildungsabschluß anstreben. Schule ist zwar keine hinreichende, aber eine umso notwendige Voraussetzung beruflichen Erfolgs geworden. Deshalb erweist sich die Forderung nach besseren Bildungschancen gerade unter Gesichtspunkten eines angespannten Arbeitsmarkts als ebenso aktuell wie uneingelöst. Wenn es ein eindeutiges Ergebnis der Schulvergleichsforschung gibt, dann dieses: Keine Schulform gibt breiten Bevölkerungsgruppen bessere Bildungschancen als die integrierte Gesamtschule.

3. Bevölkerungsbewegung

Die Bevölkerungsbewegung der letzten 15 Jahre bestimmt schon heute und erst recht in den 80er Jahren die Schulentwicklung in ganz erheblichem Umfang. Zwei ihrer Elemente sind hervorzuheben: zum einen der Geburtenrückgang um 40 bis 50 Prozentpunkte (von 1 Million auf knapp 600 000) und zum anderen der darin enthaltene Anstieg der ausländischen Geburten auf 12% bis 18% (zwischen 70 000 und 100 000) aller Geburten. Dieser auch in seinen schulischen Auswirkungen neuerdings vielfach beschriebene Geburtenrückgang hatte in den Schulen zunächst für alle Beteiligten angenehme Auswirkungen: Auch ohne die Zuweisung neuer Lehrerstellen wirkte er in Richtung einer Senkung der Klassenfrequenzen. Inzwischen beginnen aber auch die bedenklichen Folgen wirksam zu werden: Einerseits sinken an vielen Schulen – zuerst Grundschulen und bald Sekundarschulen – die Schülerzah-

len derart ab, daß der Betrieb dieser Schulen in Frage steht. Andererseits schnellen, dem entgegenlaufend, an vielen Grund- und Hauptschulen die Zahlen ausländischer Schüler so in die Höhe, daß die pädagogische Leistungsfähigkeit dieser Schulen in Frage steht. In mancher Großstadt wird der Ausländeranteil an allen Hauptschulen bis 50% liegen.

Damit eröffnet sich insgesamt ein weites Feld für schulfachliche und schulplanerische Überlegungen, aus dem wir nur einen für die Gesamtschulentwicklung bedeutsamen Teilaspekt der sich hier anbahnenden Bedürfnislage herausgreifen wollen. Wir wollen fragen, welche Entwicklungsperspektiven sich angesichts entstehender Überkapazitäten im allgemeinbildenden Sekundarschulwesen auf tun. Direkter gefragt heißt dies: Wie entwickeln sich die allgemeinbildenden Sekundarschulen – Hauptschule, Realschule und Gymnasium – unter dem Einfluß überschüssiger, gleichsam vagabundierender Kapazitäten?

Bei der Beantwortung dieser Frage beziehen wir uns durchgängig auf folgende Ausgangsdaten des Jahres 1979: 2464 Gymnasien und 2492 Realschulen bieten zur Zeit den Schülern der Klasse 7 zusammen 545 209 Schülerplätze an (Gymnasium: 273 356; Realschule: 271 853); die durchschnittliche Klassenfrequenz liegt bei fast 31, so daß 1979 etwa 17 600 Klassen der Stufe 7 in Realschulen und Gymnasien zusammengengenommen angeboten wurden. Die Nutzungsmöglichkeiten dieses Kapazitätenangebots sind Gegenstand der folgenden drei Modellrechnungen für das Jahr 1985. Um das Verständnis zu erleichtern, beziehen wir unsere Rechnungen zunächst nur auf das dreigliedrige Schulsystem.

Die erste Modellrechnung geht davon aus, daß die Aufnahmekapazität von Gymnasien und Realschulen in vollem Umfang erhalten und daß diese Kapazität auch auf Dauer ausgelastet wird. Dabei wird eine Beibehaltung der jetzigen Klassenfrequenz von 31 Schülern unterstellt. Diese erste Rechnung führt zu dem Ergebnis, daß 1985 fast 90% aller 12jährigen eine höhere Schule besuchen würden, also entweder die Realschule oder das Gymnasium. Für Gesamt-, Haupt- und Sonderschulen blieben dann ganze 10% der Kinder eines Jahrgangs.

Allerdings kann als sicher gelten, daß dieses 90%-Modell einigermaßen unrealistisch ist. Auch wenn sich die Arbeitsgruppe „Bildungsbudget“ in der Bund-Länder-Konferenz mit ihrem auf Sparen angelegten Kostenmodell B durchsetzt, ist 1985 eine Klassenfrequenz von deutlich weniger als 31 Schülern finanzierbar. Und darin, daß die Klassenfrequenz der Gymnasien heute zu hoch liegen und deshalb ge-

senkt werden müssen, stimmen alle Beteiligten überein. Zudem würde eine Fortschreibung der heutigen Überauslastung der Gymnasien schon Mitte der 80er Jahre geradezu aberwitzige Folgen haben. In den heutigen Metropolen des Gymnasiums geriete das Gymnasium zur „Massenschule“, was ja gerade Gymnasialanhänger nicht wollen: In der westfälischen Stadt Münster z. B. würden bei der Auslastung aller Plätze und Beibehaltung der heutigen Klassenfrequenz fast 80% aller 12jährigen zum Gymnasium gehen.

Die erste Modellrechnung kann also abgehakt werden. Die zweite Rechnung setzt voraus, daß sich die Größe der höheren Schulen, also der Gymnasien und Realschulen, im Bundesdurchschnitt auf eine Zweizügigkeit hinbewegt, was nicht unplausibel ist, weil es in etlichen Regionen heute schon einzügige höhere Schulen gibt, was 1985 verstärkt der Fall sein dürfte. Diese Schulen lassen sich für unsere Modellrechnung mit den dreizügigen Systemen der Bildungsräume zur Zweizügigkeit „verrechnen“. Zudem wird angenommen, daß in ihnen die Klassenfrequenzen auf durchschnittlich 25 absinken. Diese zweite Modellrechnung, die eine Untergrenze markiert, hat zum Ergebnis, daß 1985 rund 40% der 12jährigen zur Realschule oder zum Gymnasium gingen.

Gegen diese sehr niedrig liegende 40%-Annahme spricht zunächst, daß sie entweder „Zwergschulen“ oder eine Aufgabe von Schulstandorten zur Folge hätte, zumindest aber eine Umwandlung bzw. Zusammenlegung von höheren Schulen im erheblichen Ausmaß. Dies führt zu erbittertem Widerstand auf lokaler Ebene, der nach allem, was wir darüber wissen, eine Schließung oder Umwandlung verhindert. Man kann dieses Problem in den USA ganz gut studieren, wo der Geburtenrückgang fast 10 Jahre früher als bei uns einsetzte.

Zudem würde diese 40%-Annahme zu einer Reduzierung der Arbeitsplätze für Realschul- und Gymnasiallehrer führen und damit zu erheblichen Auseinandersetzungen mit deren Verbänden. Schließlich wirkt der 40%-Annahme die Nachfrage der Eltern entgegen, die in Realschulen und Gymnasien zusehens nicht nur die wirklich weiterführenden, sondern auch noch die ausländischen „freien“ Schulen sehen.

Daraus folgt, daß die 90%-Annahme die Obergrenze und die 40%-Annahme die Untergrenze des Besuchs höherer Schulen darstellen, innerhalb derer sich die reale Entwicklung vollziehen dürfte, je nach Bundesland und Gemeindetyp unterschiedlich: Uns erscheint ein Wert um die 70% noch als plausibelste Annahme für den Bundesdurchschnitt in den 80er

Minderheiten wirksam helfen



Die 'Gesellschaft für bedrohte Völker' unterstützt direkt Bürger- und Landrechtsbewegungen diskriminierter und verfolgter Minderheiten- und Stammesvölker, die sich an Prinzipien der wirtschaftlichen Eigenständigkeit und Selbstbestimmung orientieren:

- Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma in Deutschland und Europa
- Landrechtsbewegung der Aborigines in Australien
- Indianische Bauerngenossenschaften, Zeltungen, Schulen und andere Projekte in Nord-, Süd- und Mittelamerika
- Flüchtlingsorganisationen der Osttimoresen und Westpapas
- die Kriegsofferhilfe für Kurden und Eritreer und andere

Auch Ihre Mithilfe entscheidet.

Sonderkonto Humanitäre Hilfe Postscheck Hamburg 7400

Spenden sind steuerlich absetzbar und werden in voller Höhe weitergeleitet. Gewünschtes Projekt angeben. Fordern Sie Prospekte an.

Gesellschaft für bedrohte Völker
Menschenrechtsorganisation für Minderheiten
Gemeinnütziger Verein
Postfach 159 3400 Göttingen

Jahren: Er setzt voraus, daß die Klassenfrequenzen auf 25 gesenkt und nur sehr wenige Standorte aufgegeben werden. Zudem liegt er, gemessen am heutigen Wert von 55% für Realschulen und Gymnasien, nicht unrealistisch hoch.

Verteilungskampf um Schüler

Unsere Überlegungen zur Bevölkerungsbewegung und zu deren Rückwirkungen auf die Sekundarschulen haben also zwei Dinge deutlich gemacht: Wir müssen erstens davon ausgehen, daß in den kommenden Jahren ein „Verteilungskampf“ um Schüler einsetzen wird und es ist zweitens zu erwarten, daß überall dort, wo keine Gesamtschulangebote bestehen, Realschulen und Gymnasien gemeinsam bis zu 70% der Schüler eines Jahrgangs aufnehmen werden.

Uns interessiert nun die Frage, was quantitativ geschehen kann, wenn als ergänzende und d. h. zugleich konkurrierende Schulangebote an dem zu erwartenden Verteilungskampf Gesamtschulen teilnehmen. Die Beantwortung einer derartigen Frage ist natürlich zu einem guten Teil spekulativ, aber immerhin verfügen wir über einige Anhaltspunkte für eine Schätzung der gleichsam sicheren Übergänge auf Gesamtschulen bzw. auf Gymnasien. Aus einer Reihe von Elternbefragungen, aus Begleitstudien zur Einführung integrierter Schulen sowie aus Schulpendleranalysen wissen wir, daß es so etwas wie einen „harten“ Kern eindeutig gymnasial orientierter Eltern gibt, den wir aufgrund dieser Untersuchungen auf etwa 25% schätzen, ebenso wissen wir aus regionalen Elternbefragungen, aus einer repräsentativen bundesweiten Bevölkerungsbefragung der AFS wie auch aufgrund der Elternentscheidungen in Hamburg, daß es einen ebenfalls „harten“ oder stabilen Kern von Eltern gibt, die ihre Kinder zur Gesamtschule schicken möchten und die dies auch tun, wenn man ihnen erreichbare Angebote macht; wir haben gute Gründe für die Annahme, daß diese Elterngruppe etwa 30% ausmacht.

Damit verbleibt zwischen den beiden eingermaßen deutlich entschiedenen Elterngruppen ein „Mittelfeld“ von zumeist Unentschlossenen, das sich auf 40% bis 50% schätzen läßt. Dieses Feld muß die Gesamtschule betreten, wenn sie nicht nur ihr heutiges 4%-Ghetto verlassen, sondern auch eine 30%-Marke deutlich übersteigen will. Ob dies der Gesamtschule gelingt, hängt weitgehend davon ab, wie sie auf bestehende Bedürfnislagen mit überzeugenden Angeboten eingeht: Wenn Gesamtschulen der sich ändernden Lage der Familien gerecht werden, wenn Ausbildungs- und Arbeitsprobleme in ihnen

nicht als außerschulische Belange beiseite geschoben werden, wenn Gesamtschulen einen sichtbaren Beitrag zur Erhaltung naher und gleichwohl differenzierter Bildungsangebote darstellen, wenn die Gesamtschulen also die vielbeschworenen „anderen“ Schulen werden, nur dann haben sie eine realistische Chance, die 30%-Grenze weit zu überschreiten – ohne allerdings aufhebende Regelschule zu werden.

Aber selbst für eine Gesamtschule, die zwar Regelschule wird, aber damit nur die bestehenden Schulformen um eine weitere ergänzt, bedarf es, wie uns die Auseinandersetzung in Hamburg und beginnende regionale Schulkämpfe in Nordrhein-Westfalen zeigen, großer politischer Durchsetzungskraft, für die eine soziale Basis besteht.

Soziale Basis für Schulreform

Wenn über Chancengleichheit, über Arbeiterkinder im Schulsystem, über Schulreform gesprochen wird, behaupten Gesprächspartner – auch Sozialdemokraten – gerne, das Problem der Bildungsbeteiligung von Arbeiterkindern entspanne sich in dem Maße, wie der Rückgang des Arbeiteranteils an der Gesamtbevölkerung anhalte. In diesem Zusammenhang wird dann gerne darauf verwiesen, daß bereits seit 1977 die Gruppe der Angestellten und Beamten zusammengenommen die der Arbeiter zahlenmäßig überträfe: Tatsächlich standen zuletzt 1979 den 42,3% Arbeitern 45,3% Angestellte und Beamte gegenüber. Wenn man nun diese Durchschnittsgrößen nach Geschlechtern auflöst, ergibt sich allerdings eine interessante Verschiebung: Dann zeigt sich nämlich, daß 1979 unter allen männlichen Erwerbstätigen 48,6% Arbeiter waren (1939: 55,0%; 1950: 56,9%), während sich unter den weiblichen Erwerbstätigen 1979 lediglich 31,6% Arbeiterinnen befanden (1939: 37,0%; 1950: 40,2%). Diesen vom Statistischen Bundesamt mitgeteilten Daten liegen – anders als dies sonst häufig geschieht – sinnvoll definierte Kategorien zugrunde, denn für die Zuordnung von Angestellten gilt dort „grundsätzlich die Stellung im Betrieb und nicht die Art des Versicherungsverhältnisses“; als Arbeiter gelten „alle Lohnempfänger, unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode und der Qualifikation“.

Da die soziale Herkunft von Schülern nach der beruflichen Stellung des sogenannten Haushaltsvorstandes ermittelt wird, und da dieser in der überwiegenden Zahl aller Fälle (über 90%) männlich ist, bedeuten diese Daten in der Bundesrepublik für die Gesellschafts- und insbesondere die Bildungspolitik: Wer 1980 Bildungspolitik für Arbeiter macht, be-

treibt eine Politik nicht nur für die ursprüngliche sozialdemokratische Klientel, nicht nur für eine Mehrheit, sondern immer noch für eine nahezu absolute Mehrheit der Bevölkerung.

Es sind nicht die Fakten, sondern die Träger der großen öffentlichen Debatten, die ein anderes Bild vermitteln. Wo immer Eltern sich als die von Schulpolitik Betroffenen mit vollem Recht zu Wort melden, muß zweierlei beachtet werden: Einmal sind Eltern von Schulkindern eine Minderheit unter der erwachsenen Bevölkerung; AFS-Auswertungen zu diesem Komplex haben ergeben, daß lediglich um 32,0% der Bevölkerung zur Gruppe derer gehören, die mindestens ein Kind in der Schule haben. Zum anderen sind die „wortgewaltigen“ Eltern, die Gymnasialeltern, eine Minderheit in dieser Minderheit. Nur etwa ein Viertel der Schülereltern haben ein Kind im Gymnasium, das aber bedeutet: Nur 8% der Erwachsenen sind Eltern eines Gymnasiasten. Sie allerdings argumentieren so deutlich, daß selbst engagierte Schulreformer gelegentlich nicht mehr zu wissen scheinen, wie groß die Mehrheit derer ist, für die sie sich engagieren.

Bei realistischer Analyse dieser Zusammenhänge wird man allerdings sehen, daß es nicht nur die argumentative Trefflichkeit der Sprecher dieser 8% ist, die das Bild öffentlicher Schuldebatten so verzerrt erscheinen läßt. Es sind ebenso – und das müssen wir Sozialdemokraten uns sagen lassen – die langjährigen Versäumnisse bürgernahe Informations- und Überzeugungsarbeit: Immer noch ist die Öffentlichkeit, und da besonders ihr den Sozialdemokraten nahestehender Teil, in ganz zentralen Fragen der Schulentwicklung nahezu ahnungslos und daher willfähriges Opfer abenteuerlicher Propaganda. Daß bei einer repräsentativen Umfrage nur 40% der deutschen Erwachsenen unter vier vorgegebenen Beschreibungen der Gesamtschule die richtige ankreuzen konnten, ist wohl zu allererst unser Versäumnis. Daß 27% der repräsentativ befragten Erwachsenen des Hochsauerlandkreises die nächste Gesamtschule im Umkreis von 5 km wähnte, während es tatsächlich im gesamten Kreisgebiet keine einzige Gesamtschule gibt, kann nicht allein der Hinterlist konservativer Schulpolitiker angelastet werden.

Selbst wenn es nun gelingt – geleitet vom Ziel der Annäherung an gesellschaftliche Chancengleichheit, anknüpfend an reale und aktuelle Bedürfnislagen der Arbeitnehmer und gestützt auf eine breite, aber zukünftig besser informierte soziale Basis –, das 4%-Ghetto der Gesamtschulen zu verlassen und die 30%-Marke deutlich zu übertreffen, dann entsteht als

Ergebnis des jetzt zaghaft eingeschlagenen Weges doch nur eine Gesamtschule als ergänzende Angebotschule, eine Gesamtschule, die die Gesamtheit nicht erreicht und die deshalb wichtige und drängende Probleme nicht lösen kann.

Es bleibt die Perspektive einer Hauptschule als Schule der ethnischen Minderheiten, es bleibt das Gymnasium als Eliteanstalt der vorwiegend akademisch orientierten und aufsteigenden Stände, und es entsteht eine Gesamtschule, die unter dem ständigen Konkurrenzdruck von Realschule und Gymnasium auf Anpassungskurs einschwenkt und dabei den nötigen pädagogischen Entfaltungsspielraum endgültig verliert. Und wie lange wir auch darüber nachdenken – uns fällt nur ein Ausweg aus diesem Dilemma ein: die flächendeckende Einführung der Gesamtschule oder die Einführung der Gesamtschule als aufhebende Regelschule. Erst wenn das vollbracht ist, kann in vollem Umfang eintreten, was wir alle wollen: daß die Schulreform pädagogischer wird.



Ernst Eilitz: Die Niederlage hat Ursachen Wahlen in Berlin

Ernst Eilitz, Jahrgang 1941, ist Berlin-Korrespondent des Zweiten Deutschen Fernsehens. Zuvor war er als Rundfunkredakteur und Redakteur beim „Spiegel“ tätig. Veröffentlichungen: Ausbildungswege zum Journalismus (Hrsg.), Opladen 1975; zahlreiche Zeitschriftenaufsätze zur Innen- und Medienpolitik (s. a. NG 4/77, 12/78, 4/79 und 2/81).

Der Wahlausgang in Berlin hatte für alle Parteien dramatische Aspekte. Die CDU konnte 3,5 Prozentpunkte zulegen und kam auf 47,9 Prozent (1979: 44,4 Prozent). In stetiger Aufwärtsentwicklung hat sie damit seit 1950 ihren Wähleranteil verdoppelt. Parallel dazu sank die Stimmabgabe für die Sozialdemokraten. Gemessen an den Zeiten, in denen Berlin als uneinnehmbare Festung der Sozialdemokratie galt (1958 bis 1971 hatten die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit), war das Wahlergebnis 1981 der schwerste Schock in der Geschichte der West-Berliner SPD. Der Anteil von 38,4 Prozent (1979: 42,6 Prozent) machte endgültig deutlich, daß Berlin längst keine „SPD-Stadt“ mehr ist. Dieser schon lange falsche Eindruck konnte sich nur solange halten, als zumindest die Männer an der Spitze, die Regierenden Bürgermeister, noch Sozialdemokraten waren. Wie wenig die Berliner SPD schon in den letzten Jahren aus eigener Kraft vermochte, ist mit dem Rückgang des FDP-Anteils von 8,1 Prozent 1979 auf 5,6 Prozent 1981 deutlich geworden. Dem Verlust der absoluten Mehrheit für die SPD im Jahre 1975 folgte sechs Jahre später der Verlust der Regierungsfähigkeit. Dabei kann es kein Trost sein, daß Richard von Weizsäcker mit der CDU sein Wahlziel, die absolute Mehrheit, nicht erreichen konnte. Immerhin waren seine Stimmengewinne so beträchtlich, daß auch die Sozialdemokratie anerkannte: Der Wähler hat Richard von Weizsäcker den Auftrag zur Regierungsbildung gegeben.

Der Erfolg der Alternativen Liste mit 7,2 Prozent (1979: 3,7 Prozent) aber hat klare Mehrheitsbildung

gen verhindert. Die AL wurde vor der FDP drittstärkste Kraft im Parlament und hat damit ein Wahlziel, das vielen AL-Wählern inzwischen selbst nicht mehr ganz geheuer ist, erreicht: „Keine Macht für niemand.“

Wer die Schuld für das schlechte Abschneiden der Sozialdemokraten allein bei den Ereignissen des letzten halben Jahres sucht, bei der Garski-Affaire, bei Hausbesetzungen und Straßenkrawallen, ist falsch beraten. Alle diese Ereignisse, die für die Wähler zweifellos Anlaß waren, sich von der SPD und der sozialliberalen Koalition abzuwenden, sind nur Ergebnis einer Politik, die über Jahrzehnte zwar von Sozialdemokraten gemacht wurde, aber die in einigen empfindlichen Bereichen nicht mehr konsequent sozialdemokratisch war. Anders gesagt: Wo Sozialdemokraten regieren, darf es keine Wohnungsmisere geben, dürfen Stadtquartiere nicht zum Slum werden. Wo Sozialdemokraten regieren, dürfen 115 Millionen DM Staatsbürgerschaft nicht verloren gehen, ohne daß umgehend politische und persönliche Konsequenzen gezogen werden. Wo Sozialdemokraten regieren, muß die Jugend sich sozial zuhause fühlen, muß sie Chancen zur Selbstverwirklichung haben und darf keinen Anlaß bekommen, zu außerparlamentarischen Gruppen abzuwandern.

Es steht hier nicht zur Debatte, ob und in welchem Maße politische und ökonomische Rahmenbedingungen eine Lösung der innerstädtischen Probleme behinderten. Es kann nur konstatiert werden, daß die Erwartungen vieler Bürger auf eine soziale und demokratische Politik von der SPD nicht mehr erfüllt wurden. Der Wähler fragt selten, was warum nicht möglich war, er orientiert sich bei seiner Entscheidung an den Ergebnissen der Politik. Er bestraft politische Arroganz; aber er honoriert auch guten Willen.

Für beides gab es in Berlin hinreichend Belege. Der große Einbruch der Sozialdemokraten auf Sympathiewerte um 27 und 28 Prozent zu Beginn dieses Jahres war die Folge des Lavierens und Taktierens um die Rücktritte von Finanzsenator Klaus Riebschläger (SPD) und Wirtschaftssenator Wolfgang Läder (FDP), die für die Garski-Bürgschaften die politische Verantwortung trugen. Die Wahl des schließlich doch zurückgetretenen Riebschläger zum Fraktionsvorsitzenden wurde als Höhepunkt sozialdemokratischer Filzokratie und Arroganz gewertet. Hinzu kam der rapide Autoritätsverfall Dietrich Stobbes, der offenbar wurde, als die von ihm vorgeschlagenen neuen Senatoren bei der Abstimmung im Parlament auch von Koalitionsabgeordneten nicht gewählt wur-

den, obwohl ihnen zuvor in Fraktionssitzungen noch das Vertrauen ausgesprochen worden war (s. a. NG 2/81: „Die geschlossene Gesellschaft – Ursachen für die Berliner Misere“). Daß diese SPD weiter die Regierungsgeschäfte führen wollte, wurde als Arroganz der Macht gewertet und bestraft.

Mit Hans-Jochen Vogel gab es für die SPD wieder einen leichten Aufschwung. Sein Arbeitseifer, seine Bereitschaft, Fehler einzugestehen, seine Entscheidungsfreudigkeit, seine Sachkunde brachten Pluspunkte. Da bei einer fiktiven Direktwahl die Mehrheit der Berliner ihn und nicht Weizsäcker zum Regierungschef gewählt hätten, wie die Demoskopien erforschten, liegt der Schluß nahe, daß der Anstieg von 27/28 Prozent auf 38,4 Prozent zu einem großen Teil dem Respekt und dem Ansehen zuzuschreiben ist, das sich Hans-Jochen Vogel in den 107 Tagen seiner Berliner Amtszeit erwerben konnte. Der Wähler honorierte den guten Willen. Aber entsprechend einer Berliner Redewendung aus den Vorwahltagen – „Ein Vogel kann zwar gegen den Wind fliegen, aber nicht gegen den eigenen Schwarm“ – wurde diese Sympathie nicht auf die zur Wahl stehende Partei Vogels übertragen.

Auch Wahlkampfbeobachtungen belegen, daß Hans-Jochen Vogel weit mehr als Richard von Weizsäcker von den Berlinern in seiner Rolle als Regierender Bürgermeister angenommen wurde. Während sich beim „Canvassing“ um Richard von Weizsäcker Menschenströme drängten, um dem Kandidaten Autogramme abzufragen, überwog bei Vogel die politische Ansprache. Wo immer er auftauchte, trugen ihm die Bürger Sorgen und Probleme vor, die sie mit ihm diskutieren wollten. Der Spitzenkandidat der Liberalen beschränkte sich bei Straßenauftritten auf herzliches Händedrücker und die unpolitisch werbende Bitte: „Sie müssen uns helfen.“

Es ist kennzeichnend für die Verödung der Berliner politischen Landschaft, daß keiner der Spitzenkandidaten aus den Berliner Landesverbänden der jeweiligen Parteien kommt. Bei einer grundsätzlich anderen Parteistruktur und einem grundsätzlich anderen Wahlsystem als in den Vereinigten Staaten werden in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend Wahlkämpfe geführt, als ginge es auch hier um eine Persönlichkeitswahl. Politikerpersönlichkeiten werden wie ein „Cover“ vor die Parteien gesetzt, mit all den Risiken, die aus der Konsumwerbung bekannt sind. Im Fall Vogel/SPD ließen sich die kritischen Konsumenten nicht täuschen: sie hätten Vogel gewählt, aber sie wählten nicht die SPD, die sich ohne innere Erneuerung mit dem Glanz des neuen

guten Mannes schmückte.

Der FDP-Spitzenkandidat Guido Brunner, ebenfalls aus Bonn an die Spree entsandt, konnte nicht die Popularität seiner beider Kontrahenten erreichen. Ihm fehlte der Bekanntheitsvorschuß, den Vogel und Weizsäcker aus der Bundespolitik mitgebracht hatten. Er war ihnen an persönlicher Ausstrahlung unterlegen, und er versuchte, in seinen Wahlkampfäußerungen zu viele Positionen zu vereinen. So forderte er Tempo 30 in Wohngebieten – was – da West-Berlin nicht nur partiell besiedelt ist – Tempo 30 für die gesamte Stadt bedeutet hätte. Ähnlich vorübergründig war sein Vorschlag zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungsbetriebe. Zwischen Bürgerinitiativen-Forderungen und Lambsdorfflinie konnte er der Berliner FDP kein eigenes Profil geben. Dazu kam der schon vor der Wahl ausbrechende Richtungsstreit zwischen Befürwortern und Gegnern einer möglichen Koalition mit der CDU, die sich parteiorganisatorisch um die beiden Pole Fraktion (CDU-geneigt) und Vorstand (CDU-abgeneigt) gruppierten.

Darüber hinaus suchte Brunner im Wahlkampf gegen den Rat des Landesvorsitzenden Jürgen Kunze, durch scharfe Attacken gegen die Alternative Liste Stimmen zu werben. Mit seiner Argumentation, die deutschland- und berlinpolitischen Forderungen der AL (Neutralisierung, Reduzierung der alliierten Einheiten in Berlin auf symbolische Kontingents) würde eine neue Berlinkrise heraufbeschwören, bekam er aber eher Zustimmung von einem der AL ohnehin ablehnend gegenüberstehenden Wählerpotential. Die FDP hätte nur eine Chance gehabt, den Alternativen Wählerstimmen abzunehmen, wenn sie mit Nachdruck ihre Initiativen für Umweltschutz, gegen Autobahnbau, für eine bürgernahe Politik herausgestellt hätte. So ist es ihr im Wahlkampf nicht gelungen, sich als wählenswerte Konkurrenz zur AL herauszustellen. Mit dem schlechten Abschneiden ihres Partners aus der sozialliberalen Koalition war der Abschied der SPD von der Regierungsverantwortung endgültig besiegelt.

Der Wahlerfolg der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz (7,2 Prozent – 9 Abgeordnete, Vertretung in acht von zwölf Bezirksparlamenten mit dem Anspruch auf Stadtratsposten) konnte nicht überraschen. Die Meinungsforscher hatten ihn vorausgesagt. Berlin ist die Hauptstadt alternativen Lebens. Wo 15 000 auf die Straße gehen, wenn die AL gemeinsam mit Jusos und Mieterräten zu einer Demonstration aufruft, gibt es auch genügend Wählerpotential für eine Partei, die im Grunde gar keine

Partei sein will und sich eher als das versteht, was sie auch tatsächlich ist: ein Konglomerat aus linken Bürgerinitiativen, Protestwählern, Randgruppen, Minderheiten und einer starken Verankerung in den Berliner Subkulturen, bei „Freaks und Freunden, Körnerfressern, Punks, Schwulen und Lesben, Häuserkämpfern und Späßguerilla, bei alien, die no future haben und no Bock auf das, was im Rathaus Schöneberg jetzt so läuft.“ (Alternativjargon)

Mitglieder der Alternativen Liste sitzen schon seit 1979 in vier Bezirksparlamenten. Aber von ihrer Arbeit dort hatte man in der Öffentlichkeit wenig gehört. Hätte es in Berlin nicht den Fall Garski und vor allem Haus- und Instandbesetzungen gegeben, dann hätten die Alternativen kaum Gelegenheit gehabt, sich plötzlich wieder als neue und andere Kraft zu profilieren. In den Bezirksverordnetenversammlungen brachten die AL-Abgeordneten nur selten eigene Anträge ein und arbeiteten kaum in den Ausschüssen mit. Sie verstanden und verstehen sich vor allem als Informationsglied zwischen Verwaltung, Parlament und außerparlamentarischen Gruppen. Die enge Bindung an Basisaktivitäten trug aber auch zur Verwirrung bei. Da stimmten Abgeordnete der Alternativen Liste für die Einrichtung einer neuen Realschule – also für den Ausbau des dreigliedrigen Schulsystems – nur weil sich eine Elterninitiative lautstark dafür eingesetzt hatte.

Die Alternative Liste ist ein Omnibus, in den jede Basisbewegung einsteigen kann, wenn sie sich nur links und alternativ nennt. Kommentar eines Nachdenklichen aus der Szene: „Die Alternative Liste ist eine Pappnasenpartei mit vielen, vielen Nasen, aber ohne markantes Gesicht.“ Aber dennoch erreichte sie – und das wohl gerade wegen ihrer Offenheit – mit 7,2 Prozent das beste Ergebnis, das eine außerparlamentarische Gruppierung dieser politischen Richtung je bei einer Landtagswahl erzielen konnte. Umstritten ist in der AL die Festlegung auf eine nur zweijährige Amtszeit ihrer Abgeordneten. Nach Ablauf dieser Frist sollen die Parlamentarier zurücktreten und Nachrückern Platz machen. Größte Schwierigkeiten bei der Entscheidungsfindung dürfte das imperative Mandat mit sich bringen, auf das die AL ihre Abgeordneten verpflichtet hat. Vor jeder Abstimmung im Parlament müssen sie sich die Weisungen von Mitgliederversammlungen einholen.

Der Zuwachs für die AL rekrutiert sich in starkem Maße aus den Verlusten der SPD. Wähler am linken Rand wechselten zu den Alternativen, Jungwähler fanden nicht – wie vor Jahren noch üblich – den Weg zur SPD. In den Innenstadtbezirken, in denen

sich die kommunalen Wohnungs- und Ausländerprobleme konzentrieren, nahm die AL überproportional zu, die SPD verlor überdurchschnittlich. Diese Wählerwanderung aber ging nicht nur in Richtung AL. Bürger vom rechten Rand, die sich durch Hausbesetzungen und Krawalle verunsichert fühlten, wechselten über zur CDU. Wohin die Wählerwanderung auch führte, sie ist ein unübersehbares Zeichen für eine wachsende Sensibilität der Bürger gegenüber den kommunalen Problemen und für ein sinkendes Vertrauen in die Fähigkeit der SPD, diese Probleme zu lösen.

Im Programm der AL sind populistische Forderungen mit speziellen Forderungen der alternativen Szene vermischt: 1200 DM Mindestrente, „Stopp dem Knastbauprogramm“, Senkung der Abgeordnetenlöhne auf das Niveau von Facharbeiterlöhnen, Amnestie für alle Straftäter, die im Zusammenhang mit Hausbesetzerdemonstrationen in Untersuchungshaft kamen oder verurteilt wurden, keine Autobahnen, mehr Grün in der Stadt, 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Was die Fülle unrealistischer Wahlversprechen angeht, hat die AL die anderen Parteien längst überholt. Der Rückzug auf das Realisierbare hat für die „Etablierten“ einen Verlust an Vision und Utopie mit sich gebracht, den die AL mit ihren Forderungskatalogen auszugleichen sucht. Sie tut dies nicht, um mit eitlen Wahlversprechen Wähler an sich zu binden, sondern weil die Initiatoren des alternativen Wahlprogramms nicht akzeptieren, daß die Realisierbarkeit Maßstab politischen Denkens sein muß.

Hierin treffen sich Strömungen unterschiedlicher Art. Alle haben bei der Alternativen Liste eine Heimat gefunden: junge Hochschullehrer und Akademiker, denen in ihrer Bildungslaufbahn die Dominanz der Theorie über die Praxis ansozialisiert wurde, ebenso wie Jugendliche aus sozialen Randgruppen, deren Verhalten durch Aggression und Protest bestimmt ist und die an die Kreuzberger Häuserwände den Slogan malen: „Der Traum ist alles.“ Insofern ist das Problem der „Alternativen“ über ihren Berliner Wahlerfolg hinausgehend von grundsätzlicher Bedeutung, weil sich hier Denk- und Verhaltensstrukturen abzeichnen, mit denen sich die Gesellschaft bislang kaum auseinandergesetzt hat. Der Wahlerfolg der Alternativen Liste ist da nur ein Symptom.

Mit der wachsenden Wahrscheinlichkeit eines Wahlsieges der CDU hatten sich in der letzten Phase des Wahlkampfes Gruppen gebildet, die – selber der Alternativen Liste zugeneigt – dennoch zur Wahl der SPD aufriefen. In klarer Erkenntnis, daß die AL

im Parlament für ihre Vorstellungen kaum Mehrheiten finden dürfte, sahen sie die einzige Möglichkeit, um alternative Forderungen durchzusetzen – z. B. Legalisierung des Wohnens in besetzten Häusern, Finanzierung alternativer Projekte, Verhinderung der Regelanfrage – in einer Fortsetzung der SPD/FDP-Koalition. Die offizielle AL war sich der Schlüssigkeit dieser Argumente durchaus bewußt, die unter anderen von ehemaligen SDS-Funktionären wie Tilman Fichter, Bernd Rabehl, aber auch Prof. Helmut Gollwitzer vorgetragen wurden, und verwies in ihren letzten Wahlanzeigen auf Berührungspunkte zur SPD: „Natürlich kennen wir Abgeordnete, die für sich gesehen in Ordnung sind. Jedoch haben gerade diese Abgeordneten sich im Zweifel immer wieder der Fraktionsdisziplin und der Koalitionsfrage beugen müssen. Das Wort dieser Abgeordneten bekommt mit jeder Stimme für die AL mehr Gewicht innerhalb der SPD und FDP. Denn jede dieser AL-Stimmen möchte die SPD/FDP irgendwann zurückgewinnen. Und hierfür brauchen sie vorzeigbare, bürgerfreundliche Politik. So helft ihr mit uns der SPD/FDP auf die Sprünge!“ Das waren neue Töne: die AL als Schrittmacher der Linken innerhalb der sozial-liberalen Parteien.

In den Debatten nach der Wahl kristallisierten sich in der AL die beiden gegensätzlichen Positionen noch stärker heraus. Die eine strebte – unabhängig von der Realisierbarkeit nach dem für die SPD deprimierenden Wahlausgang – die „Tolerierung eines SPD/FDP-Senats“ an, wenn er bestimmte AL-Forderungen in der Wohnungspolitik und in der Amnestiefrage erfüllen würde. Die andere Gruppe blieb einem unpolitischen spontaneistischen Denken verhaftet: „Mich interessiert nicht die Regierungsfähigkeit dieser Stadt, sondern daß man hier leben kann. Es ist eben wurscht, wer da regiert.“

Die in der Berliner Alternativszene viel gelesene linke „Tageszeitung“ (TAZ-Berlin-Auflage 10 000) druckte diese Meinungsäußerungen aus einer Diskussion über die Zukunft der AL im Parlament und kommentierte: „Die Zerreißprobe steht noch bevor.“ Daß die Alternativen mit ihren unterschiedlichen politischen Ansätzen und ihrem Mangel an Realitätsinn die Legislaturperiode in der gegenwärtigen Organisationsform nicht überstehen, ist so gut wie sicher. In dem Moment, wo konkrete Entscheidungen anstehen, werden zur Zeit noch verdeckte Gegensätze aufbrechen. Schon jetzt gibt es Gruppen in der Szene, die die AL, weil sie über ihre Taktik im Parlament diskutiert, als „etablierte Partei“ abwerten und sich zurückziehen.

Von den Prozessen der politischen Bewußtseinsbildung in der AL-Wählerschaft könnte die SPD durchaus profitieren. Peter Glotz hat vor und nach der Wahl mit Recht erklärt, es gäbe „keine Berührungverbote zwischen der AL und der SPD“. Wenn es gegen Mietwucher und um die preiswerte Instandsetzung von Wohnraum geht, wenn bei der Vergabe von Investitionshilfen die Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang vor der Rendite haben soll, wenn es gegen Schnüffelpraxis beim Eintritt in den öffentlichen Dienst und um mehr Bürgerbeteiligung bei Planungsentscheidungen geht, werden sich die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht der Stimme enthalten, nur weil auch die AL dafür stimmt. In der von Springer geprägten Berliner Medienlandschaft wird dies der SPD bald den Ruf einbringen, mit der AL gemeinsam einen „Linksblock“ zu bilden. Halbherzigkeit und viele Entschuldigungen werden dann nur den Eindruck schlechten Gewissens erwecken.

Die SPD ist die beherrschende Kraft in der Opposition. Je mehr Bürgernähe und je mehr politische Überzeugungskraft sie gewinnt, desto eher wird es ihr gelingen, die realistisch denkenden Kräfte aus der AL-Wählerschaft zu der Einsicht zu bringen, daß ihr Interesse für soziale Veränderungen und demokratische Gestaltung der Gesellschaft bei der Sozialdemokratie besser vertreten wird als im Interessennomnibus AL. Das wird sicher auch in den Reihen der SPD Umdenken erfordern. Die Opposition ist für die SPD eine Kur, in der der Filz – auch der innerparteiliche – durchlüftet werden kann und in der sich liebloses Funktionärsgehabe abschleifen muß.

Hans-Jochen Vogel hat seiner eigenen Partei schon die Richtung angegeben und aufgelistet, welche kritischen Fragen sich die Partei dabei stellen sollte: „Zum Beispiel die Frage, ob die Jungen so unrecht haben, wenn sie vielen Politikern einfach nicht mehr glauben wollen; wenn sie darauf hinweisen, daß Reden und Handeln oft genug weit auseinanderklaffen. Oder wenn sie Auswüchse des ökonomischen Prinzips anprangern oder wenn sie beklagen, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit fast alles vorforme und stanze und für eigenes Tun und eigene Individualität immer weniger Raum lasse. Und auch, wenn sie dem Begriff des Friedens eine ganz neue Dimension geben.“

Von der Bereitschaft, mit der sich die SPD diesen Fragen stellt, die ja nicht nur Fragen der Jugend sind, und von dem Nachdruck, mit dem sie diese Probleme im Parlament thematisiert, wird ihre künftige Glaubwürdigkeit abhängen.

OR '85: eine Bilanz nach 5 Jahren Fragen an die Mitglieder der Kommission „Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985“

1. Hat sich die Arbeit am Orientierungsrahmen für die SPD, für die Politik in der Bundesrepublik Deutschland gelohnt?
2. Welchen Wert hat nach den Erfahrungen mit dem Orientierungsrahmen '85 programmatische Arbeit einer Partei für die praktische Politik?
3. Woran lag es, daß der Orientierungsrahmen '85 so schnell „vergessen“ worden ist?

Peter Groeben (Niederbayern-Oberpfalz)

Genossinnen und Genossen, da ich wohl einer der letzten bin, die über unseren „OR '85“ schreiben, dürfte ernsthaft wohl schon alles von unseren „Denkern“ vorweggenommen sein. D. h. für mich: Der OR wurde von allen Seiten her, von und aus allen Richtungen und aus allen Situationen kommentiert, repitiert und sezziert. Aber auch glossiert?

Rudolf Bindig (Baden-Württemberg) machte sich die Mühe, in der langen Zeit unseres Zusammenarbeitens „Die lachende, selbstkritische und nachdenkliche Kommission OR '85“, Arbeitspapier 1985, aus vielen Diskussionsbeiträgen aller Mitglieder zusammenzustellen. Motto: „Es hat keinen Zweck, wenn hier auch noch sachlich diskutiert wird.“

Ich glaube, manches, was dort gesagt wurde, war griffiger als der gesamte Rahmen. Deshalb möge Rudolf mir verzeihen, wenn ich ihn aus heutiger Sicht zitiere und mit Bemerkungen versehen, denn auch das war und bleibt der OR '85.

Was bewegte uns damals (von 1973 bis 1975) und bewegt viele von uns auch heute noch? Unsere Befürchtung, „der Orientierungsrahmen werde ein Umorientierungsrahmen werden“, hat sich leider nicht bewahrheitet. Ebenso wenig unser Glaube, „die Aufgabe weder mit Optimismus noch mit Pessimismus lösen zu können, sondern mit Sozialismus.“ Zu viele hatten unseren Ausspruch gelesen und diesmal auch befolgt: „Es genügt nicht, keine Gedanken zu haben, man muß sie auch nicht ausdrücken können“, und zu viele wollen die Definition: „Sozialismus ist die Aufgabe, sich selbst an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen, was physikalisch nicht geht, aber gesellschaftlich möglich ist, wie wir am Neandertaler sehen, der sich selbst zum Menschen gemacht hat“, nachvollziehen, statt vom heutigen

Stand der Erkenntnisse aus weiterzumachen, obwohl wir damals schon feststellten: „Das Programm entwickelt sich doch in seinen Abschnitten auf den *jüngsten Tag* zu“, es also vom schon Erlangten aus noch genug zu tun gäbe. Hoffentlich geht es denen, die letzteres probieren wollen, nicht wie uns, „bei denen dieser OR von den Genossen als Ganzes begrüßt, aber in vielen Einzelpunkten abgelehnt wurde“, und wir deshalb „weiterhin nur mit dem Godesberger Grundsatzprogramm – dem hundertjährigen Kalender der Partei – auskommen müssen“.

Das alles mußte nach außen hin zu folgendem Handeln führen: „Erfolge soviel wie nötig, Mißerfolge soviel wie möglich“; nach innen jedoch „verteidigen wir die freiheitlich demokratische Grundordnung gegen jeden, sogar gegen uns“ weiter.

Als Grundlage der Partei sollte aber wieder gelten, „die Basis ist die eigentliche Grundlage des Fundaments“; damit aber nicht immer nur mit *linken* Schlagworten geredet wird, „ersetzen wir das Wort *Basis* durch Vertrauen, woraus endlich deutlich werden sollte, daß *basistfern* – gilt für alle Richtungen in unserer Partei – auch *vertrauensfern* bedeutet“. Hier wäre vieles nachzuholen.

Das sollte sich auch ein großer Teil unserer Parlamentarier und Funktionäre merken, „auch wenn Nachdenken nicht zu den Aufgaben eines Partecipolikers gehört und in der Freizeit zu erfolgen hat“. Wie sieht es unter diesen Umständen in der von Sozialdemokraten geführten Bundesrepublik aus? Es bleibt dabei:

- ▷ daß „die Aktiva *rechts* stehen, die Passiva *links*“.
- ▷ daß wir glauben, „gesellschaftlicher Bedarf sei das, was wir beschließen“.
- ▷ daß andere immer noch glauben, durch uns „unkündbare Arbeitsplätze, bei der 30-Stunden-Woche, ohne Urlaubsverpflichtung, mit aufsteigenden Gehältern zu erhalten“.

Für uns selber aber gilt, „wenn wir die Forderungen nach unkündbaren Arbeitsstellen für ältere Arbeitnehmer (ab 45 Jahren) erfüllen, brauchen wir nur dafür zu sorgen, daß wir kurz vor Erreichung der 45 Jahre an die Regierung kommen“. (Würde von einigen bereits geschafft – für wie lange noch?)

Einige Dinge haben sich allerdings seit damals geändert, z. B. der Satz: „Das Recht kommt nicht von Gott, sondern von Vogel.“ Z. T. auch der: „Recycling besagt, daß die alten Flaschen immer wieder verwendet werden können, das ist wie bei uns in der Partei.“ Leider aber auch: „Was heißt hier Herkunftsland, die Bundesrepublik ist ein devisenpolitisches Hinkunftsland.“

Wie steht's mit der Opposition? Davon einmal ganz abgesehen, daß wir eine bessere verdient hätten! „Die Propaganda von CDU/CSU schafft es immer noch, daß aus leichtreformerischen Vorschlägen der SPD *Werke des Linksradikalismus* werden.“ Und bereits Wirklichkeit ist der Satz: „Bald wird uns das, was wir nicht tun, auch noch als Linksradikalismus angerechnet werden.“ Und da gibt es weiterhin Genossen, die sich der Illusion hingeben, „Springer eines Tages doch noch auf unsere Seite ziehen zu können“. Ebenso wie es einige noch nicht begriffen haben, „daß wir uns noch so konservativ geben können, Strauß, Dregger und Co. können es besser“, denn auch nach langjähriger SPD-Regierung glaubt das Volk immer noch den Satz: „Wenn die Sonne scheint und lacht, dann hat's die CSU gemacht, gibt es aber Eis und Schnee, dann war's die böse SPD!“ Ja und sonst?

Willi Pelter

(Rheinland-Hessen-Nassau)

1. Warum diese skeptische Fragestellung? Gewiß hat sich die Arbeit für die Partei und damit auch für die Bundesrepublik Deutschland „gehohnt“. Programmatische Arbeit der SPD war immer „lohnenswert“. Wo stünde unsere Gesellschaft sonst heute?

Die Arbeit am OR '85 wäre jedoch „lohnswerter“ gewesen, wenn diese so weit in die Zukunft weisende Arbeit hätte in praktische Politik umgesetzt werden können. Da ist jedoch nichts oder kaum etwas sichtbar geworden.

2. Programmatische Arbeit soll den in der politischen Verantwortung Stehenden das Fundament ihrer Arbeit sein. Offensichtlich spielt jedoch der OR '85 derzeit in der praktischen Politik keine Rolle.

Vielleicht hat Genosse Ehrenberg – und mancher andere mit ihm – mal wieder an folgenden Ausspruch gedacht: „Ich bin mit der Streichung dieses Satzes nur dann einverstanden, wenn Ehrenberg vorher zugibt, daß er wahr ist.“ (Es handelte sich um einen Satz zum „Nullwachstum“!!)

Leider „verstehen viele Genossen ‚trial and error‘ immer noch besser als ‚Schuld und Sühne‘, oder wie das heißt“. Und leider verhalten wir uns heute noch „so, wie jene Bauersfrau, die alle Kinder verprügelte, um die Solidarität zu erhalten und um nicht herausfinden zu müssen, wer es war“. Und leider hat sich bei Abstimmungen auch nichts geändert. Viele halten es immer noch nicht mit dem Spruch: „Heute sei Bure Rede ja, ja! oder nein, nein! – alles andere ist von Übel.“ Und glauben leider auch immer noch, „sie könnten historische oder wirtschaftliche Fakten durch Abstimmungen ändern.“

Resümee:

„Der demokratische Sozialismus kam auch noch nicht am 1. 1. 1981.“ Auch in naher Zukunft kann das unter Sozialdemokraten nicht passieren! „Politische Programme erfüllen immer noch nicht die Funktion von Arzneien, sondern bleiben Psychopharmaka“, und „politischer Etikettenschwindel ist schwerer geworden!“

Verbleibt die Frage: Was machen wir, wenn inzwischen – mit massiver Hilfe aus den eigenen Reihen („denn Blödsinn ist auch heute noch kein strukturelles Problem, aber wenn sie massenhaft auftritt, ist sie ein gesellschaftliches“) – Kohl die Macht Holt?!! Ganz einfach: *einen 3. Orientierungsrahmen.*

Die Sachzwänge der Regierungsarbeit sind eben stärker. Die Schere zwischen Zielvorstellungen und Möglichkeiten praktischer Politik kluft zu weit auseinander. Diese Kluft wäre wahrscheinlich nicht kleiner, wenn wir eine lupenreine sozialdemokratische Regierung hätten.

Das ist das Dilemma, in dem wir uns befinden. Leider entsteht hierdurch der Eindruck, daß an der Partei vorbeisgeriert wird. Dies ist ja wohl auch der Kern der augenblicklichen – und wie ich meine – gesunden Unruhe in der Partei.

3. Der OR '85 ist nicht vergessen. Wir sollten uns indessen auch nichts vormachen: so recht Allgemeinut der „Basis“ war er eigentlich nie. Im Gegensatz zum Godesberger Programm wurde die Diskussion nur vor einer verschwindenden Minderheit intensiv geführt.

Die Gründe sind vielgestaltig. Im Jahre 1959 standen wir in der Opposition und strebten nach neuen Ufern; 1975 waren wir Regierungspartei, mit einer gewissen Selbstzufriedenheit und Sätttheit im politischen Streben. Programmatische Arbeit wird in solchen Zeiten als „unnütze“ Theorie für überflüssig gehalten.

Günter Schwarz (Niederrhein)

1. Wenn man den Aufwand an Sachverstand und Prominenz bei der Erarbeitung des OR '85 betrachtet, möchte man diese Frage eigentlich verneinen. Für die Partei hat sich diese Kommissionsarbeit insofern doch gelohnt, als dadurch ein gewisser Abschluß der Theoriediskussion der 70er Jahre erreicht und ein quasi programmatischer Ausgleich zwischen „rechts“ und „links“ erzielt wurde.

Für mich selbst – obwohl sicher kein eifriger Mitarbeiter, sondern eher Zuhörer – war lohnend, daß mein ausschließlich geisteswissenschaftlich geprägter Horizont volkswirtschaftlich erweitert worden ist.

2. Nach einer Überbewertung des „Theoriedefizits“ der 50er/60er Jahre waren die „70er“ die Blütezeit der programmatischen Diskussion. So wie damals die Umsetzbarkeit von Programmen in Politik überschätzt wurde, so überschätzt man heute sicherlich die Pragmatik, die „machbare Politik“. Für eine so-

Die wenigsten ahnten damals, welche Probleme in wenigen Jahren auf uns und die Welt zukommen würden. Probleme, die auch manche Aussagen des OR '85 in Frage stellten.

Alles in allem: Wenn es den OR '85 nicht gäbe, müßte er schleunigst erarbeitet werden. Was hindert uns eigentlich, ihn fortzuschreiben?

zialdemokratische Partei, die nicht nur „Wahlverein“ sein will, war es in ihrer Geschichte immer nötig, eine programmatische Plattform zu haben. Neben dem Godesberger Programm werden für den interessierten Politiker deshalb auch manche Passagen des OR '85 hilfreich und lesbar bleiben.

3. Die Tatsache, daß der OR '85 in Vergessenheit geraten ist, liegt wohl hauptsächlich daran, daß viele in der Kommission damals geführte Diskussionen heute für den Beteiligten gespenstisch theoretisch, weil von der Entwicklung überholt, anmuten (Nullwachstum, Energiepolitik). Zweitens ist die Expertensprache – die Partei ist ja kein Hörsaal – ein Hindernis gewesen für die Verbreitung des OR '85 und seine Benutzung in den Ortsvereinen. Außerdem können die informierten Parteimitglieder heute feststellen, daß Kommissionsmitglieder in der Regierung etwas ganz anders „machen“ oder „machen müssen“, als sie damals in der seminaristischen Diskussion ausgeführt haben.

Probleme der Organisation

In NG 2/81 nahmen die Vorsitzenden einiger SPD-Bezirke zu Fragen der Redaktion nach den organisatorischen Problemen der SPD und den Möglichkeiten zu deren Bewältigung Stellung. Im Auftrag des nordhessischen Bezirksvorsitzenden, Hans Krollmann, hat der Leitende Bezirksgeschäftsführer, Otto Heckmann, die folgenden Antworten gegeben, die wir gewissermaßen als Nachtrag veröffentlichen.

1. Welche organisatorisch-politischen Schwachstellen innerhalb der SPD behindern zur Zeit die Arbeit der Partei?

Die politischen Schwachstellen unserer Partei sind aus der gegenwärtigen Diskussion zur Genüge bekannt und brauchen im einzelnen nicht aufgeführt

zu werden. Die Frage nach organisatorischen Schwachstellen stellt sich sicher für einen Bezirk wie Hessen-Nord, der die höchste Organisationsdichte der Gesamtpartei aufzuweisen hat – rund 45 000 Mitgliedern bei einer Bevölkerung von 1,4 Millionen – anders als bei vielen Bezirken. Wichtig erscheint dennoch, es zu keiner Trennung zwischen den verschiedenen Ebenen, Bundespartei, Bezirke, Unterbezirke und Ortsvereine kommen zu lassen, sondern diese Ebenen so miteinander zu verzahnen, daß jederzeit organisatorische Schwachstellen entdeckt und, wenn erforderlich, im Verbund ausgeglichen werden können. Dies läßt sich sicherlich im Verhältnis von Bundespartei zu Bezirken noch entscheidend verbessern. Der ständige Kontakt zwischen Vertretern der Gesamtpartei und der einzelnen Bezirke muß gewährleistet werden und darf sich keineswegs nur in Bonn abspielen.

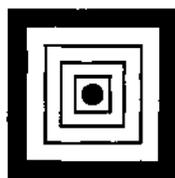
2. Wie könnten sie überwunden werden?

Zur Überwindung der politischen Schwierigkeiten liegt das 5-Punkte-Programm vor, zu organisatorischen Schwierigkeiten siehe Frage 1.

3. Welche organisatorischen Hilfen erwartest Du Dir vom Parteivorstand?

Daß bei der Vorbereitung zur Verbesserung der organisatorischen Hilfe die Erfahrung der Unterbezirke und Ortsvereine unbedingt berücksichtigt werden sollten. Dies unterstreicht die Forderung nach reibungsloser Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen unserer Organisation.

Otto Heckmann
Ltd. Bezirksgeschäftsführer
SPD Bezirk Hessen-Nord



THEORIE

Hans-Josef Steinberg: Von der Wiederentdeckung des Austromarxismus und einem großen Ärgernis

Dr. Hans-Josef Steinberg, Jahrgang 1935, ist Professor für Neuere Geschichte an der Universität Bremen mit dem Arbeitsschwerpunkt Geschichte der Arbeiterbewegung. Veröffentlichungen u. a.: Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie, 5. Auflage, Bonn-Berlin 1979; Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945, 2. Auflage Bonn-Bad Godesberg 1972; Die sozialistische Arbeiterbewegung bis 1914, Frankfurt/New York 1979; s. a. NG 12/77, 10/78 und 5/79.

In den letzten Jahren ist im Bereich der europäischen Linken und des Eurokommunismus ein wachsendes Interesse am Austromarxismus festzustellen. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht vor allem Otto Bauer, nicht zuletzt auch wegen seiner in der Emigration entwickelten Konzeption des „integralen Sozialismus“. Wie sehr gerade in der italienischen KP die Analogien betont werden, macht eine Äußerung von Giacomo Marramao in dem von Detlev Albers herausgegebenen Sammelband „Otto Bauer und der dritte Weg“ deutlich: „Ich glaube, daß ich der historischen Wirklichkeit keine Gewalt antue, wenn ich behaupte, daß viele der vom Austromarxismus seit den Kriegs- und Revolutionsjahren entwickelten Auffassungen – und das gilt im besonderen für Otto Bauer – in zahlreichen Fragen sehr stark an die eigenständige theoretisch-strategische Ausrichtung des italienischen Kommunismus erinnern, oft bis zu den gleichen Formulierungen“ (S. 61). Das ist schon eine andere Sprache als das, was von den leninistischen Kritikern seit jeher über den Austromarxismus gesagt worden ist, daß er nämlich eine besonders gefährliche Variante des philosophischen Revisionismus und des praktischen Opportunismus gewesen und mit Notwendigkeit im Schutzbundaufstand von 1934 gescheitert sei. So interessant die Wiederentdeckung des Austromarxismus unter dem Aspekt des dritten Weges „zwischen Reformismus und Bolschewismus“ auch ist, so ist damit natürlich nur ein

– wenn auch wesentliches und aktuelles – Element aus dem breiten Spektrum von Theorie und Praxis des Austromarxismus benannt. Austromarxismus beinhaltet, wenn man sich an Namen orientiert, neben Otto Bauer, Victor und Friedrich Adler, Max Adler und Rudolf Hilferding, Karl Renner und den zu Unrecht heute kaum beachteten Gustav Eckstein. Jeder von ihnen vertritt eine Position, die durch wesentliche Neuansätze im Bereich sozialistischer Theorie, sei es in der Philosophie, der Ökonomie oder der Nationalitätentheorie gekennzeichnet ist. Wie in der politischen Praxis der abstrakte Gegensatz von Reform und Revolution immer wieder aufgehoben wird, hat im übrigen niemand so überzeugend demonstriert wie Victor Adler.

Austromarxismus als eine bestimmte Form „der Auslegung, Ergänzung, Wiederherstellung, schließlich Bestätigung und Anwendung von Marx' Denken“ (Helga Grebing) bedarf also in vieler Hinsicht einer von den heutigen Problemen ausgehenden intensiven Beschäftigung.

Wie die Geschichte lehrt, sind Wiederentdeckungen oft verbunden mit umfassenden Editionen. Meist sind diese es, die erst eine „Renaissance“ ermöglichen. So hat man auch große Erwartungen und Hoffnungen auf die Anfang der 70er Jahre in Angriff genommene Gesamtausgabe des umfangreichen Œuvres Otto Bauers gesetzt, von der wesentliche Impulse für die gebotene Aufarbeitung des Austromarxismus hätten ausgehen können.

Inzwischen liegen neun Bände der 1975 begonnenen Otto-Bauer-Werkausgabe des Europa Verlags vor. Ob ein Registerband, angekündigt in der „Redaktionellen Vorbemerkung“ zum 1. Band der Werkausgabe bzw. in einem Papier, das der Redakteur der Ausgabe, Hugo Pepper, 1979 der „Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung“ in Linz hat zukommen lassen, wirklich erscheinen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist in der „Redaktionellen Vorbemerkung“ zum 9. Band davon nicht mehr die Rede. Blickt man auf die voluminösen Bände, die jedem Bücherschrank zur Zierde gereichen, so überkommen einen Genugtuung und Freude darüber, daß von Ausnahmen, über die noch zu sprechen sein wird, das umfangreiche, verstreute Werk Otto Bauers von seinen epochemachenden theoretischen Schriften bis zum Zeitungskommentar und zur Ansprache bei einer Gewerkschaftsveranstaltung zusammengetragen und zugänglich gemacht worden ist. Die Freude wird einigermaßen getrübt durch den Ladenpreis je Band, der den Kreis der Käufer der Ausgabe im wesentlichen auf Bibliotheken und Archive be-

schränkt.

Die auf diese Weise schon verminderte Freude schlägt schließlich bei intensiverer Beschäftigung mit der Otto-Bauer-Werkausgabe in erhebliche Verärgerung um, weil die Ausgabe nicht einmal den primitivsten Ansprüchen, die man heutzutage in bezug auf Editionsprinzipien, Kommentierung und Annotierung zu stellen pflegt, genügt. Hugo Pepper, der Redakteur, hat in dem oben angeführten Papier mit bemerkenswerter Offenheit einige fehlende Voraussetzungen für eine den Standards genügende Edition benannt. Zwar spricht er dort von einer verlegerischen Großtat, aber gar so gewaltig kann die Tat wohl nicht gewesen sein, wenn für die Redaktion „noch nicht einmal eine Schreibkraft zur Verfügung stand“.

Herausgeber und Redaktion haben unbeeindruckt von der schon nach dem 1. Band einsetzenden Kritik (Pepper zitiert aus einem Brief Alexander Gerschenkrons: „Ich habe gehört, daß der 1. Band ohne Anmerkungen, Kommentare, Hinweise und Quellenangaben erschienen ist, kurz ohne den normalen wissenschaftlichen Apparat...“) versucht, aus der offenkundigen Not eine sehr zweifelhafte Tugend zu machen. So meint Pepper, Otto Bauer habe so gemeinverständlich geredet und geschrieben, daß „nur da und dort die Notwendigkeit [bestand], Personennamen, Ereignisse, die weit außer der von uns überschauten Zeit liegen (!), zu erläutern und sachliche Zusammenhänge herzustellen.“

Offenkundig bezog sich Otto Bauer ausschließlich auf Ereignisse der „von uns überschauten Zeit“, und so war, bezogen auf die Gesamtausgabe, nur alle 30 bis 40 Seiten eine Anmerkung vonnöten, wobei die reinste Willkür herrscht. Die meisten dieser Fußnoten beziehen sich auf Personen und bringen im wesentlichen das, was Volkslexika und Fremdwörterbücher enthalten, wenn man von einigen spezifisch österreichischen Ereignissen absieht. So wird man etwa u. a. darüber informiert, wer sich hinter Namen wie Brüning, Dimitroff und Karl Kautsky verbirgt. Da, wo man wirklich Hilfe benötigt, schweigen sich Herausgeber und Redaktion aus. Daß im übrigen „Miles“ der „Deckname des deutschen Sozialdemokraten Dr. Karl Frank“ [IV,387] ist, muß sich auf neueste Forschungen beziehen. Demgegenüber beharre ich auf dem allgemein verbreiteten Irrglauben, es handle sich hierbei um Walter Löwenstein. Im übrigen liegt hier in der Kürze die Würze. Leonhard Nelson = „deutscher Philosoph“ [IV, 411]. Alles klar!

Davon, daß sachliche Zusammenhänge hergestellt werden, kann überhaupt keine Rede sein. Auch ist

niemand in Redaktion und Herausbergremium auf die Idee gekommen, zu einer Edition könne eine Überprüfung der Belege in den Schriften Otto Bauers gehören, die oft unvollständig sind und heute keinen Gebrauchswert mehr haben. Das gilt vor allem für die häufigen Hinweise auf Werke von Marx und Engels. Ein Zitat aus der „Kritik des Gothaer Programms“ kann in einer Edition der 2. Hälfte der siebziger Jahre nicht durch die Angabe „Neue Zeit, XI. 1.“ [IV, 160] belegt werden, um nur eines von vielen Beispielen dieser Art zu nennen. Im übrigen erwartet man schon gar nicht mehr, daß da, wo Themenbereiche angesprochen werden, zu denen inzwischen neue Erkenntnisse vorliegen, auf diese hingewiesen wird. Verwunderlich ist allerdings, daß sich in einen so minimalen Anmerkungsapparat immer noch einige Druckfehler einschleichen konnten, wie etwa bei der „Erlassung der berücksichtigten Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat“ [IV, 383]. Das kommt eben alles davon, daß sich eine verlegerische Großtat ohne Schreibkraft vollzogen hat.

Bei einer umfassenden Werkausgabe gibt es verschiedene Möglichkeiten, die vorliegenden Bücher, Broschüren, Aufsätze, Reden, Briefe etc. zu ordnen, wobei es sich als zweckmäßig erwiesen hat, die Briefe gesondert zu edieren. Man kann die Edition nach Themenbereichen strukturieren, man kann chronologisch vorgehen. Für beide Vorgehensweisen gibt es Beispiele, die als gelungen angesehen werden müssen. Demgegenüber ist der Aufbau der Otto-Bauer-Werktausgabe nach Prinzipien erfolgt, die, soweit ich sehe, ungewöhnlich und vom Ergebnis her als sehr problematisch einzuschätzen sind. Will man das benennen, was hier Editionsprinzip ist, so spricht man am besten von chronologischen Durchgängen, und zwar nach Kriterien, die nur schwer einsichtig sind. Beginnen wir mit den ersten vier Bänden. Sie enthalten „alle jemals in Buch- oder Broschürenform verlegten Arbeiten Otto Bauers – in der Reihenfolge des Erscheinens“ [I, 1]. Was selbständig erschienen ist, wird man also in diesen vier Bänden vorfinden. Obwohl die Herausgeber sich nach Erscheinen des 1. Bandes „der durchaus berechtigten Erwägung, daß die eine oder andere nicht in Buch- oder Broschürenform publizierte Arbeit Otto Bauers dem Leser nicht im bestehenden zeitlichen und sachlichen Zusammenhang zugänglich gemacht würde“ [II, 11], gegenübergestellt sahen, wurde das einmal begonnene Verfahren stur durchgehalten. So ist Otto Bauers berühmte Arbeit „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ vom Jahre 1907, die seinen Ruf als

den eines marxistischen Theoretikers von Rang begründet hat, im 1. Band abgedruckt, während die Aufsätze zu diesem Themenkomplex aus den Jahren 1907 ff. an ganz anderer Stelle der Ausgabe publiziert werden, nämlich in den Bänden 7 und 8. Andererseits führt der Zufall eine nicht geringe Zahl von Reden Otto Bauers in den Band 3, und zwar dann, wenn sie, wie es häufig geschah, zu Agitationszwecken broschiert oder geheftet unter das Volk gebracht wurden, während an sich die Bände 5 bis 7 Reden Otto Bauers enthalten. Geradezu aberwitzig wird es dann, wenn Reden Otto Bauers offensichtlich auch in Broschürenform existiert haben, aber diese Broschüren heute nicht mehr aufzufinden sind. Dann erfolgt der Abdruck in der Rubrik „selbständige Schriften, aber „aus den Protokollen“ [IV, 9].

Allen vier Bänden fehlt eine angemessene, auf die Texte bezogene Einleitung. Statt dessen wurde der Essay „Otto Bauer. Ein Lebensbild“ von Julius Braunthal aus der 1961 publizierten Auswahl aus dem Werk Otto Bauers in vier Teile zerstückelt, und die einzelnen Teile wurden den ersten vier Bänden der Ausgabe vorangestellt. Im ersten Band wird das noch „Einleitung“ genannt, dann aber muß Herausgeber und Redaktion so etwas wie Scham wegen dieses Verfahrens befallen haben, und so firmieren die Teile aus dem inzwischen 20 Jahre alten Essay Braunthals in den Bänden 2 bis 4 unter „Statt einer Einleitung“.

Die Bände 5 und 6 sowie der 1. Teil des 7. Bandes der Otto-Bauer-Werktausgabe enthalten Reden Otto Bauers. Irgendeine Einleitung, auch in der Form „Statt einer Einleitung“; sucht man vergebens, offensichtlich ein Zeichen für Lernprozesse während der Edition, nach der Devise, warum noch vertuschen, daß wir dem Käufer und Leser die Arbeiten Otto Bauers auf den Tisch knallen; soll er doch sehen, wie er damit zurecht kommt. Die Anordnung der Reden ist hingegen wiederum ausgesprochen originell. Während es sich noch vertreten läßt, daß die Parteitagsreden und die Reden im Parlament zusammengefaßt worden sind, ist im übrigen die Gliederung nach Adressaten in jeder Hinsicht unakzeptabel. Alle möglichen Zusammenhänge werden dadurch zerstört, sowohl die thematischen wie auch die chronologischen. „Reden an junge Sozialisten“, „Reden an Volksversammlungen“, „Wahlreden“, „Reden an Gewerkschafter“, „Reden an Parteorganisationen und -institutionen“ usw. – man muß Höchstleistungen im Umblättern von Seiten erbringen, hat man den verwegenen Wunsch zu erfahren, welche Themen von Bauer etwa 1929 bevorzugt behandelt wurden,

oder wenn man wissen will, was Otto Bauer zu einem so brennenden Problem wie dem der Arbeitslosigkeit gesagt hat.

Ein Novum in der bisherigen Editions-geschichte stellt der Band 5 dar. Es handelt sich um die Art, in der Parlamentsreden Otto Bauers in der Werkausgabe publiziert worden sind. Das muß ungefähr so vor sich gegangen sein:

Herausgeber I: „Wie machen wir das denn mit den Reden Bauers im parlamentarischen Bereich, etwa im Nationalrat?“

Herausgeber II: „Wir müssen die Bände mit den stenografischen Protokollen systematisch durchgehen.“

Herausgeber III: „Aber das sind doch so furchtbar viele, und staubig sind sie auch. Und weil man immer in der Gefahr ist, sich über die Zwischenrufe zu amüsieren und dabei viel Zeit zu verplempern, wird die Großtat erst in den 90er Jahren abgeschlossen sein.“

Herausgeber IV: „Ich habe eine Idee. Der Kollege Heinz Fischer hat doch 1968 unter dem Titel ‚Zum Wort gemeldet: Otto Bauer‘ eine Auswahl aus den Parlamentsreden von Otto Bauer veröffentlicht. Kann man damit nichts anfangen?“

Herausgeber V: „Aber das ist nur eine Auswahl.“

Herausgeber IV: „Aber diese Auswahl enthält einen Index der vielen Parlamentsreden Otto Bauers in der Ersten Republik. Wir können uns daran halten und brauchen nicht alle Protokollbände zu wälzen.“

Herausgeber III: „Aber staubig sind auch die, die übrig bleiben.“

Herausgeber IV: „Warum drucken wir nicht einfach das Buch von Fischer ab, so wie es ist?“

Langes Schweigen, Ausdruck der Bewunderung. Schließlich zögernd Herausgeber III: „Müßte man nicht wenigstens eine neue Einleitung schreiben?“

Mehrere Stimmen: „Das ist gegen unser Editionsprinzip, wir schreiben grundsätzlich keine Einleitungen. Die Einleitung von Fischer ist mehr als 10 Jahre alt und damit für die Otto-Bauer-Ausgabe besonders geeignet.“

Herausgeber VII nachdenklich: „Aber was geschieht, wenn die Leser merken, daß wir einfach das Buch von Fischer abdrucken? Das fällt ja schon allein deswegen auf, weil der Kollege Fischer 1968 irrtümlicherweise noch geglaubt hat, zu einer Edition gehöre ein gewisses Minimum an Annotation.“

Herausgeber IV: „Was heißt hier auffallen? Wir haben nichts zu verbergen. Wir drucken das Titelblatt von Fischers Buch mit ab. Wir revolutionieren die bisherige Editionspraxis. Wir edieren nicht nur Otto

Bauer, sondern auch Heinz Fischer. Das ist doch mal was!“

Vertreter des Verlages im Selbstgespräch: „Ja, wenn das so ist, dann kann man auch guten Gewissens pro Band 900 Schilling fordern.“

Und also kam das Buch von Heinz Fischer, eine 1968 durchaus verdienstvolle Auswahl, in den Band 5 der Otto-Bauer-Werkausgabe. Der Leser aber darf sich die große Mehrzahl der Parlamentsreden Otto Bauers (die Auswahl Fischers enthält ungefähr 20 Prozent) selber aus den Protokollbänden zusammenklauben. Und hier hört der Spaß auf!

Der zweite Teil des Bandes 7 und die Bände 8 und 9 enthalten Artikel und Beiträge. Band 8 bringt „Statt einer Einleitung“ den Artikel „Austromarxismus“ Otto Bauers von 1927 aus der „Arbeiter-Zeitung“, der Band 9 „Statt einer Einleitung“ einen Nachruf Otto Bauers auf Lenin. Der Verfasser des Edierten leitet also posthum die Edition „Statt einer Einleitung“ ein. Auch ein Novum!

Die Aufsätze sind nach dem Erscheinungsort angeordnet. Also: Aufsätze und Beiträge aus der „Arbeiter-Zeitung“, aus den Zeitschriften „Die Neue Zeit“, „Der Kampf“ sowie Artikel aus diversen anderen Periodika. Eine solche Gliederung ist aus Gründen, die schon an anderer Stelle dargelegt worden sind, problematisch, erfordert aber zugegebenermaßen von Redaktion und Herausgebern relativ geringen Arbeitsaufwand. Im übrigen sind die Aufsätze in der „Neuen Zeit“ und im „Kampf“ besonders geeignet, dem Leser Zugang zu einem der bedeutendsten sozialistischen Theoretiker des 20. Jahrhunderts zu verschaffen. Gerade die frühen Beiträge in der „Neuen Zeit“ dokumentieren eine Originalität, die schon von Zeitgenossen als Neuanfang und Weiterführung im Bereich erstarrter marxistischer Theorie und Strategie gewürdigt worden ist.

Demgegenüber zeigt die große Zahl von Aufsätzen aus dem „Kampf“ die für Otto Bauer typische Synthese von theoretischer Analyse, systemverändernder Strategie und aus beiden abgeleiteter politischer Taktik. Wer sich Otto Bauer nähern will, der kann getrost den Aufbau der Otto-Bauer-Werkausgabe vergessen. Er sollte als Einstieg die Beiträge für „Die Neue Zeit“ im Band 7 wählen und parallel dazu die zeitgleichen Aufsätze aus dem „Kampf“, die im Band 8 abgedruckt sind. Anschließend sollte er die von der Thematik her noch heute interessanten Beiträge aus dem „Kampf“ bis zum Tode Otto Bauers lesen. Auf dieser Basis kann er dann – falls notwendig – im Bereich der ersten 4 Bände seine Einsichten vertiefen.

Daß Herausgebern und Redaktion eine gewisse Konsequenz nicht abgesprochen werden kann, zeigt Band 9 der Ausgabe, in dem auch Briefe von Otto Bauer abgedruckt worden sind. Aus der Fülle der erhaltenen Briefe Otto Bauers – 300 bis 400 werden bei einiger Suche zusammenkommen, allein Ernst K. Herlitzke hat für die Ausgabe über 200 bereitgestellt – sind ganze 29 abgedruckt worden. Die Gründe, die dafür in der „Redaktionellen Vorbemerkung“ genannt werden, überzeugen in keiner Weise. Allerdings weiß jeder, der sich in der Materie auskennt, daß seriöse Briefeditionen mit unglaublich viel Arbeit verbunden sind. Das ist etwas anderes, als einen 20seitigen Artikel aus einer Zeitschrift zu kopieren und mit drei Anmerkungen versehen in die Setzerei zu schicken. Was soll es. Jeder Sachkenner weiß, daß Briefe eine der wichtigsten Quellen gerade im Bereich sozialistischer Arbeiterbewegung sind. Wie sich unschwer nachweisen läßt, wären unsere Kenntnisse sehr viel lückenhafter oder säßen wir falschen Vermutungen auf, gäbe es nicht die umfangreichen, hervorragend aufbereiteten Briefeditionen z.B. des Internationalen Instituts in Amsterdam. Und nun in einer neunbändigen Otto-Bauer-Werkausgabe mit ungefähr 10 000 Seiten ganze lausige 29 Briefe. Hier hört der Spaß zum zweitenmal auf.

Glaube nur ja niemand, daß die Edition dieser wenigen Briefe gemäß international anerkannter Gepflogenheit erfolgt sei. Jeder Hinweis auf Editionsprinzipien fehlt selbstverständlich, was gerade bei Briefen notwendig ist, die man – ich verbreite hier Binsenweisheiten, die sich aber augenscheinlich noch nicht überall herumgesprochen haben – in sehr verschiedener Weise edieren kann.

In seinem berühmten und immer wieder lesenswerten Essay „Nestroy und die Nachwelt“ hat der österreichische Zeitgenosse Otto Bauers, Karl Kraus, geschrieben: „Aber der Witz lästert die Schornsteine, weil er die Sonne bejaht. Und die Säure will den Glanz, und der Rost sagt, sie sei nur zersetzend.“ Meine, mal den Bereich der Satire streifende, mal im Sinne der von Karl Kraus benannten Säure ätzende Kritik an der Otto-Bauer-Werkausgabe ist genau so zu verstehen. Es geht nicht darum, Kollegen, die mit gutem Willen, aber in vielerlei Hinsicht überfordert und mit unzureichenden Mitteln ausgestattet, in fünf Jahren eine Edition von ungefähr 10 000 Seiten, offenkundig in einer Art Fließbandverfahren, erstellt haben, bloßzustellen. Es geht um Otto Bauer und den Austromarxismus. Wie die Erfahrung lehrt, wird es nach dieser Otto-Bauer-Werkausgabe in diesem Jahrhundert keinen Markt mehr geben für eine zwei-

te Gesamtausgabe, die wissenschaftlichen Ansprüchen und politischen Bedürfnissen in gleicher Weise gerecht wird. Die Rezeption des Austromarxismus und seine Transformierung in unsere Zeit, vor allem für die Weiterentwicklung von sozialistischen Strategien, die auf die gesellschaftlichen Realitäten bezogen bleiben, wird nicht mit, sondern trotz der Otto-Bauer-Werkausgabe vonstatten gehen müssen. Eine vertane Chance.

Ausgewählte Literatur zum Austromarxismus

- Leser, Norbert:* Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien 1968;
- Sandkühler, Hans-Jörg/de la Vega, Rafael (Hrsg.):* Austromarxismus. Texte zu „Ideologie und Klassenkampf“ von Otto Bauer, Max Adler, Karl Renner u. a. Frankfurt/Wien 1970 [leninistische Kritik];
- Leichter, Otto:* Otto Bauer. Tragödie oder Triumph, Wien/Frankfurt/Zürich 1970;
- Katsoulis, Ilias:* Sozialismus und Staat. Demokratie, Revolution und Diktatur des Proletariats im Austromarxismus, Meisenheim am Glan 1975;
- Grebing, Helga:* Der Austromarxismus, in: dieselbe: Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum „Prager Frühling“, München 1977, S. 48–62;
- Marramao, Giacomo:* Austromarxismo e Socialismo di sinistra fra le due guerre, Mailand 1977;
- Albers, Detlev/Hindels, Josef/Lombardo Radice, Lucio (Hrsg.):* Otto Bauer und der „dritte Weg“. Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linksozialisten und Eurokommunisten, Frankfurt/New York 1979;
- Kuhlemann, Peter:* Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur, Hamburg 1979;
- Löw, Raimund:* Otto Bauer und die russische Revolution, Wien 1980.



EUROPA

Hans-Joachim Seeler: Zwei Jahre Europa-Parlament

Dr. jur. Hans-Joachim Seeler, Jahrgang 1930, Senator a. D., ist Obmann der Sozialistischen Fraktion des Europaparlaments im Außenwirtschaftsausschuß. Außerdem ist er Mitglied des Hamburger SPD-Landesvorstands und Landesvorsitzender der Europa-Union in Hamburg (s. a. NG 8/77).

Erinnern wir uns: Als 1976 die Regierungschefs beschlossen, das Europa-Parlament durch die Völker Westeuropas direkt wählen zu lassen, so wie es in den Verträgen von Anfang an vorgesehen war, da war dies mehr ein Akt der Verlegenheit als ein mutiger Schritt in Richtung auf eine engere europäische Integration. Damals wollte in Sachen Europa nichts mehr so recht gelingen. Vor allem durch den Beitritt Großbritanniens und Dänemarks war die supranationale Idee der europäischen Zusammenarbeit stark zurückgedrängt worden. Auch die französische Europapolitik hatte sich weit von dem Weg der „Väter“ entfernt. Um diese Klippen auf dem Weg zu mehr europäischer Gemeinsamkeit zu verbergen, wurde die Direktwahl verordnet, und die Europäer waren für Jahre beschäftigt.

Bald zwei Jahre arbeitet dieses Parlament nun, und es wird zu Recht gefragt, wie ist die Bilanz, die es vorweisen kann, oder noch deutlicher, hat sich die Mühe der Direktwahl gelohnt? Am Fleiß der Abgeordneten hat es nicht gefehlt. Es gibt kaum ein Problem dieser Welt, das nicht zumindest in einer der schriftlichen Anfragen an den Rat, an die Kommission oder an die im Rahmen der politischen Zusammenarbeit zusammentretenden Außenminister aufgegriffen worden wäre. Es wurden zahlreiche Entschlüsse verabschiedet und Berichte, die von den 15 Ausschüssen des Parlaments vorbereitet worden waren, gebilligt. In oft nächtelangen Debatten wurde über vieles diskutiert, was die Bürger der Gemeinschaft beschäftigt oder besorgt macht. Geblieben sind viele Aufforderungen und Appelle an die Kommission und den Rat zu handeln und viele

gründlich und fleißig erarbeitete Berichte und Analysen europäischer Probleme.

Spektakulär war das „Nein“ des Parlaments zum Haushalt 1980. Nicht nur die dringend reformbedürftige Agrarpolitik sollte damit eine Absage erhalten, sondern das Parlament wollte auch deutlich zeigen, daß es gewillt ist, seine Rechte voll auszuschöpfen. Wie unvollkommen aber dieses Haushaltsrecht des Parlamentes ist, zeigt die Entwicklung seit jener Ablehnung im Dezember 1979: Viele politische Initiativen waren blockiert, weil die für 1980 vorgesehenen Mittel nicht oder nicht in voller Höhe zur Verfügung standen. Das Parlament konnte nach den geltenden Vertragsbestimmungen nur zum *ganzen* Haushalt nein sagen, es konnte nicht teilweise ablehnen und teilweise zustimmen. Es verfügt auch nicht über das Recht, neue Einnahmen zu beschließen. Vor allem aber kann es einem neuen oder einem veränderten Haushalt nur zustimmen, wenn auch der Rat, das Organ der Mitgliedsstaaten, vorher sein Ja gesprochen hat.

Hier zeigt sich das Dilemma für die Arbeit des Parlamentes besonders deutlich: Nur zusammen mit dem Rat kann es seinen politischen Willen durchsetzen. Dies gilt nicht nur für den Haushalt, dies gilt auch für Richtlinien, die von der Kommission erarbeitet und mit dem Votum des Parlaments dem Rat zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden. Niemand kann den Rat zwingen, solche Richtlinien zu verabschieden, niemand kontrolliert den Rat. Widerstreitende Interessen der Regierungen der Mitgliedsstaaten führen im Verein mit dem sogenannten Luxemburger Kompromiß, der praktisch Einstimmigkeit für alle wichtigen Entscheidungen vorschreibt, häufiger als es den Interessen der Europäischen Gemeinschaft guttut zur Blockade der europäischen Arbeit. Jede Regierung eines Mitgliedsstaates, die, aus welchen Gründen auch immer, die notwendigen europäischen Perspektiven ihrer Politik verloren hat, kann durch ihr Veto praktisch die Arbeit und die Funktionen der EG blockieren. Die Folge ist, daß wichtige, aber auch weniger bedeutsame Fragen dem in den Verträgen gar nicht vorgesehenen Europäischen Rat, also einer zwischenstaatlichen Ministerkonferenz, auf den Tisch gelegt und damit den in den Verträgen vorgeschriebenen Instanzen entzogen werden. Diese Konferenz der Regierungschefs ist zudem sehr oft einfach überfordert und durch Prestige-probleme, die die nationalen Eigeninteressen noch verstärken, noch häufiger praktisch entscheidungsunfähig als der Ministerrat oder, genauer gesagt, als die Ministerräte, denn *den* Rat gibt es eigentlich nicht.

Es gibt den Außenministerrat, den Agrar-, den Finanzrat, es gibt sogar den Rat der Gesundheits- oder der Technologieminister. Alle diese Räte tagen in ständig wechselnder Zusammensetzung, da in Europa kein Jahr vergeht ohne eine Regierungsneu- oder -umbildung in mindestens einem Mitgliedsland. So herrschen im Rat die Beamten, und diesen fehlt weitgehend die Möglichkeit zur politischen Entscheidung.

Es wäre nützlich und für die Verbesserung der Arbeit der EG notwendig, wenn die nationalen Regierungen, etwa nach dem Vorbild des deutschen Bundesrates, eines ihrer Mitglieder zum ständigen Vertreter im Ministerrat benennen würden. Ein solcher Europa-Minister würde die politische Komponente im Rat stärken, er würde für mehr Kontinuität der Arbeit sorgen und auch den Interessen der Mitgliedsstaaten durch die Konzentration seiner Arbeit auf die europäischen Fragen mehr nützen. Die nationalen Fachminister könnten ihre fachlichen Interessen nach wie vor im Rat vertreten und könnten dies oft mit mehr Erfolg tun, weil sie die Unterstützung ihres mit allen Aspekten der europäischen Politik im Rat vertrauten Kollegen hätten.

Ein komplizierter Organismus wie die EG, mit einer Fülle von unmittelbaren Hoheitsrechten, deren sachgerechte Ausübung nicht nur für die Gemeinschaft, sondern auch für die Mitgliedsstaaten und deren Bürger von lebenswichtigem Interesse ist, braucht funktionsfähige Entscheidungsmechanismen. Hierzu gehört auch, daß die Kommission ihre Funktion als Exekutive der Gemeinschaft, also als eigenständige Gewalt neben dem Rat, dem Parlament und dem Gerichtshof wieder entdeckt und politisch stärkt. Dadurch, daß der Luxemburger Kompromiß in allen wichtigen Fragen bei den Entscheidungen des Ministerrats Einstimmigkeit vorsieht und zunehmend wesentliche Entscheidungen neben dem Rat auf der Ebene von Ministerkonferenzen getroffen werden, ist die Kommission zum Sekretariat des Rates und dieser Konferenz degradiert worden und entspricht mehr einem Kollegium hochqualifizierter Beamter als dem Träger politischer Gewalt in der Gemeinschaft. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß die EG gegenwärtig eher eine supranationale Freihandelszone, von Ministerkonferenzen gesteuert, als eine supranationale Konföderation ist.

Eine Stärkung der politischen Komponente der Kommission ist daher dringend geboten. Politiker, die Mut zum europäischen Wagnis haben, gehören verstärkt in die Kommission, wenn diese wieder ihre zentrale Rolle für den europäischen Einigungsprozeß

spielen soll, wie es einst die Hohe Behörde der Montan-Union und auch noch die Kommission im Anfang der EG tat. Im Parlament würde eine solche Orientierung der Kommission nicht nur eine breite Zustimmung, sondern auch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und damit zur Stärkung der Stellung der Kommission gegenüber dem Rat finden.

Die politische Schwäche der Kommission und die gleichzeitige Überbetonung nationaler Interessen im Rat sind nicht ohne Auswirkungen auf das Parlament geblieben. Bei der Bewertung seiner Arbeit darf außerdem nicht unbeachtet bleiben, daß das Parlament kein Gesetzgebungsorgan eines Staates ist und sich dadurch wesentlich von den nationalen Parlamenten unterscheidet. Seine Hauptaufgabe ist die europäische Willensbildung und damit die Begleitung des europäischen Einigungsprozesses, daneben die Kontrolle der europäischen Exekutive und die Mitwirkung an der europäischen Rechtsetzung, am Haushalt und an den Verträgen der Gemeinschaft mit dritten Staaten und Staatengruppen. Auch muß man sehen, daß es im Parlament in mehreren Fraktionen Gruppen von Abgeordneten gibt, die am Mißerfolg der europäischen Einigung interessiert sind und entsprechend handeln. Das nationale Element im Europäischen Parlament ist zudem wesentlich ausgeprägter als etwa die Vertretung regionaler Interessen in den Parlamenten der Mitgliedsstaaten. Es fehlt schließlich auch das Gegenüber der parlamentarischen Mehrheit zu einer europäischen Regierung, belebt durch die innerparlamentarische Auseinandersetzung zwischen Regierungsfractionen und Opposition. Dieses Wechselspiel von Regierung (Exekutive) und Parlament ist aber das eigentliche Element, durch das im nationalen Bereich die Dinge vorangebracht werden. Ein Parlament braucht das Gegenüber einer Regierung, einer eigenverantwortlich handelnden Exekutive, um für seine Beschlüsse, seine Initiativen den Adressaten zu haben, der seinerseits wiederum dem Parlament Anstöße geben kann, die zu neuen parlamentarischen Willensbildungen führen können.

An dieser Stelle sei ein Vergleich des Europäischen Parlamentes mit der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 erlaubt. Damals war das Parlament Ausdruck des Wunsches der großen Mehrheit aller Deutschen nach Einheit der Nation in einem Staat. Dies gilt – mit Einschränkungen – auch für das Europäische Parlament. Wie damals die Nationalversammlung, so ist das Europa-Parlament vor einer Vollendung dieser Einheit gewählt worden, aber die Erfahrungen dieser Nationalversammlung in

Frankfurt lehren, daß ein gewähltes und von einem entschlossenen Willen zur Einheit getragenes Parlament allein dieses Ziel nicht erreichen kann. Es braucht eine politisch starke, handlungsfähige Exekutive. Diese fehlte 1848/49, und diese fehlt auch heute in Europa.

Ein allererster Schritt zur Stärkung der Kommission als europäische Exekutive wäre die Beteiligung des Parlamentes an der Nominierung des Präsidenten der Kommission und ihrer Mitglieder. Gegenwärtig hat das Parlament nur das Recht, durch ein Mißtrauensvotum die gesamte Kommission zum Rücktritt zu zwingen; eine Beteiligung an der Ernennung der Kommission ist in den Verträgen nicht vorgesehen. Aber die Verträge enthalten umgekehrt auch keine Vorschriften, die die Regierungen daran hindern, vor Ernennung der Kommission das Parlament zu informieren und seine Meinung zu erfahren. Da das Parlament jede ernannte Kommission alsbald wieder zum Rücktritt zwingen kann, liegt eine solche Konsultation sogar im Interesse der nationalen Regierungen und bedarf keiner Änderung der Verträge. Mit dieser Möglichkeit, die Kommission durch ein Mißtrauensvotum zum Rücktritt zu zwingen und sie politisch in ihrer Arbeit zu beeinflussen und auch zu kontrollieren und daneben mit der Möglichkeit, den Haushalt insgesamt abzulehnen oder ihn gemeinsam mit dem Rat zu beschließen, erschöpft sich bereits der enge Rahmen der „Machtbefugnisse“ des Parlamentes, den die Verträge in ihrer geltenden Fassung gesetzt haben.

Mit diesen wenigen wirklichen Entscheidungsbefugnissen kann und wird sich das von den Völkern Europas gewählte Parlament auf Dauer nicht zufriedengeben können. Ziel einer jedoch nur durch Änderung der Gründungsverträge erreichbaren Reform muß eine stärkere Beteiligung des Parlamentes an der Rechtsetzung der Europäischen Gemeinschaft sein. Denkbar wäre eine Lösung dergestalt, daß alle vom Rat beschlossenen Rechtsakte – ebenso wie der Haushalt – auch der Zustimmung des Parlamentes bedürfen, um in Kraft treten zu können. Will das Parlament die vom Rat beschlossene Fassung ändern oder ablehnen, so sollte dafür eine qualifizierte Mehrheit vorgesehen werden. Umgekehrt sollte dem Parlament das Initiativrecht für Rechtsakte zuerkannt werden. Will der Rat diese vom Parlament beschlossenen und ihm zur Mitentscheidung zugeleiteten Rechtsakte ändern oder ablehnen, so muß für diese Entscheidung ebenfalls eine qualifizierte Mehrheit im Rat gefordert werden.

Wenn das Parlament an der Rechtsetzung der Ge-

meinschaft beteiligt wird, so könnte auch die Unterscheidung zwischen obligatorischen und nichtobligatorischen Haushaltsausgaben entfallen. Das Parlament ist an die Verträge und an das Recht der Gemeinschaft ebenso gebunden wie der Rat, aber in diesem Fall hätte das Parlament die Möglichkeit, die Änderung der rechtlichen Grundlagen für obligatorische Ausgaben einzuleiten und könnte auf diese Weise die Voraussetzungen für obligatorische Ausgaben zu ändern versuchen.

Eine solche Weiterentwicklung des Rechtes der Gemeinschaft würde auch die Möglichkeit eröffnen, daß das Parlament Teile des Haushalts ablehnen oder annehmen kann und nicht – wie bisher in Art. 203 EWG-Vertrag – den ganzen Haushalt ablehnen muß, wenn es mit einzelnen Ansätzen nicht einverstanden ist. Auf diese Weise würde die Zusammenarbeit der Haushaltsbehörden der Europäischen Gemeinschaft wesentlich flexibler gestaltet werden können.

Eine solche Entwicklung, die dem Parlament Mitwirkungsrecht an der Rechtsetzung der Gemeinschaft über den Haushalt hinaus einräumt, macht es notwendig, durch entsprechende Vorschriften zu verhindern, daß ein Organ durch Nichtstun ein anderes Organ der Gemeinschaft praktisch an der Ausübung seiner Befugnisse behindert. Dies wird am ehesten erreichbar sein durch die Weiterentwicklung der bereits in den Haushaltsbestimmungen existierenden Vorschrift, die den Organen für ihre Entscheidungen eine Frist setzt, innerhalb derer sie tätig werden müssen. Schweigen gilt in diesem Fall als Zustimmung. Wenn also das Parlament z. B. den Entwurf einer Verordnung oder einer Richtlinie beschließt und dem Rat zur Mitentscheidung zuleitet, dann muß der Rat innerhalb einer festzulegenden Frist seine Entscheidung treffen oder aber seine Zustimmung gilt als erteilt. Entsprechendes muß umgekehrt für die Mitwirkung des Parlamentes an Rechtsakten, die vom Rat vorgelegt werden, gelten. Der gegenwärtige Zustand, daß der Rat Vorlagen der Kommission, denen das Parlament zugestimmt hat, praktisch unledigt liegen läßt, ist nicht nur eine wenig sinnvolle Zusammenarbeit beider Organe, sondern stellt auch eine Mißachtung der gewählten Repräsentanten der europäischen Völker durch den Rat dar. Im Interesse einer sinnvollen Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der Organe der Europäischen Gemeinschaft ist diese maßvolle Erweiterung der Befugnisse des Parlamentes von großer Bedeutung, nicht zuletzt auch, um das demokratische Element der europäischen Integration zu stärken.

Das eigentliche, durch die Verträge kaum eingegrenzte Aktionsfeld des Parlaments ist die europäische politische Willensbildung. Diese vollzieht sich in vielfältiger Weise. Beschlüsse und Erklärungen zu den Ereignissen dieser Welt, Berichte und Entschlüsse zu Fragen der wirtschaftlichen, aber auch der politischen Entwicklung der EG und seiner Mitgliedsstaaten und schließlich auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Kommission und dem Rat über die von diesen Gemeinschaftsorganen verfolgte Politik, das sind im wesentlichen die Formen der europäischen parlamentarischen Willensbildung. Diese, zugestandenmaßen begrenzten Möglichkeiten parlamentarischen Handelns, hat das Europa-Parlament bis an die Grenzen des Leistbaren ausgeschöpft. Kaum ein Problem Europas, kaum ein Ereignis in der Welt, das nicht seine Resonanz im Europa-Parlament fand. Sehr oft griff das Europa-Parlament solche Fragen früher auf und behandelte sie konsequenter als die nationalen Parlamente und Regierungen dies taten oder tun konnten. Die Ergebnisse gründlicher Erarbeitung mancher drängender Sachfragen sind mehr als nur Stützpfeiler der Abgeordneten. Was das Parlament zu Fragen wie die der Energiesicherung, der Entwicklung der Arbeitsplätze in Europa, der Verbesserung der Entwicklungshilfe und der Bekämpfung des Hungers in der Welt vorgelegt hat, ist es wert, von den verantwortlichen Organen der Gemeinschaft, aber auch von den nationalen Regierungen sorgfältig studiert zu werden. Viele richtungweisende Gedanken hat das Parlament vorgelegt, die nicht ohne Schaden für die Menschen in Europa einfach ab- und weggelegt werden sollten.

Natürlich konnte das Parlament in einem Jahr nicht alle Probleme dieser Welt lösen. Es kann auch nicht in wenigen Jahren Europa zu einer politischen Union, zu einer bundesstaatsähnlichen Konföderation gestalten. Auch dazu fehlt dem Parlament eine handlungsfähige Exekutive. Aber es kann und wird den weiteren Ausbau der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion politisch begleiten und im Rahmen seiner Möglichkeiten helfen können, schrittweise zu mehr politischer Einheit in Europa zu gelangen. Die Zielsetzung einer realistischen europäischen Integrationspolitik muß es sein, soviel Einheit zu schaffen, wie für die Sicherheit, für die wirtschaftliche Entwicklung und ganz allgemein für die Zukunft der europäischen Völker und Staaten notwendig ist. Auf der anderen Seite muß den Völkern und Staaten Europas soviel Freiraum für die Gestaltung ihrer Angelegenheiten und damit für ihre Selbstverwirklichung bleiben, wie irgend möglich ist. Gerade um

dieses Ziel der Bewahrung der kulturellen Individualität der europäischen Völker in dieser Welt der Supermächte zu erreichen, muß Europa zu einer wirtschaftlich und politisch starken Einheit werden.

Diese Zielsetzung ist ohne politische Alternative, denn als Einzelstaaten, mit unabhängiger autonomer Gestaltung der Politik, haben die Völker und Staaten Europas in dieser Welt der Machtblöcke keine Zukunft mehr.

In den kommenden Jahren wird es viele, für die Existenz und die Zukunft Europas entscheidende Aufgaben geben, die gelöst werden müssen. Die Stabilisierung der politischen Weltlage, die Schaffung friedlicher Zustände im Nahen Osten, der Kampf gegen den Hunger in der Welt, die Sicherung der Energieversorgung Europas, dies sind Beispiele. Auch für die Süderweiterung der Gemeinschaft genügen nicht zustimmende Kommentare und Beschlüsse.

Die Probleme z. B. der Einbindung Spaniens in die Gemeinschaft sind gewaltig. Hier muß das Parlament mitwirken und den nationalen Regierungen und den europäischen Organen bei der Bewältigung dieser sehr schwierigen Aufgaben helfen. Es darf nicht noch einmal so kurzfristig verhandelt werden, wie dies bei der Aufnahme Großbritanniens mit allen jetzt sichtbaren Folgen geschehen ist. Das könnte für die Gemeinschaft existenzgefährdend werden. Nicht zuletzt muß auch die Agrarpolitik auf neue Bahnen gebracht werden, wobei es gilt, die guten Ergebnisse dieser Politik, die in der wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung der europäischen Landwirtschaft liegen, nicht zu gefährden. Mit seinen Beschlüssen zum Haushalt 1980 hat das Parlament einen Weg in eine erfolgversprechende Richtung vorgeschlagen. Diesen Weg der Belastung der Verursacher mit den Kosten der Verwertung des Überschusses wird das Parlament konsequent weitergehen müssen, wenn es einen Handlungsspielraum im europäischen Haushalt gewinnen und erweitern will.

Gemessen an den Möglichkeiten und Kompetenzen, die das Parlament gegenwärtig hat, hat es bewiesen, daß es in der Lage ist, der europäischen Politik die notwendigen Anstöße und auch die erforderliche Unterstützung zu geben.

Wesentliche Bereiche nationaler Hoheitsrechte sind auf die Europäische Gemeinschaft übergegangen und werden von Organen ausgeübt, die von den nationalen Regierungen mehr oder weniger stark abhängig sind. Die Parlamente der Mitgliedsstaaten haben ihre Einigungsmöglichkeiten jedoch weitgehend verloren, ohne daß das Europa-Parlament bereits voll an ihre Stelle treten konnte. Hier ist ein de-

mokratisches, ein rechtsstaatliches Vakuum entstanden, das sehr bald vom Europa-Parlament ausgefüllt werden muß. Darüber hinaus hat die europäische Integration Dimensionen bekommen, die weit über eine internationale Zusammenarbeit von Regierungen hinausgeht. Dieser Prozeß der wachsenden Einheit Europas darf nicht allein den Exekutiven der Mitgliedsstaaten überlassen werden. Das Europa-Parlament wird diesen Weg zunehmend aktiv begleiten

Ernst Piehl: Ausweitung der Arbeitnehmerrechte in großen Konzernen Die Auseinandersetzung um eine EG-Richtlinie

Dr. Ernst Piehl, 37, ist politischer Sekretär beim Europäischen Gewerkschaftsbund in Brüssel, u. a. verantwortlich für „Demokratisierung der Wirtschaft“ und „Multinationale Konzerne“ im EGB; von 1969–1975 war er Referent im WSI des DGB und von 1975–1980 Direktor des Europäischen Jugendwerkes beim Europarat in Strasbourg; Autor zahlreicher Veröffentlichungen (s. a. NG 1/74, 2/75, 3/78, 6/79).

Trotz aller Widerstände seitens der Unternehmerverbände in Europa und in den USA hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Oktober 1980 der Forderung des Europäischen Gewerkschaftsbundes entsprochen und einen verbindlichen Rechtsakt zur Information und Konsultation der Arbeitnehmer von Großunternehmen, vor allem von Multinationalen Konzernen, vorgeschlagen. Für die Arbeitnehmer und ihre gewerkschaftliche Interessenvertretung ist es unannehmbar, daß sie bisher ihre Interessen nur auf nationaler Ebene vertreten können, während sich auf Seiten des Kapitals eine multinationale Leitung für den gesamten Konzern immer mehr durchsetzt. Die Aufspaltung der Interessenvertretung der Arbeitnehmer steht im Widerspruch zur Machtzentralisation der Kapitaleseite.

Der Richtlinienvorschlag besteht neben Einleitung und Begriffsbestimmung aus zwei Hauptteilen: Der eine Teil befaßt sich mit den transnationalen Unternehmen und der andere mit den nationalen Unternehmen mit komplexer Struktur, deren Betriebe oder Tochterunternehmen sich in einem Mitglied-

und beeinflussen müssen, wenn es sich als Repräsentant der Völker der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft begreift.

Diese Aufgabe hat das direkt gewählte Parlament erkannt und vielleicht schneller aufgegriffen als es mancher nationaler Regierung lieb ist. Europas Stimme hat mit dem Parlament nicht nur eine demokratische Legitimation erhalten, sondern sie ist auch stärker geworden.

staat befinden und mehr als 100 Arbeitnehmer haben. Die Bestimmungen der beiden Teile sind praktisch gleichlautend. Die Richtlinie enthält in beiden Teilen drei Kernpunkte: Information, Konsultation und Vertretungsorgan der Arbeitnehmer.

Mehr Information für Arbeitnehmer

Die Entscheidungszentren aller Großkonzerne sollen verpflichtet werden, mindestens halbjährlich der Leitung ihrer Tochterunternehmen in der Gemeinschaft „genaue zweckdienliche Informationen, die ein deutliches Bild der Tätigkeiten des gesamten Unternehmens“ abgeben, zu übermitteln; sie haben die oft weltweiten Aktivitäten der Muttergesellschaft wie auch die Tätigkeit jeder Filiale zu beschreiben. Diese Informationen betreffen wichtige Bereiche wie

- „die Geschäfts-, Produktions- und Absatzlage sowie ihre voraussichtliche Entwicklung,
- die Beschäftigungslage und ihre voraussichtliche Entwicklung,
- die Produktions- und Investitionsprogramme,
- die Rationalisierungsvorhaben sowie
- die Fertigungsverfahren, insbesondere die Einführung neuer Arbeitsmethoden“.

Die Leitung jedes Tochterunternehmens ist verpflichtet, diese Informationen unverzüglich an die Arbeitnehmervertreter dieses Unternehmens weiterzugeben. Ist die Leitung der Tochterunternehmen nicht in der Lage, den Vertretern ihrer Arbeitnehmer diese Informationen zu geben, so können diese sich an die Leitung des herrschenden Unternehmens wenden.

Im Zuge der weiteren Beschlußfassung des Kommissionsvorschlages soll den Arbeitnehmervertretern ein allgemeines Fragerecht eingeräumt werden; zusätzlich zu dem wichtigen Katalog von Sachbereichen sind eindeutige qualitative Kriterien einzufügen, namentlich: Sachdienlichkeit, Verständlichkeit und Verlässlichkeit der Informationen.

Echte Konsultation mit den Arbeitnehmervertretern

Die Konsultationspflicht bezieht sich auf geplante Entscheidungen, die das gesamte oder einen erheblichen Teil des herrschenden Unternehmens oder eines Tochterunternehmens betreffen und die die Interessen der Arbeitnehmer wesentlich berühren können. Gegenstand dieser Entscheidungen sind vor allem:

- Die Stilllegung oder Verlegung eines Betriebes oder wesentlicher Betriebsanteile,
- grundlegende Änderungen der Betriebsorganisation und
- die Aufnahme oder Beendigung einer langfristigen Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen“.

Die Leitung des herrschenden Unternehmens ist verpflichtet, 40 Tage vor einer Entscheidung der Leitung jedes seiner Tochterunternehmen in der Gemeinschaft genaue Informationen zu übermitteln, die diese unverzüglich den Arbeitnehmervertretern mitteilen müssen und deren Stellungnahme sie innerhalb einer Frist von mindestens 30 Tagen einzuholen haben.

Kann nach Auffassung der Vertreter der Arbeitnehmer die geplante Entscheidung unmittelbar deren Beschäftigungs- oder Arbeitsbedingungen beeinflussen, so hat die Leitung des Tochterunternehmens sie anzuhören, um eine Einigung über die für die Arbeitnehmer geplanten Maßnahmen anzustreben.

Ebenso wie die Liste der zu gebenden Informationen sind auch die Rechte auf verbindliche Konsultation beachtlich, wobei zumindest die Kriterien „rechtzeitig“ und „regelmäßig“ erwähnt sind; allerdings sollte die Zielangabe der Konsultation, nämlich zu einer Vereinbarung zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer und der Unternehmen – gerade auf transnationaler Ebene – zu kommen, einbezogen werden.

Transnationale Vertretung der Arbeitnehmerinteressen

Die Unterrichtung und die Anhörung können auf der Ebene eines Vertretungsorgans aller Arbeitnehmer des herrschenden Unternehmens und seiner Tochterunternehmen innerhalb der Gemeinschaft organisiert werden, das durch Vereinbarungen zwischen der Leitung des herrschenden Unternehmens und den Arbeitnehmervertretern zu schaffen ist.

Die Wahl der Modalitäten zur Benennung der Arbeitnehmervertreter bleibt den Mitgliedstaaten überlassen. Auch die Art des zuständigen Vertretungsorgans können sie – in der Praxis natürlich auf

Vorschlag der nationalen Gewerkschaften – bestimmen: Betriebsrat, gewerkschaftliche Vertrauensleute, Délégués du Personnel, Shop-Stewards-Committee oder wie die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer auch heißen mögen. Besteht jedoch in einem Mitgliedstaat ein Organ der Arbeitnehmervertretung auf einer höheren Ebene als der des Tochterunternehmens oder des Betriebs (auf Konzern- oder Unternehmensebene), so haben die Unterrichtung und Anhörung auf dieser Ebene stattzufinden.

Die Mitgliedstaaten „können auch die Schaffung eines Vertretungsorgans aller Arbeitnehmer des Mutterunternehmens und seiner Tochterunternehmen in der Gemeinschaft“ durch Vereinbarungen zwischen der Unternehmensleitung auf der Ebene des Entscheidungszentrums und den Arbeitnehmervertretern akzeptieren. Diese „Kann“-Bestimmung, die im letzten Moment auf Druck einiger konzernfreundlicher Kommissare die verbindliche Vorschrift des ursprünglichen Kommissionsvorschlages ersetzt hat, schwächt die sonst angestrebte Rechtsverbindlichkeit dieser Gemeinschaftsrichtlinie ab und sollte im Zuge der weiteren Beratungen wieder in die „Muß“-Form gebracht werden. Der EGB geht ferner davon aus, daß der Begriff „Organ der Interessenvertretung“ die Gewerkschaften miteinschließt und daß unter der vagen Bezeichnung „Sonderbeauftragte der Arbeitnehmervertreter“ nur gewerkschaftliche Interessenvertreter gemeint sind und nicht sogenannte „neutrale Personen“. Begrüßenswert ist, daß die zusätzliche Möglichkeit, weitere Einzelheiten der Interessenvertretung durch Vereinbarung zwischen der Konzernleitung und den Gewerkschaften auszuhandeln, besteht. Dies ist letztlich stets eine Frage der jeweiligen politischen Kräfteverhältnisse im nationalen und europäischen Rahmen.

Bewertung

Der wichtigste positive Aspekt ist der Charakter der Verbindlichkeit, den die EG als erste und bisher einzige internationale Organisation gewählt hat, um Rechte der Arbeitnehmer durchzusetzen beziehungsweise neu zu schaffen; dabei haben die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften stets zunächst die Leitung der Tochtergesellschaften als Adressaten, und die multinationale Ebene kann erst unter bestimmten, teilweise noch genauer zu bestimmenden Voraussetzungen erreicht werden.

Die prinzipiell begrüßenswerten Vorschriften, daß die Informations- und Konsultationspflicht auch für Konzerne gilt, deren Entscheidungszentrum außerhalb der EG liegt, sorgen auch im Detail stets für ei-

nen rechtlich Verantwortlichen in der Gemeinschaft. Befindet sich das Entscheidungszentrum eines transnationalen Unternehmens außerhalb der Gemeinschaft, so ist das Tochterunternehmen mit der größten Belegschaft in der Gemeinschaft für die Wahrnehmung der sich aus der Richtlinie ergebenden Pflichten verantwortlich.

Mit diesem Vorschlag für eine verbindliche Richtlinie leistet Brüssel einen seiner Rechtsstruktur entsprechenden Beitrag zum ständig wachsenden Problem der multinationalen Unternehmenstätigkeit, der in Ergänzung zu den unverbindlichen Verhaltensregeln nötig ist, die in der Pariser „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ (OECD) und im Genfer „Internationalen Arbeitsamt (ILO)“ beschlossen sind, sowie zu den neuen Regelungen, die sich bei den Vereinten Nationen in Vorbereitung befinden.

Gegenkampagne des Großkapitals von beiden Seiten des Atlantiks

Ein Vorschlag der EG-Kommission ist nur der erste Schritt zum verbindlichen Rechtsakt, und deshalb wird er von einer transnational organisierten Kampagne seitens der Kapitalvertreter und der Arbeitgeber weiter massiv bekämpft. Eine Woge von Erklärungen kommt einerseits von US-Handelskammern in Europa und von „Business“-Vereinigungen in den USA, andererseits von europäischen Unternehmensverbänden, namentlich aus Großbritannien, und jüngst auch vom europäischen Industrieverband UNICE. Die Flut ergießt sich in nur sprachlich unterschiedlichen Pressecommuniqués und mehr oder weniger „diplomatische Demarchen“ gegenüber den EG-Organen. Im Kern steht weiterhin die kategorische Ablehnung des Kommissionsvorschlages und die Absicht, seine Beschlußfassung in der Gemeinschaft zu stoppen oder zumindest auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Nachdem UNICE im Stadium der Vorkonsultationen zwischen der Kommission und den Sozialpartnern im letzten Jahr mit ihren Ablehnungs-„Gründen“ offenkundig nicht überzeugen konnte, verfolgt die derzeitige, bisweilen hysterische Kampagne einschließlich der Drohung, Investitionen und damit Arbeitsplätze aus der EG zu verlagern, folgenden Hauptzweck: Pressionen auf die „neue“ Kommission mit dem Ziel, ihren Vorschlag – entgegen dem üblichen Verfahren – vorab zurückzuziehen. Dagegen machte der EGB geltend, daß zunächst die Stellungnahmen dieser beiden Organe zu einem formellen Vorschlag eingeholt werden müssen, bevor die Kom-

mission Änderungen jeglicher Art vornimmt. Die Kommission könnte im Licht der beiden Stellungnahmen zu dieser wichtigen Richtlinie ihren Vorschlag überdenken, wobei sie dann möglicherweise nochmals die beiden „Sozialpartner“ konsultieren sollte.

Tesifall für die demokratischen Kräfte in der EG

Die bisher zurückgedrängte Attacke der Arbeitgeberorganisationen auf die neue EG-Kommission lief genau in dem Zeitraum ab, in dem ihren Vertretern teilweise per Kampfabstimmung klargemacht wurde, daß sich der Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA) und auch das Europaparlament (EP) ernsthaft mit diesem Vorschlag beschäftigen wollen.

So finden gegenwärtig in den beiden Gremien die teilweise technisch detaillierten, aber meist durchaus politischen Beratungen statt. Von deutscher Seite sind namentlich der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr als Berichterstatter im WSA und der DGB-Vorsitzende und Europaparlamentarier Heinz Oskar Vetter als Berichterstatter im Rechtsausschuß des EP aktiv.

Bei allen Anstrengungen, diesen Beratungsprozeß sich nicht wie bei anderen politisch umkämpften Richtlinienvorschlägen über nahezu ein Jahrzehnt ausdehnen zu lassen, wird die abschließende Stellungnahme seitens des Plenums des Europaparlaments wohl nicht vor der Jahreswende zu erwarten sein. Wie weit diese Stellungnahmen im Sinne der europäischen Gewerkschaftsbewegung ausfallen, hängt im wesentlichen davon ab, welche Anstrengungen die Mitgliedsgewerkschaften des EGB in bezug auf die Mitglieder des Europaparlaments machen, die ihre politische Basis ja weiterhin in den Nationalstaaten haben. Auf europäischer Ebene hat das EGB-Sekretariat bereits mehrere informelle Zusammenkünfte organisiert, an dem gewerkschaftliche Parlamentarier aus der sozialistischen, der christdemokratischen und der kommunistischen Fraktion teilnahmen.

Die europäische Gewerkschaftsbewegung wird durch die massive Vetofront des transnationalen Kapitals zusätzlich motiviert, bei der Durchsetzung der Rechte der Arbeitnehmer auf Information und Konsultation in großen Konzernen mitzuhelfen. Es ist zu wünschen, daß die demokratischen Kräfte in der Europäischen Gemeinschaft trotz aller Störmanöver zu einer autonomen und sachlichen Entscheidung fähig sind.

Model/Müller

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Taschenkommentar für Studium und Praxis

Begründet von Dr. Otto Model,

fortgeführt von Dr. Klaus Müller, Direktor des Niederrheinischen
Studieninstituts für kommunale Verwaltung in Duisburg

(= Heymanns Taschenkommentare)

9., vollständig überarbeitete Auflage

1981. XXII, 686 Seiten. Plastik DM 58,-

ISBN 3-452-18899-X

Der »Model/Müller«, das Standardwerk unter den Taschenkommentaren zum Grundgesetz, liegt jetzt in 9. Auflage vor. Dr. Klaus Müller hat nun bereits sechs Auflagen grundlegend überarbeitet. Alle verfassungsrechtlichen Änderungen sind wiederum berücksichtigt. Der Kommentar informiert zuverlässig nicht nur über Inhalt und Probleme der Grundgesetz-Artikel. Er verweist darüber hinaus auf historische Zusammenhänge, aber auch auf Rechtsprechung und Schrifttum nach neuestem Stand. Die Darstellung zeichnet sich durch Klarheit, Prägnanz und Übersichtlichkeit aus.



Carl Heymanns Verlag
Köln Berlin Bonn München

Europäische Gemeinschaft: Auch für Nordirland muß das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit gelten

Es war Betroffenheit und Sorge über die Entwicklung in Nordirland, die nach dem ersten tödlichen Ausgang einer Serie von Hungerstreiks in nordirischen Gefängnissen im Europäischen Parlament vorherrschten, als es sich mit dem Nordirland-Problem auseinandersetzte. Der Tod des hungerstreikenden Bobby Sands veranlaßte die europäischen Sozialisten in Straßburg zu einem dringlichen Appell: Im Interesse des nordirischen Volkes muß das Äußerste versucht werden, um einen Ausweg zu finden. „Wir glauben und hoffen, daß durch humanitäre Haftbedingungen auf der Grundlage der Entscheidung der Europäischen Menschenrechtskommission eine Lösung gefunden werden könnte“, heißt es in der Erklärung, die der Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion, der Belgier Ernest Glinne, am 7. 5. im Europäischen Parlament vortrug. „Wir teilen die Ansicht, daß es für die Forderung nach einem politischen Status der Inhaftierten keine Grundlage gibt. Wir verlangen von der britischen Regierung nicht die Aufgabe irgendwelcher Prinzipien, sondern wir wünschen eine einfühlbare Betrachtung des kritischen Problems, dessen Lösung weitere Tragödien und Gewalt verhindern könnte.“

Denn unausbleiblich wäre, so Glinne, eine weitere Vertiefung des Grabens, der die nordirische Bevölkerung spaltet. Es würde nur noch mehr Zerstörung, noch mehr Verlust an Eigentum, noch mehr Angst und Spannungen und Sektierertum geben. Die Entwicklung zu friedvoller, vereinter Gemeinsamkeit würde noch weiter in die Ferne rücken. Diejenigen, die auf beiden Seiten für Gewalt eintreten, erführen dann erneuten Zulauf.

Den europäischen Sozialisten gehe es daher zunächst um das nordirische Volk. Die einfachen Bürger hätten am meisten unter der Gewalt und ihren Auswirkungen zu leiden, wie die Ausschreitungen unmittelbar nach dem Tode von Bobby Sands zeigten. Welcher Weg führt aber aus der Krise hinaus?

„Es kann nur ein Weg sein, der die tiefer liegenden Probleme Nordirlands, für die die gegenwärtige Lage nur ein Symptom ist, einer Lösung zuführt.“ Die europäischen Sozialisten fordern daher politische Initiativen, die dazu beitragen können, die Bevölkerungsteile Nordirlands näher zueinanderzubringen. „Sie müssen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen dürfen, sie müssen aber auch die enorme Verantwortung akzeptieren, die sowohl der britischen als auch der irischen Regierung obliegt, die Entwicklung zu

einer gerechten und offenen Gesellschaft zu gewährleisten.“

Der Tod von Bobby Sands ist beklagenswert. Er machte tief betroffen, wie alle Verluste an Menschenleben, die aus der tragischen Situation in Nordirland erwachsen. „Es nützt aber nichts“, so der Fraktionsvorsitzende Glinne, „sich nach Jahrhunderten der Geschichte und der Irrtümer nun gegenseitig die Schuld zuschieben zu wollen“. Der Tod des Iren Bobby Sands hätte vermieden werden können – wenn die IRA weniger unnachgiebig gewesen wäre und Einfühlungsvermögen gezeigt hätte. Jetzt müsse es der Europäischen Gemeinschaft darum gehen, wirtschaftlich, sozial und politisch zu helfen, um die wirtschaftlichen Verbesserungen in Nordirland in die Wege zu leiten, die für eine Lösung auf Dauer Voraussetzung sind.

Ein Europa der sozialen Gerechtigkeit

„All die großen Worte von einer europäischen Union werden leeres Stroh bleiben, wenn es nicht gelingt, den breiten arbeitenden Schichten das Gefühl zu vermitteln, daß Europa für sie da ist.“ Dieses Wort Willy Brandts muß besonders für die ärmsten und am stärksten geprüften Gebiete in der Europäischen Gemeinschaft – also auch für Nordirland – gelten. „Das Europa der EG muß über das Stadium einer gigantischen Subventions- und Spekulationsbörse hinauskommen, soll die Gemeinschaft nicht schweren, vielleicht unwiderruflichen Schaden nehmen.“ Statt soziale Gerechtigkeit zum Wohle der Arbeitnehmer, der kleinen und mittleren Bauern und der Verbraucher zu schaffen, bringe der gemeinsame Markt heute viele Menschen um die Früchte ihrer Arbeit und in existentielle Arbeitsplatznot. „Es geht nicht an, daß der gemeinsame europäische Markt zunehmend verunstaltet wird“ – durch Subventionen und Abschottung auf dem Stahlmarkt, in der Textilindustrie und in der Fischereindustrie. Die Segnungen des gemeinsamen Agrarmarktes kämen bisher eher den Agrofabriken als den Kleinbetrieben und den Verbrauchern zugute.

Am 7. Mai hat im Europäischen Parlament keiner der europäischen Abgeordneten, die in der Dringlichkeitsdebatte über Nordirland das Wort ergriffen, geltend gemacht, es gehe um ein innenpolitisches Problem eines Mitgliedslandes. Die Nordirlandkrise war in Straßburg eine europäische Angelegenheit.

Es genügt aber nicht, wenn nur das Europäische Parlament mit dem Finger an den Wunden rührt und aufzeigt, wo Sinn und Ziel der europäischen Verträge verfehlt wurden. Das Europäische Parlament allein ist viel zu schwach. „Man hat ihm auch nicht viel anvertrauen wollen“, konstatierte Willy Brandt, MdEP. Eine „demokratische Mogelpackung“ war das, was mit den Direktwahlen vor zwei Jahren auf den Weg

gebracht wurde, aus der Sicht der meisten Regierungen ohnehin. Heute zeigt sich z. B. die permanente Mißachtung der direkt gewählten europäischen Abgeordneten nicht zuletzt in der mangelnden Be-

reitschaft der Regierungschefs, in der Frage des Parlamentsitzes eine Lösung zu finden, die den Erfordernissen effektiver Arbeit Rechnung trägt.

Elyt Schöner

Belgien: In der Dauerkrise

„In diesem Land wird man noch einmal verrückt.“ Mit diesen gleichermaßen drastischen wie zutreffenden Worten charakterisierte kürzlich der belgische Christdemokrat Paul Vandenboynants die politische Situation im Lande. Dem sonst eher zurückhaltenden und als geschickter Diplomat geltenden Politiker war angesichts einer ganzen Serie von sinnlosen Konferenzen der Kragen geplatzt. Vandenboynants, der selbst schon Erfahrungen als Premierminister hat, behagt vor allem nicht die Konferenzhektik des augenblicklichen Regierungschefs Mark Eyskens. Eyskens, ein angesehenener Wirtschaftsprofessor der Universität Leuven, war mit vielen Vorschlußlobernen bedacht worden, als er vor einigen Wochen die Nachfolge des zurückgetretenen Wilfried Martens übernahm. Doch schon nach kurzer Zeit wurde klar: Auch Eyskens ist nicht der Wundermann, den sich die Belgier wünschen, um endlich aus dem wirtschaftlichen, kulturellen und regionalen Chaos herauszukommen. Und bei diesen Konferenzserien, so mutmaßte ein politischer Kommentator, drohe das Kabinett vollends die Übersicht zu verlieren.

Hinzu kommt, daß nach Meinung von einflußreichen christdemokratischen Politikern die an der Regierung beteiligten Sozialisten unter Druck der wallonischen Gewerkschaften geraten seien, die mit Maximalforderungen bei Löhnen und Arbeitsplatzsicherung die Krise der Stahlwirtschaft in Südbelgien noch weiter verschärften. Tatsächlich aber tun die FTGB-Funktionäre nichts anderes, als ihre Forderungen zu bekräftigen, die auch schon für die Regierung Martens zum Stolperstein wurden. Dazu gehören vor allem die Bindung an den Inflationsindex für die Löhne sowie Arbeitsplatzzerhaltung oder zumindest großzügige Sozialpläne bei der Umstrukturierung der Stahlindustrie. Der Konzentrationsprozeß der Stahlgiganten im Dreieck Charleroi bedroht nämlich tausende von Arbeitsplätzen in dieser Region. Verständlich und legitim also ist es, wenn die Gewerkschaften

hier nicht tatenlos bleiben wollen und können. Sie wollen, wie einer ihrer Sprecher sagte, verhindern, daß die Versäumnisse der alten Regierungen auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen werden. Stattdessen sollte der Staat die Großverdiener stärker als bisher zur Kasse bitten. Vor allem müßte die Steuerschraube für die hohen Einkommen über 5000 DM im Monat weiter angezogen werden.

Eyskens indessen, der einen unkonventionellen Kampf gegen Inflation, Arbeitslosigkeit und abnehmendes Wirtschaftswachstum angekündigt hatte, scheint schon sehr schnell mit seinem Latein am Ende zu sein. So verfiel er jetzt auf eine mögliche Anhebung der Mehrwertsteuer, die ohnehin schon jetzt bei 25% liegt. Dies indessen hat die Syndikate auf die Barrikaden gebracht, weil sie hierin vor allem eine ungerechte Belastung der Kleinverdiener sehen, auch warnen Wirtschaftsexperten vor dieser Maßnahme, weil sie preistreibende und damit letztlich inflationäre Wirkungen haben werde. Solange die Entkoppelung von Löhnen und Inflation politisch nicht durchsetzbar sei, würde dies volkswirtschaftlich keinerlei Nutzen bringen. Und so scheint Eyskens bereits am Ende zu sein, ehe er überhaupt einen Neuanfang machen konnte. Sein Kabinett ist noch nicht einmal die Hälfte von hundert Tagen am Ruder, und schon taucht die Frage nach Neuwahlen und Regierungsturz auf. Nahezu 60% aller Belgier glauben, daß die jetzige Koalition den Sommer nicht unbeschadet überstehen wird.

Das jedenfalls ist das Ergebnis der neuesten Umfrage der belgischen Tageszeitung „La libre Belgique“. Als Hauptschuldige für die bevorstehende erneute Regierungskrise wurden die Christliche Volkspartei des Premierministers, aber auch die Gewerkschaften genannt. Die einen haben zu wenig, die anderen zu viel Phantasie, heißt es in Belgien.

Daß die Indexbindung beim Volk eine heilige Kuh ist, zeigt auch dies: mehr als 60% der Befragten sind gegen eine Aufhebung und mehr als 40% gegen eine Änderung der Systematik. Gleichzeitig aber sprach sich eine große Mehrheit für eine Senkung der Produktionskosten der Betriebe aus. Ein wahrer Teufels-

kreis, aus dem kein Ausweg zu führen scheint. Insgesamt gesehen haben alle traditionellen Parteien, also Christdemokraten, Sozialisten und Liberale in beiden Sprachengemeinschaften, einen großen Vertrauensverlust hinnehmen müssen. Die Verluste der Regierungsparteien liegen bei jeweils rund 5%. Gewinne dagegen verzeichnen die Sprachenparteien und die Ökologen. Die „Grünen“ in Belgien hätten – wär-

de jetzt gewählt – mit einem Anteil von 7,3% zu rechnen. In der Wallonie, dem Krisengebiet der Kohle und Stahlindustrie, würden sie sogar auf 8% kommen. Verständlich, daß die „drei Großen“ Angst vor Neuwahlen haben. Doch eine andere Lösung scheint nicht in Sicht. Es sei denn, alle wollen verrückt spielen.

Rainer Burchard

Dänemark Wirtschaftspolitisches Programm

Wie andere Länder kämpft auch Dänemark mit einem Minus der Zahlungsbilanz und sehr hoher Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig sind die Aussichten für die dänische Wirtschaft wegen der allgemeinen weltweiten Rezession sehr düster. Wir können in Dänemark eine markante Steigerung der Arbeitslosigkeit für die kommenden Jahre erwarten, gleichzeitig dürfte sich die Zahlungsbilanzsituation nur unwesentlich verbessern. Der Grund ist die Vervierfachung der Ölpreise, die im Laufe der 70er Jahre stattgefunden hat, wobei hinzukommt, daß Dänemark keine wesentlichen eigenen Energiequellen besitzt.

Es gibt jedoch auch Lichtblicke. So ist es z. B. gelungen, den Energieverbrauch wesentlich zu reduzieren und gleichzeitig den Export der dänischen Volkswirtschaft im Jahre 1980 um 25% zu steigern. Das Zahlungsbilanzdefizit für 1980 wurde im Vergleich zu 1979 verringert. Das Defizit entspricht zur Zeit der Steigerung des Energieimportpreises.

Der sozialdemokratischen Minderheitsregierung Anker Jørgensens gelang es im Mai 1980, ein „Ökonomisches Programm“ durchzusetzen, das vor allem zwei Ziele verfolgt: das Zahlungsbilanzdefizit langsam zu reduzieren und die Beschäftigungssituation zu verbessern. Hinter dem auf mehrere Jahre angelegten „Ökonomischen Programm“ stehen die sozialdemokratische Minderheitsregierung und drei kleinere liberale Koalitionsparteien. In den kommenden Wochen wird über die Fortführung des Programms für die kommenden Jahre verhandelt.

Zu den Maßnahmen des Programms gehören bedeutende Steuererleichterungen für die Wirtschaft, insbesondere für die exportierende Industrie. Die Stellenvermehrung im öffentlichen Dienst ist verringert worden, so daß 1981 kein realer Zuwachs im gesamtstaatlichen Bereich stattfindet, und auch das

Tempo des Wachstums im kommunalen Bereich ist für 1981 auf ca. 2% reduziert worden. Ziel ist es, den realen Zuwachs für den öffentlichen Dienst für die kommenden Jahre ganz zu stoppen.

Finanzpolitische Maßnahmen und Einschränkungen u. a. des Energieverbrauchs haben den privaten Verbrauch insgesamt reduziert. Umfassende öffentliche Beschäftigungspläne sollen vor allem die große Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen; ein Ausbau der Berufsausbildung und ein breiteres Angebot an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen sollen unterstützt werden.

Ein anderes zentrales Thema der jetzigen Verhandlungen über die Weiterführung des mehrjährigen politisch-ökonomischen Programms ist die Ausarbeitung einer Industriepolitik. Die Kopenhagener Regierung wird, sobald die Verhandlungen mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen sind, eine industriepolitische Erklärung im Parlament abgeben. In dieser Erklärung werden wahrscheinlich die Weiterführung der Exportsubventionen und Pläne für Modernisierungsmaßnahmen in der Industrie enthalten sein. Alle diese Schritte werden in dem Bewußtsein getan, daß es dann notwendig ist, wenn die ökonomische Situation in Dänemark sich bessern sollte, die Produktion zu steigern und eine international bessere Konkurrenzsituation für die dänische Wirtschaft zu erreichen.

Dänemark könnte man als eines der reichsten Länder der Welt bezeichnen, und trotzdem ist es gezwungen, mehr Gleichgewicht im Bereich der Leistungs- und Zahlungsbilanz herzustellen, wenn auf längere Sicht die Beschäftigungssituation verbessert werden soll.

Deshalb ist die Weiterführung des politisch-ökonomischen Programms der sozialdemokratischen Minderheitsregierung eine Kabinetfrage, die geklärt sein muß, bevor das dänische Parlament am 5. Juni 1981 die Sommerpause antritt.

Peter Valerius

Frankreich: Die Alternative

Es spricht einiges dafür, daß das Datum des 10. Mai 1981 in den künftigen französischen Geschichtsbüchern als bedeutend verzeichnet sein wird. An diesem Tage, dem der Stichwahl der Präsidentschaftswahlen, hat sich endlich die besondere Form der französischen Demokratie bewährt, wenn man davon ausgeht, daß keine Demokratie ohne eine politische Alternative existieren kann.

Die Wahl des Sozialisten François Mitterrand zum Präsidenten Frankreichs kann ohne Zweifel und ohne Übertreibung als ein geschichtlicher Einschnitt bezeichnet werden: denn diese Wahl, die eindeutig ausging – mit 52 % der Stimmen gegenüber 48 % für den früheren konservativen Präsidenten – hat einer permanent erscheinenden Herrschaft des Konservatismus ein Ende gesetzt, eines Konservatismus, an dessen Beginn vor 23 Jahren General de Gaulle stand.

Ein historisches Ereignis: im gleichen Maße vielleicht, wenn nicht noch schwerwiegender, als jenes in der Bundesrepublik, das mit Willy Brandt 1969 die Sozialdemokratie in die Regierungsverantwortung brachte. Angesichts der Schwäche der französischen Linken, angesichts ihrer Zerrissenheit in zwei große Parteien und mehrere kleine Organisationen, angesichts schließlich der Existenz mehrerer Gewerkschaftsorganisationen, die sich mitunter bitter befanden, glaubte der Justizminister Giscard d'Estaings, Alain Peyrefitte, noch kurz vor der Wahl Mitterrands versichern zu können, daß die Herrschaft der Konservativen noch für Jahrzehnte gesichert sei. Niemand auf der Linken hatte den Mut, ihm mit Überzeugung zu widersprechen.

Bevor auf die Ursachen eingegangen wird, die zur Niederlage Giscard d'Estaings führten, erscheint es richtig, die wichtigsten Erkenntnisse zu charakterisieren, die sich aus den Wahlgängen vom 26. April und vom 10. Mai ergeben haben. Zum ersten: Im Wahlgang vom 26. April (mit zehn Kandidaten) hatte die konservative Rechte mit ihren vier Kandidaten (Giscard d'Estaing, Jacques Chirac, Michel Debré und Marie France-Garaud) etwa 49 % der Stimmen erhalten, während alle Kandidaten der Linken (François Mitterrand, Georges Marchais, Michel Crépeau, Huguette Bouchardeau und Arlette Laguiller) insgesamt 47 % der Stimmen erhielten. Der Rest ging an die grünen Umweltschützer des Kandidaten Brice Lalonde. Frankreich bleibt also in zwei gleich starke

Lager geteilt, wie es bei der Präsidentschaftswahl von 1974 der Fall war. Das Phänomen der extremen Polarisierung hat sich über die Jahre hindurch erhalten.

Zweite und nicht weniger wesentliche Feststellung: der Kommunist Georges Marchais, der im ersten Wahlgang seine Kampagne mit größter Wucht nicht in erster Linie gegen Giscard d'Estaing, sondern gegen Mitterrand führte, hat eine Niederlage erlitten, die ein fast historisches Ausmaß angenommen hat: er erzielte nur etwas mehr als 15 % der Stimmen, während bei den früheren Wahlen der letzten Jahre durchweg immer mindestens 20 % der Stimmen für die kommunistischen Kandidaten abgegeben worden waren. Die KPF zahlte so den Preis für ihre Strategie, in der die Sozialisten als der Hauptfeind betrachtet wurden. Ihre Wähler, die in großem Maße für Mitterrand stimmten, protestierten auch gegen die Billigung der Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion, sowie gegen eine ganz offensichtlich demagogische Politik, die allen Alles versprach.

Dritte Feststellung, die im Zusammenhang mit der zweiten steht: der sozialistische Kandidat François Mitterrand erhielt im ersten Wahlgang 26 % der Stimmen. Das ist das beste Ergebnis, das die Sozialisten Frankreichs je erzielt haben. Sie wurden zur stärksten Partei Frankreichs, und nicht wenige zogen daraus den Schluß, daß Frankreich endlich im Begriff sei, eine sozialistische Massenpartei sozialdemokratischer Richtung zu bekommen.

Es bleibt abzuwarten, ob diese Schlußfolgerung sich in der Realität bestätigt, das heißt, ob die Kommunistische Partei bei den Ende Juni stattfindenden Parlamentswahlen einen Teil ihrer Verluste wieder wettmachen kann oder nicht. Sicher jedoch ist, daß ein Einschnitt erfolgt ist, denn ein Fünftel der kommunistischen Wähler haben der Parole der KPF, „nützlich“ zu stimmen, das heißt für Marchais, nicht Folge geleistet und haben es als nützlicher erachtet, einen Wahlzettel mit dem Namen Mitterrand in die Wahlurne zu werfen.

Untersucht man die Gründe für die Niederlage Giscard d'Estaings, die niemand mit Sicherheit vorauszusagen wagte, so drängen sich zahlreiche, in ihrer Bedeutung ungleiche Motive auf, die hier nur kurz skizziert werden können. Einmal scheint es, daß zahlreiche Wähler in der Tat das mehr oder minder klare Gefühl hatten, daß es 23 Jahre nach der Gründung der Fünften Republik, die im Zeichen des Konservatismus angetreten war und unter dem gleichen Zeichen ihren Marsch fortgesetzt hatte, angebracht sei, an die Alternative zu denken.

Diese Alternative bot sich mit der 1971 gegründeten Sozialistischen Partei an, die sich unter der Leitung Mitterrands als fähig erwiesen hatte, bedeutende Schichten des Volkes anzuziehen und die über Persönlichkeiten verfügte, die „glaubwürdig“ schienen. Diese Partei hatte darüber hinaus den Mut und die Klarheit aufgebracht, dem kommunistischen Druck zu trotzen und eine eigene Identität zu entwickeln.

Weitere Elemente haben zur Niederlage Giscard d'Estaings beigetragen, z. B. die Tatsache, daß das konservative Lager zerstritten in den Wahlkampf zog. Der Kampf des gaullistischen Kandidaten Jacques Chirac gegen Giscard d'Estaing, bei dem es um die Vorherrschaft im konservativen Lager ging, hatte bei einem Teil der Wähler die Glaubwürdigkeit der herrschenden Koalition so sehr erschüttert, daß im zweiten Wahlgang fast 30% der gaullistischen Wähler sich entweder für einen ungültigen Wahlzettel entschieden oder aber ihre Stimme für Mitterrand abgaben.

Ein weiterer und nicht unwesentlicher Grund schließlich für die Niederlage Giscard d'Estaings war die Tatsache, daß sein Regime durch Skandale schwer erschüttert worden war und zum Teil auch seine moralische Glaubwürdigkeit verloren hatte. Schließlich sind 1,6 Millionen Arbeitslose, insbesondere Jugendliche, deren Perspektive nicht eben ermutigend war, zu einer um so größeren Belastung für das Regime Giscard d'Estaings geworden, als dessen Premierminister Raymond Barre trotz aller Mißerfolge auf wirtschaftlichem Gebiet stur an einer „liberalen“ Politik festhielt, die – das sei ohne jede Demagogie gesagt – die Besitzenden bevorzugte und die anderen Volksschichten, insbesondere die Arbeiterschaft, die Kosten der Rezession bezahlen ließ.

Ist mit dem Machtwechsel, der in Frankreich eingetreten ist, der Weg einer „friedlichen Revolution“ beschritten worden, wie sich eine französische Publikation ausdrückte? Diese Zeilen werden am 12. Mai geschrieben, das heißt, zwei Wochen vor der offiziellen Amtsübernahme durch François Mitterrand und in Unkenntnis der Zusammensetzung jener von einem Sozialisten zu leitenden Übergangsregierung bis zu den Parlamentswahlen Ende Juni, die im Sinne des neuen Präsidenten die konservative Mehrheit der gegenwärtigen Nationalversammlung ablösen und zu einem „Gleichklang“ zwischen den Optionen des neuen Präsidenten und der parlamentarischen Vertretung führen soll.

Vorläufig kann von der optimistischen Hypothese ausgegangen werden, daß dieses Vorhaben gelingt. – Sollte aber wider Erwarten eine konservative Mehr-

heit ins Parlament zurückkehren, so würde in Frankreich eine Periode höchster Unstabilität eingeleitet werden, die François Mitterrand weitgehend die Hände binden würde.

Wie kann, optimal, die „friedliche Revolution“ in Frankreich aussehen? Präsident Mitterrand hat das Recht, noch vor der Wahl ohne Zustimmung des Parlaments einige Maßnahmen durchzuführen, zu denen er sich verpflichtet hat. Nach Diskussion mit den Gewerkschaften (die von Giscard d'Estaing faktisch negiert wurden) wird er eine Erhöhung des staatlich festgelegten Mindestlohnes sowie eine Erhöhung der äußerst niedrigen Altersrenten und der Sätze für kinderreiche Familien durchsetzen. Es handelt sich hierbei um Maßnahmen, die als „unerlässlich“ betrachtet werden, unabhängig von der Höhe der finanziellen Auswirkungen.

Dieses „Sofortprogramm“ soll im weiteren Verlauf der Präsidentschaft Mitterrands durch einschneidende Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten erweitert werden – immer in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, die sofort nach der Wahl Mitterrands eine „positive und undemagogische“ Haltung versprochen haben.

Weiterhin sollen die Rechte der Betriebsräte erweitert werden, was in Frankreich, wo es auf diesem Gebiet relativ schlimm steht, unbedingt notwendig erscheint. Hierfür ist die Zustimmung des Parlaments erforderlich, ebenso wie bei der von Präsident Mitterrand als unerlässlich betrachteten Überführung in Gemeineigentum von elf großen Unternehmen, die eine Monopolstellung in ihrer Branche besitzen, sowie der Banken und der Versicherungsgesellschaften.

Wie aber der Rezession begegnen, wie aber, wenn auch nur zu einem Teil, die Arbeitslosigkeit vermindern? Daß auf diesem Gebiet keine Wunder zu erwarten sind, ist Mitterrand ebenso klar wie seinen Mitarbeitern. Dennoch wird der Versuch unternommen werden, wieder den Binnenmarkt zu „erobern“, ohne in das Übel des Protektionismus zu verfallen. Es werden insbesondere in jenen Teilen des Öffentlichen Dienstes neue Stellen geschaffen werden, die offensichtlich Personal benötigen: in den Krankenhäusern, im Postwesen und in zahlreichen sozialen Institutionen, die bisher sträflich vernachlässigt wurden. Das Ziel ist, im Laufe eines Jahres Arbeitsplätze für etwa 600 000 Personen zu schaffen und außerdem die bislang stark unterbewertete Berufsausbildung auf neue Grundlagen zu stellen. Den kleineren und mittleren Betrieben sollen große Krediterleichterungen gewährt werden. Schließlich soll, schrittweise,

im Laufe der kommenden Jahre die wöchentliche Arbeitszeit wesentlich verringert werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Es ist unmöglich, im Rahmen dieses Artikels eine detaillierte Darstellung der vorgesehenen Maßnahmen zu geben, die indessen von seriösen Spezialisten als „machbar“ bezeichnet werden.

Erwähnt werden muß allerdings ein Vorhaben, das die Verwaltung des Landes stark verändern soll, der Plan nämlich, der übermäßigen Zentralisierung des Landes, die alle örtlichen und regionalen Initiativen im Keime erstickt, durch eine radikale Dezentralisierung ein Ende zu setzen. Frankreich soll, diesem Vorhaben zufolge, im eigentlichen Sinne des Wortes eine Bundesrepublik werden. Der in den verschiedenen Regionen des Landes mit ungeheuren Vollmachten aus Paris regierende Präfekt soll seiner Machtfülle beraubt werden. Die Regionalparlamente sollen von der Bevölkerung gewählt werden und sollen ebenso wie die Gemeinden größere politische und finanzielle Rechte erhalten. Das Erbe Napoléons soll beseitigt werden: Das wäre in der Tat eine „friedliche Revolution“.

Es bleibt, daß der Weg bis dahin mit ungeheuren Hindernissen versehen ist: die Wirtschaftrezession ist keine französische Eigenart, und Frankreich lebt nicht in einem luftleeren Raum. Große Hindernisse gibt es auch auf politischem Gebiet zu überwinden: Präsident Mitterrand muß bestrebt sein, eine politische Mehrheit für seine Vorhaben zu finden. Die Sozialisten werden im neuen Parlament wohl kaum über die absolute Mehrheit verfügen, und sie werden nach Bündnispartnern suchen müssen. Es ist kein

Geheimnis, daß François Mitterrand der „Umar-mungstaktik“, die die Kommunisten nach ihrer Niederlage eingeschlagen haben, entgegen will und daß er, wenn irgend möglich, eine Mehrheit der „linken Mitte“ anstrebt – mit Hilfe abtrünniger Gaullisten und mit Männern aus den gegenwärtigen Regierungsparteien, die, von der konservativen Politik enttäuscht, gewillt scheinen, gemeinsam mit den Sozialisten eine fortschrittliche Politik zu praktizieren.

Vieles bleibt also noch im Ungewissen und hängt nicht ausschließlich von dem neuen Präsidenten und der Sozialistischen Partei ab. Als im Jahre 1936 der Sozialist Léon Blum seine Volksfrontregierung (ohne die Kommunisten) bildete, sagte ein bekannter Sozialist: „Nun gut, jetzt beginnen die Schwierigkeiten.“ François Mitterrand könnte diesen Satz übernehmen. Es bleibt, daß in Frankreich ein ungeheurer Durchbruch erzielt wurde. Die Nachbarn Frankreichs, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, werden gegenüber dem „Experiment“, das jetzt beginnt, um ihre Hilfe oder auch nur um ihre „wohlwollende Neutralität“ ersucht werden.

Als am 10. Mai über Fernsehen und Rundfunk der Sieg Mitterrands bekanntgegeben wurde, strömten in Paris über 200 000 Menschen, zumeist Jugendliche, auf die Straße, um das, was sie als ihren eigenen Sieg betrachteten, mit großer Begeisterung, aber auch mit großer Disziplin, zu feiern. In den anderen großen Städten Frankreichs geschah das gleiche. Mitterrand hat den Auftrag erhalten, in realistischer Form eine Umgestaltung des Landes vorzunehmen. Die Franzosen, die ihn wählten, haben das Gefühl, daß er das Zeug dazu hat. *Gustave Stern*

Griechenland: Die großen Wahlkampfthemen

Erfolg oder Mißerfolg der beiden großen Parteien bei den bevorstehenden Wahlen hängen entscheidend davon ab, wie sie die aktuellen Probleme des Landes zu lösen versuchen werden. Diese Probleme sind kurz- und längerfristige Probleme politischer und wirtschaftlicher Natur.

Während der letzten Monate ist die Umweltverschmutzung an die erste Stelle des Katalogs akuter Probleme getreten, und mit ihr hat keine andere Stadt in Europa so sehr zu kämpfen wie Athen. Die

ungünstige geographische Lage Athens – die Stadt liegt in einem von hohen Bergrücken umgebenen Talkessel – trägt zur Stauung der Emissionen bei. Der legendäre blaue attische Himmel gehört leider längst der Vergangenheit an; die Realität der Gegenwart ist der graue Nebel des Smog. So akut ist die Luftverschmutzung geworden, daß nun auch die Behörden gezwungen sind, ihre Existenz zuzugeben, obgleich sie dies lange, viel zu lange nicht wahrhaben wollten. Tatsächlich ist die Gesundheit der Einwohner ernsthaft gefährdet. An Tagen, an denen der Smog besonders stark ist, werden Dutzende von Menschen wegen Bewußtlosigkeit oder ähnlicher Symptome in Krankenhäuser eingeliefert. Große

Demonstrationen gegen die Luftverschmutzung, die sogar vom PASOK-Bürgermeister von Athen angeführt wurden, waren ein wichtiger Anstoß dafür, daß auch die Regierung nicht länger an dem Problem vorbeigehen kann.

In mehreren Konferenzen der zuständigen Ministerien und Experten wurde darüber diskutiert, wo die Hauptquelle des Smog-Übels zu suchen sei: bei den Industriebetrieben, die ihre Abgase meist völlig ungefiltert, zumindest jedoch nicht ausreichend gefiltert freisetzen – oder vielleicht bei den 400 000 Autos im Großraum Athen. Maßnahmen sind diskutiert und angekündigt worden, konkret aber ist noch immer nichts geschehen.

Die Regierungspartei „Neue Demokratie“ wird beziehtigt, nicht den Mut aufzubringen, strenge Umweltschutzvorschriften für die Industrie zu erlassen und durchzusetzen, die natürlich die Kosten der Industrie erhöhen würden; denn gerade die Industriellen, vor allem die Großindustriellen, sind die Hauptstütze der „Neuen Demokratie“. Was die Regierung offenbar nicht wagt, erklärt sich PASOK zu tun bereit. Da PASOK ohnehin die Verstaatlichung einiger Grundsektoren der Industrie anstrebt, ließen sich strenge Umweltschutzmaßnahmen sehr gut in das Programm einer künftigen PASOK-Regierung einbauen.

Wichtigstes wirtschaftliches Problem ist die Inflation, die 1980 offiziell 25% erreichte und im ersten Quartal von 1981 noch weiter anstieg. Das hat eine drastische Kaufkraftminderung der Drachme zur Folge, die sich besonders bei den schwächeren Einkommensklassen bemerkbar macht. Auch hier ist die Wirtschaftspolitik der Regierung bislang erfolglos geblieben. Oft wird von Regierungskritikern behauptet, daß die Regierung sich darum gar nicht bemühe, denn eine strenge Geld- und Fiskalpolitik würde bedeuten, daß sie ihr Haushaltsdefizit nicht mehr finanzieren könnte. Die Regierung möchte jedoch ihr

Haushaltsdefizit nicht verringern, weil sie sonst auf die Verwirklichung anderer Ziele würde verzichten müssen.

PASOK behauptet, das Problem durch Umstrukturierung des Haushalts, bessere Analyse und Kontrolle der Ausgabenwirksamkeit, Steigerung der Effizienz des Staatsapparates und Erhöhung der Steuereinnahmen durch Kontrolle der Steuerhinterziehung in den Griff bekommen zu können. Im Gegensatz zur „Neuen Demokratie“ ist PASOK bereit, neue drastische Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik zu ergreifen, mit denen man auch dem Inflationsproblem bekommen will.

Ein längerfristig wichtiger Bereich ist die Außenpolitik. Hierunter fallen die Beziehungen zur Türkei (bei denen es sich vor allem um die Ölvorkommnisse in der Ägäis und um das Zypernproblem handelt), zur NATO und zur EG sowie zu den Vereinigten Staaten. In allen diesen Fragen vertreten „Neue Demokratie“ und PASOK grundsätzlich entgegengesetzte Standpunkte. PASOK ist entschieden gegen die NATO sowie gegen die amerikanischen Militärstützpunkte auf griechischem Boden. Im Falle eines Wahlsieges möchte PASOK Griechenland aus der NATO herausführen und die Differenzen mit der Türkei nicht, wie die „Neue Demokratie“ es versucht, innerhalb der NATO, sondern auf dem Wege bilateraler Verhandlungen beilegen.

Kompromißbereitschaft hingegen zeigt PASOK während der letzten Zeit in der Frage der EG-Zugehörigkeit. So ist anzunehmen, daß Griechenland, auch wenn PASOK die absolute Mehrheit erringen sollte, weiterhin der EG angehören wird. Möglicherweise wird PASOK-Vorsitzender Papandreu, um seinen Wählern gegenüber, denen er den Austritt aus der EG versprochen hat, ein Alibi zu haben, nach britischem Vorbild eine Neuverhandlung der Beitrittskonditionen Griechenlands verlangen.

Nikos Kyrizis

Großbritannien: Der Labour-Wahlsieg war nicht hoch genug

Zwei Jahre lang – seit jener Wahl im Mai 1979, die Margaret Thatcher an die Macht brachte – konnten Großbritanniens Wahlarithmetiker Däumchen

drehen: Es gab so gut wie keine Parlamentsnachwahlen. Jetzt endlich hatten wir Gelegenheit, den Pulschlag des Wählers direkt und nicht mehr indirekt über die stets mit Vorsicht zu genießenden Meinungsumfragen zu fühlen. Am 7. Mai wurden in England und Wales Wahlen zu den Kreistagen, den obersten Ebenen der Lokalverwaltung, abgehalten. Ihr Ausgang bescherte der Labour Party einen vollen

Erfolg: Sie eroberte die Mehrheit im Londoner Stadtrat, erlangte Mehrheiten in zahlreichen größeren Umlandkreisen wie in den West Midlands zurück und sicherte sich sogar einige eher ländliche Bezirke wie Avon im Südwesten und Lancashire im Norden, die bislang als konservative Hochburgen galten.

Nach den langen Streitereien um die Führung der Partei, ihre Politik und die Organisationsreform haben diese Erfolge die Labour Party moralisch sichtlich aufgerichtet. Wären am 7. Mai Parlamentswahlen abgehalten worden, hätten diese Ergebnisse, verglichen mit dem Debakel von 1979, Labour mit einer komfortablen Mehrheit ausgestattet. Das Ausmaß des Labour-Erfolgs erscheint allerdings erst dann im rechten Licht, wenn man auch andere Vergleichswerte heranzieht: 1977, auf dem Höhepunkt der Unpopularität der Labour-Regierung von James Callaghan, war es den Tories ein Leichtes, bei den gleichen Kreiswahlen in London eine satte Mehrheit zu erobern und Labour-Hochburgen in den anderen Großstädten zu schleifen. Bei den Kreiswahlen von 1973 hingegen, als die konservative Regierung Heath unpopulär war, erzielte Labour haushohe Gewinne.

Kurzum, Labour hat die Schlappe von 1977 ausgesetzt und ist auf den Stand von 1973 zurückgekommen. Tatsächlich steht Labour insgesamt noch etwas stärker da als 1973, obgleich dies für London, wo die Konservativen weniger Boden verloren und Labour nur eine enttäuschend knappe Mehrheit von acht Sitzen bekam, nicht gilt.

Der Trend scheint klar zu sein: Die Wahlerfolge von 1973 führten zum Sieg Labours bei den Parlamentswahlen von 1974; den lokalen Triumpfen der Tories 1977 folgte Mrs. Thatchers Sieg 1979. Doch so einfach, wie es aussieht, ist es nicht. Erstens wäre daran zu erinnern, daß Mr. Heath – trotz der dürftigen Resultate der Konservativen 1973 – die Parlamentswahlen vom Februar 1974 nur um Haaresbreite verloren hat. Und zweitens ist die Regierung Thatcher, wenn man den Meinungsumfragen folgt, viel unpopulärer, als es die Regierung Heath je gewesen ist. Deshalb hätte Labour diesmal eigentlich wesentlich besser als 1973 abschneiden müssen – gerade auf dem Hintergrund der sprunghaft steigenden Arbeitslosigkeit und der jüngsten drastischen Steuererhöhungen.

So gesehen ist es Labour keineswegs gelungen, aus Mrs. Thatchers Unpopularität Kapital zu schlagen. Interessanterweise ist dieser relative Mißerfolg in London und im Süden am stärksten ausgeprägt. Wie bei der Parlamentswahl von 1979 zeigt sich ein Nord-Süd-Gefälle: der Norden deutlich Labour, der Süden

eher den Tories zugeneigt. Die einzige Ausnahme machen diesmal die industriell geprägten Midlands, wo die Wähler 1979 mehrheitlich konservativ votierten und es jetzt einen deutlichen Umschwung zugunsten von Labour gegeben hat.

Die wahrscheinlichste Erklärung für dieses Phänomen ist, daß es gerade in den Midlands, die bisher gegen den Verlust von Arbeitsplätzen fast immun zu sein schienen, einen stärkeren Anstieg der Arbeitslosenziffern gegeben hat als irgendwo sonst. In dieser stark industriegeprägten Region hat die Ent-Industrialisierungskrise Großbritanniens höchst bedrohliche Ausmaße angenommen.

Natürlich könnte man die parteiinternen Schwierigkeiten für den relativen Mißerfolg Labours verantwortlich machen. Gewiß ließen die Konservativen angesichts des Linksdrifts der Labour Party nichts unversucht, das „Rote Schreckgespenst“ an die Wand zu malen. Diese Taktik wurde besonders deutlich in London eingeschlagen, wo sie sich auch ausgezahlt haben dürfte: Jedenfalls konnten es die Konservativen dort schon als relativen Erfolg verbuchen, nicht ganz so stark abgesunken zu sein. In einem für sicher gehaltenen Wahlkreis mußte ein bekannter Labour-Linker, Ted Knight, der bei Tories und Presse den Spitznamen „Red Ted“ hat, eine empfindliche Niederlage einstecken und erhielt kein Mandat. Hingegen schnitten andere bekannte Linke wie Ken Livingstone (jetzt Vorsitzender des Londoner Rates) recht gut ab. Es ist also keineswegs ausgemacht, daß die Leute gegen die Linke stimmen. Und der Sieg Mitterrands in Frankreich zeigt auch, daß die Leute gegen die ewige Gespenstermalerei allmählich immun werden.

In einem wichtigen Punkt können diese Wahlen nicht als Test für die nächste Parlamentswahl betrachtet werden: Die neue Social Democratic Party trat zu den Kreiswahlen nicht an, da sie, wie sie verlauten ließ, nicht ausreichend Zeit gehabt habe, ihre Organisation aufzubauen und Kandidaten aufzustellen. An einigen Orten, in London und anderswo, liefen Einzelkandidaten unter dem Etikett „Sozialer Demokrat“, und einige hatten sogar vorzeigbare Stimm-ergebnisse. Einer von ihnen trat z. B. gegen „Red Ted“ an und nahm ihm immerhin so viele Stimmen ab, um ihn seines Sieges zu berauben.

Die Liberalen hingegen beteiligten sich an der Wahl. Sie schnitten gut ab und eroberten noch mehr Mandate als 1973, dem Jahr vor ihrem ausgezeichneten Ergebnis bei der Parlamentswahl von 1974, als sie dem großen „Durchbruch“ so nahe wie nie zuvor gekommen waren. Der Erfolg der Liberalen zeigt,

daß sie im Bündnis mit den Sozialen Demokraten bei der nächsten Parlamentswahl eine gute Chance haben, einen Erdrutsch zu verursachen. Das bleibt eine Gefahr für Labour – und für die Konservativen. Aber wie real diese Gefahr tatsächlich ist, wissen wir

nach den Kreiswahlen ebenso wenig wie zuvor. Die meistdiskutierte politische Formation Großbritanniens bleibt ein Rätsel.

Elizabeth Hartley-Brewer

Irland: Tod eines Hungerstreikenden

Der Tod des IRA-Hungerstreikenden Bobby Sands am 66. Tag seiner Protestaktion war das jüngste tragische Ereignis in der langen Geschichte von Gewalt und Gegengewalt, die über dem Volk von Nordirland lastet. Nicht nur für ihn selbst und seine Familie, sondern für die gesamte irische Gesellschaft war dies eine Tragödie. Aber sie muß im rechten Licht gesehen werden.

Der Tod von Bobby Sands war der krönende Abschluß einer publizistisch gut vermarkteten Legende, die in Politik und Massenmedien weltweite Aufmerksamkeit erregte. Der Umstand, daß er bei einer Nachwahl in das britische Parlament gewählt worden war, verlieh der Kampagne der IRA-Gefangenen für die Anerkennung ihres Status' als politische Gefangene einen außergewöhnlichen und dramatischen Charakter. Diese Entwicklung war kein Einzelfall. Die Bürger desselben Wahlkreises hatten bereits 1955 einen anderen IRA-Gefangenen gewählt, dem dann von der damaligen Legislative in Westminster das Mandat aberkannt wurde. Angesichts des traditionellen Verhaltens der Bewohner dieser Region war das Wahlergebnis diesmal völlig vorhersehbar.

Doch die Grundprobleme liegen viel tiefer. Sie stehen im Zusammenhang mit den höchst komplizierten Bedingungen der Nordirland-Politik und der Beziehungen der beiden Bevölkerungsgruppen zueinander. Und sie stehen in unmittelbarer Beziehung zu dem Gewalt- und Mordfeldzug, mit dem die Provisorische IRA das Land in den letzten zehn Jahren systematisch überzieht.

Am 4. März erklärte Danny Morrison, der offizielle Sprecher der Politischen Front der IRA, das Hauptziel, um das es bei dem Hungerstreik von Sands gehe, sei der politische Status. Die Gefangenen wollen die Wiedereinführung eines von der britischen Labour-Regierung 1976 beendeten Zustands. Die Briten waren damals überzeugt, daß die Einordnung

von Personen, die wegen sektiererischer Gewaltverbrechen und Mord verurteilt worden waren, in eine besondere Kategorie von Häftlingen eine auf keinen Fall zu billigende Rechtfertigung und Bevorzugung der betreffenden Kriminellen darstellen würde.

Der Kampf der Provisorischen IRA und der mit ihr verbündeten Gruppen hat in den vergangenen zehn Jahren Hunderten von unschuldigen Männern, Frauen und Kindern das Leben gekostet. Selbst während des Hungerstreiks von Sands führte die IRA einen systematischen Mordfeldzug gegen die Protestanten Nordirlands.

Diese zumeist gewöhnlichen Bürger waren die Opfer eines Krieges, der durch nichts gerechtfertigt ist und kein politisches Mandat hat, – eines Krieges, der sich gegen die britische Verwaltung im Norden wie gegen die Regierung in Dublin gleichermaßen richtet. Vor einigen Monaten wurden zwei Polizisten in der Republik brutal zusammengeschossen, und in der Nacht von Sands' Tod wurden Polizeibeamte in der Nähe der Grenze von Heckenschützen angegriffen.

Es ist gewiß eine tragische Situation, daß die Gewalt in Nordirland nicht auf eine Seite der politisch gespaltenen Bevölkerung beschränkt ist. Die paramilitärischen Gruppen der protestantischen Loyalisten halten einen grauenhaften Rekord an Morden und Plünderungen, die unerträglich große Leiden unter dem katholischen Bevölkerungsteil hervorgerufen haben. Dies führte auch zur Inhaftierung zahlreicher Mitglieder der Terrororganisationen UDA und UVF. Eine Spirale von Mord und Einschüchterung lastet über dem Leben der Menschen in der geteilten Nordprovinz.

Im Zusammenhang mit dem Hungerstreik wurde auch die Frage einer Gefängnisreform diskutiert. Von vielen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß die britische Regierung in den Einzelfragen (Gefängnis-schließung, Freizeiten und Gefängnisarbeit) unbeweglich ist. Die Regierung steht vor dem Problem, daß diese Forderungen ausgerechnet von der IRA als eindeutiger Bestandteil der Kampagne für den politi-

sehen Status betrachtet werden. Den Gefangenen angesichts der Erpressung durch einen verzweifelten Hungerstreik entgegenzukommen, würde einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen. Auch die Regierung der Republik lehnte Mitte der 70er Jahre ein ähnliches Einlenken gegenüber den IRA-Gefangenen ab, woraufhin diese ihre Aktion abbrachen.

In einer Situation, in der der Druck seitens der Hungerstreikenden und ihrer politischen Front aufgegeben würde, wäre eine langfristige Lösung im Rahmen einer allgemeinen Strafvollzugsreform durchaus machbar. Die irische Labour Party setzt sich im Namen der Humanität beharrlich für eine solche allgemeine Strafvollzugsreform ein. Schon aus prinzipiellen Gründen und auch aus Vernunftabwägungen heraus ist es äußerst wichtig, daß die Haftbedingungen kontinuierlich verbessert werden.

Ungewiß sind die politischen Auswirkungen des Todes von Bobby Sands; die Gefahr einer Gewalt eskalation und neuer Spannungen zwischen den Religionsgemeinschaften ist gegeben. Die Stimmung der republikanischen Elemente in der Bevölkerung ist gereizt, während die Loyalisten im Norden mit einer

Situation konfrontiert sind, die sie zu einer gewaltsamen Reaktion treiben könnte. All dies unterstreicht die Wichtigkeit der Suche nach einer politischen Lösung des Nordirland-Problems.

Die Tragödie, die sich im Tod von Bobby Sands widerspiegelt, liegt in der zutiefst verzweifelten Situation der Menschen. Alle historischen Probleme und Spaltungen, die die sozialen Beziehungen in Irland belasten, sind durch die ruchlose Gewalt terroristischer Gruppen wie der Provisorischen IRA nur noch verschärft worden. So lange dieser Krieg weitergeht, schwinden die Möglichkeiten von politischer Diskussion und politischen Fortschritten, werden rationale Lösungen fast aussichtslos. Es könnte sein, daß dieses jüngste Beispiel für die unglückselige Tradition Irlands die Menschen in allen Gruppen von neuem zum Nachdenken darüber bewegt, was der Vorsitzende der Labour-Party, Frank Cluskey, aussprach, als er darum bat, „daß sich doch jeder der Sinnlosigkeit dieses endlosen Kreislaufs von Gewalt und Gegengewalt bewußt werden möge, der das Leben der Menschen überschattet und das Leben so vieler zerstört hat“.

Tony Brown

Italien: Kurswert der Sozialisten gestiegen

Italien bereitet sich auf zwei wichtige Entscheidungen vor. Nach der Volksabstimmung über das Abtreibungsgesetz, das eine große Mobilisierung in den Lagern der Befürworter und der Gegner einer der wichtigsten inneren Reform der Republik Italien ausgelöst hatte, stehen Mitte Juni Wahlen in wichtigen Regionen und Kommunen an. Zum ersten Mal nach den seinerzeit aufsehenerregenden Erfolgen der Kommunisten bei den Wahlen von 1975 sind die Bürger in der Region Sizilien und in den Großstädten Rom und Genua aufgerufen, neue Regional- und Kommunalregierungen zu wählen. Das Hauptaugenmerk richtet sich dabei auf Rom, dessen Geschicke seit fünf Jahren von einer kommunistisch geführten Koalition gelenkt werden – zunächst mit dem weltweit renommierten Kunsthistoriker Giulio Carlo Argan, der im vergangenen Jahr aus gesundheitlichen Gründen Luigi Petroselli Platz machte. Die Koalition auf dem Kapitol hat in ihrer fünfjährigen

Amtszeit eine Reihe von Problemen anpacken, aber natürlich nicht lösen können. Unter ihrer Regierung wurde die zweite U-Bahnlinie Roms in Betrieb genommen, von der nicht nur Spötter behaupten, daß ihre Bauzeit diejenige des Suez-Kanals um etliches übertroffen habe. Der Ausgang der Wahl in Rom gilt bei allen kompetenten Beobachtern als unsicher.

Anders verhält es sich mit der Hafenstadt Genua, wo allgemein erwartet wird, daß der sozialistische Bürgermeister Aldo Cerofolini weiterhin eine Links-Koalition im Rathaus anführen wird. In Sizilien wird gleichfalls nicht mit einer gravierenden Verschiebung der Kräfteverhältnisse gerechnet. Eines der dominierenden Themen für die voraussichtlich auch künftig christdemokratisch geführte Regionalregierung dürfte das Verhältnis zu den Kommunisten sein. (In Italien hält sich hartnäckig die These, daß der frühere Präsident der Regionalregierung in Palermo, der Christdemokrat Piersanti Mattarella letztlich deshalb ermordet wurde, weil er für seine relativ offene Haltung gegenüber der KPI bekannt war.)

Sozialisten und Sozialdemokraten machen sich Hoffnungen darauf, bei diesen Wahlen gut abzuschneiden. Insbesondere für die Sozialisten könnte

positiv zu Buche schlagen, daß die Radikale Partei in der Ewigen Stadt keine eigene Liste aufstellen will. Es gilt als wahrscheinlich, daß ein Teil dieses Wählerpotentials (insgesamt nicht weniger als rund 8%) sozialistisch wählt, so daß der Partei Bettino Craxi ein fühlbarer Stimmengewinn von außen ins Haus stehen dürfte.

Die Sozialisten können sich obendrein auf den positiven Verlauf ihres Parteitages Ende April in Palermo stützen. Craxi konnte seine Mehrheit in der Partei auf diesem Parteitag weiter ausbauen und hat jetzt einen Stellenwert erreicht, den selbst sein Lehrmeister und politischer Ziehvater Pietro Nenni in seinen besten Zeiten nicht verbuchen konnte. Dank dieses Erfolges ist der Kurswert der Sozialisten an der innenpolitischen Börse Italiens beträchtlich gestiegen. Konnte vor gut zwei Jahren der erste Anlauf Craxis, den Palazzo Chigi, den Sitz des Ministerpräsidenten, zu erobern, von der Demokrazia Christiana noch relativ leicht abgeblockt werden, sieht es jetzt so aus, daß die DC zunehmend weniger in der Lage ist, ihr Führungsmonopol in Italien inhaltlich wie personell zu behaupten. Einen nicht unbedeutenden Effekt zugunsten des Sozialistenführers dürfte der in dieser Höhe auch hier nicht erwartete Wahlsieg von François Mitterrand haben, bei dem auch

delikate Weiterungen des Binnenverhältnisses zwischen Kommunisten und Sozialisten in Italien nicht ausgeschlossen sind.

Im Bereich der Gewerkschaften sieht die Lage weniger positiv aus. Die anhaltende Diskussion um die Modifizierung der turnusmäßigen Anpassung von Löhnen und Gehältern an die Lebenshaltungskosten (scala mobile) hat zum ersten Mal seit langer Zeit zu einem offenen Dissens zwischen den Führern des kommunistischen und sozialistischen Flügels im größten Gewerkschaftsbund, der CGIL, geführt. Hinzu kommt, daß die unkontrollierbaren Aktivitäten sogenannter autonomer, als Gewerkschaften firmierende Gruppen insgesamt negativ auf das Prestige der drei konföderierten Bünde zurückschlägt. Schließlich hatte KP-Chef Enrico Berlinguer vor kurzem mit seiner Forderung, im Dachverband der Konföderation müßten die drei Bünde entsprechend ihrer Mitgliederstärke repräsentiert sein, einen Stein ins Wasser geworfen, von dem bislang nicht abzusehen ist, welche Wellen er schlagen wird. Ernst zu nehmende Beobachter schließen nicht aus, daß damit die überwunden geglaubte Rolle der Gewerkschaften als „Transmissionsriemen“ zur Hintertür wieder hereinkommen könnte.

Holger Quiring

Luxemburg: Unbewältigte Vergangenheit

Während des Zweiten Weltkrieges war Luxemburg wie viele andere europäische Länder von den Truppen des Deutschen Reiches besetzt. Hitlers Statthalter in Luxemburg, Gauleiter Simon, versuchte anfänglich mit der Zuckerbrotmethode die Luxemburger für das Deutsche Reich zu gewinnen. Doch da sich nur wenige Luxemburger für eine Kollaboration mit dem Nazi-Regime gewinnen ließen, nahm er bald die Peitsche zur Hand.

Zunächst wurden reihenweise Luxemburger in den Reichsarbeitsdienst verpflichtet. Ab 1942 wurden die wehrfähigen Jahrgänge in die deutsche Wehrmacht zwangsverpflichtet. Luxemburg antwortete auf diesen völkerrechtswidrigen Schritt der Nazis mit einem Generalstreik, der blutig niedergeschlagen wurde. Von diesem Moment an begann der Leidensweg vieler Luxemburger. Von den rund 10000 Luxembur-

gern, die in die Wehrmacht hineingepreßt wurden, fielen fast 3000 im Krieg oder blieben verschollen. 3500 junge Luxemburger entzogen sich der Zwangsrekrutierung in die Wehrmacht, indem sie sich im Land versteckten, zu den Alliierten oder in den französischen Maquis überliefen. Der Gauleiter antwortete mit Sippenhaft. Ganze Familien wurden nach Schlesien deportiert, an die 5000 Luxemburger kamen in Konzentrationslager, dazu 3000 Luxemburger Juden. Bei einer Bevölkerung von damals nicht einmal 300 000 Menschen mußte Luxemburg damit einen bitteren Preis für die deutsche Besetzung zahlen.

Als nach dem Krieg mit dem Wiederaufbau des Landes begonnen wurde, verpaßte die damalige Regierung die Chance, alle Kriegsoffer gleich zu behandeln. Vielmehr schuf das Kriegsschädengesetz gewissermaßen verschiedene Kategorien von Kriegsoffern, indem beispielsweise den ehemaligen KZ-Insassen und den Widerstandskämpfern größere Entschädigungen zugestanden wurden als den sogenannten Zwangsrekrutierten, den in die Wehrmacht dienstver-

pflichteten Luxemburgern.

Diese schlossen sich zu einem Interessenverband zusammen, der nun schon seit Kriegsende für eine absolute Gleichstellung aller Naziopfer eintrat. Die jeweiligen Regierungen verschafften den Zwangsrekrutierten in vielen Punkten Genugtuung, doch kamen im Laufe der Jahre auch neue Forderungen auf, z. B. der Ruf nach vorzeitiger Pensionierung aller Kriegsopfer.

Vor den Parlamentswahlen von 1979 wurden die Zwangsrekrutierten erneut aktiv und traten mit eigenen Listen in allen vier Wahlbezirken des Landes auf. Es gelang ihnen, zwei Abgeordnete ins 59köpfige Parlament zu bringen. Auch waren die Zwangsrekrutierten nicht unschuldig am massiven Wahlsieg der damaligen Opposition, der Christlich Sozialen Volkspartei, die einige führende Zwangsrekrutierte auf ihren Listen hatte, so den späteren, inzwischen verstorbenen Innenminister Jean Wolter.

Seitdem steht die neue Regierung unter dem politischen Druck der Zwangsrekrutierten, die ihren relativen Wahlerfolg ausnutzen wollen. Die Regierung hat auch ein Gesetzesprojekt ausarbeiten lassen, das den Zwangsrekrutierten die gleiche Entschädigung gewähren soll wie den anderen Naziopfern. Nur in der Frage der vorzeitigen Pensionierung hat die Regierung noch nicht nachgegeben, da deren Kostenpunkt von den verschiedenen Pensionsregimen kaum zu tragen ist. Die Zwangsrekrutierten drohen nunmehr, auch bei den Kommunalwahlen im Oktober 1981 mit eigenen Listen aufzutreten, um somit den traditionellen Partelen gewissermaßen das Geschäft zu verderben.

Die Sozialisten haben ihrerseits die Auffassung vertreten, eine gerechte Entschädigung der Zwangsrekrutierten sei die Pflicht der beiden Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches, der BRD und der DDR. Die Bundesrepublik verschanzte sich bisher in der Frage der Zwangsrekrutierten hinter dem Londoner,

die DDR hinter dem Potsdamer Abkommen.

Als jedoch Bundeskanzler Schmidt und Frankreichs ehemaliger Präsident Giscard d'Estaing 1978 in Aachen vereinbarten, eine Entschädigung für die ebenfalls in die Wehrmacht zwangsverpflichteten Elsässer und Lothringer herbeizuführen, wurde die damalige sozialistisch-liberale Regierung in dieser Frage aktiv. Es gab Gespräche zwischen luxemburgischen Regierungsvertretern mit dem Sonderbeauftragten der Bundesregierung in dieser Frage, Alex Möller, doch konnten vor den Parlamentswahlen von 1979 keine Resultate erzielt werden, obwohl die Luxemburger Sozialisten versucht hatten, ihre Verbindungen zur SPD spielen zu lassen.

Auch nach den Wahlen versuchten Luxemburgs Sozialisten in Gesprächen mit namhaften SPD-Vertretern die Bundesregierung zu überzeugen, den luxemburgischen Zwangsrekrutierte eine ähnliche Behandlung zukommen zu lassen, wie dies zwischen Deutschland und Frankreich für die französischen Zwangsrekrutierten ausgehandelt wurde. Einen ersten Erfolg hatte eine Delegation der sozialistischen Parlamentsfraktion, die in Bonn vom parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Gerhard Jahn, die Zusicherung erhielt, die SPD-Fraktion im Bundestag werde alles tun, was im Bereich ihrer Möglichkeiten liege, um zu einer angemessenen Regelung dieser Frage beizutragen.

Für das politische Leben in Luxemburg wäre dies geradezu eine Wohltat, denn die Folgen des Zweiten Weltkrieges überschatten noch immer die anderen Probleme des Landes. Vor allem finden die Zwangsrekrutierten Imitatoren. Schon hat der Vorsitzende des Blindenverbandes angekündigt, seine Organisation erwäge ebenfalls, bei den nächsten Wahlen mit eigenen Listen anzutreten...

Damit wäre der Ständestaat, der Staat der Interessengruppen definitiv im Anmarsch.

Robert Goebbels

Niederlande: Kernenergie – nein danke?

Im Land der vielen Windmühlen gibt es auch Kernenergie. Obwohl für die heutige Energieversorgung eigentlich noch völlig uninteressant – etwa 1% der Elektrizitätskapazität – ist sie, wegen der Mög-

lichkeit einer starken Ausbreitung in der Zukunft, trotzdem ein heikles politisches Thema. Der Widerstand gegen Kernkraftwerke wächst nämlich schnell und hat sich im ganzen linken Spektrum der holländischen Politik durchgesetzt. Das bedeutet, daß nicht nur kleine grün-rote Parteien sich gegen sie wehren, sondern auch die Sozialisten und die Linksliberalen. In Parlamentssitzen gezählt, bedeutet dies, daß etwas

weniger als die Hälfte der Abgeordneten sich gegen Kernenergie ausspricht. Dazu kommt, daß die Sozialisten in der Wahlkampagne versprochen haben, nicht in eine Regierung einzutreten, die nicht die Kernkraftwerke so schnell wie technisch möglich beseitigen wird. Damit ist die Kernenergie also zu einem der wichtigsten Themen des Wahlkampfes geworden (zusammen mit Sozial- und Wirtschaftspolitik und Nachrüstungsdebatte). Ob dies auch zum Wahlergebnis beigetragen hat, ist jetzt noch nicht zu übersehen, aber auf jeden Fall wird das Thema aktuell bleiben; denn auch die Christdemokraten sind – wie so oft – in dieser Sache nicht ganz einig.

Falls das Nuklearprogramm weiter durchgeführt würde, dürfte der „bürgerliche Ungehorsam“ der radikalen Gegner noch lange Zeit Schlagzellen machen. Eine ernsthafte Eskalation der Gewalt ist dabei zu erwarten.

Eigentlich befinden sich die Niederlande in einer luxuriösen Position. Zwar gibt es kaum Kohle, aber desto mehr Erdgas. Die Energiebilanz ist im großen und ganzen nicht ungünstig. Obwohl viel Öl eingeführt wird – vornehmlich für die Herstellung von Benzin und die chemische Industrie im Rotterdamer Hafen –, wird aber auch viel Erdgas exportiert, u. a. in die Bundesrepublik. In einzigem Abstand sind die Erdgaspreise – sowohl im Inland wie auch für den Export – an die internationalen Ölpreise gekoppelt.

Daß es dennoch Kernkraftwerke gibt (und zwar zwei), ist eine Folge des Fortschrittsglaubens der fünfziger und sechziger Jahre. Kernkraft und die friedliche Nutzung der neuen Nukleartechnologie schienen modern, gut und dazu auch noch sauber.

Die erste Ölpreiskrise (1973) gab den Anlaß, für einen raschen Ausbau des Kernkraftprogramms zu plädieren. Der niederländische Erdgasvorrat war schließlich nicht unbeschränkt und Kernenergie

schien billiger als Öl. Und von arabischer Willkür wollte das Land frei sein (wegen seiner Israelpolitik wurde Holland, als einziges Land neben den USA, während des Yom Kippur-Krieges von den arabischen Ländern boykottiert). Die sozialistisch-christliche Regierung Den Uyl schlug 1974 vor, innerhalb von 10 Jahren drei neue, große Kernkraftwerke zu bauen und noch weitere für die Zukunft zu planen. Die Regierung sah jedoch schon damals Schwierigkeiten voraus und forderte deshalb als Voraussetzung des Programms, daß eine befriedigende Lösung für das Abfallproblem gefunden werden müsse.

Diese Vorsicht reichte nicht. Gesellschaftlicher und politischer Widerstand zwang die Regierung, ihre Pläne zu annullieren. 1977 wurde entschieden, das Nuklearprogramm „zu stabilisieren“ und erst einmal eine breite gesellschaftliche Diskussion über dieses Thema zu organisieren. Mit diesem Erbe hat die christlich-liberale Regierung Van Agt vier Jahre lang wenig oder nichts getan. Die offizielle „gesellschaftliche Diskussion“ wartet noch immer auf ihren Beginn. Aber inoffiziell ist sie schon fast abgeschlossen. Denn die politischen Parteien der Linken, aber auch die Rechtsliberalen haben ihre Standpunkte – oft nach vehementen internen Debatten – eingenommen.

Die Entscheidung gegen Kernenergie könnte also jetzt schon getroffen werden. Aber über Alternativen für die zukünftige Energieversorgung muß die breite gesellschaftliche Diskussion eigentlich erst noch anfangen. Denn nur der Wind allein wird die holländische Mühle in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr bewegen können.

Übrigens wird eine eventuelle Entscheidung gegen die Kernenergie die gewinnträchtige deutsch-britisch-holländische atomare Zusammenarbeit in der URENCO, Almelo, vermutlich noch viele Jahre außer Betracht lassen.

Marnix Krop

Bahro

Das Hochschulzulassungsrecht in der Bundesrepublik Deutschland

Kommentar

Von Prof. Dr. Horst Bahro, Ltd. Ministerialrat a. D.

1981. XX, 440 Seiten, kartoniert DM 85,-

ISBN 3-452-18898-1

Das Recht der Hochschulzulassung hat sich im letzten Jahrzehnt stürmisch entwickelt. Mit dem Staatsvertrag der Länder vom 23. 6. 1978 hat dieser Prozeß einen zumindest vorläufigen Abschluß gefunden. Angesichts steigender Studienanfängerzahlen wird diese Rechtsmaterie in den kommenden Jahren wachsende Bedeutung erlangen.

Das Buch ist die erste umfassende Darstellung des Hochschulzulassungsrechts, auf dessen Entstehung und Entwicklung der Verfasser ebenfalls eingeht. Kommentiert sind sowohl der Staatsvertrag wie die Vergabeverordnung und die Kapazitätsverordnung (Stand: Ende 1980). Die Rechtsprechung ist erschöpfend berücksichtigt. Die Darstellung der besonderen prozessualen Fragen der Hochschulzulassung erleichtert die Benutzung in der Praxis. Zusätzlich wurden die Zulassungsgesetze der Länder sowie Verwaltungsrichtlinien aufgenommen. Ein übersichtlich gegliedertes Sachregister gewährleistet den schnellen Zugang.

Die Kommentierung richtet sich in erster Linie an Praktiker in den Verwaltungen und den Verwaltungsgerichten sowie an Rechtsanwälte. Sie wird jedoch auch für Hochschullehrer in der Selbstverwaltung und hochschulpolitischen Gremien von Nutzen sein. Die kritische Auseinandersetzung mit Rechtsnormen wie mit Rechtsprechung soll darüber hinaus auch einer Fortentwicklung dieser Rechtsmaterie dienen.



Carl Heymanns Verlag
Köln Berlin Bonn München



LESERBRIEFE

Antwort auf Walter Laqueurs Leserbrief in NG 5/81

Mit Herrn Laqueur zu streiten, ist gewiß ersprießlich. Er ist ein bekannter und (auch von mir) geschätzter Autor. Nun fühlt er sich in meinem Artikel über „Die Neue Größe Amerikas“ (NG 1/81) falsch vorgestellt, falsch zitiert und falsch verstanden. Das tut mir leid, denn ich hoffte doch, wenn schon nicht der englischen Sprache (wie Herr Laqueur freundlicherweise unterstellt), so doch wenigstens des Deutschen mächtig zu sein. Selbst auf die Gefahr hin, auch diese Hoffnung aufgeben zu müssen, will ich mich nicht auf jenes Argumentationsniveau einlassen, auf das Herr Laqueur nicht verzichtet hat. Aber richtigstellen will ich schon, daß ich nicht Herrn Laqueur, sondern das Georgetown Center for Strategic Studies, dessen Forschungsrat er vorsitzt, neben der Hoover Institution als diejenigen Einzugsbereiche vorgestellt habe, aus denen die Berater (und die Mitarbeiter) der neuen Administration vornehmlich kommen. Das trifft, wie sich inzwischen herausgestellt hat, für das Georgetown Center nur sehr begrenzt zu; viele Blühträume dort sind nicht zu Regierungsposten gereift. Aber es wird meines Wissens von niemandem ernsthaft bestritten, daß die politischen Präferenzen und intellektuellen Konzeptionen, die in diesen beiden Instituten gepflegt werden, denen der Administration Reagan sehr nahe stehen. Laqueur sagt auch, er habe „nichts dergleichen geschrieben“, was ich von ihm zitierte, nämlich „militärische Macht ist das notwendige Minimum“. Vielleicht gibt es mehrere Ausgaben von „Commentary“; in der meinen steht jedenfalls auf Seite 41 zu lesen: „... military power is a necessary minimum“. Sicherlich, Herr Laqueur hat den unbestimmten Artikel verwendet; vielleicht ist die Differenz exegetisch bedeutsam. Auf Seite 40 von „Commentary“ steht bei mir: „Paradoxerweise lehrt die Erfahrung mehrerer Dekaden, daß die politischen Beziehungen mit Ländern der Dritten Welt heute besser sein würden, wenn es wenig oder keine Wirtschaftshilfe gegeben hätte, wenn Handelsbeziehungen und Kontakte im allgemeinen auf ein Minimum beschränkt worden wären“. Dort ist auch von der „Mythologie“ die Re-

de, daß die Schwierigkeit der USA in der Dritten Welt ihre Wurzeln in den Beziehungen mit korrupten autoritären Regimen hätten. Tatsache sei jedoch, schreibt Walter Laqueur, daß „diese Alliierten keinesfalls repressiver, reaktionärer oder korrupter gewesen seien als jene, die heute als Führer des blockfreien Lagers groß auftreten. Ihr Unglück war, daß sie weniger erfolgreich (effective) gewesen sind“.

Zitate, das liegt in ihrem Wesen, werden immer aus dem Zusammenhang genommen. Entscheidend ist, daß sie den Tenor richtig wiedergeben. Walter Laqueur hat in jenem Artikel vieles beschrieben, was ich gern unterschreibe. Er hat auch nirgendwo dafür plädiert, sich nur auf die militärische Macht zu verlassen. Sie ist für ihn eben nur ein „Minimum“. Aber dies hat er so ausführlich und demonstrativ dargestellt, daß darin das eigentliche Plädoyer dieses Artikels zu sehen ist.

Es bestreitet ja niemand, daß in der gegenwärtigen Welt militärische Macht ein notwendiges, unverzichtbares Requisite ist. Alle amerikanischen Regierungen haben das so eingeschätzt; keine aber hat dem Instrument solche Bedeutung beigemessen, wie die gegenwärtige. Sie stellt die Aufrüstung und die militärische Macht derart in den Vordergrund, daß dahinter die politischen und die wirtschaftlichen Bereiche der Konflikte zu kurz kommen. Ich habe Walter Laqueur in meinem Artikel zitiert, weil sein Aufsatz exakt in der gleichen Richtung argumentiert: besser, differenzierter und nuancierter als die politische Rhetorik der Administration, aber im Tenor gleich. Er geht sogar darüber hinaus, wenn er davon spricht, daß das beste Mittel der von der Ölverteuerung am meisten betroffenen Entwicklungsländer gegen die OPEC politischer Druck, gegebenenfalls die Drohung militärischer Aktion sei.

Mit solchen Vorschlägen wird der militärischen Macht keine minimale, sondern die entscheidende Rolle zugewiesen. Es ist denkbar, daß der Autor selbst den Widerspruch nicht gemerkt hat. Aber er charakterisiert doch die Sorge Europas vor einem sich in der Reagan-Administration abzeichnenden Trend, militärische Macht überzubetonen. Für die Europäer sind im Ost-West-Konflikt wie in dem zwischen Nord und Süd Elemente militärischer Machttrivalität zweitrangig gegenüber solchen, die auf den Sachgebieten der politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Stabilität liegen. Auf dem Grund dieser Konflikte geht es um Werte, nicht um Sachen. Der Westen wird nur dann den Konflikt mit der Sowjetunion gewinnen und die Beziehungen zur Dritten Welt nützlich und fruchtbar gestalten kön-

nen, wenn er Demokratie und Wohlstand nicht nur bei sich, sondern in der Welt verbreitet. Er muß sein Konfliktverständnis erweitern, nicht verengen; darf sich auch durch die sowjetische Aufrüstung nicht die Fehlperzeption aufdrängen lassen, als handele es sich in beiden Konfliktfeldern um primär militärische Auseinandersetzungen. Deswegen war und bin ich bestürzt darüber, daß Laqueur den veralteten Begriff des *containment* nicht nur für die Überschrift zu seinem Artikel benutzt, sondern ihm auch inhaltlich so reichlich Rechnung getragen hat.

E. O. Czempliel

Einseltige Tendenz und falsche Voraussetzungen

Zum Artikel von Jutta Roitsch „Die hessische Staatspartei“ in NG 5/81

Als Landesgeschäftsführer der hessischen SPD sehe ich mich veranlaßt, auf den oben genannten Artikel einzugehen. Der folgende Leserbrief mußte deshalb so ausführlich sein, weil der Artikel von Frau Roitsch nicht nur eine sehr einseltige Tendenz hat – dagegen wäre als persönliche Meinungsäußerung wenig zu sagen –, sondern, weil er politische Schlußfolgerungen auf Fakten stützt, die sich als falsch bzw. entstellt und verzerrt erweisen.

Von einer falschen Ausgangsbasis kommt man meist zu falschen Schlußfolgerungen. Diese Binsenweisheit könnte man als summarische Kennzeichnung des obengenannten Artikels zitieren. In der Eingangsbemerkung (teilweise auch im Vorspann) wird der Eindruck vermittelt, als ginge die Sympathie für die SPD seit knapp einem Jahrzehnt in Hessen kontinuierlich nach unten. Wörtlich heißt es: „Ständig, offenkundig und unaufhaltsam neigt sich in Hessen die Wählerkurve für die SPD nach unten.“

Diese Feststellung ist – wie ein schlichter Blick in die amtlichen Wahlergebnisse zeigt – falsch. Wer die Wahlergebnisse sowohl nach absolut für die SPD abgegebenen Stimmen als auch nach Prozenten vergleicht, wird vielmehr sofort feststellen, daß es – je nach dem Zeitpunkt und der Art der Wahl – große Schwankungen, ein ständiges Auf und Ab in der Wählerbewegung gegeben hat. In dem von Frau Roitsch angesprochenen Zeitraum von 10 Jahren bedeutet dies im einzelnen folgendes: Bei der Landtagswahl 1970 erhielt die SPD 1 422 000 Stimmen; entsprechend 45,9%. Bei der darauffolgenden Landtagswahl 1974 verlor die SPD an Stimmen und erhielt 1 394 000; entsprechend 43,2%. Bei der darauffolgenden Landtagswahl 1978 nach dem

Amtsantritt von Ministerpräsident Holger Börner steigerte die SPD ihre absolute Stimmenzahl um über 120 000 auf 1 516 000; entsprechend 44,3%. Wie man daraus ableiten kann, die SPD-Kurve sei ständig nach unten gegangen, ist mir schleierhaft.

Bei den Bundestagswahlen ergibt sich ein ähnliches Bild:

1969:	1 492 000 Stimmen (48,2%)
1972	
(Willy Brandt-Wahl!):	1 697 000 Stimmen (48,5%)
1976:	1 626 000 Stimmen (45,7%)
1980 (vor einem halben Jahr!):	1 655 000 Stimmen (46,4%)

Mit dieser letzten Wahl baute damit die SPD ihren Vorsprung vor der CDU von 0,9 Prozent-Punkten im Jahre 1976 auf fast 6 Prozent-Punkte aus. (Amtliche statistische Berichte Az. B VII 1-80/7)

Auch hier zeigt sich also, daß von einem kontinuierlichen Absinken der SPD in der hessischen Wählergunst überhaupt keine Rede sein kann, sondern daß die SPD vielmehr sowohl in absoluten Stimmen wie in Prozenten bei den Bundestagswahlen ihr Niveau gehalten hat und unverändert stärkste Gruppierung bei dieser Wahl geblieben ist.

Ein anderes Bild zeigt sich in der Tat bei den Kommunalwahlen, und zwar insbesondere seit 1977, nachdem der Termin für die Kommunalwahlen verlegt wurde auf einen Zeitraum von einem halben Jahr nach der jeweils vorausgegangenen Bundestagswahl. Ein Vergleich zwischen 1976 und 1977 zeigt ein ganz ähnliches Bild wie der Vergleich zwischen 1980 und 1981: Hunderttausende von sozialdemokratischen Wählern, die bei der Bundestagswahl noch zur Wahl gingen, blieben bei den Kommunalwahlen zu Hause. Diese Wahlenthaltung war 1981 noch stärker als 1977.

Ich habe diese Zahlen deshalb so ausführlich zitieren müssen, weil damit bewiesen ist, daß die entscheidende Beobachtung, die Frau Roitsch gemacht zu haben glaubt, sich als nachweislich falsch entpuppt hat. Da es sich um allgemein bekannte Zahlen handelt, kann ich dies fast nicht auf Unkenntnis zurückführen, sondern muß davon ausgehen, daß der Einstieg bewußt so gewählt worden ist, weil nur darauf die gewünschte Ableitung sich scheinbar logisch aufbauen ließe.

Der Artikel läßt sich auch von seinen inhaltlichen Prämissen an vielen Stellen in den entscheidenden Punkten widerlegen oder ist in sich widersprüchlich. Es seien nur einige Beispiele angeführt: Da heißt es

zum Beispiel, „ein wichtiger, nicht nur in Hessen spezifischer Punkt ist die wachsende Abneigung der Bürger gegen Großprojekte jedweder Art, die ihre unmittelbare Umwelt verschandeln, zerstören oder unattraktiv machen“. Muß man die Verfasserin nicht fragen, ob sie auch hier Wunschvorstellungen anstatt Fakten pflegt? Zum Beispiel Frankfurt: Hier hat sich doch vor allem die SPD nach einem aus meiner Sicht notwendigen Umdenkungsprozeß gegen Großprojekte gewandt (Prunkbauten, Bundesgartenschau, weitere Wolkenkratzer). Demgegenüber hat der Kandidat der CDU sich nachdrücklich für alle diese Projekte ausgesprochen. Ich kann jedenfalls aus den Zahlen, die mir über das Frankfurter Wahlergebnis vorliegen, nicht die Schlußfolgerung ziehen, daß der Wähler dieses Verhalten von Herrn Wallmann bestraft und den Umdenkungsprozeß der SPD belohnt hätte.

Mir bleibt daher rätselhaft, wie die Verfasserin angesichts dieser Fakten trotzdem schreiben kann, „zum Ausdruck kommt aber auch das Unbehagen an einer fatalen Neigung von Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung, solche Vorhaben nämlich immer einen Schlag größer, bombastischer und teurer zu machen, als es eigentlich notwendig ist“.

In diesem Zusammenhang beruft sich Frau Roitsch auf eine wachsende „Bereitschaft, auf zusätzliches Geldverdiensten zu verzichten“. Ich weiß nicht, ob Frau Roitsch sich dabei auf Erfahrungen in ihrem Bekannten- oder Kollegenkreis bezieht oder auf repräsentative Untersuchungen. Mir liegen jedenfalls derartige Untersuchungen nicht vor. Von einer relativ kleinen, gut verdienenden Minderheit abgesehen, sind mir keine gesellschaftlichen Gruppen bekannt, die bereit wären, auf zusätzliches Einkommen zu verzichten.

Von dieser, meines Erachtens völlig unberechtigten, um nicht fast zu sagen zynischen Ausgangsposition, wird dann aber die Schlußfolgerung von Frau Roitsch scheinbar logisch, sie könne Holger Börner vorwerfen, sich „auf die vermeintliche Stammwählerschaft zu konzentrieren“ und dabei „bewußt auf einen Versuch zu verzichten, Alternativbewegung, Frauenbewegung und Arbeiterbewegung zusammenzubringen“.

Deswegen bezweifelt sie, ob mit dieser Strategie die Wählermehrheit zu gewinnen ist. Sie nennt die offizielle Marschrichtung der Partei in Hessen – die sie in der zitierten Form im übrigen nicht nur verkürzt, sondern auch verfälscht – sogar gefährlich. Zur Begründung verweist sie darauf, der Versuch, alles Facharbeiterinteressen unterzuordnen, verbrei-

tere die Kluft in der SPD, weil die SPD keine Arbeiterpartei mehr sei. Dieses letztere ist insofern richtig, als die SPD seit Godesberg 1959 sich immer mehr zur Volkspartei entwickelt hat, die auch die Interessen von gesellschaftlichen Gruppen außerhalb der Arbeiterschaft wahrnehmen will. Es ist aber insofern falsch, als die SPD trotz ihres Charakters als Volkspartei sich gerade dem Interesse der Arbeiter, dieser breiten Sicht innerhalb der Arbeitnehmerschaft, verpflichtet fühlt und dafür vorrangig kämpft. Ich bin in der Tat der Überzeugung, daß ein Teil der Verunsicherung sozialdemokratischer Wähler darin zu suchen ist, daß sie irre daran geworden sind, wie weit ihre Interessen von der SPD in der Regierung noch wahrgenommen werden bzw. realisiert werden. Dies wieder deutlich zu machen, halte ich deshalb für ein wichtiges politisches Ziel. Ich teile auch nicht die Auffassung, daß man diese Wähler dadurch zurückholt, daß man nunmehr umschwenkt auf eine alternative Politik – was immer darunter zu verstehen sein mag. Die Tatsache, daß seit der Bundestagswahl fast 700 000 Wähler von SPD und FDP bei der Kommunalwahl nicht zur Wahl gegangen sind, die „Grünen“ aber nur rund 65 000 Stimmen gewonnen haben – also nicht einmal ein Zehntel! – zeigt meines Erachtens, daß man diese beiden Wählerströme nicht ohne weiteres gegeneinander aufrechnen kann.

Unklar ist mir auch, woraus Frau Roitsch solche sehr harten Urteile wie „autoritäres Rechthaben“, „Schuldzuweisung“ und ähnliches herleitet. Sowohl in der Erklärung des Landesvorstandes wie in den Erklärungen der beiden Bezirksvorsitzenden zum Ausgang der Kommunalwahl ist gerade umgekehrt darauf hingewiesen worden, daß das Wahlergebnis nicht mit einer Patentantwort zu erklären ist, wie es manche gerne hätten, sondern, daß man gemeinsam über die vielfältigen Ursachen nachdenken müsse.

Wenn Frau Roitsch behauptet, innere Auseinandersetzungen in der SPD sollten durch Beschwörung von Solidarität unterbunden werden, und eine Minderheit solle disziplinierten Gehorsam üben, so stellt dieses die Frage meines Erachtens einfach auf den Kopf. Tatsache ist doch im Augenblick, daß es Gruppierungen in der Partei gibt, die um keinen Preis bereit sind, getroffene und schon in Vollzug gesetzte Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren. So halte ich es zwar für verständlich und legitim, sachlich gegen die Startbahn West zu sein; ich halte es jedoch einfach für eine völlige Verdrehung der Tatsachen, der Landtagsfraktion oder der Landespartei (wo ist zum Beispiel auf einem Landesparteitag überhaupt einmal zum Frankfurter Flughafen ein Antrag ge-

stellt worden?) etwa undemokratisches Verhalten vorzuwerfen. Ich halte es für legitim, daß Gruppen in der Partei für einen Ausstieg aus der Kernenergie um Verbündete werben. Ich halte es für falsch, dem Landesvorsitzenden in diesem Punkt einen Verstoß gegen Landesparteitagsbeschlüsse vorzuwerfen. Wer die Politik der hessischen Landesregierung in Sachen Wiederaufbereitung verfolgt, wird feststellen, daß sie sich fast nahtlos in Übereinstimmung befindet mit der Entscheidung des Friedberger Landesparteitages, von der die Jungsozialisten erklärt haben – nicht Börner – sie fühlten sich daran nicht gebunden. Wenn man jetzt auf diese Beschlüßlage verweist, schlußfolgert Frau Roitsch, Minderheitsmeinungen sollten diszipliniert werden und inhaltliche Auseinandersetzungen unterbleiben. Ich halte dies – vorsichtig formuliert – für eine etwas eigenartige Logik.

Unverständlich und widersprüchlich bleiben genauso andere Punkte: Während Frau Roitsch das „ruppige Abhalftern von Politikern, die sozialdemokratische Sehnsucht in Politik umzusetzen versuchen“, als Irritation der Wähler zitiert und in diesem Zusammenhang auch den früheren Kultusminister Ludwig von Friedeburg nennt, behauptet sie aber zugleich, „die über das Land gestreuten licht-, luft- und fensterlosen Gesamtschulen seien abschreckende Beispiele“ für sozialdemokratische Politik in Hessen. Dem Leser soll damit offensichtlich der Eindruck vermittelt werden, bei dieser Situation brauche sich Ministerpräsident Börner nicht zu wundern, wenn die Wähler wegbleiben. Gerade weil auch ich Ludwig von Friedeburg schätze, muß ich fragen, trifft denn die von Jutta Roitsch vorgenommene Charakterisierung der vornehmlich während seiner Amtszeit errichteten Gesamtschulgebäude überhaupt zu? Ich kenne keine, und Jutta Roitsch müßte diese Beispiele doch einmal nennen. Es wundert mich, daß sie mit den „licht-, luft- und fensterlosen Gesamtschulen“ CDU-Argumente übernimmt, wie es übrigens auch in der in ihrem Artikel folgenden Passage mit der Überschrift „die Versorgungspartei“ verächtlich viele Punkte gibt, die aus der von dem CDU-Politiker Biedenkopf gegen die Gewerkschaften im DGB gerichteten Kampagne entlehnt sein könnten.

Insgesamt schließt sich der Kreis ziemlich deutlich: Die eigene politische Meinung und Wunschkonstruktion werden einfach als richtungsgebend gesetzt, und die Tatsachen werden dann in das entsprechende Korsett gepaßt, damit die Logik zu stimmen scheint. Vielleicht liegt die Erklärung für diesen Artikel deshalb auch weniger im rationalen, sondern eher im psychologischen Bereich. Das enttäuschte

SPD-Mitglied Jutta Roitsch wollte einmal richtig mit seiner Partei abrechnen. Deswegen schrieb sie ja auch einen Artikel für die SPD-Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“. Diesen brachte sie dann der Journalistin Jutta Roitsch zur Kenntnis, damit diese ihn als Vorabdruck der „Frankfurter Rundschau“ exklusiv zur Verfügung stellen konnte. (Die „Frankfurter Rundschau“ dokumentierte den NG-Artikel Jutta Roitschs am 27.4.; Red.) Insofern teilt allerdings die Genossin Roitsch eine Eigenart, die auch manch anderer Sozialdemokrat hat: Sie sagt den Genossen nicht direkt, sondern über die Zeitung, was sie von ihnen hält.

Als Landesgeschäftsführer kann ich dem SPD-Mitglied Jutta Roitsch sagen, daß ich zwar für viele Enttäuschungen Verständnis habe, weil eigene Ziele sich nicht in der erwarteten Schnelligkeit oder Deutlichkeit durchsetzen lassen. Es bleibt aber gleichwohl das Fazit, daß Frustration und Emotion in der Regel nicht die besten politischen Ratgeber sind.

Einem vielgeplagten Landesgeschäftsführer einer sozialdemokratischen Partei in Regierungsverantwortung sei noch eine persönliche Abschlußbemerkung gestattet: Ich finde es außerordentlich gut, daß die SPD auch bei ihren eigenen Publikationen die Pressefreiheit über alle anderen Ziele stellt. Das bedeutet, daß ich es verständlich finde, von kritischen und unabhängigen Journalisten Artikel in parteiinternen Medien auch dann zu übernehmen und anzufordern, wenn sie nicht nur die SPD heftig attackieren, sondern auch von falschen Fakten und Voraussetzungen ausgehen. Trotzdem frage ich mich, ob es mit diesem Ziel wirklich kollidieren würde, wenn die betroffene Gliederung der Partei, die da verrissen wird, wenigstens gleichzeitig informiert würde und dadurch die Chance bekäme, zu einer bestimmten Fragestellung aus ihrer Sicht Stellung zu nehmen. Die „Frankfurter Rundschau“ hat sicherlich einen Kommunikationswert, der in wichtigen Kreisen unserer Partei erheblich höher zu veranschlagen ist als der der meisten parteiinternen Medien, die wir haben. Auch insofern finde ich es gut und nützlich, wenn man als Parteiorgan in einen wechselseitigen Meinungsaustausch tritt. Aber auch dieses Ziel ist meines Erachtens nicht dadurch konterkariert, wenn die betroffene Parteigliederung Gefeggenheit erhält, in der gleichen Ausgabe gegebenenfalls sogar zu dem gleichen Thema ihre Position deutlich zu machen.

*Mit solidarischen Grüßen Paul Leo Gianl
Landesgeschäftsführer
der hessischen SPD*

Bücher **Themenbereich** **Medienpolitik**

Auseinandersetzungen um Fragen mit medienpolitischem Bezug bestimmen in zunehmendem Maße die öffentliche Diskussion. Herausragende Konfliktebenen sind die Debatten um den Norddeutschen Rundfunk (NDR), die Einführung „neuer Medien“ (Bildschirmtext, Kabel- und Satellitenfernsehen), die Struktur des Rundfunk- und Fernsehsystems, verbunden mit dem Versuch, die Privatisierung (auch) in diesem Bereich voranzutreiben, wobei hier allzu gerne die „Freiheit des Bürgers“ als Argument herangezogen wird.

Die nicht minder interessanten Fragen nach der Struktur des bundesdeutschen Pressewesens, nach der „inneren Pressefreiheit“ in Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen oder nach den Auswirkungen einer Veränderung der „Rundfunklandschaft“ auf die „Presselandschaft“ bleiben dabei weitgehend außer Betracht.

Zwischenzeitlich liegt eine Kurzfassung eines „Aktionsprogramms der SPD zu den neuen Technologien im Medienbereich“ vor. Dieses Programm wurde am 27. März 1981 von der Kommission Medienfragen beim SPD-Vorstand beschlossen. Erfreulich klar fallen dabei die Aussagen für eine bewußte Entscheidung über die Einführung neuer (Kommunikations-)Technologien und zur öffentlich-rechtlichen Rundfunkordnung sowie die Absage an die Kommerzialisierung der Rundfunkprogramme aus. In Aussicht gestellt werden Aktionsprogramme, um den Bürgern die Haltung der SPD im einzelnen darzulegen. Nachdem

die bundesdeutschen Zeitungs- und Zeitschriftenverleger an diesem Engagement im elektronischen Bereich interessiert sind und diese auch über die ihnen zur Verfügung stehenden Druckmedien forcieren, ist die Schaffung einer solchen „Gegenöffentlichkeit“ erforderlich.

Aber auch angesichts des Gesamtzustandes der Partei bietet die Medienpolitik die Möglichkeit, zu einem weitgehend einheitlichen Handeln zu kommen, weil auf diesem Feld – soweit erkennbar – ein breiter Konsens vorhanden ist.

Bei dieser Sachlage ist eine Einführung in die naheliegendsten Kommunikationstechnologien hilfreich, wie sie Buchholz und Kulpok verfaßt haben.

Axel Buchholz/Alexander Kulpok:
Revolution auf dem Bildschirm – Die neuen Medien: Videotext und Bildschirmtext. Goldmann Verlag, München 1979, DM 6,80

Neben der ausführlichen Beschreibung dieser Systeme ist die Erläuterung der einschlägigen Begriffe ebenso hilfreich, wie die Dokumentation der Stellungnahmen zu den Feldern Videotext und Bildschirmtext.

Hintergründe dieser Entwicklungen, die wirtschaftlichen Interessen, die Verbindungen zwischen der für die bundesdeutsche Wirtschaft bedeutenden elektrotechnischen Industrie zur deutschen Bundespost und die bislang völlig ungeklärte Frage, ob die Ausdehnung von Fernsehprogrammen Sinn macht, werden aufgeworfen bei Claus Eurich und in zwei von Michael Wolf Thomas herausgegebenen Bänden.

Claus Eurich: **Das verkabelte Leben – Wem schaden und wem nützen die Neuen Medien.** Rowohlt Verlag, Reinbek 1980, DM 6,80

Michael Wolf Thomas (Hrsg.): **Die Verteidigung der Rundfunkfreiheit.** Rowohlt Verlag, Reinbek 1979, DM 5,80

Michael Wolf Thomas (Hrsg.): **Ein anderer Rundfunk – eine andere Republik oder die Entzignung des Bürgers.** Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/ Bonn 1980, DM 9,80

Aus dem bei Rowohlt erschienenen Band von Thomas ist besonders die zusammenfassende Dokumentation über die Pressionen, denen das Rundfunksystem seit seiner Entstehung in Deutschland ausgesetzt ist, hervorzuheben. Beklemmend ist auch die im Vorwort schon umrissene Entwicklung bei den Rundfunkanstalten, wie seitens interessierter Kreise, die ihre politische Heimat immer wieder bei der CDU/CSU finden, der Druck auf die Rundfunkanstalten verstärkt wird, indem man sich auf die angebliche Unausgewogenheit des Fernsehprogrammes beruft.

Aufschlußreich ist in dem bei Dietz erschienenen Band die Untersuchung von Kleinststeuer über das Verhältnis von Wirtschaft/Bundespost und Rundfunk. Besonders deutlich macht der Band im übrigen das Beziehungsgeflecht, in das die Medienpolitik eingebunden ist. Von den Ausführungen des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1961 über die schon angesprochenen wirtschaftlichen In-

teressen bis hin zur technischen Problematik werden hier alle wichtigen Punkte angesprochen – dies alles unter dem Gesichtspunkt des Nutzens für den den Medien ausgelieferten Menschen.

Das technisch Mögliche, aber auch Finanzierungsprobleme im Bereich der Medien werden von Burich erörtert, der deutlich macht, daß der Zugriff auf neue Mediensysteme ohnehin nur demjenigen möglich sein wird, die in der Lage sind, die Finanzierungsrisiken abzudecken. Aber selbst die Industrie versucht diese Risiken dadurch zu entschärfen, daß die Verkabelungsarbeiten von der Deutschen Bundespost getragen werden. Das Interesse am Ausbau der Mediensysteme einerseits hat hier die besondere, im Finanzien liegende Schwierigkeit, daß 90% der Investitionen vor dem ersten Laufen der Systeme zu erbringen sind.

In diesem Zusammenhang müssen dann die Möglichkeiten, wie sie in dem Magazin Brennpunkte in der Reihe Fischer-Alternativ gesehen werden, doch stark bezweifelt werden.

Fischer-Alternativ: Massenmedien spontan – Die Zuschauer machen ihr Programm. Fischer Verlag, Frankfurt/ M. 1978, DM 5,80

Bei diesen erheblichen Aufwendungen wird zu fragen sein, ob da noch viel Platz für die mögliche Spontaneität bleibt, die in diesem Bändchen im Ausbau der neuen Medien erkannt werden will.

Die im Untertitel des Buches bei Burich aufgeworfene Frage:

„Wem schaden und wem nützen die Neuen Medien“, stellt sich somit relativ unvermittelt.

Die politische Diskussion wird in diesem Zusammenhang zwar von Freiheitsargumenten geprägt, dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es letztlich – einmal mehr – nicht um die „Freiheit des Bürgers“ schlechthin geht; vielmehr wird unter Berufung auf die Rundfunkfreiheit nichts anderes versucht, als die wirtschaftliche Freiheit jener zu verbrämen, die versuchen, aus ihren wirtschaftlichen Interessen heraus den Ausbau der Mediennetze zu forcieren. Diesen Vorbehalt muß man auch gegenüber den Ausführungen von Bergsdorf erheben.

Wolfgang Bergsdorf: Die vierte Gewalt – Einführung in die politische Massenkommunikation. Verlag Hase & Koehler, Mainz 1980, DM 16,80

Bergsdorf behandelt Fragen der Massenkommunikation unter den zwei Stichworten „Forschung“ und „Massenkommunikation in Deutschland“, um dann im Nachwort mit der These von dem weltweiten Kommunikationsnetz, das sich die Menschheit geschaffen habe, aufzuwarten. Mit diesem friedlichen Bild werden – ganz dem deutsch-romantischen Harmoniestreben entsprechend – alle Interessensgegensätze vom Tisch gefegt, woran sich der Schluß knüpft, daß sich auch die bundesdeutsche Medienlandschaft der Einführung der neuen Kommunikationstechnologie einerseits und der Veränderung der rechtlichen Organisation des Rundfunksystems andererseits nicht entziehen könnte, wobei auch die europäische Integration, die

Deutschlandpolitik und die europäischen Vereinbarungen innerhalb der KSZE bemüht werden.

Bergsdorfs Darlegungen müssen umso mehr überraschen, als er im ersten Teil durchaus noch erkannt hat, daß die Begriffswelt der Massenkommunikation weitgehend darüber hinwegtäuscht, daß es sich hierbei um ein Einbahnsystem handelt, das dem Medienkonsumenten wenig Einflußchancen beläßt. Gerade hierdurch wird aber die tatsächliche Interessenlage deutlich, wenn nämlich versucht wird, unter Berufung auf Freiheit im allgemeinen, für bestimmte Kreise in der bundesdeutschen Gesellschaft weitere Privilegien zu schaffen.

Das führt unmittelbar zu Hansjörg Bessler, der in der vom Intendanten des Süddeutschen Rundfunks, Hans Bausch, herausgegebenen Reihe „Rundfunk in Deutschland“ sich der Hörer- und Zuschauerforschung angenommen hat.

Hansjörg Bessler: Hörer- und Zuschauerforschung, Reihe „Rundfunk in Deutschland“, Bd. 5. Deutscher Taschenbuchverlag, München 1980, DM 17,80

Bessler unterzieht sich dabei der Mühe die Hörer- und Zuschauerforschung bis in die Zeiten der Weimarer Republik zurückzuverfolgen. In seiner Einleitung gibt er im übrigen – insoweit auch ein interessantes Beispiel für die Auswirkungen des Dritten Reiches auf die Sozialwissenschaften in Deutschland – einen Überblick über die die Sozialwissenschaften prägenden Persönlichkeiten seit den 20er Jahren, woraus sich eine bestimmte Art der Forschungsmethodik ergab, die weniger an der empirischen Forschung als vielmehr an ästheti-

schen Kategorien orientiert war.

Nicht minder interessant sind die von Hans Bausch selbst in der genannten Reihe auf über 1000 Seiten beschriebenen Entwicklungslinien der Rundfunkpolitik seit 1945.

Hans Bausch: Rundfunkpolitik seit 1945, 2 Bde., Reihe „Rundfunk in Deutschland“, Bd. 3 u. 4. Deutscher Taschenbuchverlag, München 1980, je DM 17,80

Bausch verkennt dabei keineswegs, daß es für einen im Rundfunksystem selbst Handelnden nicht einfach ist, die Distanz für eine solche Untersuchung zu halten, immerhin ein Ausdruck für Problembewußtsein.

Allein ein Blick in die Einleitung der beiden Bände zeigt, in welcher feiner Verästelung sich die Entwicklung des Rundfunkwesens in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg vollzogen hat, während in der allgemeinen Diskussion doch immer nur die „Highlights“ wahrgenommen werden, obwohl, worauf alle Autoren hinweisen, die Medienpolitik doch einen zentralen und bestimmenden Faktor der politischen Kultur darstellt. Besonders hervorzuheben ist das in den Text eingearbeitete Urkundenmaterial, das gerade angesichts der Vielzahl der historischen Details auflockert und zugleich sehr informativ ist. Wie detailliert die Darlegungen von Bausch sind, ergibt sich daraus, daß für die Jahre 1945 bis 1948 allein 158 Seiten verwandt werden, um die unterschiedlichen Entwicklungslinien in den einzelnen Besatzungszonen nachzuzeichnen.

Die beiden anderen Bände dieser Reihe befassen sich mit den nicht minder interessanten Fragen der Rundfunkentwicklung

während der Weimarer Republik und während des Dritten Reiches.

Alles in allem ist diese Reihe das erste umfangreiche, weiten Kreisen zugängliche – weil auch bezahlbare Kompendium der Rundfunkentwicklung in

Deutschland, wobei auch hier die Verbindungslinien zwischen den verschiedensten wissenschaftlichen Disziplinen erkennbar werden.

Stark sozialwissenschaftlich orientiert und angesichts der gesellschaftlichen Bedeutung der Kommunikation und der Massenmedien auch besonders wichtig ist das Buch von Wulf Hund und Bärbel Kichhoff-Hund.

Wulf D. Hund/Bärbel Kirchhoff-Hund: Soziologie der Kommunikation – Arbeitsbuch zur Struktur und Funktion der Medien. Rowohlt Verlag, Reinbek 1980, DM 10,80

Die beiden Autoren legen eine Untersuchung zu dem Begriff der Kommunikation vor, wobei sie diesen Begriff in allen Zweigen ausleuchten. Dies wird am Ende des Bandes verbunden mit einer ausführlichen Dokumentenzusammenstellung beziehungsweise einem Abriss des historischen Werdens des bundesdeutschen Kommunikationssystems, wobei auch hier bis in das 19. Jahrhundert Entwicklungslinien verfolgt werden.

Schließlich ist noch hinzuweisen auf eine Untersuchung, die gerade an der Nahtstelle der aktuellen Probleme ansetzt. Hoffmann-Riem legt eine Studie über das kommerzielle Fernsehen vor:

Wolfgang Hoffmann-Riem: Kommerzielles Fernsehen – Rund-

funkfreiheit zwischen ökonomischer Nutzung und staatlicher Regelungsverantwortung: das Beispiel USA. Nomos Verlag, Baden-Baden 1981 (Band 13 der Reihe: Materialien zur interdisziplinären Medienforschung), DM 69,-

Hoffmann-Riem untersucht unter diesem Titel das Spannungsverhältnis von Rundfunkfreiheit zwischen ökonomischer Nutzung und staatlicher Regelungsverantwortung am Beispiel der Vereinigten Staaten. Er versteht seine Darlegungen als Beitrag zur Erhöhung der Entscheidungsrationale im Bereich der von ihm gesehenen „grundlegenden Umwälzung der technisch vermittelten Kommunikation“. Er erkennt dabei aber auch bereits, daß diese technische Umwälzung erhebliche Auswirkungen auf die sozialen Kommunikationsstrukturen hat. Die Problematik liegt dabei darin, hierauf weist Hoffmann-Riem zu Recht hin, daß die Beurteilung eines Kommunikationssystems nicht ohne Bezugnahme auf die politische Kultur vorgenommen werden kann, in der dieses Mediensystem steht, so daß nicht ohne weiteres amerikanische Zustände und Entwicklungslinien auf die bundesdeutsche Ebene transportiert werden können.

Immerhin ergibt sich, daß die amerikanische Medienlandschaft in erheblichem Maße von Konzentrationserscheinungen geprägt ist, die sich nicht nur auf einzelne Bereiche innerhalb des Mediensystems beschränken; vielmehr handelt es sich um eine multimediale Konzentration, das heißt unterschiedliche Medienträger befinden sich in der Hand weniger Gesellschaften. Es gibt also nicht nur die großen Fernsehgesellschaften oder Zeitungs-

Was ist der Unterschied zwischen einem Sozialdemokraten und einem gut informierten Sozialdemokraten?

Hat jetzt der oder der zur Verjährung ja gesagt oder das Thema vertagt? Die Tagesschau läßt viele Fragen, manches Boulevard-Blatt viele Münder offen.

Das heißt nun nicht, daß man seine Zeitung nach Gewicht kaufen sollte. Dazu wird zuviel leeres Stroh auf zu vielen gefüllten Seiten gedroschen.

Also, was ist dann das Rezept?

Eines der Rezepte, wohlgernekt nur eines, kann eine Wochenzeitung sein, die den Mut hat, sich auf die wichtigen Fragestellungen zu konzentrieren. Noch besser, wenn es die Fragen sind, die von den wichtigsten Leuten kontrovers diskutiert werden. Wenn Sie ein gut informierter Sozialdemokrat sind, kennen Sie diese Themen aus dem



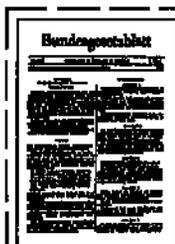
Vorwärts. Wenn Sie den Vorwärts nicht kennen, oder ihn länger nicht gelesen haben – probieren Sie ihn mal wieder.

Er ist weder weit-schweifig noch langweilig, weder lau noch leichtfertig. Er reicht von Biedenkopf bis Beckett, von der Jugend, die aussteigt, bis

zum Management.

Der Vorwärts ist kein Ersatz für Ihre täglichen Nachrichten. Aber er ist eine Alternative von Woche zu Woche. Sie denken politisch bewußt, lesen Sie politisch bewußt.

Der Unterschied zwischen einem Sozialdemokraten und einem gut informierten Sozialdemokraten? Letzterer hält sich nicht nur den Spiegel vor. Lesen Sie drei Wochen unverbindlich den Vorwärts.



GUTSCHEIN

Bitte einlesen an: Neuer Vorwärts Verlag, Postfach 200910, 5300 Bonn 8
Schicken Sie mir drei Wochen lang kostenlos und unverbindlich den Vorwärts. Wenn Sie danach (innerhalb von 10 Tagen) nichts von mir hören, erhalte ich wöchentl. für 102,- pro Jahr.

Gleichzeitig erhalte ich das Falzblatt vom Grundgesetz. Oder den Kugelschreiber, Goldplaque, 4 Farben, als Lohn fürs Nachdenken. Oder die Zeitungsbunge, die den Vorwärts hält.

(Bitte Zutreffendes ankreuzen!)

Name _____
 Straße _____
 Ort _____

 Unterschrift _____



verlage; vielmehr sind es große Medienverlage, die sich in beiden Bereichen hervortun.

Eine Verbreiterung des Programmangebotes konnte Hoffmann-Riem in den Vereinigten Staaten nicht feststellen, so daß sich hieraus der Schluß ableiten läßt, daß die Ausweitung von Rundfunk- und Fernsehkanälen nicht bereits dazu führt, daß mehr unterschiedliche Programme möglich werden, vielmehr wird nur über eine quantitative Ausdehnung der Kanäle wieder Gleiches geboten.

Im übrigen setzt sich Hoffmann-Riem in seiner Zusammenfassung intensiv damit auseinander, wie die Rundfunkfreiheit im Sinne des Grundgesetzes zu verstehen sei; womit im übrigen Bergdorfs Behauptung entkräftigt wird, es gäbe eine herrschende Auffassung der Rechtswissenschaft darüber, daß ein öffentlich-rechtliches Monopol des Rundfunks unhaltbar sei. Hier ist im übrigen interessant zu erfahren, daß es während der Beratungen über das Grundgesetz im Parlamentarischen Rat

Überlegungen gegeben hat, den öffentlich-rechtlichen Charakter des Rundfunkwesens im Grundgesetz festzuschreiben. Damit gelingt es Hoffmann-Riem, sowohl Fehlinformationen über die medienpolitischen Erfahrungen eines für die Bundesrepublik Deutschland wichtigen Landes zu korrigieren, als auch einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für die Diskussion um die Medienlandschaft und ihre Versachlichung hierzu-lande geleistet zu haben.

Thomas Bachmeier